REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

# analyse & kritik

Nr. 384 · 16.11.1995

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 50 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

# Inhalt


1. Tabubruch oder Denkanstoß? Die IG Metall geht neue Wege - gg.
2. Alle Jahre wieder: Fünfzig Mille für ak - ak-Redaktion
3. Afrika-Korps gestoppt
4. Provokation des Normalen. Zur Erinnerung an Pier Paolo Pasolini - ge., Hamburg
5. Emil Grünzweig und Jitzchak Rabin - Klaus Mellenthin
6. Berlin-Wahl läutet Überlebenskampf der Ost-SPD ein - kuk
7. Der Marsch der Männer. Eine Million Afroamerikaner demonstrieren den Bankrott des "black nationalism" - Michael Hahn
8. PDS beim Nachdenken über UNO-Einsätze erwischt - Kt.
9. "Problem-Papier zu einigen Fragen der zivilen Konfliktbewältigung und Militäreinsätzen" - ausgearbeitet vom außenpolitischen Arbeitskreis der Bundestagsgruppe der PDS
10. Gute Chancen für Jörg Haider - mb.
11. Vierzig Jahre sind genug! Die Bundeswehr als "wichtiger Faktor der internationalen Handlungsfähigkeit Deutschlands" - Js.
12. Bundeswehr und Nazitradition. Dokumentation einer turbulenten Bundestagsdebatte - Js.
13. Experten
14. 40 Jahre Bundeswehr - eine Chronik
15. Minenfelder. Internationale Kampagne gegen Landminen - Regina Schneider, medico international
16. "Nicht links, nicht rechts, sondern Franzose!" Beobachtungen auf einer Siegesfeier des Front National - B. Schmid
17. Nazifilme im Hamburger City-Kino. Freundeskreis Filmkunst wieder aktiv - Hochschul-Antifa, Hamburg
18. Kaschmir: indisch, pakistanisch, autonom? Politische und sozioökonomische Hintergründe des Kaschmirkonflikts - S. Kassid, M. Menzel
19. Giulio Andreotti, die Cosa Nostra und andere Ehrenmänner - Js.
20. Mexiko: Der Clinch geht weiter - jb., Berlin
21. Dokumentation einer Niederlage. Der Niedergang sozialer Bewegungen in Mexiko und Chile. Rezension - Gerd Bedszent
22. Trittbrettfahrer der Zapatisten - jb., Berlin
23. Unheiliger Krieg in Algerien. Neue Eskalation im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen - bja
24. Wem gehört Ivo Andric? Zur Kontroverse um die nationale Vereinnahmung des großen Humanisten - Balduin Winter
25. EuroPhantasien - Eure Phantasien (Interview mit Irmgard Pinn und Marlies Wehner, aus "Klenkes")
26. Islamische Frauen im westlichen Blick. Rezension - bja
27. Die Heilige Familie. Aspekte der Produktion und Reproduktion von Herrschaftsmechanismen - Monika Domke
28. Elf Männer sagen Nein. Europäischer Gerichtshof gegen Quotenregelung - ga.
29. Die Weltfrauenkonferenz diskutierte Alternativen zur Globalisierung - Kerstin Lanje, BUKO
30. " Zukunftsfähiger Kapitalismus" oder: Der letzte Amoklauf des Rentabilitätsprinzips - Ralf Berger, BUKO
31. Zur Nachhaltigkeitsdebatte: Sei kein Frosch, BUKO! Kritik an Christoph Spehrs Thesen in ak 383 - hhH, Berlin
32. Der Traum von der Dritten Kraft. Konservative pflegen alte Seilschaften in Südafrika. Die KAS/Inkatha-Connection - Peter Nowak
33. Raubkapitalismus und Nazi-Diktatur. Hamburger "Standortpoliik" zwischen 1933 und 1945, 1. Teil - Karl Heinz Roth
34. Kirchenasyl für eine kurdische Familie - Roland Röder
35. Geheimdienste denunzieren PDS-Abgeordnete - Ulla Jelpke, MdB

36. Verfolgungen in der Westtürkei: KurdInnen nicht abschieben! - Bürokollektiv Ulla Jelpke, MdB
37. Sollen wir alle mit Tafeln rumlaufen? Ein Fotokalender von Marily Stroux
38. Rechtshilfefonds für inhaftierte Kurden und Kurdinnen - Gertrud Selzer
39. Mit Hermann Langbein starb ein Zeuge der Nazibarbarei - Katja Leyrer
40. "Freiheit für alle politischen Gefangenen". Zur Veranstaltungsreihe in Freiburg - Fritz Schäfer, Radio Dreyeckland
41. Kassel, 2.12.: Bundesweite Demo gegen Abschiebehaft
42. Wer war Wer in der DDR? Rezension - Angela Martin
43. Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung der Rosa L. (Annotation) - Andreas Skrypietz
44. Quelldatei 15bu.htm
45. Quelldatei 18.htm
46. Neues von der ak-Öffnungsdebatte
47. Quelldatei 37.htm
48. Der "Fall" Monika Haas
49. Quelldatei berlin.htm
50. "Problem-Papier zu einigen Fragen der zivilen Konfliktbewältigung und Militäreinsätzen" - ausgearbeitet vom außenpolitischen Arbeitskreis der Bundestagsgruppe der PDS

# 1. Tabubruch oder Denkanstoß? Die IG Metall geht neue Wege

*Die IG Metall begeht neue Wege*

Autor: gg. · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:40

Der Überraschungscoup ist Klaus Zwickel, dem Vorsitzenden der größten Einzelgewerkschaft der Welt, vortrefflich gelungen. Seine Wiederwahl war kaum über die Bühne gegangen, als er in seiner Grundsatzrede das "Bündnis für Arbeit" aus dem Hut zauberte.

Seine Offerte an Arbeitgeber und Bundesregierung sieht für die Tarifrunde 1997 einen Lohn- und Gehaltsabschluß in Höhe der Inflationsrate und niedrigere Einstiegslöhne für Langzeitarbeitslose vor. Als Gegenleistung erwartet Zwickel von der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie über drei Jahre hinaus die Schaffung von insgesamt 300.000 neuen Arbeitsplätzen, die Einstellung von 30.000 Langzeitarbeitslosen und eine jährliche Zunahme der Ausbildungsplätze um 5%. Die Bundesregierung soll auf Kürzungen beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitslosenhilfe verzichten. (Wortlaut siehe Seite 2)

Zwickels "Tabubruch" zielte sowohl nach innen als auch nach außen. Noch vor nicht allzu langer Zeit wurde die IG Chemie für Abschlüsse nach obigem Muster schärfstens von der IG Metall kritisiert.

"Weniger Lohn für sichere Arbeitsplätze" lauteten in der letzten Tarifrunde die plakativen Parolen des Unternehmerverbandes Gesamtmetall, mit denen - nach dem "überhöhten" Tarifabschluß 1995 - die IGM für weitere Rationalisierungen und Entlassungen verantwortlich gemacht wurde. Nun greift Zwickel diese Argumentation auf und hofft, damit die Unternehmen der M+E-Industrie in Zugzwang zu setzen.

Die Fundamentalisten von der FAZ warnten sogleich vor Zwickels "schlau eingefädelten" Coup: Der geplante "Mißbrauch des Tarifrechts" hätte "nur einen Profiteur: die Gewerkschaft." Auch wenn Zwickels Schachzug noch so klug erscheint, die Gefahr einer selbst organisierten Niederlage ist groß. Sollten tatsächlich Arbeitsplätze geschaffen werden, wäre die Kapitalistenargumentation "niedriger Lohn führt zu mehr Arbeitsplätzen" voll bestätigt. Angesichts der großen Zahl der Arbeitslosen wäre es dann nur vernünftig, die Löhne und Gehälter weiter zu senken, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Zwickel und seinen Stichwortgebern dürfte sehr wohl klar sein, daß es eine Zusage zur Schaffung von Arbeitsplätzen aus dem Kapitalistenlager nicht geben wird und nicht geben kann. Das Schlagwort von der konzertierten Aktion, die zum Erhalt des Wirtschaftsstandortes Deutschland und zum Erhalt von Arbeitsplätzen nötig sei, kursiert allerdings nicht nur in Gewerkschaftskreisen. Das Handelsblatt greift den Slogan auf und springt dem Gewerkschaftsboß zur Seite: "Seine ehrgeizigen Ziele wird Zwickel in der eigenen Organisation jedoch nur durchsetzen können, wenn auch bei Arbeitgebern und Politik der Wille erkennbar wird, das Arbeitsplatzproblem in einer konzertierten Aktion anzugehen. Jede pauschale Zurückweisung der Vorschläge des IG-Metall-Chefs wäre daher nur Wasser auf die Mühlen der Hardliner, die die Debatten der ersten Tage des Kongresses beherrscht haben. Ihnen gehen die bislang von der Gewerkschaft gemachten Zugeständnisse im Flächentarifvertrag, von der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich bis zur Einführung regelmäßiger Samstagsarbeit in vielen Unternehmen, längst zu weit. Sie fordern von ihrer Organisation Konfrontation statt Kooperation, Kampfkraft statt Gestaltungskraft. Zwickel ist auf Hilfe von außen angewiesen, um sein Reformprogramm nach innen durchzusetzen."

Gut möglich, daß die jüngsten personalpolitischen Entscheidungen bei Gesamtmetall solchen Gedankengängen Rechnung tragen. Schon vor geraumer Zeit zog Hauptgeschäftsführer Kirchner die Konsequenzen aus der Kritik, die im eigenen Lager am Tarifabschluß der bayrischen Metall- und Elektroindustrie geübt worden war, und gab seinen Posten auf. Jetzt erklärte überraschend auch der Gesamtmetall-Präsident Gottschol seinen vorzeitigen Rücktritt. Mit Werner Stumpfe wird ein "neuer" Präsident präsentiert (er hatte diese Funktion schon von 1985 bis 1992 inne), dem ein eher "sozialpartnerschaftlicher Kurs" nachgesagt wird. Nach der Niederlage der "Hardliner" und "Traditionalisten" auf dem 18. Gewerkschaftstag der IG Metall werden nunmehr im Arbeitgeberverband ebenfalls die Hardliner aus dem Verkehr gezogen. Von Gesamtmetall wird damit der Sieg der "Modernisierer" auf dem Gewerkschaftstag als

Signal verstanden, die Zukunft der industriellen Beziehungen, wie es so schön heißt, kooperativ zu gestalten. Bei einer zurückweichenden Gewerkschaft ist die harte Linie nicht mehr erforderlich.

Die Behauptung, die böse und kompromißlerische IGM-Führungsspitze halte die kämpferische Basis zurück, wäre aber sicherlich zu pauschal. Angesichts drohender Entlassungen oder Standortverlagerungen bzw. -schließungen wurden in den letzten Jahren von IGM-Betriebsräten vielerorts bestehende Tarifverträge außer Kraft gesetzt. Allerdings wurde von der IGM-Spitze noch nicht einmal ansatzweise versucht, dieser Entwicklung entgegenzutreten. Größtenteils wurde dieser Kurs sogar aktiv mitgetragen.

Natürlich fordert das nach wie vor auch linke Kritik heraus: "Statt Solidarität und gesellschaftliche Alternativen zu organisieren, orientieren die Gewerkschaften auf die Verteidigung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, unterstützen diese Modernisierungskonzepte und streben nach Akzeptanz als betriebswirtschaftlich kompetente ‚Co-Manager`. Damit sind sie bereit, die Konkurrenzfähigkeit jedes einzelnen Betriebes gegen den anderen Betrieb mitzugestalten", schreiben Kolleginnen und Kollegen von BMW, Mercedes, Karman, Blohm & Voß in einem Faltblatt "Gegen die Konkurrenz- und Standortlogik und gegen ihre Akzeptanz durch die Gewerkschaften!"

Daß Zwickels Rede auf dem Gewerkschaftstag ohne größere Proteste über die Bühne ging (die Presse meldet lediglich leichtes Murren) und der Antrag zur Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich mit großer Mehrheit abgelehnt wurde, bestätigt diese Bewertung. Nicht nur, daß der Gedanke, Gegenmacht zu sein, immer weiter aufgegeben wird - ein Denken oder gar Handeln über die nationalen, krasser noch, über die betrieblichen Standortgrenzen hinaus ist zur Zeit offensichtlich an den Rand gedrängt, deshalb aber um so notwendiger.

gg.

Fortsetzung von Seite 1

Nun greift Zwickel diese Argumentation auf und hofft, damit die Unternehmen der M+E-Industrie in Zugzwang zu setzen.

Die Fundamentalisten von der FAZ warnten sogleich vor Zwickels "schlau eingefädeltem" Coup: Der geplante "Mißbrauch des Tarifrechts" hätte "nur einen Profiteur: die Gewerkschaft." Auch wenn Zwickels Schachzug noch so klug erscheint, die Gefahr einer selbst organisierten Niederlage ist groß. Sollten tatsächlich Arbeitsplätze geschaffen werden, wäre die Kapitalistenargumentation "niedriger Lohn führt zu mehr Arbeitsplätzen" voll bestätigt. Angesichts der großen Zahl der Arbeitslosen wäre es dann nur vernünftig, die Löhne und Gehälter weiter zu senken, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Zwickel und seinen Stichwortgebern dürfte sehr wohl klar sein, daß es eine Zusage zur Schaffung von Arbeitsplätzen aus dem Kapitalistenlager nicht geben wird und nicht geben kann. Das Schlagwort von der konzertierten Aktion, die zum Erhalt des Wirtschaftsstandortes Deutschland und zum Erhalt von Arbeitsplätzen nötig sei, kursiert allerdings nicht nur in Gewerkschaftskreisen. Das Handelsblatt greift den Slogan auf und springt dem Gewerkschaftsboß zur Seite: "Seine ehrgeizigen Ziele wird Zwickel in der eigenen Organisation jedoch nur durchsetzen können, wenn auch bei Arbeitgebern und Politik der Wille erkennbar wird, das Arbeitsplatzproblem in einer konzertierten Aktion anzugehen. Jede pauschale Zurückweisung der Vorschläge des IG-Metall-Chefs wäre daher nur Wasser auf die Mühlen der Hardliner, die die Debatten der ersten Tage des Kongresses beherrscht haben. Ihnen gehen die bislang von der Gewerkschaft gemachten Zugeständnisse im Flächentarifvertrag, von der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich bis zur Einführung regelmäßiger Samstagsarbeit in vielen Unternehmen, längst zu weit. Sie fordern von ihrer Organisation Konfrontation statt Kooperation, Kampfkraft statt Gestaltungskraft. Zwickel ist auf Hilfe von außen angewiesen, um sein Reformprogramm nach innen durchzusetzen."

Gut möglich, daß die jüngsten personalpolitischen Entscheidungen bei Gesamtmetall solchen Gedankengängen Rechnung tragen. Schon vor geraumer Zeit zog Hauptgeschäftsführer Kirchner die Konsequenzen aus der Kritik, die im eigenen Lager am Tarifabschluß der bayrischen Metall- und Elektroindustrie geübt worden war, und gab seinen Posten auf. Jetzt erklärte überraschend auch der Gesamtmetall-Präsident Gottschol seinen vorzeitigen Rücktritt. Mit Werner Stumpfe wird ein "neuer" Präsident präsentiert (er hatte diese Funktion schon von 1985 bis 1992 inne), dem ein eher "sozialpartnerschaftlicher

Kurs" nachgesagt wird. Nach der Niederlage der "Hardliner" und "Traditionalisten" auf dem 18. Gewerkschaftstag der IG Metall werden nunmehr im Arbeitgeberverband ebenfalls die Hardliner aus dem Verkehr gezogen. Von Gesamtmetall wird damit der Sieg der "Modernisierer" auf dem Gewerkschaftstag als Signal verstanden, die Zukunft der industriellen Beziehungen, wie es so schön heißt, kooperativ zu gestalten. Bei einer zurückweichenden Gewerkschaft ist die harte Linie nicht mehr erforderlich.

Die Behauptung, die böse und kompromißlerische IGM-Führungsspitze halte die kämpferische Basis zurück, wäre aber sicherlich zu pauschal. Angesichts drohender Entlassungen oder Standortverlagerungen bzw. -schließungen wurden in den letzten Jahren von IGM-Betriebsräten vielerorts bestehende Tarifverträge außer Kraft gesetzt. Allerdings wurde von der IGM-Spitze noch nicht einmal ansatzweise versucht, dieser Entwicklung entgegenzutreten. Größtenteils wurde dieser Kurs sogar aktiv mitgetragen.

Natürlich fordert das nach wie vor auch linke Kritik heraus: "Statt Solidarität und gesellschaftliche Alternativen zu organisieren, orientieren die Gewerkschaften auf die Verteidigung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, unterstützen diese Modernisierungskonzepte und streben nach Akzeptanz als betriebswirtschaftlich kompetente ‚Co-Manager`. Damit sind sie bereit, die Konkurrenzfähigkeit jedes einzelnen Betriebes gegen den anderen Betrieb mitzugestalten", schreiben Kolleginnen und Kollegen von BMW, Mercedes, Karman, Blohm & Voß in einem Faltblatt "Gegen die Konkurrenz- und Standortlogik und gegen ihre Akzeptanz durch die Gewerkschaften!"

Daß Zwickels Rede auf dem Gewerkschaftstag ohne größere Proteste über die Bühne ging (die Presse meldet lediglich leichtes Murren) und der Antrag zur Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich mit großer Mehrheit abgelehnt wurde, bestätigt diese Bewertung. Nicht nur, daß der Gedanke, Gegenmacht zu sein, immer weiter aufgegeben wird - ein Denken oder gar Handeln über die nationalen, krasser noch, über die betrieblichen Standortgrenzen hinaus ist zur Zeit offensichtlich an den Rand gedrängt, deshalb aber um so notwendiger.

gg.

"Ein Geben und ein Nehmen"

Auszug aus der Grundsatzrede von Klaus Zwickel

"... Ich schlage der Bundesregierung sowie den Unternehmern und ihren Verbänden ein Abkommen auf Gegenseitigkeit vor, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, ein ‚Bündnis für Arbeit`. Dieses ‚Bündnis` umfaßt auch einen eigenen Beitrag. Daran sind Voraussetzungen und Bedingungen geknüpft. Ein Geben und ein Nehmen. Dieses Bündnis verpflichtet

- die Bundesregierung

- die Arbeitgeber

- und auch uns

zur Einhaltung.

Und es verpflichtet zur Bilanz. Wenn die Unternehmen der Metallverarbeitung garantieren, in den nächsten drei Jahren

- auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten,

- 300.000 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen,

- außerdem 30.000 Langzeitarbeitslose einzustellen

- sowie die Ausbildungsplätze um jährlich 5 Prozent zu steigern

und wenn die Bundesregierung verbindlich erklärt,

- bei der Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes auf die Kürzung des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe zu verzichten und die Sozialhilfekriterien nicht zu verschlechtern,

- eine Regelung zur Gewährleistung des Ausbildungsplatzangebotes entsprechend der Nachfrage zu schaffen,

- Betriebe, die nicht oder zuwenig ausbilden, zum Lastenausgleich heranzuziehen,

dann werde ich mich dafür einsetzen,

- in 1997 Einkommenssteigerungen zu vereinbaren, die sich am Ausgleich der Preissteigerung orientieren

- und befristete Einarbeitungsabschläge für Langzeitarbeitslose zu ermöglichen.

Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, daß ich damit Tabus tangiere und wahrscheinlich auch Aufregung auslöse. Aber ich möchte mit diesem ‚Bündnis für Arbeit` unser Engagement im Kampf gegen Arbeitslosigkeit deutlich machen. Ich möchte, daß Politik und Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden. Nicht mit verbalen Tiraden, sondern mit konkreten Abforderungen. Bislang werden immer von uns Vorleistungen und Verzichte verlangt, mehr Arbeitsplätze und weniger Arbeitslose aber nur abstrakt in Aussicht gestellt.

Das haben wir nie mitgemacht. Wir werden dies auch in Zukunft nicht tun. Ich bin für eindeutige Vereinbarungen und Verabredungen mit Leistung und Gegenleistung! Das Jahr 1996 kann zum Testjahr werden. Gegen Ende dieses Jahres gälte es, Bilanz zu ziehen,

- ob zusätzliche Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze geschaffen wurden

- und die Bereitschaft besteht,

- zusätzliche Langzeitarbeitslose einzustellen,

- ob die Regierung auf Verschlechterungen im Sozialbereich verzichtet hat,

- mit einem Wort, ob Bundesregierung und Metallarbeitgeber zu konkreten Vereinbarungen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bereit sind. Über konkrete Schritte zur Verwirklichung dieses ‚Bündnisses` muß gesprochen werden, wenn Metallarbeitgeber und Regierung dazu prinzipiell bereit sind. Wir verlieren nichts, wenn wir diesen Denkanstoß geben..."

(nach Frankfurter Rundschau, 6.11.95)

# 2. Alle Jahre wieder: Fünfzig Mille für ak

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:45

Schon wieder: In den Supermarktregalen stehen die Schoko-Nikoläuse in Reih und Glied, in der ak-Redaktion knabbern wir an Spekulatius und am nächsten Spendenaufruf.

Da stehen wir schon vor dem ersten Problem: Wie nennen wir das Ding überhaupt? Ein frömmelnder "Weihnachtsspenden-Aufruf" macht sich nicht gut in einer Zeitschrift, die bayerischen Schulkindern ihre Kruzifixe wegnehmen will. Für "Väterchen-Frost-Appell" ist unsere LeserInnen-Zahl in der Ex-DDR zu niedrig. "Solidaritätsaktion 13. Monat" bringt womöglich Unglück.

Besser wäre vielleicht "Sonderzahlungs-Offensive": die könnte die gut gepolsterte LehrerInnenschaft im hochverehrten ak-Publikum ans Überweisungsformular bewegen. Bei "ein Soli-Honorar für ak" zücken vielleicht die "neuen ProletarierInnen" alias "abhängig Selbständigen" (K.H.Roth) die Brieftasche. Und wer beim Wohngeldantrag das Formular kreativ ausfüllt oder beim Nachbarn tapeziert, ließe sich vielleicht zu einer "Schwarzgeldspritze" motivieren.

Wie auch immer: Der eine oder die andere geneigte LeserIn wird zum Jahresende ein paar Mark übrig haben. Die kann ak dringend gebrauchen.

Um 50.000 Mark hatten wir vor einem Jahr gebeten (und 49.743,94 erhalten). 50.000 Mark brauchen wir auch dieses Jahr.

Eine Zeitung wie ak läßt sich nicht kostendeckend erstellen. Auf jedes für 7,50 DM verkaufte Exemplar müssen wir noch mal rund 3,50 Mark drauflegen. Davon stammen knapp zwei Mark aus den regelmäßigen Beiträgen der ehemaligen KB-Mitglieder - der Kommunistische Bund hat bis zu seiner Selbstauflösung 1992 "den" AK ( = "Arbeiterkampf") herausgegeben. Den Rest müssen wir aus der alljährlichen Spendenkampagne bestreiten.

Wir reduzieren bereits fleißig Kosten. Die Redaktion hat sich neue, billigere Räume gesucht. Wir zahlen jetzt rund 2.000 Mark Miete weniger, eine Einsparung, die sich ab Frühjahr 1996 bemerkbar machen wird. Andere Kosten (Telefon, Büromaterial, Zeitschriftenabos, etc.) lassen sich kaum weiter reduzieren, ohne die Qualität von ak ernsthaft zu beeinträchtigen. Unsere Einheits-Löhne und Honorare für halbe und viertel Stellen ("ganze" gibt es keine) liegen gerade mal bei 1.000 bzw. 500 Mark netto. Die Preiserhöhung im vergangenen Frühjahr hat uns zumindest geholfen, den Rückgang beim Buchladen- und Handverkauf aufzufangen.

Wir hatten gehofft, durch solche Sparmaßnahmen vielleicht unseren Spendenbedarf endlich etwas niedriger ansetzen zu können. Aber unsere Buchführung gibt keine Entwarnung. Die Sparbuch-Reserven, von denen ak bis zum vergangenen Jahr gezehrt hat, sind aufgebraucht. Die Beiträge der ehemaligen KB-GenossInnen gehen langsam, aber kontinuierlich zurück. Ohne ein dickes Spendenaufkommen zum Jahresende geht es nicht.

Die (rechnerische) Alternative "DM 11,00 pro Exemplar" scheidet aus sozialen Gründen aus. Im Buchladenverkauf können wir keine gestaffelten Preise nach Selbsteinschätzung anbieten. Eine Umverteilung unter den ak-LeserInnen geht nur per Überweisungsformular.

Zwei Möglichkeiten gibt es dafür: Förderabos zum kostendeckenden Preis (jährlich 150 Mark statt 90 Mark, siehe den Aboschnipsel auf dieser Seite) oder - und dazu seid Ihr, liebe Leserinnen und Leser, hiermit verschärft aufgefordert - großzügige Zuwendungen zum Jahresende.

Damit wir auch morgen noch kraftvoll zubeißen können.

ak-Redaktion

Konto: 464584-204, Postbank HH

BLZ 200 100 20 (Heinrich Eckhoff)

# 3. Afrika-Korps gestoppt

Rubrik: Militarismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/afrika.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:afrika

Rund 1000 "frühere Afrika-Kämpfer" aus 13 Ländern hatten sich Anfang November nach Tobruk aufgemacht. Auf dem Programm standen Gedenkfeiern und Rundfahrten. "Wir beehren uns, eine Delegation des Verbandes Deutsches Afrika Korps e.V., bestehend aus Kriegsveteranen, insbesondere aus jenen, die auf libyschem Boden beteiligt waren, zu dieser Feier einzuladen", hieß es in einem Schreiben des libyschen Volksbüros an besagten Verband. Es übermittelte die Einladung der Großen Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Jamahira, die im übrigen auch die Übernahme aller Kosten zusagte.

Die Veteranen sollten sich auf Malta sammeln und dort von drei libyschen Fähren abgeholt werden - wegen des UNO-Embargos (neben dem Landweg) die einzige Möglichkeit, nach Libyen zu gelangen. Auf internationalen Druck untersagte in letzter Stunde die Regierung der Mittelmeerinsel das Einlaufen der Schiffe. "Mehrere hundert Veteranen im Alter zwischen 70 und 85 Jahren liegen auf Malta fest", heischt Springers "Hamburger Abendblatt" (9.11.) Mitleid und trauert dreispaltig der Gelegenheit nach, die Einnahme Tobruks, den "größten Triumph von Feldmarschall Erwin Rommel, des ‚Wüstenfuchses`", unter alten Kameraden endlich noch einmal so richtig abfeiern zu können.

# 4. Provokation des Normalen. Zur Erinnerung an Pier Paolo Pasolini

Autor: ge., Hamburg · Rubrik: Kultur; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:29

Wie kein anderer Intellektueller hat Pier Paolo Pasolini mit seinen Romanen, Filmen, Essays und Polemiken im Italien der 60er und 70er Jahre öffentliche Diskussionen über kulturelle und politische Probleme entfacht. Am 1. November 1975 wurde er in der Nähe von Ostia ermordet. Ungeklärt ist bis heute, ob der verurteilte Strichjunge Pelosi die Tat allein beging oder ob andere an dem Verbrechen beteiligt waren.

Am 5. März 1922 in Bologna geboren, wuchs Pasolini im Friaul auf, in der kleinen Stadt Casarsa, südlich von Udine. Er lernte die bäuerliche Kultur kennen und lieben und kehrte nach dem Studium in Bologna ins Friaul zurück. Dort arbeitete er als Lehrer und wurde 1947 Mitglied der KPI. Durch erste literarische Arbeiten und eine unorthodoxe politische Arbeit - u.a. klebte er Wandzeitungen an die Mauern des Dorfes - fiel er auf und wurde für die KPI "unbequem". Die Berufung auf Freuds Traumdeutung, auf das Irrationale in der Dichtung, das nicht zu Gunsten politischer Ziele reduziert werden dürfe, mußte in einer Partei Argwohn erzeugen, die nach dem Vorbild stalinistischer Kulturpolitik "künstlerische Degenerationen" (Togliatti) ablehnte. Bezeichnend war die "Warnung", die nach dem Ausschluß Pasolinis aus der KPI am 28.10.1949 an die Mitglieder erging. Das Zentralorgan "L'Unita" schrieb: "Wir nehmen die Ereignisse, die ein schwerwiegendes Disziplinarverfahren zu Lasten des Dichters Pasolini nach sich gezogen haben, zum Anlaß, um noch einmal auf die verderblichen Einflüsse gewisser ideologischer und philosophischer Strömungen der diversen Gide, Sartre und anderer dekadenter Poeten und Literaten hinzuweisen, die sich als Progressisten gebärden wollen, in Wirklichkeit aber die schädlichsten Seiten der bürgerlichen Verkommenheit auf sich vereinen." (1)

Anlaß für den Ausschluß aus der Partei war Pasolinis "moralische Unwürdigkeit". Durch den Bruch des Beichtgeheimnisses hatte die örtliche Führung der Democrazia Cristiana (DC) erfahren, daß Pasolini homosexuell war. Sie ließ ihn solange bespitzeln, bis sie ihn wegen "Unzucht mit Abhängigen" anklagen konnte. Er wurde aus dem Schuldienst entlassen und wenig später aus der KPI ausgeschlossen. In einem Brief an einen Genossen Carlino schrieb Pasolini: "Über die teuflische Perfidie der Christdemokraten wundere ich mich nicht: Ich wundere mich über Eure Unmenschlichkeit. Von ideologischen Abweichungen zu sprechen, ist einfach nur dumm. Trotzdem bleibe ich jetzt und in Zukunft Kommunist." (2)

1949 flüchtete Pasolini mit der Mutter aus der unerträglichen Atmosphäre in Casarsa. Ein Onkel half bei der Wohnungssuche in einem römischen Vorort (italienisch: "borgata"). Anfangs arbeitslos, fand Pasolini durch Vermittlung eines Schriftstellers Arbeit als Lehrer in einem Vorort auf der anderen Seite Roms - dreieinhalb Stunden Fahrt mit Bussen quer durch die Stadt für ein geringes Gehalt. Aber die Jahre in den Borgate, in der Armut, wurden für ihn zu einem Neuanfang. Hatte er im Friaul die bäuerliche Kultur kennengelernt, so entdeckte er in den Borgate die Welt des Subproletariats.

Wenige Jahre bestanden hier zu Beginn des einsetzenden italienischen "Wirtschaftswunders" Reste der alten partikularistischen Kulturen: Römer, die durch die Sanierungen unter Mussolini aus der Innenstadt Roms vertrieben wurden und mit ihrem Witz an das vergangene Leben in Trastevere oder im Borgo Pio zu Beginn des Jahrhunderts erinnerten; süditalienische Familien aus der ländlichen Welt Siziliens oder der Basilicata, die ihre Heimat im Zuge des "Booms" verlassen hatten und auf dem Weg in den Norden in den Borgate gestrandet waren.

Bei den Streifzügen durch Rom lernte Pasolini die "Ragazzi di Vita" kennen, Jugendliche, die sich mit kleinen Gaunereien, Diebstählen und Autoknacken den Lebensunterhalt verdienten. Anders als im Friaul waren homosexuelle Kontakte alltäglich und unkompliziert. Aus Bekanntschaften wurden Freundschaften - so mit Sergio Citti, 18 Jahre alt, aus einer "Jugendbesserungsanstalt" entlassen, der das Leben in den Borgate kannte. Wenige Jahre später wird Sergio Citti ständiger Mitarbeiter bei Pasolinis Filmen, sein Bruder Franco Hauptdarsteller in "Accatone", "Edipo Re" und anderen Filmen.

Neben der Tätigkeit als Lehrer verdiente Pasolini den Lebensunterhalt als Drehbuchautor, so u.a. als Spezialist für Dialektfragen für Federico Fellinis Film "Die Nächte der Cabiria". Der literarische Durchbruch gelang mit dem Roman "Ragazzi di Vita". Mit dem ersehnten literarischen Erfolg begann aber auch die Reihe der Prozesse gegen Pasolini. Die Anklage gegen den Roman lautete auf "Veröffentlichung obszöner Schriften".

Pasolini hatte ein Sakrileg begangen. In einer Zeit, in der nur vom italienischen "Wirtschaftswunder" die Rede war, hatte er die Kehrseite dieses Booms gezeigt. "In den fünfziger Jahren ist auf einmal das Problem der Elendsbehausungen explodiert. Und war das etwa eine Lösung des Problems, daß der damalige Ministerpräsident Andreotti verboten hat, diese Realität der Elendshütten, der zerlumpten Menschen zu zeigen?" (3)

Anfang der 60er Jahre drehte Pasolini seinen ersten Film: "Accatone", der die letzten Tage eines Zuhälters in den Borgate zeigt, der nach dem vergeblichen Versuch, es wie andere mit Lohnarbeit zu versuchen, auf seiner Flucht vor der Polizei mit dem Motorrad verunglückt und auf der Straße zwischen den Elendshütten stirbt.

"Accatone" ist mehr als nur eine Dokumentation des Elends in den römischen Vororten der 50er und 60er Jahre. "Accatone" ist Pasolinis Hommage an eine Welt des Nichtkonformen, er zeigt "Menschen, die ‚anderen` Werten gehorchten als den bürgerlichen und daher auf eine ... absolute Weise ‚sie selbst` waren". (4) Durch die Aufnahmetechnik und die dem Film unterlegte Musik aus der Matthäuspassion von Bach erhält die Darstellung etwas Sakrales. Wenige Jahre später, im Film "Das erste Evangelium - Matthäus", werden jene "Lumpenproletarier ... in die Nähe des Urchristentums gerückt ..." (5) Der Christus dieses Films, der in Süditalien gedreht wurde, ist ein Rebell, ein Christus der "Dritten Welt".

Vom Subproletariat erhoffte Pasolini sich grundlegende gesellschaftliche Veränderung, mit ihm verband er "die utopische Vorstellung einer sozialen Erneuerung" (6). Diese Mythisierung des Subproletariats ist ihm oft vorgeworfen worden, er selbst hat sie in dem Gedicht "Gramscis Asche", einem fiktiven Dialog vor dem Grabmal Gramscis, thematisiert. Daß dieser Utopie innerhalb weniger Jahre des Wirtschaftsaufschwungs die Grundlage entzogen wurde, ist für Pasolini zu einem Trauma geworden. In dem 1975 veröffentlichten Aufsatz "Der Dichter und das Subproletariat" schrieb Alberto Moravia, daß durch das "Wirtschaftswunder" die Subproletarier "natürlich weiterhin elend (blieben), aber sie ersetzten die bäuerliche Werteskala durch die der Konsumideologie. Das heißt sie wurden Bürger im ideologischen Sinne. Diese Entdeckung der Verbürgerlichung der Subproletarier vollzog sich auf gleiche Weise wie die erste Entdeckung der Vororte und der ragazzi di vita vermittels der Homosexualität. Dies erklärt unter anderem, weshalb sie für Pasolini nicht die Form einer gelassenen und distanzierten soziologischen Feststellung hatte, sondern ein echtes und eigentliches politisches, kulturelles und ideologisches Trauma wurde." (7)

Auch die Handlung des zweiten Films, "Mamma Roma", ist in den römischen Borgate angesiedelt. Anna Magnani spielt eine Prostituierte, deren Traum von einem Aufstieg aus dem Subproletariat in das Kleinbürgertum scheitert. Während in "Accatone" die Stadt Rom "nur als abweisende Kulisse am Horizont" erscheint, "sieht der Zuschauer in ‚Mamma Roma` die Stadt Rom als Architekturmosaik: Die Mosaiksteine sind gegensätzlich und ergänzen sich dennoch fatal. Die Neubaumäander werden nur noch von den allgegenwärtigen Kuppeln der ‚ewigen Stadt` (...) überragt. Die Kuppel als Symbol für Kirche und katholische Macht ist nahe und zugleich als angeblich karitative Institution für die Bewohner der Borgate unerreichbar". (8)

Nach der Aufführung des Films "Mamma Roma" auf der Biennale in Venedig wurden sofort mehrere Strafanzeigen erstattet, u.a. "wegen obszönen Inhalts, der sich gegen das öffentliche Moralempfinden richtet" (9). Faschisten der Gruppierungen "Giovane Italia" und "Avanguardia nazionale" störten die Aufführung des Films in Venedig und in Rom. 1963 wurde Pasolini nach der Aufführung des Films "La Ricotta" ("Der Weichkäse) wegen "Beleidigung religiöser Gefühle" in erster Instanz zu vier Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt.

Kurz darauf folgte ein Prozeß wegen versuchten Raubüberfalls auf eine Tankstelle in der Nähe Roms, von der Pasolini erst im März 1965 "aus Mangel an Beweisen" freigesprochen wird. "Die Richter", so Alberto Moravia nach dem Urteilsspruch 1961, "haben begriffen, daß die Aussagen ... reiner Wahnsinn waren: Aber sie haben dennoch einen Schuldspruch verhängen wollen, einfach, weil Pier Paolo homosexuell ist. In Italien gibt es keinen Paragraphen, der Homosexualität als Strafbestand ausweist. Also haben sie einen Vorwand gesucht. Es ist ein hirnverbrannter Vorwand, aber er genügt ihnen." (10) Im Verlauf des Verfahrens hatte u.a. Semerari, Dozent für Psychiatrie, ein "Gutachten" über Pasolini geschrieben und über den Pressedienst verteilen lassen. In diesem "Gutachten" wurde Pasolini als "triebhafter Psychopath" und "gemeingefährlicher Mensch" bezeichnet.

Weitere Prozesse folgten - am Ende seines Lebens werden es über 30 sein. "Als bekannter Schriftsteller, Filmemacher, Kritiker, als Homosexueller und politisch engagierter Literat, der keiner Frage ausweicht, wird Pasolini zu Beginn der 60er Jahre eine öffentliche Figur, an der die italienische Gesellschaft bewußt und unbewußt die Probleme ihres Eintritts in die Moderne abhandelt." (11)

Diese Jahre waren für Pasolini, wie er später bekannte, "die schlimmsten meines Lebens". Trotz der enormen Belastungen durch die Hetze und die Gerichtstermine arbeitete er weiter an Filmen, veröffentliche Gedichte, Literaturkritiken und leitete mit Alberto Moravia die Literaturzeitschrift "Nuovi Argomenti". Freunde, die er in den Jahren zuvor gewonnen hatte, halfen ihm, diese Zeit zu überstehen: Carlo Emilio Gadda, Elsa Morante, Alberto Moravia, Italo Calvino, Carlo Levi, Giorgio Bassani und Renato Guttuso.

1970 übernahmen Pasolini und Marco Pannella für einige Monate formal die Redaktion der Zeitung "Lotta Continua", um deren Weiterbestand zu sichern. Pasolini drehte zusammen mit Genossen von "Lotta Continua" den Dokumentarfilm "12. Dezember" über die Ereignisse von 1969, u.a. das faschistische Attentat auf der Piazza Fontana vor der Banca dell' Agricoltura in Mailand.

Auf Reisen mit Elsa Morante und Alberto Moravia Anfang der 60er Jahre durch Afrika und die arabischen Länder fand Pasolini anfangs noch etwas von dem, was in Italien verloren ging: Reste alter partikularistischer Kulturen. Aber bald häuften sich auch hier die Zeichen einer erschreckenden Veränderung. Auf einer Reise in den Jemen registriert er die Zerstörungen durch das Eindringen des kapitalistischen Marktes. In Sana'a, der Hauptstadt des Jemen, einer Stadt wie "ein wildes Venedig im Staub" sieht er "mitten in all dieser Schönheit die ... gräßliche Gegenwart der Moderne: ein lepröses Gewucher von chaotisch hingepflanzten Masten und Antennen, von Elendsbehausungen aus Zement und Wellblech, wahllos hingebaut, wo früher die Stadtmauern standen, von öffentlichen Gebäuden in einem fürchterlichen arabisch-modernistischen Baustil etc. Und natürlich mußte ich auch kleinere, unscheinbare Dinge wahrnehmen: Plastikzeugs, Konservendosen, billigste Schuhe und Baumwollfähnchen, Büchsenobst (aus China!), Transistorradios."

Es sind die Zeichen einer neuen Welt, die brutal in das Alte eindringt und es zerstören wird. "Der Jemen ist vorläufig nicht mehr als ein kleiner, im Grunde völlig unbedeutender Markt für westliche Industriegüter, weshalb ihn niemand ernst nimmt und er objektiv zur Lächerlichkeit reduziert wird. Sein Verfall erscheint ganz natürlich. Daß dies die Jemeniten geradezu zwingt, ihre Tradition zu verleugnen, ist für die deutschen und italienischen Spekulanten die natürlichste Sache der Welt. Den Jemeniten bleibt gar nichts anderes übrig, als mit ihrer Vernichtung völlig einverstanden zu sein, zumindest ihrer kulturellen und physischen, wenn auch nicht unbedingt tödlichen Vernichtung wie in den Lagern." (12)

Auch in der Dritten Welt wiederholte sich, was Pasolini in Italien ständig vor Augen hatte: die Zerstörung alter Kulturen durch den "Konsumismus". Was er 1975 aus der Rückschau über "Accatone" sagte, über die Subproletarier, eine verschwundene "Rasse", fand er auch in der Dritten Welt: "Und ich habe keine Skrupel, das auszusprechen, was mir in den letzten Jahren immer klarer geworden ist: daß nämlich Armut und Rückständigkeit keineswegs die größten Übel sind. Da haben wir uns alle geirrt. Die modernen Dinge, die der Kapitalismus im Jemen eingeführt hat, haben die Jemeniten nicht nur physisch lächerlich, sondern vor allem unglücklich gemacht. Der Imam (der verjagte König) war schrecklich, aber dieser schäbige Konsumismus, der heute an seiner Stelle herrscht, ist es nicht weniger." (13)

Innerhalb weniger Jahre war Italien - ein Land mit vielen Charakteristika der Dritten Welt - in das Zeitalter des Massenkonsums katapultiert worden. Zwischen 1959 bis 1963 sorgten die Industrien im Norden für enorme Zuwachsraten. Andererseits stagnierte die zurückgebliebene Landwirtschaft im Süden Italiens - eine Situation, die zu einer Völkerwanderung ohnegleichen geführt und Italien grundlegend verändert hatte. In seinen Kolumnen im "Tempo" und im "Corriere della Sera" (die später unter den Titeln "Chaos", "Freibeuterschriften" und "Lutherbriefe" veröffentlicht wurden) polemisierte Pasolini gegen die Zerstörung der alten Kulturen Italiens, deren Ersetzung durch die Ideologie des Konsums, die Verarmung der italienischen Sprache; er prangerte die Zerstörung der Umwelt und die Bauspekulation an. Auf diese Polemiken antworteten andere bekannte Schriftsteller und Journalisten Italiens wie Moravia, Sciascia, Ginzburg, Eco, Manganelli u.a.

Die Ideologie des Konsums, der "Konsumismus", hatte sich, so Pasolini, in der gesamten italienischen Gesellschaft durchgesetzt und innerhalb kürzester Zeit die alten kulturellen Werte ausgehöhlt und zerstört. Pasolini spürte diese Veränderung auf bis in das Sprachverhalten und in die "körperlich-mimischen Sprache"

der Menschen. "Der Hauptsatz dieser körperlich-mimischen Sprache lautet nämlich: ‚Die Herrschenden haben beschlossen, daß wir alle gleich sein sollen.` Der Zwang zum Konsum ist ein Zwang zum Gehorsam gegenüber dem unausgesprochenen Befehl. Jeder in Italien steht unter dem entwürdigenden Zwang, so zu sein wie die anderen: im Konsumieren, im Glücklichsein, im Freisein; denn das ist der Befehl, den er unbewußt empfangen hat und dem er gehorchen ‚muß`, will er sich nicht als Außenseiter fühlen. Nie zuvor war das Anderssein ein so schweres Vergehen wie in unserer Zeit der Toleranz. Denn die Gleichheit ist hier nicht erkämpft worden, sie ist eine ‚falsche`, eine geschenkte Gleichheit." (14)

Einer der entscheidenden Faktoren zur Verbreitung des "Konsumismus" sah Pasolini im Fernsehen, das beispielsweise "die Jugendlichen zwingt, sich in ihrem ganzen Verhalten, ihrer Kleidung ... ihrem Lächeln, ihren Bewegungen und ihren Gesten dem anzupassen, was sie in der Werbung sehen, einer Werbung, die sich geradezu rassistisch ausschließlich auf den kleinbürgerlichen Lebensstil bezieht." (15)

Das italienische "Wirtschaftswunder" kennzeichnete Pasolini als eine "wirtschaftliche Entwicklung ohne Fortschritt", als bloßes "Wirtschaftswachstum" (16), das enorme Profite abwirft, den Armen ein paar Lire in die Taschen zaubert, und ihnen vorgaukelt, sie könnten durch Konsumieren bzw. Aneignung äußerer Attribute wie Kleidung, Verhalten mit sozial Höherstehenden gleichziehen. "Die Ergebnisse sind offensichtlich trostlos, denn ein armer Junge aus Rom ist einfach nicht in der Lage, diesen Leitbildern gerecht zu werden, und das erzeugt in ihm Ängste und Frustrationen, die ihn mehr oder weniger neurotisch machen." (17)

Die Prognosen Pasolinis sind überaus pessimistisch - der materielle "Lebensstandard" wurde zwar verbessert, aber um den Preis einer enormen seelischen Verelendung und der Zerstörung von Landschaften, der Verschmutzung der Luft und des Bodens. Pasolinis Kulturkritik wirkt heute erstaunlich aktuell. Über das sich ändernde Niveau der Kritik schrieb er z.B. schon 1962: "Jetzt entsteht gerade ein neuer Typ von Kritik: der vom Neokapitalismus für die konsumierenden Massen vorgesehene. Es wird amüsant sein zu beobachten, wie die Kritik immer verständlicher und immer zugänglicher wird und den Massen nur noch das zumutet, was die Massen bereit sind, sich zumuten zu lassen. Im Betrieb dieser ... Kultur werden die Kritiker zu Erfindern von Slogans verkommen." (18)

Welche Möglichkeiten zum Widerstand sah Pasolini noch? Am Ende des Referats, das er am 2. November 1975 auf dem Kongreß der Radikalen Partei halten wollte, heißt es: "Gegen all das könnt Ihr (glaube ich) nur eines tun: Ihr müßt Euch selbst treu bleiben, mit anderen Worten, auch in Zukunft nicht faßbar sein, nicht einzuordnen. Vergeßt auf der Stelle all die Erfolge. Macht weiter, was Ihr bisher gemacht habt: Besteht unerschrocken, dickköpfig, immer in Opposition auf dem Anderen, schreit danach, identifiziert Euch damit; macht Skandale; lästert, flucht." (19)

ge., Hamburg

Anmerkungen:

1) Zit. nach Nico Naldini. Pier Paolo Pasolini. Eine Biographie. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1991, S. 117

2) Zit. nach Maria-Antonietta Macciocchi, Pasolini: Die Ermordung eines Dissidenten. Vorwort zu Pier Paolo Pasolini, Freibeuterschriften. Aufsätze und Polemiken, dtv München 1993, S. 14

3) Pier Paolo Pasolini, Chaos. Gegen den Terror, Piper-Verlag München 1988, S. 122

4) Pier Paolo Pasolini, Lutherbriefe, Medusa Verlagsges., Wien - Berlin 1976, S. 131

5) Alberto Moravia, Der Dichter und das Subproletariat, in: Pier Paolo Pasolini, Hanser Verlag. Reihe Film 12. München, Wien 1985, S. 10

6) Alberto Moravia, Der Dichter und das Subproletariat, a.a.O., S. 9

7) Alberto Moravia, Der Dichter und das Subproletariat, a.a.O., S. 10

8) Bernhard Doll, "An den verseuchten Tümpeln der Peripherie". Architektur und Landschaft in den Filmen Pasolinis, in: : Kraft der Vergangenheit. Zu Motiven der Filme von Pier Paolo Pasolini, Hrsg. von Christoph Klimke, Fischer tb, Ffm. 1988, S. 73

9) zit. nach Nico Naldini. Pier Paolo Pasolini. Eine Biographie., a.a.O., S. 222

10) Alberto Moravia, zit. nach Nico Naldini. Pier Paolo Pasolini. Eine Biographie., a.a.O., 220f.

11) Peter Kammerer, Eine politische Vision Pasolinis: La Rabbia 1962/63, in: Kraft der Vergangenheit. Zu Motiven der Filme von Pier Paolo Pasolini, Hrsg. von Christoph Klimke, Fischer tb, Ffm. 1988, S. 79

12) Pier Paolo Pasolini, Lutherbriefe, a.a.O., S. 35f.

13) Pier Paolo Pasolini, Lutherbriefe, a.a.O., S. 37

14) Pier Paolo Pasolini, Freibeuterschriften. Aufsätze und Polemiken, dtv München 1993, S. 46

15) Pier Paolo Pasolini, Freibeuterschriften. Aufsätze und Polemiken, a.a.O., S. 50

16) Pier Paolo Pasolini, Freibeuterschriften. Aufsätze und Polemiken, a.a.O., S. 52

17) Pier Paolo Pasolini, Freibeuterschriften. Aufsätze und Polemiken, a.a.O., S. 50

18) Pier Paolo Pasolini, Literatur und Leidenschaft. Über Bücher und Autoren, Piper-Verlag München 1994, S. 10

19) Pier Paolo Pasolini, Lutherbriefe, a.a.O., S. 167

# 5. Emil Grünzweig und Jitzchak Rabin

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:46

Jizchak Rabin wird ein Kapitel in der Geschichte sein, Emil Grünzweig kaum eine Fußnote.

Bei einer Demonstration der israelischen Friedensbewegungen gegen den Libanonkrieg am 10. Februar 1983 wird eine Handgranate in den Demonstrationszug geschleudert. Neun Menschen werden verletzt; Emil Grünzweig stirbt an seinen Verletzungen. Der Mörder wurde kürzlich aus dem Gefängnis entlassen.

In einigen wenigen der Betrachtungen zum Mord an Rabin wird dieser Fall zwar noch erwähnt, einen Namen hat der Ermordete jedoch schon nicht mehr. Die israelische Protestbewegung hatte seinerzeit Emil Grünzweigs in einer machtvollen Demonstration gedacht. Von "Brudermord" war allerdings nicht die Rede. Nun aber ist in Israel das Entsetzen über den Mord an Rabin fast ebenso groß wie das ungläubige Staunen, daß "ein Jude so etwas einem Juden" antun konnte. Erstaunlich hieran ist allerdings vor allem das Erstaunen selbst. Und, sofern die Frage: "Wie kann ein Jude nur ...?" in der deutschen Presse breitgetreten wird, scheint der Frust (oder die insgeheime Befriedigung?) durch, daß - nach der Konstruktion des "Untermenschen" - auch der zum "Übermenschen" beförderte Jude der ihm zugedachten Rolle nicht entspricht.

Tatsächlich ist es in der jüngeren jüdischen Geschichte - im Palästina des britischen Mandats und im Staat Israel - zu bemerkenswert weniger politisch motivierten Gewalttaten im eigenen Volk gekommen als in den wohl meisten anderen Nationen. Ausgeschlossen war der politische Mord jedoch zu keinem Zeitpunkt der letzten Jahrzehnte.

Jacob Israel de Haan wird 1924 im Auftrag der Hagana erschossen, weil er der Spionage für die Palästinenser verdächtigt wurde. 1933 wird der Arbeiterführer Chaim Arlosoroff in Tel Aviv ermordet; das (nie schlußgültig aufgeklärte) Verbrechen wird zionistischen Gegnern der Arbeiterbewegung angelastet. Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppen der zionistischen Bewegung führen während der Zeit des britischen Mandats zu einer ganzen Reihe von Morden.

Die härtesten Kämpfe werden zur Zeit der Staatsgründung Israels zwischen dem von Ben Gurion geführten zionistischen Establishment und der Terrororganisation Begins, der Irgun, geführt. Das mit Waffen und Sprengstoff beladene Irgun-Schiff "Altalena" wird auf Befehl Ben- Gurions unter Beschuß genommen. Während des Kampfes an der Küste fallen vierzehn Männer des Irgun und ein Soldat der Palmach.

1948 und 1967 kommt es zu Mordanschlägen auf die Person, die in dieser Zeit Israel verkörpert: Ben Gurion; beim zweiten dieser Anschläge wird er verletzt. 1957 wird Rudolf Kasztner, der (zu Unrecht) der Kollaboration mit den Nazis beschuldigt worden war, in Jerusalem auf der Straße erschossen. Die polnische Jüdin und Kommunistin Felicia Langer, die als Anwältin in Israel Palästinenser verteidigte, kann zeitweise nicht ohne Bodyguards aus dem Haus gehen. Der Friedensaktivist Uri Avnery wird tätlich angegriffen und verletzt. 1983 Emil Grünzweig - getötet, wie sein Mörder aussagte, aus Haß auf "die Linken". Und vor drei Monaten noch gab es einen Versuch, den Umweltminister, den ehemals linksliberalen Jossi Sarid, zu ermorden.

Vor diesem Hintergrund gab es keinen Anlaß, die Legende "Juden töten Juden nicht" zu pflegen. Die bis zur Mordhetze gesteigerte Agitation der israelischen Rechten seit der Unterzeichnung des Abkommens zwischen Israel und der PLO vor zwei Jahren vermochte jedoch weder die friedensbereiten Teile der israelischen Bevölkerung wachzurütteln noch die Justiz zu angemessenem Einschreiten zu bewegen. Zwar ist der Ton der politischen Auseinandersetzung in Israel um etliche Grade hitziger als hierzulande. Die Hetzkampagnen gegen den Ausgleich mit den Palästinensern in den besetzten Gebieten, die vor allem gegen die Person des Premier Rabin gerichtet waren, sind jedoch über das "übliche" Maß weit hinausgegangen. Als die Rabin-Regierung, vor dem Bekanntwerden der Osloer Verhandlungen, Zugeständnisse bei den Friedensverhandlungen andeutete, wurde ihr in der "Jerusalem Post" vorgeworfen, sie handele wie die Judenräte zur Zeit der Nazibesatzung in Polen. Was nichts anderes heißen sollte, als daß die Regierung mit der PLO kollaboriere und Israel dem Untergang ausliefere. Während am Tag der Knesset-Debatte über die Verständigung zwischen Israel und der PLO einige tausend Rechte vor dem Amtssitz des Premier "Rabin ist ein Verräter" brüllten, verglich der Likud-Chef Netanjahu in der Knesset die Grundsatzerklärung mit dem Vertrag, der am Vorabend des Zweiten Weltkriegs zwischen Nazi- Deutschland und Großbritannien geschlossen worden war: "Chamberlain dachte

auch, er würde Europa Frieden bringen." Und auf der Demonstration der Rechten kündigte ein Likud-Abgeordneter an, er werde "50.000 Juden" mobilisieren, wenn israelische Truppen der palästinensischen Polizei Positionen überließen. Der Rat der Siedler in den besetzten Gebieten drohte mit dem "Bürgerkrieg".

Mit dem Voranschreiten des Friedensprozesses wurden die Töne schriller, die Anwürfe hysterischer. Auf Plakaten, Aufklebern und Transparenten wie in Sprechchören auf Demonstrationen der Rechten wurde Rabin als "Mörder" und als "Nazi" beschimpft, auf Flugblättern und Plakaten als "Araber" und neuerlich sogar in einer Nazi-Uniform abgebildet. Der Karikaturist der "Jerusalem Post", ein notorischer Rassist, zeigte einen Rabin, der sich jüdisches Blut von den Händen wäscht. Rabbiner riefen Soldaten zur Befehlsverweigerung auf, falls Siedlungen in den besetzten Gebieten geräumt werden sollten. Offene Todesdrohungen gegen Rabin wurden immer häufiger ausgesprochen; auf einem Flugblatt vom Anfang dieses Jahres forderte die Gruppe "Davids Schwert" zur Ermordung Rabins auf. Die Terrorgruppe "Ejal", aus deren Umkreis der Mörder Rabins stammt, wurde vor wenigen Wochen in einer Dokumentation des israelischen Fernsehens bei einer "Vereidigung" gezeigt. Ja, bestätigten die Gruppenmitglieder, sie würden auch auf Juden schießen, wenn diese sich nicht als Juden verhalten würden. Demgemäß begründete der Rabin-Mörder seine Tat damit, daß Rabin ein "Malschim" sei, ein Jude, der andere Juden an Nicht-Juden ausliefere. Mitglieder des Rats der Siedler in den besetzten Gebieten betonten, sie würden "alles, aber auch wirklich alles tun", damit die Fortführung des Friedensprozesses scheitert.

Das militärische Training von "Ejal" und das Treiben anderer jüdischer Terrorgruppen wurde zwar vom Geheimdienst beobachtet, aber als "nur" gegen Palästinenser gerichtet verstanden. Polizeiminister Schahal äußerte nach dem Anschlag im ersten Schreck mit aller Deutlichkeit: "Niemand hat jemals geglaubt, daß eine solche Sache bei uns passieren könnte." Eine solche Sache: Daß ein Jude einen politischen Mord an einem anderen Juden begehen könne. Und es geht tatsächlich nicht um eine "Sicherheitspanne". Die Suspendierungen und Strafversetzungen derer, die für Rabins Schutz verantwortlich waren, verdecken nur das eigentliche Problem: Die Aufmerksamkeit sämtlicher Sicherheitskräfte war ausschließlich, der Prägung von Konrad Lorenz' Graugänsen nicht unähnlich, auf das seit Jahrzehnten gehegte Feindbild "Araber" gerichtet.

Die Tragik des Vorgefallenen liegt nicht allein in der Ermordung Rabins, eines Mannes, der bei strikter Wahrung seines Lebensprinzips "Sicherheit" noch im hohen Alter eine beachtliche Wendung vollzogen hat. Die Tragik besteht auch darin, daß der allergrößte Teil der israelischen Friedensbewegung seit zwei Jahren "die Straße" - und das heißt vor allem: die Beeinflussung der unentschlossenen, der verunsicherten Teile der Bevölkerung - der Rechten überlassen hat. Eine Demonstration, hieß es noch im August aus der Führungsriege von "Frieden Jetzt", werde die Rechten nur aufwerten. Und Rabin selbst war es, der sich bis vor kurzem entschieden gegen Demonstrationen für die Friedenspolitik gewendet hatte. (Da sich der größte Teil der Friedensbewegung seit dem Regierungswechsel 1992 mit Parteien wie der Meretz gleichsam selbst in der Regierung sitzen sieht, folgte sie nur zu willig Rabins Einspruch.)

Zwei Jahre nachdem die Friedensbewegung das letzte Mal mit einer großen Kundgebung für den Ausgleich mit den Palästinensern aufgetreten ist, hatten sich "Frieden jetzt" und die Regierungsparteien im Oktober endlich zu einer erneuten Kundgebung aufgerafft. Zu eben der Kundgebung, an deren Ende Rabin ermordet wurde. Das Zeichen, das mit der Ermordung Emil Grünzweigs gesetzt worden, ist nicht verstanden worden.

Klaus Mellenthin

# 6. Berlin-Wahl läutet Überlebenskampf der Ost-SPD ein

*Große Koalition der Wahlverlierer ist wahrscheinlich / PDS-Triumph in Ostberlin*

Autor: kuk · Rubrik: Wahlen; SPD; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:07

Ähnlich der Bundestagswahl erfolgt die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus mit Erst- und Zweitstimmen. Bei den Zweitstimmen waren die SPD-Verluste in Ost- (von 32,1% auf 20,2%) wie Westberlin (29,5%; 25,5%) gleichermaßen hoch. Von den 90 vergebenen Direktmandaten konnten SPD-Kandidatinnen (sic!) nur drei (1990: 37) für sich gewinnen. Erste Untersuchungen zeigen, daß 200.000 frühere SPD-WählerInnen entweder zu den Grünen (20.000), zur PDS (21.000), zu CDU/FDP/Sonstigen (59.000) gegangen oder zu Hause geblieben (100.000) sind. (taz, 23.10.) Bemerkenswert: nur noch 26% der ArbeiterInnen gaben der SPD ihre Stimme, der CDU hingegen 33%.

Dramatische SPD-Verluste gab es auch in den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV). Stärkste Partei ist die SPD nur noch in Weissensee und Pankow (1992 war sie es noch in zehn BVV); alle Westbezirke sind verloren gegangen. Hoffen darf man auf etwa sieben statt bisher 16 Bezirksbürgermeisterposten. Die Zahl der SPD-StadträtInnen sinkt von 60 auf nur noch 35.

Zu den am häufigsten genannten Ursachen für die Niederlage zählen Bonner Querelen, die Schmutzkampagne der CDU, der schlechte eigene Wahlkampf sowie eine fehlende Koalitionsaussage.Es wurden aber auch Stimmen laut wie die von Peter Strieder (bisheriger SPD-Bezirksbürgermeister in Kreuzberg), wonach die Menschen nicht mehr wissen, was die SPD eigentlich will, wofür man sie braucht und was ihre gesellschaftliche Vision sei. (taz, 24.10) Über alle Flügel hinweg bestand Einigkeit, daß die bisherige Rolle in der Großen Koalition überprüft werden müsse, da vor allem die SPD von den WählerInnen abgestraft worden sei.

Breite Zufriedenheit herrschte bei der Union. Eberhard Diepgen wird aller Voraussicht nach weiter regieren. Verglichen mit 1990 hat die Partei zwar verloren (Westb.: von 49,0% auf 45,4%; Ostb.: von 25% auf 23,6%), nimmt man jedoch das Bundestagstief von 1994 zum Maßstab, darf die CDU sich als Sieger fühlen. Genugtuung dürfte den Konservativen bereiten, daß sie 51 DirektkandidatInnen durchbrachten und in Ostberlin erstmals zweitstärkste Partei werden konnten. Mit Ausnahme von Kreuzberg stellt die Union in allen westlichen BVV die stärkste Fraktion, kann aber hier und dort durch rotgrüne Mehrheiten überstimmt werden.

Die Grünen auf dem

Weg zur Volkspartei?

Das erklärte Ziel, drittstärkste Kraft in Berlin zu werden, haben die Bündnisgrünen knapp verpaßt. Bemerkenswerten Erfolgen im Westen (15,2% zu 8,2%) stehen leichte Verluste im Osten (11,4% zu 10%) gegenüber. Erstmals in der Geschichte der BRD gelang es grünen KandidatInnen, Direktmandate für ein Landesparlament zu erringen. In Kreuzberg errangen der aus Kurdistan stammende Riza Baran (35,4%) und Barbara Oesterheld (39,5%) die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen. In die Freude über das gute Abschneiden mischte sich allerdings auch Ärger über vier weitere Oppositionsjahre: "Noch so ein Erfolg, und wir sind immer noch nicht weiter." So kommentierte der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Wieland das Ergebnis, das sich aufgrund der SPD-Verluste nicht in Regierungsverantwortung umsetzen läßt.

Neben Kreuzberg gelang es den Grünen auch in Schöneberg, stärkste Fraktion der BVV zu werden. Damit besteht Hoffnung, in beiden Bezirken Bürgermeisterinnen (Kreuzberg: Erika Romberg; Schöneberg: Sabine Ritter oder Elisabeth Ziemer) zu stellen. Eventuell kommt in Tiergarten noch ein dritter Posten hinzu, falls Grüne (26,3%) und SPD (25,8%) eine Zählgemeinschaft gegen die CDU (37,0%) bilden. In Kreuzberg mehren sich allerdings die Anzeichen, daß CDU/SPD die grüne Kandidatin aufgrund "politischer Unzulänglichkeiten" verhindern werden. (1)

Eitel Sonnenschein im Westen - Katzenjammer dagegen in den Ostbezirken. Flächendeckende Verluste zwischen 1,1% und 6,9% haben zur Folge, daß es in den Ostbezirken wahrscheinlich keinen einzigen grünen Stadtrat mehr geben wird. Eine gewisse Bedeutung kommt den Ostgrünen allerdings dadurch zu, daß von ihrem Stimmverhalten die Wahl oder Nichtwahl von PDS-BürgermeisterInnen abhängen wird.

PDS: Durchmarsch im Osten

244.294 BerlinerInnen gaben der PDS ihre Stimme. Damit ist sie mit 14,6% zur drittstärksten Kraft geworden. In Ostberlin liegt sie mit 36,3% (1990: 23,6%) meilenweit vor den anderen Parteien. DirektkandidatInnen von CDU, SPD und Bündnisgrünen waren nahezu chancenlos. 34 der 36 Ostwahlkreise gingen an die PDS (1990: 12). Neben Zugewinnen von der SPD (21.000) und den Grünen (12.000) konnte die PDS auch Nichtwähler (10.000) mobilisieren. Mit Freude wird man im Karl-Liebknecht-Haus registrieren, daß viele 18- bis 24jährige (39%) PDS gewählt haben. (Berl. Zt., 24.10.)

Der Durchmarsch der PDS-DirektkandidatInnen läßt die Querelen um die Aufstellung der Landesliste (siehe ak 383) zur Makulatur werden. KeinE ListenkandidatIn, der/die nicht durch eine direkte Ostkandidatur "abgesichert" war, wird im Abgeordnetenhaus vertreten sein. Damit machten die WählerInnen der Parteispitze, die mit der Listenbesetzung ein gesamtstädtisches Zeichen setzen wollte, einen Strich durch die Rechnung. Manche sehen die Gefahr, daß die zukünftigen Abgeordneten die jeweiligen Bezirksinteressen zu sehr in den Vordergrund ihrer Arbeit stellen könnten.

Noch spektakulärer als der Erfolg bei der Abgeordnetenhauswahl sind die PDS-Ergebnisse in den Ostbezirken. In neun der elf BVV (2) stellt sie die stärkste Fraktion. Zwar reicht es nirgendwo zur absoluten Mehrheit, doch in Marzahn (45,8%), Hohenschönhausen (43,6%) und Hellersdorf (40,9%) dürften PDS-BürgermeisterInnen schwer zu verhindern sein. In Mitte (42,5%), Prenzlauer Berg (34,5%) und Lichtenberg (43%) bestehen ebenfalls gewisse Aussichten, mit bündnisgrüner oder sozialdemokratischer Hilfe Bürgermeisterposten zu ergattern.

Verhindert werden kann die Wahl von PDS-BürgermeisterInnen durch Zählgemeinschaften aus CDU, SPD und Bündnisgrünen. Die CDU-Parteiführung fordert dies vehement. SPD und Grüne sind zwar offiziell gegen einen koordinierten PDS-Boykott; in einigen Ostbezirken (Marzahn, Hellersdorf und Mitte) haben die Bündnisgrünen aber begonnen, die Integrität der PDS-BürgermeisterkandidatInnen ("keine glaubhafte Abkehr von SED/DDR") in Frage zu stellen. Falls sich die Demokratischen Sozialisten nicht der Erpressung beugen, andere als die vorgesehenen KandidatInnen zu nominieren, könnte es zu einer Neuauflage der Zählgemeinschaften kommen.

In Westberlin verdoppelte die PDS ihren Stimmenanteil in fast allen Bezirken und kam auf 2,1%. Enttäuschung löste das Kreuzberger Wahlergebnis aus. 4,7% sind im Westen zwar gut; aus psychologischen Gründen hatte man sich jedoch den Einzug in die BVV gewünscht. (Kommentare von Kreuzberger PDS-Genossen in den Kästen auf S. 5) André Brie veranlaßte seine Enttäuschung über das Westergebnis noch am Wahlabend zu einer Abrechnung mit dem Berliner Landesverband, bzw. mit der Abgeordnetenhaus-Fraktion seiner Partei. Der Wahlerfolg in den Ostbezirken sei der dortigen Basis zu verdanken. Stadtpolitisch sei die PDS in den vergangenen Jahren nicht präsent gewesen.

Abfuhren für Reps und FDP

Zu den erfreulichen Ergebnissen zählen die Abfuhren für Republikaner und FDP. Einen Tag nach der Wahl traten der FDP-Landesvorsitzende Günter Rexrodt und der 15köpfige Vorstand zurück. Sie zogen die Konsequenz aus einem niederschmetternden Wahlergebnis von 2,5% (1990: 7,1%). Man darf nun gespannt sein, ob die Nationalliberalen um Alexander von Stahl und Zitelmann, die in einigen Westberliner Bezirken (Spandau, Tempelhof) stark verankert sind, auf dem nächsten Landesparteitag im Dezember versuchen werden, die Partei nach rechts zu wenden. Der frühere FDP-Landesgeschäftsführer Knut Wichalski befürwortet den Stahl-Kurs und bezeichnet ihn als einzige Chance: Es habe keinen Zweck, in Berlin neben SPD, PDS und Bündnisgrünen die vierte Linkspartei spielen zu wollen. (Hamburger Abendblatt, 25.10.) Bisher ist noch nicht abzusehen, ob der rechte Flügel mit einem eigenen Kandidaten für den Parteivorsitz antreten wird. Spekuliert wird über eine Paketlösung mit dem früheren Präsidenten der Technischen Universität, Jürgen Starnick, als neuem Landesvorsitzenden und Alexander von Stahl als dessen Stellvertreter. (Welt, 30.10.)

Ebenfalls erfreulich ist die Tatsache, daß die Republikaner in keiner einzigen BVV mehr vertreten sind. 1992 hatten sie in 20 BVV die 5%-Hürde übersprungen und dabei beachtliche Ergebnisse (Wedding: 14,4%; Neukölln: 12,8%; Kreuzberg: 10,2%) erzielt. In diesem Jahr erreichten sie ihr bestes Ergebnis mit 4,7% im Wedding. Bei den Wahlen für das Abgeordnetenhaus überflügelten sie mit 2,7% (1990: 3,1%) zwar die FDP, blieben aber deutlich unter der 5%-Hürde. Die 45.431 Zweitstimmen signalisieren allerdings ein

StammwählerInnenpotential, das man nicht aus den Augen verlieren sollte. Darf man dem Forsa-Chef Manfred Güllner glauben (Mopo, 24.10.), dann haben immerhin 6% der 18-25jährigen die Republikaner gewählt. Ohne jede Chance waren die Nationalen - ein relativ neues Wahlprojekt der extremem Rechten -, die sich mit jeweils einer Direktkandidatur zum Abgeordnetenhaus in Tiergarten (58 Stimmen) und Treptow (118) zur Wahl stellten. Sie hatten u.a. den Abriß aller Denkmäler der Stadt gefordert, mit denen der Holocaust-Opfer gedacht wird.

Tolerierungsdebatte der SPD

Noch in der Wahlnacht erklärte Ingrid Stahmer, daß angesichts des "Schmutzwahlkampfes" der CDU eine Fortsetzung der Großen Koalition nicht ohne weiteres möglich sei. Als Alternative wurde die Duldung eines CDU-Minderheitssenats in Erwägung gezogen. Was anfangs wie das beleidigte Zaudern einer Wahlverliererin aussah, entwickelte sich zeitweilig zu einer strategischen Debatte. Nicht wenige SozialdemokratInnen ergriff die Furcht, daß mit dem Wahlergebnis noch längst nicht der Tiefpunkt erreicht sein könnte. Unerträglich erschien ihnen die Vorstellung, daß ihre Partei zukünftig bloßer Mehrheitsbeschaffer für eine CDU-dominierte Regierung sein solle. Da es in den fünf Jahren Regierungsverantwortung nicht gelungen sei, ein überzeugendes SPD-Profil zu entwickeln, müsse dies nun in der Opposition zu erarbeitet werden.

Zu denen, die für eine Oppositionsrolle der SPD eintreten, zählen Parteilinke wie Schatzmeister Klaus-Uwe Benneter, die Jusos, der Kreuzberger Bürgermeister Peter Strieder und Parteirechte wie der frühere Innensenator Erich Pätzold (3) oder der bisherige Weddinger Bürgermeister Hans Nisblé. Auch Egon Bahr sprach sich für die Opposition aus. Eine Reihe von Kreisverbänden (Wilmersdorf, Charlottenburg, Wedding, der mitgliederstärkste Bezirk Reinickendorf sowie die Mitgliedervollversammlung der Spandauer SPD) faßte sogar Beschlüsse, die Große Koalition unbedingt zu beenden.

Für eine Fortsetzung der Großen Koalition sprachen sich u.a. der amtierende Bausenator Nagel, der gescheiterte Direktkandidat Walter Momper, der frühere Jugendsenator und heutiges MdB Thomas Krüger, der Landesgeschäftsführer Rudolf Hartung, der Fraktionsvorsitzende Klaus Böger, der Landesvorsitzende Detlef Dzembritzki sowie der Fraktionssprecher Hans-Peter Stadtmüller aus. Am 1.11. kippte auch Ingrid Stahmer um, die sich in der Koalitionsfrage immerhin zehn Tage lang nicht festgelegt hatte.

Palastrevolution auf dem Landesparteitag gescheitert

Die Tolerierungsdebatte war insofern ein Erfolg, als die Berliner SPD endlich mal wieder im Mittelpunkt des Medieninteresses stand. Doch das Kalkül der Parteiführung - sich zunächst etwas zu zieren, um dann in Gesprächen mit der CDU stärker auftreten zu können - ging nicht auf. Aus billiger Taktiererei wurde eine ernste parteiinterne Auseinandersetzung. Die erste Runde ging an die Koalitionsbefürworter: Auf einer Klausurtagung des Landesvorstands am 28.10. beschloß die SPD mit 13 gegen 7 Stimmen, in diesem Jahr zwar keine Koalitionsverhandlungen mit der CDU mehr zu führen, mit Bündnisgrünen und Christdemokraten aber Gespräche über Sachthemen aufzunehmen. Der zeitliche Aufschub soll offensichtlich dazu dienen, die Wut und Enttäuschung in den Kreisverbänden abklingen zu lassen und eine vorschnelle Festlegung auf eine Oppositionsrolle zu vermeiden. Auf dem Landesparteitag am 7.11. sollten die Delegierten über dieses Modell entscheiden. Bereits zwei Tage später kippte der Landesausschuß diesen Zeitplan. Jetzt soll die Entscheidung über eine mögliche Regierungsbeteiligung spätestens Mitte Dezember auf einem zweiten Landesparteitag fallen.

Am 7.11. war für Spannung gesorgt. Falls es den Tolerierungsbefürwortern um Klaus-Uwe Benneter gelungen wäre, die SPD auf Beendigung der Großen Koalition festzulegen, dann hätte sich die Berliner SPD eine neue Führung suchen müssen. Stahmer, Böger und Dzembritzki wären nicht mehr zu halten gewesen. Vor dieser Alternative schreckten die meisten Delegierten zurück. Ingrid Stahmer mußte sich zwar heftige Kritik für den Wahlkampf und für ihr Verhalten danach gefallen lassen. Für Sondierungsgespräche mit der CDU sprach sich dennoch eine Mehrheit von 188 gegen 104 aus. Schließlich beschlossen die Delegierten mit 156 gegen 143 Stimmen, die Senatoren zum 30.11. nicht zum Rücktritt aufzufordern.

Sondierungsgespräche mit der Union sind für Ende der dritten Novemberwoche vorgesehen. Am 5.12. sollen die Kreisverbände über die Ergebnisse informiert werden. Auf einem weiteren Parteitag, wahrscheinlich am 15.12., wird die Basis über die Empfehlung des Landesvorstandes abstimmen, die aller Voraussicht nach aus

einer Fortsetzung der Großen Koalition bestehen wird. Nicht ausgeschlossen ist, daß eine Mitgliederbefragung die endgültige Entscheidung bringen wird.

Grüne Gestaltungspartei nimmt Formen an

Die Tolerierungsdiskussion der SPD wurde von den Berliner Bündnisgrünen insofern aufgegriffen, als deren Landesvorstand den Sozialdemokraten empfahl, "sich an der Seite der Grünen in der Opposition zu regenerieren." (Berl. Zt., 24.10.) Wenige Tage später zeigten die Berliner Grünen, daß sie Joseph Fischers Forderung, "den Schritt zur Gestaltungspartei zu machen", ernst nehmen. Ihr Abgeordneter Bernd Köppl legte ein Konzept vor, wonach Bündnisgrüne und SPD gemeinsam aus der Opposition heraus für die Dauer von etwa zwei Jahren einen CDU-Senat tolerieren könnten. Köppl am 27.10.: "Dieser Senat hätte eine große Tragfähigkeit, weil sich CDU, SPD und Bündnisgrüne auf die wirklich großen Aufgaben Berlins konzentrieren, bei denen es bereits gemeinsame Ziele gibt." Zu den Übereinstimmungen zählt er die Sanierung des Haushalts, die Länderfusion mit Brandenburg, den Ausbau Berlins zu einer funktionsfähigen Hauptstadt, die Verwaltungsreform und die Arbeitsmarktpolitik. Dieses Modell biete die Möglichkeit, die eigene Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen und gleichzeitig die PDS zu ignorieren. (jw, 28./29.10.) Während Fraktionschef Wieland hinter dem Köppl-Papier steht, lehnten Renate Künast und Michele Schreyer den Vorschlag ab, der de facto auf eine grün-schwarze Zusammenarbeit hinausgelaufen wäre. Fraktionssprecher Matthias Tang distanzierte sich dann namens der Partei und sprach von einer "persönlichen Meinung" Köppls. (taz, 28./29.10)

Den schmalen

Spielraum nutzen

Für die vor der Wahl ausgeschlossene, aber rechnerisch naheliegende Anwendung des "Magdeburger Modells" mag sich bis heute keinE namhafteR SPDlerIn aussprechen. Daran wird auch die erste parteiübergreifende Initiative für einen PDS-tolerierten rotgrünen Senat nichts ändern, die am 2.11. an die Öffentlichkeit trat: Mit dabei u.a. der Ex-Juso-Vorsitzende Heiko Mau, der grüne Hochschulsprecher Carsten Dallen und der jugendpolitische Sprecher der Berliner PDS-Fraktion, Steffen Zillich. Die PDS versucht, sich mit neuen Vorschlägen ins Gespräch zu bringen. Da die SPD keine Anstalten mache, gegen Diepgen anzutreten, schlug Petra Pau den Grünen vor, einen Kandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters zu benennen, der auch in der SPD Sympathien genieße. Konkret nannte sie Günter Gaus, der zwar dankend ablehnte, den Versuch aber als durchaus lohnend bezeichnete.

Ob die Bündnisgrünen sich diesem Vorschlag anschließen, soll auf der Landesdelegiertenkonferenz am 11.11. (nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe) entschieden werden. Fraktionschef Wieland hält nicht viel von solchen Überlegungen. Damit würde man nur die SPD verschrecken, weil auf diese Weise die PDS wieder ins Spiel käme. Angesichts der Westberliner Befindlichkeiten dürfe man dies jedoch nicht riskieren: "Es liegt an den Verbrechen der SED, daß viele Westberliner antikommunistisch bis in die Knochen sind. Das schüttelt man nicht in fünf Jahren ab." (ND, 28./29.10.)

In Berlin sind die Weichen auf Fortsetzung der großen Koalition gestellt. Die Landes-SPD kann auf diesem Weg nur verlieren. Im Unterschied zu einigen ostdeutschen Schwesterparteien erscheint sie unfähig, sich mit den zwei zukunftsweisenden Themen zu befassen: Erstens werden SPD-geführte Regierungen in Ostdeutschland in den nächsten 10 Jahren kaum ohne die PDS möglich sein. Zweitens droht den Sozialdemokraten in PDS-Hochburgen der Untergang. Gysis Traum von einer "richtigen sozialdemokratischen Partei" nimmt in Ostberlin konkrete Formen an. Sollte es den PDS-BürgermeisterInnen und -Stadträten tatsächlich gelingen, trotz der finanziell katastrophalen Rahmenbedingungen (siehe ak 383) eine bürgernahe Politik zustande zu bringen, dann wird sich die SPD dort in Zukunft an der 5%-Hürde orientieren dürfen.

kuk

Anmerkungen:

1) Merkwürdigkeiten in der Berlin-taz: Am 30.10. erscheint ein Romberg-Porträt ("Ein politisches Leichtgewicht") von Dorothee Winden, das nur so verstanden werden kann, daß die Bündnisgrünen eine völlig falsche Kandidatin aufgestellt haben.

2) Bezirksämter und -BürgermeisterInnen haben in Berlin praktisch keine Macht. Sie gelten laut Verfassung als Verwaltungen, denen einmal im Jahr Gelder für den Bezirkshaushalt überwiesen werden. Nach der Hauptstadtentscheidung sind die Rechte der Verwaltungen geschmälert worden. Der Senat darf bei "wichtigen" Entscheidungen, wie z.B. Umbenennungen von Straßen, die nach ermordeten kommunistischen WiderstandskämpferInnen benannt sind, oder bei Straßenbauvorhaben, Bezirkswünsche übergehen.

3) Sein Streitpapier, abgedruckt im Berlin-Teil der taz vom 27.10., beinhaltet die intelligenteste Stellungnahme gegen eine Fortführung der Großen Koalition.

PDS im Westen:

Point of no return?

Am Tag nach der Berliner Wahl war die Stimmung im PDS-Bundesvorstand ebenso gespalten wie das Wahlergebnis: Freude bei den Ostlern, Ratlosigkeit bei den Westlern. Wo, wenn es nicht einmal in Kreuzberg gelang, soll die PDS im Westen die 5%-Hürde überspringen? In der Tat konnte man sich kaum bessere Bedingungen für ein gutes Westergebnis denken: 7,5% bei der Bundestagswahl, 6,0% bei der Europawahl schienen ein sicheres Polster. Hinzu kamen eine gute finanzielle Ausstattung (Kreuzberg als einziger Schwerpunktbezirk im Westen), der aufwendigste Wahlkampf, der jemals in Kreuzberg gemacht wurde, und ein undogmatisch linker Bezirksverband, der der Wählerstruktur im Kiez entspricht. Am Ende wählte ein guter Teil des PDS-Potentials die Gurkentruppe von der KPD/RZ, die mit 4,6% nur knapp hinter der PDS (4,7%) zurückblieb.

Zwei Chancen bleiben der PDS nun noch, den Westaufbau voranzubringen: Zum einen kann sie darauf setzen, vom Schwenk der Grünen zu neoliberalen Positionen zu profitieren. Zum anderen kann sie feststellen, "daß die PDS im Westen nicht als Wahlpartei aufgebaut werden kann, sondern die Ochsentour des Parteiaufbaus in gesellschaftlichen Bewegungen und Initiativen durchlaufen muß", so die Kreuzberger Spitzenkandidatin Angela Klein bereits nach der Bremen-Wahl in der SOZ vom 18.5.95.

Aber beides sind nicht mehr als vage Hoffnungen. Denn es ist keineswegs ausgemacht, daß sich die Rechtswende der Grünen im Falle von Wahlniederlagen oder gesellschaftlichem Widerstand nicht wieder umkehrt. Und wer nach Bremen und Kreuzberg der PDS den Aufbau von der Basis her empfiehlt, der bringt ein Konzept ins Gespräch, das die PDS aus guten Gründen bisher vernachlässigt hat. Denn der Aufbau durch Mitarbeit der Parteibasis in Bewegungen und Initiativen läßt sich nur erreichen, wenn es erstens Bewegungen und Initiativen gibt und zweitens eine Parteibasis, die sich lieber um Außenwirkung bemüht als interne Identitätspolitik zu betreiben.

Das strategische Problem der West-PDS läßt sich am ehesten mit dem Prinzip "der Teufel scheißt nur auf den großen Haufen" beschreiben: das für eine gesellschaftliche Verbreiterung relevante Spektrum aus linken Gewerkschaftern, ehemaligen Sozialdemokraten und Grünen wagt sich erst dann in die PDS, wenn diese einen gewissen Erfolg und Dauerhaftigkeit verspricht. Der Zustand der PDS im Westen ließ der Parteispitze keine andere Wahl, als darauf zu setzen, über die Medien das Bild einer wachsenden linkssozialistischen PDS zu verbreiten, um jenes Spektrum zur Wahl und Mitarbeit zu bewegen, mit dem eine solche PDS tatsächlich erst aufzubauen wäre. Wenn diese Medienstrategie offenbar nicht ihr Ziel erreicht hat, kann man nicht jetzt den Aufbau über die Basis empfehlen, ohne zu benennen, mit welchem Personal dies geschehen soll.

Der point of no return, an dem das Image als Ost-Partei unabänderlich in den Köpfen der West-Linken festgeschrieben ist, könnte mit Bremen und jetzt mit Kreuzberg endgültig überschritten sein. In den vergangenen fünf Jahren hat die PDS bei keiner Wahl in einem westlichen Bundesland mehr als 2,7% erreicht. Bis zur Bundestagswahl 1998 stehen lediglich noch in Bayern und Niedersachsen Kommunalwahlen an, bei denen die PDS aufgrund der fehlenden 5%-Klausel Aussichten auf Erfolg haben könnte.

Auch wenn in Kreuzberg - und an wenigen anderen Orten - in Zukunft erfolgreiche Basisarbeit entwickelt wird: ob es noch irgendeine Bedeutung für die Gesamtpartei hat, wenn in Kreuzberg 1999 die diesmal fehlenden 150 Stimmen geholt werden, erscheint fraglich.

Martin Reeh

Raus aus dem Kabuff!

Das Wahlergebnis der PDS in Berlin hat hohe Wellen geschlagen. Die CDU ruft zum "Kampf gegen das kommunistische Übel" auf, große Teile der SPD benehmen sich ob der Dummheit der WählerInnen, die ihre Leistungen in der großen Koalition nicht zu honorieren wußten, wie eine beleidigte Leberwurst. Die Bündnisgrünen beteuern, daß die PDS-WählerInnen das Kreuz an der falschen Stelle gemacht haben, weil sie doch die einzig wirklich linke, emanzipatorische, soziale, oppositionelle, usw. Partei wären.

Sogar die FDP (ja, die gibt es noch, wirklich!) versucht dem Trend zu folgen und behauptet, ihre WählerInnen wären, zumindest im Osten Berlins, zur PDS gelaufen. Last but not least behauptet der große Ritter im Kampf gegen das Böse (sprich kommunistische Gefahr), Konrad Weiß, daß ihn der "fulminante Wahlsieg der PDS nicht überrascht" habe. Er hätte nämlich "tagtäglich zu spüren" bekommen, "wie sich der alte SED-Mief wieder ausbreitet". Es wäre "etwas atmosphärisches, das sich in Blicken, Gesten, Halbsätzen ausdrückt und natürlich im heimlichen Kreuz für die PDS ..." ( Die Welt, 26.10.95). Mein Gott, wie gruselig!

Allerdings beziehen sich fast alle Kommentare auf das PDS-Ergebnis im Ostteil Berlins. 2,1% im Westen waren weniger als viele GenossInnen und SympathisantInnen sich erhofft hatten. Vor allem war das knappe Scheitern an der 5%-Hürde in Kreuzberg sehr enttäuschend, war doch vom Einzug in die Kreuzberger Bezirksverordnetenversammlung ein positives Signal für den Westaufbau erwartet worden. Wie üblich, gab es nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses eine Menge Leute, die schon immer wußten, daß die PDS im Westen sowieso keine Chance habe und wenn überhaupt, dann nur mit einem anderen Konzept. Es gab Stimmen in der Partei, die, wie auch bei Linken üblich, Köpfe rollen sehen wollten, speziell die des Bezirksvorstandes Kreuzberg, der allerdings mit einem klaren Votum in seinem Amt bestätigt wurde.

Was ist nun falsch gelaufen?

Der größte Fehler des Wahlkampfes war m.E. die mangelnde Konfrontation mit den Bündnisgrünen auf Bezirksebene. Was wir in Kreuzberg für die Landesebene geschafft haben, nämlich ganz klar die Unterschiede zwischen der Landespolitik der beiden Parteien aufzuzeigen (was auch mit einem Ergebnis von 5,3% der Zweitstimmen für das Abgeordnetenhaus honoriert wurde) ist uns für die Kommunalpolitik nicht ausreichend gelungen. Als Beispiel kann mensch aufführen, daß wir so gut wie nicht auf die Frage eingegangen sind, wie wir uns bei der Wahl des/der Kreuzberger Bürgermeisters/In verhalten werden (es gab zum ersten Mal die Möglichkeit, daß hier eine grüne Bürgermeisterin gewählt wird). Dieser Fehler war wahrscheinlich ausschlaggebend für das Scheitern der PDS in Kreuzberg.

Die Wahlkampfstrategie, nämlich Konzentration auf Straßenwahlkampf verbunden mit der Ausrichtung inhaltlicher Veranstaltungen zu "westspezifischen Themen" wie z.B. ImmigrantInnenpolitik/Antirassismus, Drogenpolitik und Antirepression in Zusammenarbeit mit Basisinitiativen, scheint mir immer noch richtig. Auf dieser Grundlage werden wir auch die nächsten Jahre arbeiten.

Durch den Wahlkampf sind wir nun eine Gruppe von ca. 30 AktivistInnen, die zu etwa 30% aus ImmigrantInnen besteht. Das ist mehr als in so manchem PDS-Landesverband im Westen. Der Einzug in die Kreuzberger BVV wäre, wie eingangs erwähnt, ein positives Signal für den Westaufbau gewesen. Umgekehrt ist das Scheitern zwar ein Rückschlag, aber kein endgültiger. Wer erwartet hatte, daß am Kreuzberger Wesen die West-PDS genesen würde, deren/dessen Einschätzung war und ist unrealistisch. Der Westaufbau wird noch jahrelang einer Durststrecke gleichen. Entscheidend ist hier die Frage, ob es der PDS im Westen gelingt, sich vom Mief der Hinterzimmerpolitik und des Zirkelwesens zu befreien. Eine sozialistische Partei darf weder auf die Rolle einer identitätsstiftenden Heimat reduziert werden, noch darf sie Schauplatz der Fortsetzung des Sektenkrieges der westdeutschen Linken mit anderen Mitteln sein. Also raus aus dem Kabuff und rein in die Basisinitiativen! Politik, und gerade die außerparlamentarische, findet nicht in der Kneipe statt. Die Chance für den Aufbau einer linkssozialistischen, oppositionellen Partei in Gesamtdeutschland ist (immer noch) da. Sie muß allerdings ergriffen werden.

Rouzbeh Taheri

# 7. Der Marsch der Männer. Eine Million Afroamerikaner demonstrieren den Bankrott des "black nationalism"

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:34

Die Washingtoner Korrespondentin der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" war begeistert. Noch am Vorabend der Kundgebung hatte sie "gewalttätige Übergriffe und häßliche Krawalle" befürchtet (FAZ 16.10.95). Als aber am 16. Oktober (einem Werktag!) tatsächlich fast eine Million schwarzer Männer dem Aufruf der "Nation of Islam" folgten und sich vor dem US-Kapitol einfanden, sah sich die Korrespondentin eines Besseren belehrt. Sie sah eine "eindrucksvolle und in vieler Hinsicht rührende Demonstration schwarzer Einheit und die Entschlossenheit, in eigener Verantwortung die tiefen sozialen Mißstände unter den Schwarzen zu überwinden" (FAZ 18.10.95).

Auch die in Köln erscheinende "Sozialistische Zeitung" geriet ins Schwärmen. Ihr Kommentator erkannte in der Massenkundgebung "Anzeichen für eine zunehmende Politisierung der afroamerikanischen Bewegung", "Widerstand gegen herrschendes Unrecht" und eine "klassische Dialektik der Politisierung" (1).

Den Optimismus des SoZ-Kollegen in Ehren, aber was sich am 16. Oktober beim "Million Man March" manifestiert hat, war keine Politisierung, sondern eine grandiose Entpolitisierung. Der ideologische Rollback in den USA hat auch vor der afroamerikanischen Bevölkerung nicht Halt gemacht. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, wurden auf der Washingtoner Großkundgebung keinerlei "politische" Forderungen formuliert. Vielmehr ging es um moralische Umkehr und wirtschaftliche Selbsthilfe im Rahmen des Kapitalismus.

Wie immer bei derartigen Ereignissen ist die genaue Teilnehmerzahl umstritten. Die Washingtoner Polizei gab 400.000 Teilnehmer an, die "Nation of Islam" 1,5 Millionen. Die Boston University analysierte Luftaufnahmen und kam auf 837.000 (International Herald Tribune (IHT), 28.10.95). In jedem Fall war es die größte Kundgebung in der Geschichte der US-Hauptstadt. Die Mobilisierung ist das Verdienst eines Mannes: Louis Farrakhan, Führer der afroamerikanischen Sekte "Nation of Islam". Keine andere Organisation oder Einzelperson in den USA wäre derzeit in der Lage, solche Menschenmassen zu mobilisieren.

Farrakhan hatte vor rund einem Jahr zum "Million Man March" und einem "Tag der Buße und der Versöhnung" in Washington aufgerufen. Im engeren Sinne "politische" Forderungen wurden erst gar nicht formuliert. Der NOI-Führer erklärte in einem Interview: "Wir wollen eine Million schwarze Männer nach Washington bringen, um gegenüber der Welt und gegenüber uns selbst zu erklären, daß wir (...) als Männer vor Gott Buße tun müssen dafür, daß wir versagt haben bei unserer Verantwortung als Köpfe unserer Familien und als Bauherren unserer Communities" (Washington Post (WP), 8.10.95).

Wer den weiten Weg in die Bundeshauptstadt nicht machen könne, so die NOI, sollte am 16. Oktober der Arbeit fernbleiben und auch aufs Einkaufen verzichten. Afroamerikanische Frauen sollten, so wörtlich, "zu Hause bleiben, sich um die Kinder kümmern und beten". Ebenso sollten Menschen anderer "Rassen" nicht am Marsch teilnehmen, auch wenn sie dessen Anliegen unterstützten.

Zunächst wurde die Idee kaum zur Kenntnis genommen oder das Ziel "eine Million" als größenwahnsinnig abgetan. Praktisch im Alleingang machte sich die NOI in den folgenden Monaten an die Mobilisierung - und stieß in vielen Städten auf ein großes Echo. Die "weißen" bürgerlichen Massenmedien ignorierten dies weitgehend. Anders dagegen die "Black Media" (der US-weite Kabelsender "Black Entertainment Television", lokale Radiosender und Wochenzeitungen, die auf ein afroamerikanisches Publikum spezialisiert sind): Hier wurde die Idee bald aufgegriffen und zu Spendensammlungen aufgerufen. Freilich war die Idee auch hier nicht unumstritten - vor allem wegen der offen antisemitischen Positionen der "Nation of Islam" und wegen des Ausschlusses afroamerikanischer Frauen (siehe unten).

Positives Medienecho

Erst als abzusehen war, daß Farrakhans Aufruf tatsächlich von vielen Zehntausenden oder gar Hunderttausenden befolgt werden würde, sprangen auch viele "traditionelle" schwarze Organisationen und Prominente auf den fahrenden Zug auf. So schlossen sich im August und September der frühere demokratische Präsidentschaftsbewerber Jesse Jackson und der "Congressional Black Caucus" (die Gruppe

der afroamerikanischen Kongreßabgeordneten) dem Aufruf an. Auch viele Kommunalpolitiker unterstützten die Mobilisierung - u.a. Ed Rendell, der (weiße) Bürgermeister von Philadelphia, der ansonsten lautstark die Hinrichtung des angeblichen "Polizistenmörders" Mumia Abu-Jamal fordert.

Die großen bürgerlichen Massenmedien begannen erst wenige Tage vor dem 16. Oktober, über den geplanten "Million Man March" (der jedoch nicht als "Marsch" mit Demoroute geplant war, sondern als "stehende" Versammlung) zu berichten. Die Kundgebung wurde live vom Fernsehen übertragen. Der Kabelsender CNN, der sonst eher den Sekundentakt bevorzugt, sendete selbst die zweieinhalbstündige(!) Abschlußrede von Farrakhan (2). Ihren Leitkommentar am nächsten Morgen überschrieb die "New York Times" mit "auch hoffnungsvolle Aspekte" (17.10.95).

Die Einschränkung "auch" bezieht sich dabei auf die Kritik an Farrakhan, die in den bürgerlichen Medien immer nach demselben Muster abläuft. Der NOI-Führer wird als "anti-white and anti-Jewish" verurteilt (gelegentlich wird noch dazu gesagt, daß er auch frauen- und homosexuellen-feindlich ist), aber gelobt für die positive Arbeit, die seine Organisation als Disziplinierungsinstrument in den schwarzen Gettos leistet.

Auch US-Präsident Bill Clinton distanzierte sich von Farrakhan und lobte den "Million Man March". In einer Grundsatzrede über die gegenwärtigen "Rassenbeziehungen" in den USA sagte er am selben Vormittag in Texas: "Beim heutigen Marsch geht es um Stolz und Würde und Respekt. Es geht um schwarze Männer, die neue Verantwortung für sich selbst, ihre Familien und ihre Gemeinschaften übernehmen. Es geht um ein 'Nein' zu Kriminalität, Drogen und Gewalt. Wenn schwarze Männer nicht ihre Last tragen, dann kann ihnen, ihren Schwestern und ihren Kindern auch niemand anderes helfen" (zitiert nach Washington Post, 17.10.95). In seiner Kundgebungsrede am Nachmittag bedankte sich Farrakhan für Clintons Lob: "Mit allem Respekt, Sir, Sie haben heute eine großartige Rede gehalten" (WP 17.10.95).

Wenn der "Millionenmarsch" tatsächlich ein Ausdruck von "Protest und Widerstand" (SoZ) gewesen wäre, dann hätte man kaum auf eine solch wohlwollende Berichterstattung und Kommentierung hoffen können. Tatsächlich paßten die ideologischen Grundpositionen der Männerdemo gut zum gegenwärtigen konservativen Mainstream in den USA.

Moralische Umkehr

Zwar betont auch Farrakhan, daß weißer Rassismus zu den Grundfesten der US-Gesellschaft gehört - angefangen vom Sklaven-Import in den damaligen nordamerikanischen Kolonien (3). Die heutige Misere großer Teile der afroamerikanischen Bevölkerung will Farrakhan aber nicht mit einer großen antirassistischen Mobilisierung bekämpfen, sondern mit moralischer Umkehr und wirtschaftlicher "Selbsthilfe".

Das Elend in den afroamerikanischen Gettos liegt vor allem an der Sündhaftigkeit ihrer BewohnerInnen - diese Behauptung zieht sich durch die Predigten und Publikationen der "Nation of Islam". Vor allem geht es dabei um die Männer, die sich aus der Verantwortung für ihre Familien gestohlen und nur noch Drogen und Gewalt im Kopf hätten. Das Gegenmittel: Schwarze Männer müßten ihren "angestammten Platz als Kopf ihrer Familien und ihrer Communities" wieder in Anspruch nehmen.

Diese Sicht, die Armut und Marginalisierung vor allem mit "kulturellen Defiziten" der Betroffenen erklären will, dominiert schon lange im (weißen) US-Mainstream. In den 60er Jahren präsentierte der liberale Sozialwissenschaftler Moynihan (der heute als demokratischer US-Senator einer der letzten Verteidiger des Wohlfahrtsstaats ist) einen umfassenden Bericht über die "Kultur der Armut" in den afroamerikanischen Gettos. Die Grundaussage war dieselbe, die auch Farrakhan vertritt: Das Elend in den Gettos liegt vor allem an der "defekten" Familienstruktur in der schwarzen Bevölkerung. Gemeint ist damit ein relativ hoher Anteil von "vaterlosen" Familien (heutzutage werden rund zwei Drittel aller schwarzen Kinder von unverheirateten Müttern geboren, bei Weißen sind es weniger als 20 Prozent) (4).

Seinerzeit erntete Moynihan noch scharfe Kritik, weil er den schwarzen "Opfern" die Hauptschuld an der sozialen Misere zuschob. Inzwischen jedoch hat sich die Moynihan-Position weitgehend durchgesetzt, selbst bei vielen Linken, die nur noch Fehlverhalten, Kriminalität und Drogenkonsum in den Gettos wahrnehmen. Kaum jemand redet noch über ökonomische Krise und Umstrukturierung, die einen Teil des (multiethnischen) US-Proletariats schlicht "überflüssig" werden lassen.

Während Moynihan seinerzeit immerhin noch eine gesellschaftliche Verantwortung für die Misere der Minderheit einklagte und höhere Sozialleistungen verlangte, will die heutige konservative Mehrheit ihre "family values" (Familienwerte) meist mit drakonischen Strafen durchsetzen. Ein Beispiel: In mehreren Bundesstaaten sollen unverheiratete Sozialhilfeempfängerinnen, die Kinder in die Welt setzen, künftig kein zusätzliches Kindergeld mehr erhalten. Dies wird ausdrücklich damit begründet, daß ledige Frauen eben ihr Sexualverhalten ändern müßten. Die "Nation of Islam" und der Grundton des "Million Man March" stimmen mit solchen "family values" des konservativen Mainstream voll überein (5).

Islamischer Kapitalismus

Nicht nur bei der Sexualmoral, auch im ökonomischen Bereich vertritt die NOI voll die herrschende Ideologie. Davon, daß Farrakhan die "Abschaffung der Marktwirtschaft thematisiert" (wie Jürgen Elsässer am 18. 10. in der "jungen Welt" vermutet), kann keine Rede sein. Vielmehr propagiert die NOI einen "black capitalism" als Weg zur afroamerikanischen Emanzipation. Farrakhan bei seiner Washingtoner Kundgebungsrede: "Wenn wir die schwarze Gemeinschaft mit Geschäften überziehen und Fabriken eröffnen ..., dann werden die Weißen sagen: 'Sieh sie Dir an, sie sind wunderbar. Wir können nicht mehr sagen, daß sie minderwertig sind.'" (WP 17.10.95)

Farrakhans Assistent Leonard Muhammad forderte die Kundgebungsteilnehmer auf, mit Dollarscheinen zu wedeln, um ihre Macht als Verbraucher zu demonstrieren: "Zeigt der ganzen Welt, daß wir finanziell unabhängig sind!" (taz 18.10.95). Solcher Schabernack wird unter den Kundgebungsteilnehmern nur auf wenig Widerspruch gestoßen sein. Nach einer Erhebung der Washington Post war das Publikum "wohlhabender und besser ausgebildet als der Durchschnitt der Afroamerikaner" (WP 17.10.95, nach einer Umfrage unter 1047 Teilnehmern).

Die Forderung der NOI nach "Autarkie" und "Selbsthilfe", mit der nicht kollektive Organisierung von unten gemeint ist, sondern schlicht die Gründung neuer kapitalistischer Firmen in schwarzer Hand, paßt haargenau zu den rabiaten Sozialkürzungen, die gegenwärtig durch den US-Kongreß gepuscht werden. Farrakhan segnet so die republikanische Kahlschlagpolitik nachträglich ab.

Nur für Männer

Auf erstaunlich wenig öffentlichen Widerspruch stieß Farrakhans Aufforderung, Frauen sollten am 16. Oktober zu Hause bleiben und sich um die Kinder kümmern. Auch diejenigen KundgebungsrednerInnen, die sonst gerne das Hohelied des "Regenbogens" der verschiedenen Ethnien, Geschlechter und sexuellen Orientierungen singen, stellten ihre Bedenken im Interesse von "schwarzer Einheit" (!) zurück. Der gemäßigte "National Council of Negro Women" unterstützte den Männer-Aufruf. Manche Frauen setzten sich dennoch über Farrakhans "Demonstrationsverbot" hinweg und kamen zur Kundgebung (die Washington Post schätzte drei Prozent Frauen im Publikum - das wären immerhin 20-30.000 Frauen).

Neben mehreren Dutzend Rednern hatte die NOI auch drei Alibi-Frauen eingeladen: die legendäre Rosa Parks, die vor 40 Jahren den Kampf gegen die Rassentrennung in Montgomery (Alabama) mit angeführt hatte, Betty Shabazz, die Witwe von Malcolm X, und die Literatur-Nobelpreisträgerin Maya Angelou.

Offene Kritik gab es nur selten. So erklärten die Philosphie-Professorin (und ehemalige KP-Führerin) Angela Davis und die Feministin Jewell Jackson McCabe: "Gerechtigkeit kann nicht mit einer Demonstration erreicht werden, die schwarze Frauen ausschließt und die Unterdrückung schwarzer Frauen herunterspielt." (WP 17.10.95) Die linke Juristin Mary Frances Berry kritisierte Farrakhan öffentlich: "Er vertritt immer wieder die widerlichsten antisemitischen, rassistischen, sexistischen und homophoben Auffassungen, die man sich vorstellen kann. Ich vertraue nicht darauf, daß Farrakhan ... uns in das Gelobte Land führen kann." (WP 14.10.95)

Auch manche prominenten schwarzen Männer distanzierten sich wegen des Frauen-Verbots (und wegen des Antisemitismus der NOI) von der Kundgebung, u.a. der Washingtoner "Black Studies"-Professor Russell Adams (taz-Interview am 16.10.95) und der sozialdemokratische Politologe Roger Wilkins (WP 15.10.95). Der in der bundesdeutschen Kulturlinken beliebte linke Philosoph und Bestseller-Autor Cornel West rief dagegen zur Teilnahme am Millionenmarsch auf, um "Farrakhan nicht das Terrain zu überlassen". Das National Black Gay and Lesbian Leadership Forum forderte trotz der widerwärtige Homosexuellen-Hetze der NOI schwule

Afroamerikaner zum Mitlaufen auf: "Wir lassen es nicht zu, daß Farrakhan entscheidet, wer am schwarzen Familientisch sitzen darf und wer nicht".

Die Notlage schwarzer Männer

Ein "geschlechtsneutraler" Aufruf (geschweige denn ein "rassen"-übergreifender) wäre mit Sicherheit nicht in der Lage gewesen, ähnliche Menschenmassen zu mobilisieren. Wie kommt es, daß eine Demonstration "nur für Männer" eine solche Anziehungskraft entwickelt?

Viele schwarzen Männer sehen sich einer besonderen Repression ausgesetzt. Ein Drittel(!) aller schwarzen Männer im Alter von 20 bis 29 Jahren sind im Gefängnis oder auf Bewährung "draußen" - die Mehrheit wegen Drogendelikten. Die häufigste Todesursache in dieser Gruppe ist Mord. Die Rede von "black males" als "endangered species" (vom Aussterben bedrohte Gattung) macht die Runde. (6)

Der Hintergrund solcher Zahlen ist die ökonomische Umstrukturierung und Massenarbeitslosigkeit in den USA, von der schwarze Männer überproportional betroffen sind. In den vergangenen 70 Jahren waren manuelle Tätigkeiten in traditionellen Industriebranchen (Auto, Stahl, etc.) für viele Afroamerikaner die einzigen materiellen "Aufstiegs"-Möglichkeiten in den USA. Genau diese Branchen haben in den letzten Jahren besonders viele Arbeitsplätze abgebaut. Jetzt kommen noch die Kürzungen im öffentlichen Sektor hinzu - dem zweiten wichtigen Bereich, in dem viele Afroamerikaner bisher geregelte Arbeitsplätze gefunden haben. Schwarze Frauen, die traditionell vor allem im Dienstleistungssektor (schlecht bezahlte) Arbeit fanden, sind von der Umstrukturierung weniger betroffen.

Indem Farrakhan die Frustration und den Protest vieler Afroamerikaner gegen ihre Ausgrenzung und ideologische Verteufelung als Kriminelle "anzapft", mobilisiert er tatsächlich ein oppositionelles Moment. Das Traurige ist nur, daß die Rebellion gegen rassistische Stereotypen in derartig konservativen und patriarchalen Bahnen verläuft. Der Protest der Million ("wir sind keine Drogenhändler", "wir zeugen keine unehelichen Kinder") wiederholt und bestätigt nur die herrschenden Stereotypen und Schuldzuweisungen.

Farrakhan als "Black Leader"?

Der "Million Man March" hat die politische Landschaft in den USA verändert. Den dramatischsten Einschnitt bekommen sicher die traditionellen Bürgerrechtsorganisationen zu spüren (u.a. die NAACP, die "Urban League", die Organisation "Push" und Jesse Jacksons "Regenbogenkoalition"). Seit dem Niedergang der antirassistischen Massenmobilisierungen der 50er und 60er Jahre agieren diese Gruppen vor allem als Lobbyorganisationen. Ihre Sprecher (Frauen gibt es in den Vorständen fast keine) galten bisher als politische Führung "der" afroamerikanischen Bevölkerung. Viele Jahre lang hatten sie zumindest in der demokratischen Partei relativ großen Einfluß. Politisch vertraten sie meist linksliberal-sozialdemokratische Positionen und eine "integrationistische" Perspektive (siehe unten).

In den letzten Jahren haben diese Organisationen aber kontinuierlich an Einfluß verloren. Die NAACP ist hoch verschuldet und verliert Mitglieder. Jesse Jackson, der Mitte der 80er Jahre die "linke" Opposition innerhalb der demokratischen Partei repräsentierte, spielt heute nur noch eine geringe Rolle. Seine "Rainbow Coalition Inc." ist trotz ihres "vielfältigen" Namens längst zu einem kleinen Privatclub verkommen. Der Congressional Black Caucus (die Gruppe der schwarzen Kongreßabgeordneten) hat durch den republikanischen Wahlsieg im November 1994 wichtige Parlamentsposten verloren. Auch auf kommunaler Ebene wurden viele schwarze PolitikerInnen in den vergangenen Jahren wieder aus ihren Ämtern verdrängt. Die schwarzen Kirchen (vor allem Baptisten), die jahrhundertelang ein wichtiger Stützpunkt für afroamerikanische Widerstandsbewegungen waren, leiden an Überalterung. Auch die Gewerkschaften, die bisher zumindest punktuell wichtige Verbündete der Bürgerrechtsbewegung waren, befinden sich in einer tiefen Krise.

Eine nennenswerte schwarze Linke gibt es seit den scharfen Auseinandersetzungen in der "Black Power"-Bewegung Anfang der 70er Jahre nicht mehr. Nach der weitgehenden Zerschlagung linker Ansätze (z.B. die Black Panther Party) durch das FBI hatte sich damals die Mehrheit der "Black Power"-AktivistInnen einem kulturell orientierten Nationalismus zugewandt. Dieser "Afrozentrismus" verklärt eine afrikanische Vergangenheit und formuliert einen "maskulinen Traum schwarzer Macht und Befreiung" (7).

In dieser Situation ist nun Farrakhan an der gesamten etablierten "schwarzen Führung" vorbeigeprescht. Die traditionellen Bürgerrechtsgruppen schlossen sich dem "Million Man March" mehr oder weniger widerstrebend

an. Farrakhan, der noch vor wenigen Jahren bei den liberalen "black leaders" als inakzeptabel galt, ist nun in die erste Reihe vorgerückt.

Als Farrakhan im August 1993 auf einer großen Bürgerrechts-Demonstration in Washington (knapp 100.000 TeilnehmerInnen) zum 30. Jahrestag von Martin Luther Kings "I have a Dream"-Kundgebung sprechen wollte, wurde ihm wegen seiner antisemitischen Positionen noch die Teilnahme verwehrt. Im vergangenen Jahr weigerte sich die NAACP, an einem "African American Leadership Summit" mit Beteiligung Farrakhans mitzumachen (8). Als der NOI-Führer jedoch kurz nach dem Millionenmarsch eine erneute Einladung zu einem "afroamerikanischen Gipfeltreffen" aussprach, nahm die NAACP dankend an.

Farrakhan kann nun ebenfalls den Status eines "black leader" beanspruchen. Weil er ein "autonomes" Faustpfand in die Waagschale werfen kann (die eigenständige Mobilisierung von einer Million Afroamerikanern) ist seine "Legitimation" sogar noch stärker als die seiner "integrationistischen" Kollegen, die auf weißes Wohlwollen (Geld, Medienzugang, etc.) angewiesen sind. Bei dieser Betrachtungsweise bleibt freilich unberücksichtigt, wie problematisch die Konstruktion "black leader" von vornherein ist. Sie geht davon aus, daß es eine einigermaßen homogene "black community" gibt, die sozusagen naturwüchsig ihre "leader" hervorbringt. Prominente PolitikerInnen oder KünstlerInnen mit dunkler Hautfarbe äußern sich demnach automatisch "als Schwarze". Kaum jemand kommt dagegen auf die Idee, z.B. Newt Gingrich (dessen Anhängerschaft ganz überwiegend aus Weißen besteht) als "white leader" zu bezeichnen.

Integrationismus oder Nationalismus

Farrakhans Aufstieg markiert das Ergebnis einer langjährigen Entwicklung: der Niedergang des "Integrationismus" und der (Wieder-)Aufstieg des "black nationalism" (auch wenn diese Denkrichtungen selten in "Reinform" vorkommen). Mit "Integration" ist die (politische) Gleichberechtigung der AfroamerikanerInnen innerhalb der US-Gesellschaft gemeint, das Vehikel dafür sind "gemischt-rassige" Organisationen. Schwarzer Nationalismus/Separatismus betont dagegen eine besondere "black identity". Manche Spielarten sind eher kulturell ausgerichtet, andere verlangen sogar einen eigenen "schwarzen" Staat auf dem Territorium der USA.

In der US-Geschichte haben sich diese beiden Denkrichtungen immer wieder abgewechselt. In Perioden mit einem gesamtgesellschaftlichen Reformklima dominierten meist integrationistische Ansätze, in reaktionären Perioden nationalistische/separatistische. Als Schwarze und arme Weiße nach der Sklavenbefreiung (1865) in den Südstaaten radikaldemokratische Reformen durchsetzten, war von afroamerikanischem Separatismus nichts zu hören. Aber nur wenige Jahre später, als die Plantagenbesitzerklasse mit Hilfe des Ku-Klux-Klans wieder an die Macht gelangte und die gerade erst befreiten SklavInnen wieder weitgehend entrechtete, wurden in der schwarzen Bevölkerung wieder selbstgenügsame Autarkie-Parolen hegemonial.

Als während des ersten Weltkriegs der Bedarf an schwarzen Arbeitskräften sprunghaft anstieg und so soziale Fortschritte für Afroamerikaner möglich wurden, begann der Wiederaufschwung integrationistischer Konzepte (u.a. in der liberalen NAACP). Der darauf folgende Rückschlag führte in den 20er Jahren zu Marcus Garveys "Back to Africa"-Bewegung (in der auch die ideologischen Wurzeln der NOI zu finden sind). Der sozialstaatliche New Deal und der Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung in den 30er Jahren läutete dann die langjährige Hegemonie des Integrationismus in der afroamerikanischen Bevölkerung ein. Erst mit dem Abflauen der Bürgerrechtsbewegung (ab 1965) und dem reaktionären Rollback der "Reagan Revolution" (ab 1980) kamen nationalistisch-separatistische Parolen wieder in Mode.

Integrationismus war immer auch ein Ausdruck der Zuversicht, gemeinsam mit weißen BündnispartnerInnen antirassistische Reformen durchsetzen zu können. Umgekehrt speiste sich "black nationalism" immer auch aus der Enttäuschung über die Tragfähigkeit "multi-rassischer" Solidarität.

Mangels linker Alternativen wird "Integration" heute nur noch als Unterwerfung und Anpassung an die weiße Mehrheitsgesellschaft verstanden. Die "nationalistische" Propagierung von "schwarzem Stolz", "afrikanischen Wurzeln" und "schwarzer Unabhängigkeit" gilt dagegen als radikal. Dies war nicht immer so; historisch gesehen waren die Rollen anders verteilt.

Solange die gesetzliche Rassentrennung bestand, galten schwarze Separatisten als konformistisch und Integrationisten als radikal. Im großen ideologischen Streit um die Jahrhundertwende zwischen Booker T. Washington (der den Aufbau von ökonomisch selbständigen schwarzen Communities favorisierte) und W.E.B.

DuBois (der mit der NAACP volles Wahlrecht und politische Gleichberechtigung für Schwarze forderte), galt der erste als "gemäßigt" und der letztere als "militant". In den 30er Jahren organisierten sich die kämpferischsten Schwarzen in der "multi-rassischen" US-KP (die zwar verbal einen schwarzen Separatstaat im Süden der USA forderte, in ihrer Praxis aber integrationistisch war). In den 50er Jahren wurden die Leute um den Baptistenpfarrer Martin Luther King, die sich Polizeihunden und Wasserwerfern entgegenstellten, für ihren Mut bewundert. Gleichzeitig galten die "Black Muslims" von Elijah Muhammad und Malcolm X (zu Recht!) als untätige Großmäuler.

Der Erfolg der integrationistischen Bürgerrechtsbewegung wurde ihr dann zum Verhängnis. Inzwischen treten auch die weißen Eliten für die formale Gleichberechtigung der Schwarzen ein. Die neue "black middle-class" soll beweisen, daß der "amerikanische Traum" angeblich für alle gilt. Unter den Tisch fällt dabei, daß die Integration in die US-amerikanische Wohlstandsgesellschaft an den multi-ethnischen Ghettos vorbei gegangen ist.

Die soziale Polarisierung hat in den vergangenen 20 Jahren noch weiter zugenommen. Trotz des Aufstiegs der schwarzen "Mittelklasse" beträgt ein durchschnittliches afroamerikanisches Familieneinkommen nur rund 60 Prozent des weißen - eine Tatsache, die selbst Clinton in der oben erwähnten Ansprache in Texas anprangerte. Beim Vermögen ist die Differenz noch krasser: Eine durchschnittliche schwarze Familie besitzt nur 23 Prozent der Werte einer weißen Familie. 1994 lebten 30,6 (!!) Prozent aller AfroamerikanerInnen unter der offiziellen Armutsgrenze, aber "nur" 11,7 Prozent aller Weißen (WP 6.10.95).

Angesichts der Unfähigkeit des liberalen Integrationismus, an dieser sozialen Misere etwas zu ändern, erscheinen die Vertreter von separatistischer "Black Power" als die "Radikalen" - wenn auch nur auf symbolischer Ebene. Schwarzes Selbstwertgefühl ("Black Pride") äußert sich heute nicht mehr in der Forderung nach gleichen Rechten, sondern als kultureller Separatismus, Besinnung auf "afrikanische Wurzeln" etc. Die vermeintliche Radikalität der NOI und des "Afrozentrismus" wird dabei zum Nulltarif geliefert. Als eine "Bauch-Rebellion ohne gefährliche Konsequenzen, eine sofortige, schmerzlose Umkehrung von Macht- und Statusbeziehungen" beschreibt der linke Analytiker Adolph (in "the Nation", 21.1.91) Reed Farrakhans Kundgebungen. Farrakhans Bild hochzuhalten oder ein Afrika-Medaillon zu tragen sind "Akte ohne klare Bedeutung, die ohne besondere Anstrengung vollzogen werden können und doch einen Insider-Status verleihen. Rassische Militanz beruht oft auf konventionellen, wenn nicht gar konservativen Bestrebungen."

An diesem Punkt spielt der aggressive Antisemitismus ("Juden sind die Blutsauger der black community") der NOI eine wichtige Rolle. Farrakhan gilt als einer, "der sagt, was er denkt", ohne vor einem negativen (weißen) Medienecho in die Knie zu gehen. Die Tatsache, daß es gerade jüdische Organisationen waren, die z.B. in der US-KP oder in der Bürgerrechtsbewegung afroamerikanische Kämpfe unterstützt hatten, wird nun propagandistisch gegen sie gewendet: Die jüdische Unterstützung habe eben beabsichtigt, die "schwarze Rasse" auf den Irrweg der Assimilation zu führen und so zu zerstören. Farrakhan wirft den liberalen Bürgerrechtsorganisationen vor, vom Judentum kontrolliert zu werden. In einem Flugblatt, das die NOI auf der oben erwähnte Bürgerrechtsdemo im August 1993 verteilte, hieß es, die Ausladung Farrakhans sei "ein Beweis für die Macht der Juden über die black leadership". Motto: Wer gegen die liberalen Schlappschwänze sein will, muß auch gegen die Juden sein.

Potential für Politisierung?

Daß Menschen, die rassistisch diskriminiert und ausgegrenzt werden, sich auf der Grundlage ihrer (zugeschriebenen) ethnischen Zugehörigkeit organisieren und gegen Rassismus zu Wehr setzen (also z.B. Organisationen nur für Schwarze), soll hier nicht in Abrede gestellt werden. Dies kann jedoch nicht heißen, gegenüber reaktionären Aspekten solcher Bemühungen einfach "ein Auge zuzudrücken".

Die "Nation of Islam" verwendet zwar oppositionelle (anti-rassistische) Symbole, biedert sich dann aber doch immer wieder bei den Herrschenden an (indem sie Frauen bevormundet und gegen JüdInnen, Schwule und Lesben hetzt). Auch wenn die vielen hunderttausend Männer, die sich am 16. Oktober in Washington versammelten, nicht automatisch NOI-Sympathisanten sind - die Grundaussagen des Männermarsches haben sie befürwortet. Dies nicht zur Kenntnis zu nehmen und in die Kundgebung ein linkes Potential hineinzuphantasieren, heißt, die Teilnehmer nicht ernst zu nehmen.

Es gab fast keinen Bericht über den "Million Man March", in dem keine Vergleiche mit der legendären Washingtoner Bürgerrechtskundgebung im August 1963 gezogen wurden (damals hielt Martin Luther King vor rund 250.000 Menschen seine berühmte Rede "I have a dream"). Der wichtigste Unterschied fiel dabei immer unter den Tisch: Vor 32 Jahren wurden die USA durch eine soziale Massenmobilisierung erschüttert. Vor allem in den Südstaaten waren seit rund zehn Jahren Hunderttausende gegen den rassistischen Status Quo aktiv: mit Demonstrationen, Boykotts und direkten Konfrontationen gegen die Staatsgewalt. Zwar spiegelte die 1963er-Kundgebung kaum die Radikalität dieser Massenbewegung (so verboten die Organisatoren jede kritische Aussage gegen die Kennedy-Administration), aber die Dynamik an der Basis ging weiter.

Heute ist die Situation eine völlig andere. Das politische Klima in der afroamerikanischen Bevölkerung ist bestenfalls von Hoffnungslosigkeit geprägt - oder eben von reaktionären Inhalten, wie sie auch auf dem Million Man March vertreten wurden. Eine Massenbewegung, die den reaktionären Rollback aufhalten könnte, ist noch nicht in Sicht.

Michael Hahn

Anmerkungen:

1) SoZ 19.10.95. "Klassisch" ist angeblich der folgende Ablauf: "Eine Oppositionsbewegung in versteinerten Verhältnissen, die sich mit rassistischen Argumenten gegen den Rassismus der herrschenden Weißen wendet und mit solcherart Leidenschaft zu Massenmobilisierung und Politisierung gelangt, kann damit - ohne es zu wollen - den Raum für fortschrittliche, emanzipative Formen und Inhalte des Widerstands öffnen. So könnte es auch diesmal sein, wenn es eine selbstbewußte radikale Linke gäbe, die die Dialektik der Politisierung weitertreiben kann." Da auch die SoZ nicht ernsthaft behaupten wird, es gebe eine solche Linke in den USA, dürfte auch das Geschwafel von "klassischer Dialektik" hinfällig sein. Abgesehen davon ist mir kein historisches Beispiel einer derartigen "dialektischen" Politisierung bekannt.

2) Trotz einer langen Redeliste war die Kundgebung de facto eine one-man-show. Die anderen Redner (auch Jesse Jackson, der die einzige politische Rede hielt) waren nur "Vorprogramm". Farrakhan hatte auch den ehemaligen US-Oberbefehlshaber, Golfkriegs-Feldherrn und Beinahe-Präsidentschafts-Kandidaten Colin Powell eingeladen: "Warum sollte der General nicht zu einer Million seiner Soldaten sprechen?" Powell lehnte aber ab.

3) Ob die Sklaverei von Anfang an rassistisch motiviert war - oder ob sie nicht erst Rassismus "produziert" hat - ist eine andere Frage, die hier nicht untersucht werden kann.

4) Diese "Analyse" erklärt die bürgerliche Kleinfamilie zum "Normalfall" (was sie real ohnehin nie war) - und deklariert alle anderen Formen des Zusammenlebens und der Kindererziehung zum "Sonderfall" oder gar "Defekt". Dahinter steht die Vorstellung, ohne "männliche Autorität" drohten sittliche Verwahrlosung und Kriminalität.

5) Die Parallelen zu den (ganz überwiegend weißen) "Promise Keepers" sind unübersehbar. Unter der Überschrift "Real Men are Back" schrieb der "Christian American" (April 95): "Okay, stell Dir vor: 50.000 Menschen in einem Football-Stadion. Große Lautsprecher, prominente Redner und keine (oder fast keine) Frauen. Was geht ab? Diese Männer werden mit der festen Absicht gehen, ihren biblischen Platz als Führer ihrer Familien, ihrer Kirchen und ihrer Berufsgruppen einzunehmen. Du bis auf einer Kundgebung der "Promise Keepers" (Versprechen-Einhalter). Das Ziel dieser Gruppe: eine Million Männer auf einer Pilgerfahrt 1996 nach Washington, D.C." - "Christian American" ist die Mitgliederzeitschrift der "Christian Coalition" des rechtslastigen US-Fernsehpredigers Pat Robertson mit angeblich zwei Millionen Mitgliedern (siehe auch: M. Hahn: "God's Country", konkret 3/95).

6) Von polizeilicher Repression sind übrigens keineswegs nur proletarische afroamerikanische Jugendliche betroffen. Auch die meisten Mittelschichts-Schwarzen haben einschlägige Erfahrungen mit Polizei-Schikanen.

7) Siehe: B. Ransby und T. Matthews: "Sexismus in der Salad-Bowl", Blätter des iz3w, Oktober 1995.

8) Siehe: M. Hahn/ G. Jacob: Rhythm and Jews, konkret 9/94.

Die "Nation of Islam"

Die "Nation of Islam" ist eine kleine islamische Sekte und wird von anderen Moslems nicht anerkannt. Die in den Medien oft als "Black Muslims" bezeichnete NOI hat heute mehrere zehntausend Mitglieder; zuverlässige Zahlenangaben sind nicht bekannt.

Die Organisation vertritt eine eigenwillige Interpretation des Koran. Unter anderem lehrt sie, daß ursprünglich alle Menschen "schwarz" waren, und daß die "weiße Rasse" vor rund 6000 Jahren durch ein genetisches Experiment eines verrückten Wissenschaftlers entstand. Weiße gelten als "Teufel". Die NOI spricht sich gegen "Rassenvermischung" aus und fordert einen eigenen "schwarzen" Staat "entweder auf diesem Kontinent oder anderswo".

Die NOI wurde 1930 in Detroit von W. D. Fard gegründet. Als dieser wenige Jahre später spurlos verschwand, übernahm Elijah Muhammad die Führung. Nachdem die Sekte viele Jahre lang nur wenige hundert Mitglieder hatte, wuchs ihre Bedeutung in den 50er und 60er Jahren. Damals rekrutierte die NOI vor allem unter Strafgefangenen. In dieser Zeit trat auch Malcolm X der Organisation bei. Er wurde zum wichtigsten öffentlichen Sprecher der NOI, trat aber wegen ideologischer Differenzen 1964 aus und wandte sich dem sunnitischen Islam zu. Im Februar 1965 wurde Malcolm X von mehreren "Black Muslims" ermordet. Die genauen Umstände sind bis heute ungeklärt. Vielfach wird aber vermutet, daß Louis Farrakhan, Malcolm X's Nachfolger bei der NOI, darin verwickelt war.

Nach dem Tod Elijah Muhammads 1975 und nach mehreren Spaltungen und Richtungsänderungen in den folgenden Jahren übernahm Farrakhan in den 80er Jahren die Führung der Organisation. Die NOI betreibt Moscheen in zahlreichen US-Großstädten, unterhält mehrere Produktionsbetriebe (u.a. Kosmetika) und Geschäfte, verfügt über einen professionellen Sicherheitsdienst ("Fruit of Islam"), der in mehreren US-Städten im Auftrag der Stadtverwaltung die Sozialwohnungsgettos gegen Drogendealer patrouilliert, und publiziert die Wochenzeitung "Final Call" (siehe auch: M. Hahn/ G. Jacob: Rhythm and Jews, konkret 9/94).

# 8. PDS beim Nachdenken über UNO-Einsätze erwischt

Autor: Kt. · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:31

Eine Meldung ließ den Erdball erbeben: Teile der PDS hätten sich in einem Geheimpapier vom Pazifismus verabschiedet, wußte die "Junge Welt" am 26. Oktober zu berichten. Die Tageszeitung, die zu DDR-Zeiten von der FDJ herausgegeben worden war, dann in Wessi-Hände geriet und vor einiger Zeit vorschnell schon ihre Einstellung bekanntgegeben hatte, sieht in der Bekämpfung der PDS einen wesentlichen Daseinszweck. Fast täglich tritt das Blatt, meist schon auf der Titelseite, den Beweis an, daß die PDS im Gegensatz zur weitverbreiteten Meinung keineswegs eine sozialistische Oppositionspartei ist, sondern konstant linke Prinzipien verrät, um sich ganz schnell koalitionsfähig zu machen. Maßlosigkeit in den Vorwürfen und Formulierungen ist dabei vorherrschend. So wird die PDS mal als "Gefangene des Pangermanismus" beschrieben (jw vom 2.11.95), und mal wird ihr eine "absolute Parallelität zur Programmatik der ‚Republikaner`" bescheinigt (jw vom 3.11.95). Die Anzeichen deuten also klar auf eine heftige Obsession der BlattmacherInnen hin.

Bei dem angeblichen Geheimpapier handelt es sich in Wirklichkeit um eines jener internen Diskussionspapiere, wie sie in jedem halbwegs lebendigen politischen Zusammenhang zu Dutzenden produziert werden. Der im Arbeitsbereich Außen- und Friedenspolitik der PDS-Bundestagsgruppe entstandene Text sollte zur Vorbereitung einer Fraktionssitzung dienen, die schließlich am 6. November stattfand. Im Wesentlichen enthält das Papier Positionen, die aus der PDS-Bundestagsgruppe seit langem bekannt sind und dort bisher - mangels öffentlichem Widerspruch - als Konsens zu gelten schienen. So etwa, daß man für eine Reform der UNO im Sinne einer Demokratisierung eintritt und daß "klassische peace-keeping (friedenserhaltende) Einsätze nicht generell abgelehnt" werden.

Als neu könnte in diesem Zusammenhang allenfalls die in Frageform vorgebrachte Idee angesehen werden, ob die PDS "die Forderung nach einem ständigen peace-keeping-Kontingent der UN" unterstützte sollte, das sich in der Regel nicht aus Soldaten der Großmächte zusammensetzen sollte. Als erschlagendes Argument gegen diese alles andere als neue oder gar sittenwidrige Idee schien der "Jungen Welt" der Hinweis ausreichend, das decke sich mit einer Stellungnahme der SPD. (jw vom 26.10.95)

Die eigentlich "anstößigen Stellen" des Diskussionspapiers sind jedoch die zu Peace Enforcement, Kampfeinsätzen der UNO. Die Verfasser des Textes schlagen vor, darüber zu diskutieren, ob die PDS unter den Voraussetzungen einer reformierten, demokratisierten UNO und unter sehr einschränkenden Bedingungen Kampfeinsätzen der Vereinten Nationen zustimmen könnte, falls "alle Mittel friedlicher Streitbeilegung ausgeschöpft sind".

Die Verfasser geben auf diese Frage selbst keine Antwort, sondern zeigen lediglich auf, daß es ihrer Ansicht nach in dieser Sache einen Diskussionsbedarf gibt. Die Voraussetzungen und Bedingungen, von denen sie es abhängig machen, darüber überhaupt nachzudenken, sind so hoch gehängt, daß es sich um eine rein hypothetische Frage handelt. Auch bei absoluter Böswilligkeit kann den Autoren des Diskussionspapiers niemand unterstellen, sie würden beim Stand der Dinge Kampfeinsätze der UNO, womöglich sogar unter Beteiligung der Bundeswehr, für diskutabel halten. Dies hat ihnen denn auch, genau besehen, nicht einmal die "Junge Welt" vorwerfen mögen. Das Argument lautet statt dessen: So habe es erst bei der SPD und dann bei den Grünen schließlich auch einmal angefangen, und die Ergebnisse seien ja bekannt. Dieser Einwand ist zwar einerseits niemals ganz von der Hand zu weisen, hat aber andererseits nicht gerade eine überwältigende Beweiskraft. Außerdem ist der Verweis "Wer so etwas fragt, will doch in eine ganz bestimmte Richtung", schon allzu oft und allzu lange mißbraucht worden, um noch Platz in einer sinnvollen Debatte zu finden.

Demokratisierung der UNO

Die PDS setzt sich laut Beschlußlage des Parteivorstands und der Bundestagsgruppe für eine "konstruktive Rolle der Vereinten Nationen bei der Lösung globaler Probleme und für die Demokratisierung dieser Weltorganisation" ein. Als Dokumente aus allerjüngster Zeit sind die Erklärung des Parteivorstands vom 16. Oktober anläßlich des 50. Jahrestags der UNO-Gründung und der Antrag der Bundestagsgruppe vom 12. Oktober zur UNO-Politik der deutschen Bundesregierung zu erwähnen.

Die PDS geht bei ihren entsprechenden Überlegungen davon aus, daß die UNO zwar "zur friedlichen Koexistenz zwischen Ost und West und zur Befreiung kolonial unterdrückter Völker beigetragen" habe, oft aber auch von den Großmächten zur Durchsetzung ihrer Ziele mißbraucht worden sei. Immer stärker sei die UNO "zu einem Instrument der mächtigen Staaten, insbesondere der westlichen Industrieländer, vor allem der USA" geworden. "Insgesamt betrachtet ist die UNO den Erfordernissen unserer Zeit bisher nicht gerecht geworden", lautet daher das Fazit.

Zur Veränderung der Situation orientiert die PDS in erster Linie auf "die Demokratisierung der Strukturen und der Entscheidungs- und Verantwortungsbereiche der Weltorganisation". Konkret wird u.a. gefordert, die Zusammensetzung des Sicherheitsrat zugunsten der Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu verändern. Das Veto-Recht der fünf privilegierten Mitglieder (USA, Großbritannien, Frankreich, Rußland und China) müsse abgeschafft werden. Die Vollversammlung, in der alle Mitgliedsstaaten gleichberechtigt vertreten sind, müsse mehr Vollmachten erhalten. (Sämtliche wichtigen Entscheidungen der letzten Jahre fielen nur im Sicherheitsrat und waren zwischen den Großmächten vorverhandelt; die Vollversammlung wurde faktisch zu einer Statisterie degradiert.) - Ferner fordert die PDS eine stärkere Einbeziehung der Zusammenschlüsse nicht-staatlicher Organisationen in die Arbeit der UNO.

Die Demokratisierungs-Forderungen, wie sie von der PDS erhoben werden, entsprechen insgesamt vollauf den Kritiken und Forderungen, die seit langem seitens vieler Staaten der Dritten Welt vorgebracht werden. Die Gegenposition der "Jungen Welt" oder auch der "Kommunistischen Plattform" und sonstiger Kritiker innerhalb der PDS ist leider nicht feststellbar, entzieht sich also jeder Diskussion.

Allerdings sollte man sich von einer Demokratisierung der UNO im Sinn der erwähnten Forderungen nicht unbedingt nur gewünschte Ergebnisse erwarten. Dafür ein Beispiel aus der Praxis: Wäre es nach dem Willen der Vollversammlung gegangen, so wäre das Waffen-Embargo gegen die jugoslawischen Bürgerkriegsparteien schon längst einseitig zugunsten der bosnischen Moslems aufgehoben worden. Entsprechende Beschlüsse wurden mehrfach gefaßt, aber vom Sicherheitsrat "abgefangen". Sogar eine Militärintervention zugunsten der Moslem hätte wahrscheinlich in der Vollversammlung eine Mehrheit von Befürwortern finden können. Entscheidung durch Mitgliedermehrheit, statt durch die Großmächte, würde also keineswegs automatisch bedeuten, daß auf Kampfeinsätze verzichtet wird. Unter Umständen könnte die Dominanz der Großmächte im Sicherheitsrat sogar eine Bremse gegen die Tendenz von Staatengruppen in der Vollversammlung zu schnellen militärischen Lösungen darstellen.

Ein weiterer Einwand: Beim Stand der Dinge würde die Aufhebung des Veto-Rechts in erster Linie die vergleichsweise mäßigende Funktion schwächen, die Rußland bisher in der UNO gegenüber den NATO-Großmächten ausüben kann. Zwar hat Rußland - bzw. davor die UdSSR - von dem Veto-Recht schon seit Jahren keinen direkten Gebrauch mehr gemacht, aber das darin enthaltene Verhinderungspotential nötigt die westlichen Staaten zur ständigen Konsensfindung mit Rußland. Ein Negativbeispiel aus der Geschichte: In der heftigsten Phase des Kalten Krieges, Anfang der 50er Jahre, umgingen die USA und ihre Verbündeten zeitweise das sowjetische Veto-Recht im Sicherheitsrat, indem sie wesentliche Beschlußfassungen durch die Vollversammlung vollziehen ließen, deren Mehrheit ihnen damals folgte.

Das alles halte ich dennoch nicht für entscheidende Einwände gegen eine demokratische Reform der UNO-Strukturen. Das demokratische Prinzip ist aus grundsätzlichen Überlegungen unterstützenswert, aber das bedeutet nicht, daß die Resultate nicht gelegentlich auch - aus linker Sicht betrachtet - eher negativ ausfallen könnten. In den Positionierungen des PDS wird meinem Eindruck nach allzu vordergründig die Demokratisierung der UNO mit dem Ziel einer allgemeinen Zivilisierung der internationalen Beziehungen gleichgesetzt.

Ein wesentliches Problem ist auch, daß beim Stand der Dinge eine Demokratisierung der UNO nicht erzwungen werden kann. Dies allein schon deshalb, weil die UNO ganz überwiegend von den Zahlungen einiger weniger Großmächte abhängig ist. Sie halten durch Zahlungsrückstände die Vereinten Nationen ohnehin schon ständig am Rande des Bankrotts und der Handlungsunfähigkeit, und sie könnten nötigenfalls den Hahn ganz zudrehen, falls die Mitgliedermehrheit irgendwann einmal "aufsässig" werden sollte. Das bedeutet: Beim Stand der Dinge könnte zwar die Mehrheit den Großmächten die Gefolgschaft verweigern und damit die UNO als Mantel für imperiale Interessenpolitik weitgehend lahmlegen, aber sie könnte die UNO nicht

"demokratisch umfunktionieren". Daher bestimmen bis auf weiteres in erster Linie die Interessen der Großmächte das Maß der Machtteilhabe, das den übrigen UNO-Mitgliedern zugestanden wird.

Die aktuelle Entwicklung im jugoslawischen Bürgerkrieg deutet zudem darauf hin, daß die NATO-Großmächte künftig verstärkt außerhalb der UNO-Strukturen agieren wollen. Das heißt: Der propagandistische Vorteil, den die Deckung einer Militäraktion durch den Mantel der Weltorganisation bietet, wird künftig möglicherweise zunehmend als verzichtbar eingeschätzt im Vergleich mit den Einschränkungen, die durch die UNO-Strukturen dem eigenen Vorgehen auferlegt werden könnten.

Die PDS hingegen hat offenbar die Idealvorstellung, daß die Großmächte zwar noch stärker als bisher fast ausschließlich den Haushalt der Vereinten Nationen tragen müßten, aber an den UNO-Truppen möglichst überhaupt nicht beteiligt werden sollten. Das ist eine sehr hübsche, sehr ehrenwerte Idee, aber leider ganz und gar unrealistisch. Da wird im strategischen Zeitplan wohl erst einmal die sozialistische Weltrevolution ausbrechen müssen, bevor über eine solche Reform auch nur ernsthaft nachgedacht werden könnte. Nichts deutet darauf hin, daß dies innerhalb der nächsten fünfzig Jahre zu einem realistischen Thema werden könnte.

Insofern wäre eine hypothetische Gegenposition nicht ohne verführerischen Reiz: daß die UNO a priori und unabänderlich ein imperialistisches Instrument sei, über dessen Zukunft radikale Linke überhaupt nicht nachdenken könnten, ohne sich auf jeden Fall heftigst zu beschmutzen und Prinzipienverrat zu begehen, oder zumindest ihre wertvolle Zeit nutzlos zu vergeuden. Aber erstens hat das meines Wissens kaum ein Kritiker des umstrittenen Diskussionspapiers so direkt ausgesprochen. (Tatsächlich lassen die meisten Kritiker ihre eigenen Positionen im Unklaren oder kennen sie vielleicht selbst noch nicht.) Und zweitens steht die Frage, ob mit einer solchen Grundhaltung überhaupt noch irgendeine Form von praktischer linker Politik und Einflußnahme betrieben werden könnte.

Peace Keeping ...

Die Einsatzformen der UNO werden nach einem groben Schema unterschieden in Peace Keeping (Friedenswahrung) und Peace Enforcement (Friedensdurchsetzung). Peace Keeping stellt bisher die Haupt-Einsatzform der UNO-Blauhelme dar, von der "nur" im Falle Korea, Kongo (Anfang der 60er Jahre) und Irak sowie faktisch in Jugoslawien abgewichen wurde. Für Peace Keeping Einsätze gelten folgende Voraussetzungen:

1.) Die Maßnahmen sollten erst beginnen, wenn eine insgesamt stabile Waffenruhe erreicht und vertraglich vereinbart ist. (In der Regel ein Waffenstillstands-Abkommen, das auch schon Elemente einer politischen Konfliktlösung enthält.)

2.) PK-Aufträge bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung aller beteiligten Kriegsparteien. Das gilt nicht nur für das zugrunde liegende, vom Sicherheitsrat zu beschließende (und periodisch zu erneuernde) Mandat, sondern in der Regel auch für sämtliche konkreten Maßnahmen, die sich im weiteren Verlauf der Ereignis ergeben.

3.) Die Blauhelme sollen ihr Mandat mit größtmöglicher Neutralität und Zurückhaltung ausüben. Sie sollen militärisch höchstens zur Selbstverteidigung aktiv werden, und daher ist für sie nur eine "leichte" Bewaffnung vorgesehen.

In der Praxis kann die Frage auftauchen, wie UNO-Friedenstruppen sich verhalten sollen, wenn es zu Verstößen gegen das Waffenstillstands-Abkommen kommt, das die Grundlage ihres Mandats bildet. Sei es, daß die beteiligten Seiten übernommene Verpflichtungen nicht erfüllen (beispielsweise: die Rückkehr von Flüchtlingen zuzulassen oder keine weiteren Vertreibungen vorzunehmen), oder daß sie den Waffenstillstand brechen und militärische Aktionen über vereinbarte Linien hinweg vornehmen, an denen Blauhelme als Puffertruppe stationiert sind.

Falls sich die UNO-Truppen dafür entscheiden sollten, gegen solche Verstöße bewaffneten Widerstand zu leisten, würde der Rahmen eines PK-Auftrags verlassen. Es käme dann zumindest zu Mischformen mit der militärischen Durchsetzung bestimmter Ziele (Peace Enforcement), möglicherweise zur Verstrickung der Friedenstruppen in einen Bürgerkrieg und damit zu einem selbsterteilten Kampfauftrag. Beispiel Somalia.

In der Regel werden sich Blauhelm-Truppen mit einem PK-Mandat darauf beschränken, im Fall von Waffenstillstands-Verletzungen und Vertragsbrüchen der Kriegsparteien ihre Bedenken oder Protest

anzumelden. Sie werden versuchen, schadensbegrenzend zu wirken (beispielsweise für einen disziplinierten, möglichst humanen Ablauf von Vertreibungsaktionen sorgen), und bei Kampfhandlungen möglichst ohne eigene Verluste das "Schlachtfeld" räumen. Dies kann jedoch dazu führen, daß mehr oder weniger unter den Augen der UNO-Truppen massive Menschenrechtsverletzungen oder sogar Massenmorde stattfinden.

Allgemein gesprochen haben Peace Keeping Missionen nur dort eine Chance und einen Wert, wo die Kriegsparteien selbst - aus welchen unterschiedlichen Gründen auch immer - an einer friedlichen Konfliktregelung oder zumindest an einer mittelfristigen Stabilisierung des Status quo interessiert sind, und wo sie aufgrund eigener Motive in hinreichendem Ausmaß bereit sind, sich im großen und ganzen an Abmachungen und Zusagen zu halten, zumindest aber die Waffenstillstands-Linien zu respektieren. Also unter Voraussetzungen, wo UNO-Friedenstruppen im Grunde fast schon überflüssig sind, weil die Beteiligten ohnehin keine aktuellen militärischen Ambitionen mehr haben, wie z.B. Israel und Syrien auf den Golan-Höhen. In solchen Fällen mag eine kleine Puffertruppe zwischen den Fronten hilfreich sein, um die Möglichkeit versehentlicher militärischer Zusammenstöße zu verringern und vertrauensbildend zu wirken.

Offen bleibt jedoch die Frage, was die UNO in der Vielzahl von Konflikten tun könnte, wo solche Voraussetzungen für einen PK-Einsatz (noch) nicht gegeben sind oder wo die Verhältnisse instabil sind. Seit einiger Zeit machen Stichworte wie "robustes Peace Keeping" die Runde. Das bedeutet in der Praxis eine Vermischung von PK-Formen mit expliziten Kampfeinsätzen. Dagegen setzt u.a. UNO-Generalsekretär Boutros-Ghali den plausiblen Einwand, daß die Vermengung beider Einsatzformen PK-Missionen den Boden entziehen würde, weil sie deren Voraussetzungen (Zustimmung aller Kriegsparteien; strikte Neutralität der UNO-Truppen) zerstören würde. Diese Position wird bisher durchweg auch von der PDS unterstützt; das steht unmißverständlich auch in dem umstrittenen Diskussionspapier.

Problematisch bleiben jedoch Situationen, wie sie im jugoslawischen Bürgerkrieg mehrfach aufgetreten sind: daß militärische Vorstöße über die UNO-Truppen hinweg stattfanden, daß vor den Augen und sogar unter Mithilfe der Blauhelme Menschen vertrieben wurden oder Gefangene zu Massenerschießungen weggeführt wurden. Solche Vorgänge ruinieren - abgesehen von ihrer menschlichen Dimension - das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der UNO. Sie zerstören Hoffnungen auf friedliche Konfliktlösungs-Möglichkeiten und stärken letztendlich diejenigen, die in Krieg und Kriegsbereitschaft immer noch ein zentrales, sehr wirkungsvolles Mittel der Politik sehen.

Auf dieses Dilemma hat die PDS noch keine überzeugende gemeinsame Position gefunden; die Spannweite der individuellen Antworten umfaßt so ziemlich alles von linksradikaler Ignoranz ("Warum sollten wir uns den Kopf über die letztlich vom Kapitalismus verursachten Probleme zerbrechen?") über ethischen Totalpazifismus bis hin zu gelegentlichem unwilligen Einverständnis mit einer bestimmten militärischen Aktion. So etwa Gregor Gysi, der an der jüngsten Militäraktion Frankreichs zum Sturz der Militärputschisten auf den Komoren-Inseln eigentlich nur zu kritisieren hatte, daß sie von französischen Truppen statt von einem internationalen Kontingent, durchgeführt wurde. (Freitag vom 3.11.95)

...und Peace Enforcement

Laut Beschlußlage von Parteivorstand und Bundestagsgruppe setzt sich die PDS dafür ein, daß die UNO eine größere internationale Rolle übernehmen müsse, "um die bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte des Menschen völkerrechtlich verbindlich auszugestalten. Jetzt steht auf der Tagesordnung, Institutionen und Verfahren zu schaffen oder weiterzuentwickeln, die den Regierungen zwingender als bisher Maßnahmen zur innerstaatlichen Gewährleistung der Menschenrechte zur Pflicht machen (...)." - Neue kollektive Menschenrechte müßten international verbindlich verankert werden, wozu u.a. das Recht auf "Schutz vor Gewalt und Terror" gehören müsse. "Angesichts grausamer Unterdrückung von Volksgruppen bis hin zum Völkermord ist es dringend erforderlich, ein wirksames, universell gültiges Minderheitenschutzsystem der UNO aufzubauen." (Erklärung des Parteivorstands vom 16.10.95; ebenso fast wörtlich im Antrag der PDS-Bundestagsgruppe vom 12.10.95 zur UNO-Politik der Bundesregierung)

Wenn das nicht leere Floskeln bleiben sollen, steht die Frage nach der Durchsetzung der verlangten Rechte an. Es liegt im Wesen der Sache, daß ein Staat, der Teilen seiner Bürger Rechte verweigert oder gar gegen sie Krieg führt, nicht leicht zur Änderung seines Verhaltens veranlaßt werden kann. Beispiel: die türkische Regierung in ihrer Politik gegenüber den Kurden.

Derzeit finden in ca. 40 Staaten der Welt bewaffnete Konflikte statt, oft in Form grausamer Kriegführung gegen nationale und/oder religiöse Minderheiten. Peace Keeping der UNO kann in diesen Fällen a priori gar nichts ausrichten: Selbst die Entsendung einer unbewaffneten Beobachtergruppe würde das Einverständnis aller Konfliktparteien voraussetzen, aber das ist in der Regel nicht zu erlangen. Je schwerer die Menschrechtsverletzungen und Mordaktionen sind, die begangen werden, um so weniger wird das verantwortliche Regime eine internationale Beobachtung, geschweige denn Einmischung zulassen wollen.

Die Frage ist außerdem, ob nicht-militärische Mittel allein ausreichen würden, um bedrohte Menschenrechte zu sichern oder wiederherzustellen, und ob sie in jedem Fall schnell genug wirken können, um irreparable Verstöße (insbesondere Massenmorde und Vertreibung) wirksam zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund haben die Autoren des "Diskussionspapiers zur Diskussion aufgefordert, ob nach einer grundlegenden demokratischen Reform der UNO auch Peace Enforcement Einsätze von der PDS unterstützt werden sollten. Sie knüpfen das u.a. an die Voraussetzung, daß zuvor alle friedlichen Mittel der Streitbeilegung erschöpft sein müßten und daß keine Delegierung des UNO-Einsatzes an Großmächte oder Militärbündnisse erfolgen dürfe.

Tatsächlich gibt es aber für eine Demokratisierung der UNO in absehbarer Zeit kaum eine Chance; alle Zeichen weisen in die gegenteilige Richtung. Ebenso verhält es sich mit der Überlegung der Autoren, UNO-Kampfeinsätze ausschließlich durch Truppen durchführen zu lassen, "die einzelstaatlicher Hoheit und Verfügung entzogen sind, der UNO ständig zur Verfügung stehen und unter ihrem alleinigen Kommando" agieren sollen.

Offensichtlich steht aktuell die Billigung von UNO-Kampfeinsätzen für die Verfasser des umstrittenen Papiers überhaupt nicht zur Debatte, weil die von ihnen gemachten Voraussetzungen und Bedingungen absehbar - zumindest während der laufenden Amtszeit des Bundestages! - nicht gegeben sein werden. Gerade darum liegt die Frage nahe, warum sie das Problem trotzdem in dieser Form zur Diskussion gestellt haben. Helmut Schmidt beispielsweise pflegte zu bekunden, auf hypothetische Fragen gebe er keine Antwort, und er hat es mit dieser Einstellung immerhin einmal bis zum Bundeskanzler gebracht.

Ist die PDS eine pazifistische Partei?

Nach dem Angriff der "Jungen Welt" auf das Geheimpapier schlugen die Wellen in der PDS ein paar Tage lang ziemlich hoch. Den peinlichsten Auftritt hatte Parteichef Lothar Bisky, der vom Anrufer der "Jungen Welt" offenbar in einem äußerst schwachen Moment erwischt wurde: Die in dem Papier angeschnittenen Fragen seien "für die Gesamtpartei im Moment überhaupt kein Thema", bekundete er, und: "Ich habe bisher keinen stichhaltigen Grund zum Nachdenken gefunden". - Seine gewundene Distanzierung hatte Bisky mit dem Eingeständnis eingeleitet, daß er das umstrittene Papier noch gar nicht gelesen habe! (jw vom 28.10.95)

Für die PDS insgesamt ist typisch, daß sie auf Angriffe, selbst von einem so bedeutungslosen Blatt wie der "Jungen Welt", zuerst einmal mit Angstzuständen und einer total defensiven Haltung reagiert. In wenig phantasievollen Variationen beteuerten ein paar Tage lang nahezu alle namhafteren Politiker der Partei, die PDS bleibe eine "antimilitaristische", eine "Antikriegspartei". Das ist zweifellos sehr ehrenwert, nur liegt die Problematik gerade darin, wie der Begriff der "Antikriegspartei" jeweils konkret gefüllt werden soll.

Will sich die PDS als eine dem Pazifismus verpflichtete Partei definieren? In der Sitzung der Bundestagsgruppe am 6. November, die noch ganz im Zeichen der Aufregung über das umstrittene Diskussionspapier stand, wurde - vermutlich zum allerersten Mal seit Bestehen der Partei - diese Frage grundsätzlich problematisiert. Bedeutet also "Antikriegspartei", daß man stets und unter allen Umständen militärische Gewaltanwendung ablehnt? Die bisherigen Stellungnahmen der PDS, insbesondere rund um den jugoslawischen Bürgerkrieg, ließen kaum eine andere Schlußfolgerung zu. Es hat aber nie eine präzise, die gesamte Partei erfassende Diskussion darüber stattgefunden, daß eine pazifistische Positionierung einen totalen Bruch nicht nur mit der deklarierten "Friedenspolitik" von DDR/SED, sondern überhaupt mit dem traditionellen sozialistischen Welt- und Geschichtsbild bedeuten würde.

Der traditionelle Sozialismus hat sich nicht nur niemals pazifistisch definiert, sondern er hat den Pazifismus als eine "kleinbürgerliche" Weltanschauung abgelehnt und sogar bekämpft - was Bündnisse in der Praxis freilich nicht ausschloß, wenn sie pragmatisch ratsam waren. Die DDR war ganz sicher kein pazifistischer Staat, und

sie war, ehrlich gesagt, alles in allem nicht einmal besonders antimilitaristisch. Eine Neubearbeitung der grundsätzlichen Haltung zum Krieg seitens der PDS wäre also schon lange sinnvoll und notwendig gewesen.

Nebenbei bemerkt argumentieren auch viele der schärfsten Kritiker des umstrittenen Diskussionspapiers bei aller scheinheiligen Empörung über den "Abschied der PDS vom Pazifismus" selbst keineswegs von einer pazifistischen Position aus. Das gilt für die "Kommunistische Plattform" innerhalb der PDS ebenso wie für die SchreiberInnen der "Jungen Welt". Dort kann beispielsweise die Militärintervention der UdSSR in Afghanistan ebenso gerechtfertigt und gelobt werden wie die Kriegführung der jugoslawischen Armee gegen Slowenien und Kroatien nach deren Unabhängigkeitserklärung. Auch ein bekennender Traditionalist wie Hans Modrow, mit seinen speziellen Beziehungen zu fast allen alten "Bruderparteien" und deren Nachfolgern in China, Rußland u.a., entfaltet als Kritiker des Diskussionspapiers keine große Glaubwürdigkeit.

Mit den Pazifisten ist es ähnlich wie mit den Vegetariern: Auch dort gibt es zwar einige ganz konsequente Menschen, die nicht nur Milchprodukte und Hühnereier, sondern sogar Lederschuhe und Wollpullover ablehnen. Aber die meisten gestatten sich je nach Gusto die eine oder andere persönliche Ausnahme. Beispielsweise gibt es selbst unter den entschiedensten Pazifisten kaum jemand, der die militärische Zerschlagung des deutschen Faschismus und seiner Verbündeten im zweiten Weltkrieg bedauert oder gar für verwerflich hält. Die ansonsten geläufigen Platitüden wie etwa, "Der Frieden kann nicht herbeigebombt werden", wird man in diesem Fall kaum zu lesen kriegen, da der Gegenbeweis von den Alliierten evident geführt wurde.

Ganz sicher ist das Argument zutreffend, daß Analogieschlüsse nicht zulässig seien, weil die Verbrechen des deutschen Faschismus eine historisch einmalige Dimension hatten. Aber das ist eine Schlußfolgerung "ex eventu", also aus dem Rückblick heraus. Als England und Frankreich den deutschen Überfall auf Polen mit der Kriegserklärung beantworteten, stand diese Dimension noch keineswegs fest und sie war auch nicht maßgeblich für die Entscheidung der Politiker in London und Paris. Außerdem steht die Frage, bei welcher Millionenzahl von Abgeschlachteten man die Grenze ziehen will, ab der ein militärisches Eingreifen nicht grundsätzlich abzulehnen wäre.

Einige wollen jetzt offenbar die PDS einerseits als pazifistische Partei definieren, andererseits aber die eigentlich schon bekannten Hintertürchen offen lassen: Das Recht eines Volkes zum Kampf gegen eine ausländische Invasion oder zur bewaffneten Befreiung von einer Diktatur könnte auch von Pazifisten anerkannt werden, wird beispielsweise argumentiert. (Siehe Bericht des "Neuen Deutschland" vom 7.11.95 über die Diskussion in der PDS-Bundestagsgruppe)

Das klingt auf den ersten Blick plausibel, aber dahinter taucht gleich die nächste Frage auf: Darf oder sollte ein solcher Kampf von Außen unterstützt werden? Und wenn ja: Nur mit propagandistischen Mitteln und vielleicht mit zivilen Hilfsgütern, oder auch militärisch? Was wäre die Position eines so verstandenen oder zurechtdefinierten Pazifismus zum Eingreifen der Internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg? Oder zur Militärhilfe für Vietnam während des Krieges gegen die USA? André Brie, der einerseits buchstäblich jeden Krieg konsequent abgelehnt sehen will (Papier vom 26.10.95), verbirgt andererseits nicht seine Genugtuung über die Beendigung des Massenmordens in Kambodscha durch das Eingreifen der vietnamesischen Armee (ND vom 4.11.95). Und schließlich: Wären nicht doch, hypothetisch, auch für radikale Linke Umstände vorstellbar, unter denen man ein militärisches Eingreifen der UNO jedenfalls stillschweigend und persönlich als wohltuend empfinden würde oder vielleicht sogar öffentlich dafür demonstrieren würde?

Sylvia-Yvonne Kaufmann ist zuzustimmen (siehe ND vom 7.11.95), daß der Pazifismus bzw. die Stellung zum Krieg für die PDS ein spannendes Debattenthema sein müßte. Das gilt wohl auch für die übrige Linke jenseits der SPD, soweit sie überhaupt noch in Restbeständen vorhanden ist.

Das Dilemma der Nicht-Einmischung

Sogenannte Bürgerkriege sind heute die Hauptform der Kriegführung. Weltweit findet zur Zeit kein einziger Krieg zwischen Staaten statt, aber in ca. 40 Ländern gibt es interne bewaffnete Konflikte, darunter etliche schon seit mehr als zehn Jahren.

Die inneren Verhältnisse einzelner Staaten sind, vom Standpunkt der internationalen Staatengemeinschaft aus betrachtet, bis heute ein nahezu rechtsfreier Raum: Es gibt dafür keine konkret ausgearbeiteten, international

allgemein anerkannten Normen, beispielsweise zur Frage der Minderheitenrechte und des Rechts auf Lostrennung.

Zweitens gibt es auch keine allgemein akzeptierte und respektierte Kraft, die willens und fähig wäre, solche Normen unter Umständen auch mit Zwangsmitteln durchzusetzen. Andererseits herrscht verbal weithin Einigkeit unter den Politikern aller Staaten und Lager, daß der UNO insbesondere, und dem überstaatlichen Krisen-Management allgemein, künftig eine immer mehr wachsende Bedeutung zukommen werde und solle.

Hier scheint mir ein ungelöstes und bis heute ganz unzureichend diskutiertes Dilemma linker Politik zu liegen: Man ist, selbstverständlich und mit besten Gründen, generell dagegen, daß sich die Großmächte und namentlich das eigene Land weltweit einmischen könnten. Erst recht gilt das für Interventionen mit militärischen Mitteln. Im Falle der Konstellation BRD und Jugoslawien kommen spezifische Einwände aufgrund der historischen Voraussetzungen hinzu.

Auf der anderen Seite scheint mir unvermeidlich, daß dort, wo keine rechtlichen Normen gelten, geschweige denn durchgesetzt werden können, primär das "Recht des Stärkeren" gilt. Das aber gibt zusätzliche Motive für Mißtrauen und militärisches (Wett-) Rüsten. In Jugoslawien beispielsweise ist der praktische Nachweis geführt worden, daß die Möglichkeit einer Konfliktpartei, "ihr Recht" zu bekommen - bzw. das, was sie subjektiv dafür hält - in erster Linie von ihrem eigenen militärischen Potential und ihrer Kriegsbereitschaft abhängt. Die Möglichkeit, Ziele durch Verhandlungen zu erreichen, erscheint demgegenüber praktisch gleich Null. Dieser Nachweis wird wahrscheinlich Folgen für das Verhalten anderer Konfliktparteien weltweit haben.

Ein gewaltfreies Zusammenleben der Menschen ist zweifellos unser Zukunftsziel. Es gibt aber beim aktuellen Stand der Menschheits- und Gesellschaftsentwicklung noch kein praktisches Beispiel, daß es bereits funktionieren könnte. Ist es unter dieser Voraussetzung logisch und glaubwürdig, für das gegenwärtige Zusammenleben der Staaten und Völker schon etwas zu postulieren, von dem man selbst wahrscheinlich nicht glaubt, daß es heute wenigstens innerhalb eines einzigen Staates funktionieren könnte? Nämlich das freiwillige Akzeptieren moralischer Normen durch alle Beteiligten, ohne daß es zumindest als latente Drohung irgendeine Instanz gibt, die auf gewaltsame Verstöße auch mit abgestuften Formen der Gewalt reagieren könnte? Ich muß den real existierenden "bürgerlichen Rechtsstaat" nicht lieben und preisen, um ihn dennoch als ein historisch gar nicht vermeidbares Stadium und als einen Fortschritt gegenüber der vorangegangenen Situation anzusehen.

Analog zur historisch entstandenen staatlichen Verfaßtheit der einzelnen Nationen muß meiner Ansicht nach angenommen werden, daß die Menschheit insgesamt für eine längere Übergangszeit nicht ohne Herausbildung international verbindlicher Normen und ohne Entwicklung einer diese Normen gegebenenfalls auch gewaltsam durchsetzenden internationalen Polizeimacht überleben kann. "Gewaltsam" müßte auch militärische Mittel einschließen. Es geht dabei überhaupt nicht darum, der Gewaltanwendung zuzustimmen, sondern um die Frage, ob ein qualitativ anderer Gang der historischen Entwicklung realistischerweise vorstellbar ist.

Die Position, daß zwar verbindliche Normen festgelegt und durchgesetzt werden müßten, aber daß dies ausschließlich mit nicht-militärischen Mitteln (wie z.B. Embargo und diplomatische Isolierung) geschehen müsse und auch könne, scheint mir in sich selbst nicht schlüssig. Erstens greifen Embargo-Maßnahmen, selbst wenn sie hundertprozentig konsequent angewendet werden könnten, erst nach mehreren Monaten oder sogar Jahren. Das kann in einigen Fällen zu spät sein, um eine bestimmte geächtete Handlung, beispielsweise die Vertreibung der Bevölkerung, überhaupt noch zu verhindern oder wenigstens rückgängig zu machen. Zweitens kann das Zuwarten auf die langfristige Wirkung nicht-militärischer Mittel mit moralisch schwer vertretbaren Opfern für die betroffene Bevölkerung im Kriegsgebiet verbunden sein. Drittens kann unter Umständen mit der Dauer einer Krieges oder Bürgerkrieges auch das Risiko einer Ausweitung auf benachbarte Staaten zunehmen.

Selbstverständlich sollte niemand Illusionen haben, wie unter heutigen Verhältnissen eine internationale Polizeimacht in der Realität aussehen und funktionieren würde. Hier ist an die Aussage der Marxisten zu erinnern, daß der Staat in erster Linie das Instrument der herrschenden Klassen ist. Analog dazu wäre eine internationale Polizeimacht zwangsläufig in erster Linie das Instrument der dominierenden Staaten, also der Großmächte, und zwar vor allem der stärksten unter ihnen, derzeit also der USA und ihrer Verbündeten.

Vielleicht würde das eine allmähliche "Demokratisierung" und Verrechtlichung dieser dann globalen Strukturen nicht ausschließen, so wie ja auch die staatliche Gewalt sich seit den Zeiten der Bauernkriege erheblich zivilisiert hat. (Wohlgemerkt: nicht etwa freiwillig, sondern als Ergebnis sozialer und politischer Kämpfe und Entwicklungen.) "Allmählich" bedeutet, daß hier auf jeden Fall mit Jahrzehnten, möglicherweise mit einer Entwicklung von mehr als hundert Jahren gerechnet werden muß.

Die Schlußfolgerungen sind für jeden Sozialisten bitter, das politisch-moralische Dilemma ist praktisch nicht auflösbar.

Kt., Hamburg

# 9. "Problem-Papier zu einigen Fragen der zivilen Konfliktbewältigung und Militäreinsätzen" - ausgearbeitet vom außenpolitischen Arbeitskreis der Bundestagsgruppe der PDS

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:12

1. Friedliche Streitbeilegung/ zivile Mittel der Konfliktbewältigung

Situation: Häufung vielfältiger Risikopotentiale und Ausbruch neuartiger Konflikte (ethnischer, sozialer, nationaler) bis hin zum Bürgerkrieg und militärischen Auseinandersetzungen. Neue Anforderungen an UNO und andere internationale Organisationen zur Anwendung und Entwicklung friedlicher, ziviler Mittel der Konfliktbewältigung ergeben sich. Statt ihnen zu entsprechen, werden zunehmend Verantwortungen von der UNO auf die NATO verlagert, militärische Mittel zu Konfliktbewältigung angewandt und die internationalen Beziehungen von USA und NATO militarisiert. Friedliche Streitbeilegung sowie nichtmilitärische Mittel und Methoden zur Bewältigung von Konflikten werden in den Hintergrund gedrängt. Bei maßgeblichen Teilen der SPD sowie in der Führung der Grünen verstärkt sich die Tendenz in dieser Richtung ebenfalls.

Unsere Position:

* Wir sehen die wichtigste Aufgabe in der Bekämpfung von Hunger, Armut, Unterentwicklung und Ausbeutung der "Dritten Welt", sozialer und nationaler Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Ungleichgewichten der weltwirtschaftlichen Entwicklung als den Hauptursachen von Konflikten, weil ohne die Lösung dieser Probleme Konflikte immer wieder neu reproduziert werden.

* Wir wollen die nichtmilitärische, zivile Bewältigung von Konflikten, beginnend bei der Konfliktvorbeugung bis hin zur Konfliktlösung, und lehnen die Politik der militärischen Interventionen ab.

* Wir setzen uns konsequent und konkret für die Anwendung vorhandener Mittel friedlicher Konfliktlösung (präventive Diplomatie, Vermittlung, Schiedssprüche, Sanktionen bis zur Herbeiführung der Kriegsunfähigkeit des Verletzers, humanitäre Hilfe u.a.) ein.

* Wir fordern die Weiterentwicklung und die Schaffung neuer Instrumente (so Mechanismen zur Früherkennung und Frühwarnung bei UN und OSZE, multilaterale zivile Friedensdienste, Fonds für wirtschaftliche, soziale und humanitäre Anreize zur friedlichen Streitbeilegung; Bereitstellung finanzieller Mittel zu Lasten des Rüstungshaushaltes), ihre verbindliche Anwendung sowie ihre Institutionalisierung und Aufnahme in die UN-Charta und einen OSZE-Rahmen. Eine konkrete Initiative könnte die Forderung nach Ausbau des bestehenden Konfliktverhütungszentrums der OSZE zu einer wirklichen Einrichtung der aktiven Vorbeugung gegen Krisen sein (Recht zur Beschaffung und Bearbeitung aller Informationen; ständige präzise Diagnosen; Vorschläge für internationale öffentliche und private Aktionen; Dringlichkeitsmaßnahmen zum Einsatz präventiver Mittel u.a.).

2. Rüstungsbegrenzung

und Abrüstung

Situation: Festhalten an Atomwaffen durch Atommächte und NATO; Suchen nach einer neuen "Legitimation" ("Europäisierung"/regionale Proliferation). Statt Abrüstungsdividende Umrüstung, Waffenmodernisierung und Schaffung neuer, noch gefährlicherer Waffen, höhere Rüstungsausgaben, Schaffung schneller Eingreiftruppen. Abrüstung tritt in Politik und öffentlicher Meinung immer stärker in den Hintergrund.

Unsere Position:

Wir fordern Fortsetzung des Abrüstungsprozesses, insbesondere in Europa und bei den Massenvernichtungswaffen. Schwerpunkte:

* Nukleare Abrüstung (genereller Teststopp, Weiterführung der Reduzierung der Potentiale der USA und Rußlands, Beginn der Reduzierung und des Abbaus der Potentiale der anderen Atommächte, Verhinderung regionaler Proliferation z.B. durch "Europäisierung"; atomwaffenfreies Europa)

* Weiterführung konventioneller Abrüstung in Europa (Senkung der nationalen Rüstungen und Streitkräfte aller Staaten, Einbeziehung bisher nicht erfaßter Waffenkategorien, Maßnahmen zur Einschränkung der Rüstungsforschung und neuer qualitativer Waffenentwicklung); neuer europäischer Abrüstungsvertrag (KSE II), der eindeutig zu Lasten der NATO geht und Asymmetrien abbaut.

* Einseitige Abrüstung und weitere schrittweise und sozial verträgliche Reduzierung der Bundeswehr bis auf Null; keine sogenannten Krisenreaktionskräfte, weder der Bundeswehr noch der NATO. Rüstungsexportverbot.

3. Peace-keeping - Blauhelme

(peace-keeping meint den Einsatz von Militär - sog. Blauhelmen - ohne jeden Erzwingungs-, Durchsetzungs- oder Verteidigungsauftrag, lediglich zur unparteiischen Überwachung bestehender Vereinbarungen - also Friedenserhaltung - zwischen den Konfliktparteien, mit deren Zustimmung, unter dem Kommando der UNO)

Situation: Widersprüchliche Entwicklung und Ergebnisse: einerseits erfolgreiche Entschärfung und Befriedung von Konflikten (Zypern, Libanon, Kambodscha) - andererseits Fehlschläge und Versagen (Somalia, z.T. Bosnien) und Übergang zu bzw. Vermischung mit peace-enforcement (Kampfeinsätzen). Ursache: Mißbrauch der UNO durch Großmächte, ausbleibende UNO-Reform und fehlende Demokratisierung, unklare Rechtsgrundlagen und Regeln.

Unsere Position:

* Klassische peace-keeping (friedenserhaltende)- Einsätze werden nicht generell abgelehnt; sie können in bestimmten Fällen hilfreich sein. Jeder Einzelfall muß geprüft werden. Wir verlangen die vollständige Ausschöpfung ziviler Mittel zur Problemlösung und hinterfragen kritisch, ob dieselben Ergebnisse nicht auch ohne Militär erreichbar sind.

* Für solche Einsätze (friedenserhaltend) müssen Regeln gelten, die sich z.T. in der Praxis herausgebildet haben und die völkerrechtlich bindend (z.B. in der UN-Charta) festgeschrieben werden müssen, wie:

- Zustimmung der Konfliktparteien

- Waffenstillstandsabkommen und Aussicht auf politische Regelung

- klarer politischer Auftrag

- nur leichte Bewaffnung zur Selbstverteidigung

- unparteiisches Herangehen

- Kräfte aus Staaten, die keine eigenen Interessen im Konfliktgebiet haben, d.h. in der Regel keine von Großmächten gestellten Kräfte.

* Eine Vermischung von peace-keeping und peace-enforcement, z.B. als "robustes Eingreifen", lehnen wir ebenso ab wie internationale Militärinterventionen (à la Golf-Krieg und Bosnien-Krieg), sei es ohne Auftrag oder unter Aufsicht bzw. Mandat der UNO.

Zu diskutieren:

* Unterstützen wir die Forderung nach einem ständigen peace-keeping-Kontingent der UN, das sich aus für diesen Zweck ausgebildeten Kräften zusammensetzt und einzelstaatlicher Hoheit und Verfügung entzogen ist und für das in der Regel keine Kräfte aus Großmächten gestellt werden?

* Sind für uns ähnliche Regelungen auch bei der OSZE denkbar, wenn wir ihren Ausbau und die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in einer neuen europäischen Friedensordnung fordern?

* Können wir uns eine "vorsorgliche Stationierung" (preventive deployment) von Blauhelmen vorstellen, um den Ausbruch eines Konflikts zu verhindern?

4. Friedens- erzwingung (peace- enforcement) - Kampfeinsätze

(peace-enforcement meint den parteiischen Einsatz von militärischen Verbänden aus Einzelstaaten oder Bündnissen - nicht Blauhelme - zur militärischen, ggf. kriegerischen Durchsetzung, Erzwingung oder Verteidigung politischer Ziele; sie stehen nicht notwendig unter dem Kommando der UNO, handeln aber mit ihrem Mandat. Butros-Ghali schlug vor, solche Verbände ständig bei der UNO zu installieren, sog. stand-by-forces)

Situation: Die UN-Charta geht vom Gewaltverbot aus und läßt davon nur zwei Ausnahmen zu:

* das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung (befristet bis zum Eingreifen des Sicherheitsrates) und

* das Recht der UN - ausgeübt durch den Sicherheitsrat -, militärische Maßnahmen zur Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit bei zwischenstaatlichen Konflikten bzw. Angriffshandlungen/Aggressionen zu ergreifen (sog. Gewaltmonopol nach Kap. VII der Charta). Diese Bestimmungen sind aber infolge divergierender Interessen der Großmächte im Sicherheitsrat nicht durchgesetzt bzw. verletzt und mißbraucht worden. Heute erfolgt das in noch stärkerem Maße (Golf-Krieg, Bosnien-Intervention).

Unsere Position:

* Wir sind entschieden gegen die bisherige Praxis und weitere Versuche, die UNO-Bestimmungen zu umgehen, zu unterlaufen, zu mißbrauchen, um militärische Gewalt nach dem Willen der USA und anderer Großmächte und zu ihren Bedingungen anzuwenden.

* Wir treten für das Gewaltverbot der UN-Charta und die Wahrung des Gewaltmonopols einer demokratisch reformierten UNO ein (Stärkung der Generalversammlung, Demokratisierung des Sicherheitsrates, "eine die Weltbevölkerung widerspiegelnde Zusammensetzung", Transparenz, Kontrolle durch die Generalversammlung, Veto-Beseitigung u.a.)

Zu diskutieren:

a) Können wir uns unter den Bedingungen einer so reformierten UNO und unter den Voraussetzungen, daß

- alle Mittel friedlicher Streitbeilegung ausgeschöpft sind,

- militärische Maßnahmen strikt nach den UNO-Regeln beschlossen und umgesetzt werden müssen,

- keine Delegierung an oder Beauftragung von Großmächten, Militärallianzen, Staatengruppen erfolgt,

- Verhältnismäßigkeit der Mittel (Schwere der Verletzung zu Folgen der Sanktionen) gewahrt wird und

- eine klare Feststellung des Friedensverletzers, Aggressors erfolgt,

vorstellen, daß das ursprüngliche Anliegen der UN- Charta (kollektive Wiederherstellung des Friedens und Friedenssicherung bei Friedensbruch und Angriffshandlungen/ Aggressionen) auch mit militärischen Mitteln durchgesetzt würde?

b) Können wir uns - auch als ein Schritt zur Überwindung des militärischen Gewaltmonopols der Einzelstaaten - vorstellen, daß unter den (unter a) genannten Bedingungen und Voraussetzungen die Durchsetzung des ursprünglichen Anliegens kollektiver Friedenssicherung durch militärische Kräfte erfolgt, die einzelstaatlicher Hoheit und Verfügung entzogen sind, der UNO ständig zur Verfügung stehen und unter ihrem alleinigen Kommando militärische Aufträge ausführen?

c) Welche Alternativen werden sonst gesehen, um bei Friedensbruch und militärischer Aggression nach Ausschöpfung aller Mittel friedlicher Streitbeilegung den Aggressor in die Schranken zu weisen?

5. "Humanitäre Interventionen"

Situation: Mit der Charta von Paris, mit Entschließungen des EP u.a. ist die "humanitäre Intervention" in die Völkerrechtspraxis eingeführt. Sie wird definiert als Schutz der Menschengrundrechte von Personen, die Staatsangehörige anderer Staaten und/oder dort ansässig sind, durch einen Staat oder eine Gruppe von Staaten, wobei dieser Schutz die Bedrohung mit Gewalt oder die Anwendung von Gewalt einschließt. In der Praxis kann sie ein "Einfallstor" für Interessendurchsetzung mit militärischer Gewalt sein.

Unsere Position:

* Wir sind für die Durchsetzung der Prinzipien des demokratischen Völkerrechts, gegen seinen Mißbrauch als Recht des Stärkeren. Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts, der Rechte der nationalen Minderheiten, der Menschenrechte und Menschenwürde, der eigenen Staatsangehörigen wie der Ausländer, der sozialen und kulturellen Rechte, des Rechts auf Entwicklung und Bewahrung der Natur sind keine inneren Angelegenheiten, sondern internationale Fragen. Souveränität und Nichteinmischung dürfen keine Mauern zur Bewahrung völkerrechts- und menschenrechtswidriger Zustände im Innern eines Landes sein.

* "Humanitäres Eingreifen" ist nur ohne Einsatz militärischer Mittel zulässig. Es gibt genügend zivile Organisationen, die alle anstehenden Aufgaben weit besser als Militär lösen können.

* "Humanitäres Eingreifen" muß nach dem Gleichheitsgrundsatz für alle Staaten gelten.

* Das Recht auf "humanitäres Eingreifen" darf nicht einzelnen Staaten oder Gruppen von Staaten (NATO, WEU, EU usw.) eingeräumt oder an sie delegiert werden, sondern muß von der gesamten internationalen Gemeinschaft (demokratisch reformierte UNO, entsprechende Regionalorganisationen) getragen und ausgestaltet werden.

* Für "humanitäres Eingreifen" muß eine umfassende Palette nichtmilitärischer Instrumentarien vorbereitet sein und im notwendigen Fall entschlossen angewandt werden (politischer, diplomatischer, wirtschaftlicher Druck; Öffentlichkeitsinterventionen; Entsendung von Beobachtungs- und Vermittlungsmissionen; Sanktionen und positive Anreize - vgl. Punkt 1). Waffenlieferungen und militärische Unterstützung gegenüber Konfliktparteien müssen ausgeschlossen sein.

* "Humanitäres Eingreifen" muß auf die schnellstmögliche Wiederherstellung von Verhältnissen gerichtet sein, die die Einhaltung der Menschenrechte, Selbstversorgung und demokratische Selbstregierung ermöglichen; es darf das Recht der Völker nicht außer Kraft setzen, ihre Staats-, Rechts- und Gesellschaftsordnung selbst zu bestimmen.

6. Selbstbestimmungsrecht

(Es besagt, daß alle Völker das Recht haben, "völlig frei und ohne Einmischung von außen über ihren politischen Status zu entscheiden und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu gestalten..." (UNO-Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts von 1970). In der Deklaration werden drei Wege der Verwirklichung dieses Rechts aufgezeigt: 1) "die Gründung eines souveränen und unabhängigen Staates", 2) "die freie Vereinigung mit einem oder die freie Integration in einen unabhängigen Staat", 3) "die Erringung eines anderen, von einem Volk frei bestimmten politischen Status".)

Situation: In der Praxis nationaler und internationaler Entwicklung ist die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht eine der widersprüchlichsten Erscheinungen: In seinem Namen werden Wahrnehmung und Verletzung gleichermaßen betrieben.

Unsere Position:

* Das Selbstbestimmungsrecht ist ein Prinzip des Völkerrechts und der internationalen Beziehungen, das im Zusammenhang mit den anderen Prinzipien verstanden und verwirklicht werden muß.

* Die Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechts durch ein Volk darf nicht mit Androhung oder Anwendung von Gewalt, schon gar nicht mit militärischen Mitteln, unterdrückt werden. Auch für seine Durchsetzung sind friedliche Mittel geboten.

* Wir fordern - angesichts der grausamen Unterdrückung von Volksgruppen bis hin zum Völkermord - endlich klare Regelungen zur Ausgestaltung und Gewährleistung von Volksgruppen- und Minderheitenrechten (politische Autonomie, kulturelle Entfaltungsrechte, gleiche Menschenrechte, internationale Kontrollinstanzen und Streitregelungsmechanismen usw.) zu schaffen, um das friedliche und vernünftige Zusammenleben in einem Staatenverbund möglich zu machen.

* Das Recht auf Sezession und Bildung eines eigenen Staates bzw. auf die Vereinigung mit einem andern Staat darf nicht verwehrt werden, wenn die betreffenden Völker es wollen, die Rechte von Minderheiten voll gewahrt und die diesbezüglichen Hauptfragen einvernehmlich geklärt werden.

# 10. Gute Chancen für Jörg Haider

Autor: mb. · Rubrik: Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:32

"Vielleicht wird für manche der Vergleich mit der Atmosphäre in den Sommertagen vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs zu weitreichend sein. Aber wenn man auf der einen Seite das bewußte Kalkül des ÖVP-Obmanns hernimmt, jetzt Neuwahlen vom Zaun zu brechen, weil der Zustand des Staatshaushaltes in einem Jahr noch desaströser und damit die Chancen der Freiheitlichen noch besser wären; wenn man die nur mühsam unterdrückte Euphorie in der Volkspartei spürt, weil sich die Parteiführung - so wird es jedenfalls dort empfunden - endlich aus der sozialdemokratischen Umarmung befreit hat; und wenn man auf der anderen Seite die Angst im liberalen Bürgertum vernimmt, daß Herr Haider in wenigen Wochen vor der Machtergreifung stehen könnte; wenn man von Kofferpacken hört, vom Auswandern, von Überlegungen, sein Geld rasch ins Ausland zu bringen; wenn man diese aufgeheizte, fast schon hysterische Stimmung erlebt, dann ist der Vergleich gar nicht mehr so weit hergeholt."

So beschreibt Hubertus Czernin in dem österreichischen Politmagazin "Profil" die Situation nach dem Scheitern der Großen Koalition in Wien. Wenn sein Vergleich und seine Zustandsbeschreibung stimmen sollten, dann überrascht die Gelassenheit, mit der hierzulande die Entwicklung in Österreich registriert wird - wenn sie überhaupt Beachtung findet.

Nur ein Koalitionsbruch?

Bei der letzten Wahl im Oktober 1994 waren die Sozialdemokratische Partei (SPÖ) und die Österreichische Volkspartei auf 34,8 % (gegenüber 42,8%) bzw. 27,7 % (32,1 %) abgerutscht. Die Freiheitlichen (heute F, damals noch FPÖ) hatten 22,5 % (18,8 %), deren Abspaltung Liberales Forum 6,0 % und die Grünen 7,3 % der Stimmen erreicht. Damit mußten die Parteien der regierenden großen Koalition herbe Verluste hinnehmen. Sogar Verfassungsgesetze konnten die beiden ehemaligen Großparteien nicht mehr alleine beschließen - gerade 62 Prozent brachten sie nach der Wahl im Vorjahr auf die Waage.

Nur zehn Monate nach ihrer Neubildung ist die große Koalition aus SPÖ und ÖVP in die Brüche gegangen. Am Ende der ersten zwölf Monate EU-Mitgliedschaft erlebt Österreich mit den vorgezogenen Neuwahlen am 17. Dezember "das Ende von etwas. Nicht klar, wovon es der Anfang sein könnte." ("Kurier")

"Ende oder Wende, Kanzlerwende mit schwarzem Wendekanzler oder gleich die Dritte Republik mit dem blauen Staatsoberhauptführerkanzler und dessen ÖsterReichsicherheitsministerium?"("Profil") - das ist die vorherrschende Perspektive, aus der die gegenwärtige Regierungskrise in Österreich betrachtet wird. Es hat den Anschein, als wäre der Bruch der Wiener Koalition weit mehr als eine normale Regierungskrise. Bestimmend für die Zweite Republik waren einige besondere Strukturmerkmale, die in den letzten Jahren immer stärker erodierten. Die außenpolitische Neutralität der österreichischen Republik wurde ab Mitte der achtziger Jahre erst behutsam, dann immer vehementer zugunsten einer Westintegration aufgegeben. Der Beitritt zur EU bedeutet dabei nicht das Ende dieses Prozesses, sondern wird wahrscheinlich durch NATO- und WEU-Mitgliedschaft ergänzt werden.

Weitere österreichische Besonderheiten nach dem Zweiten Weltkrieg waren der große Sektor verstaatlichter Industrie und eine spezielle Art der "Sozialpartnerschaft". 1986 arbeiteten noch 102.000 Menschen in der verstaatlichten Industrie Österreichs. Fünf Jahre später waren es nur noch 83.000, heute sind in diesen Betrieben noch etwas mehr als 30.000 Menschen beschäftigt. Statt eine auf Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit für ArbeiterInnen, Angestellte und PensionistInnen ausgerichtete Sozial- und Wirtschaftspolitik sind monetäre Größen wie Geldwertstabilität bzw. die Maastricht-Konvergenzkriterien Orientierungspunkte der österreichischen Wirtschaftspolitik und lassen sozialpolitische Aufgaben nur noch als Restgrößen erscheinen.

Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und deren institutionalisierte Kooperationsgremien haben in den letzten Jahren enorm an Funktionsfähigkeit und Bindekraft verloren und werden zunehmend nur noch als Hemmnis empfunden. Auch das traditionelle Parteiensystem ist unter Druck geraten. So erwuchsen in den achtziger Jahren mit der FPÖ unter Jörg Haider, neben den Grünen und dem Liberalen Forum, ernstzunehmende Mitbewerber um die politische Macht. Hat das Ende der Nachkriegsära nun auch Österreich eingeholt? Jedenfalls sind Prozesse zu verzeichnen, die die Grundlagen der österreichischen Politik - nach innen, wie nach außen - fundamental zu ändern beginnen.

Götterdämmerung

Konkret scheiterte die Wiener Regierung an der Verabschiedung des Haushaltsentwurfes 1996. Schon der Budgetentwurf für 1995 war eine harte Bewährungsprobe für das Regierungsbündnis. Drei Jahre lang sollten je 30 Milliarden Schilling (4,2 Milliarden DM), etwa sieben Prozent der gesamten Bundeseinnahmen, eingespart werden. Dies entsprach exakt jenem Betrag, der nach dem Beitritt in die EU erstmals nach Brüssel zu transferieren war. Doch dieses Sparprogramm erwies sich bei den Beratungen für das Budget 1996 als noch nicht ausreichend. Nunmehr müßten 50 Milliarden Schilling (7,1 Milliarden DM) durch weitere Einsparungen und - so die Vorstellung der SPÖ - neue Steuern gedeckt werden.

Doch Steuererhöhungen waren mit der ÖVP nicht zu machen. Nachdem die Etatverhandlungen am 11. Oktober endgültig scheiterten und sich das Parlament auflöste, werden die Karten in Österreich neu gemischt. Diese Entwicklung wurde von einem Mann bewußt beschleunigt, der alles auf eine Karte setzt: ÖVP-Vizekanzler Wolfgang Schüssel. Seit er im Frühjahr die Führung der ÖVP übernahm, konnte er den Abwärtstrend seiner Partei umkehren und setzt nun alles daran, dies politische auszunutzen. Erfolgreich war der Außenminister und Vizekanzler vor allem, weil er sich als knallharter Sanierer der Staatsfinanzen zu präsentieren wußte, der den Steuererhöhungsplänen der SPÖ eisernen Sparwillen entgegensetzte. Auch wenn die ÖVP bemüht ist, ihren Austritt aus der Koalition mit haushaltspolitischen Notwendigkeiten zu erklären, so ist nicht zu verkennen, daß bewußt auf den Bruch mit der SPÖ hingearbeitet wurde. "Wir haben die Wahl, jetzt die Nummer eins zu werden, oder die Nummer zwei zu bleiben und in drei Jahren die Nummer drei zu sein" - mit diesen Worten wird ein Parteigänger Schüssels in der Wiener Zeitung "Die Presse" zitiert. Seit Wolfgang Schüssel ÖVP-Obmann ist, waren solche Töne häufiger von dem kleineren Koalitionspartner zu hören.

Neueste Umfragen sagen ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SPÖ, ÖVP und F. voraus. Da aber mehr als ein Viertel der Befragten noch unentschlossen ist, kann jede der drei Parteien darauf hoffen, stärkste Kraft im Parlament zu werden. Insofern geht es bei diesen Wahlen tatsächlich um eine Richtungsentscheidung: um die Fortsetzung der alten Koalition; um eine Ampelkoalition SPÖ-LiF-Grüne oder sogar um ein Bündnis zwischen ÖVP und F.

Schüssels ÖVP hat sich mit ihrem Coup eine günstige Ausgangslage geschaffen und die beiden Hauptgegner zumindest zum Beginn des Wahlkampfs in die Defensive gebracht. Selbstbewußt haut sie der SPÖ ein "25 Jahre Sozialismus sind genug" um die Ohren. Und auch Haiders Freiheitliche Bewegung wurde just zu dem Zeitpunkt mit Neuwahlen konfrontiert, als sie sich öffentlich auf eine Regierungsbeteiligung erst ab 1999 eingeschworen hatte.

Ob die ÖVP diesen Vorsprung über die Ziellinie retten kann, steht auf einem anderen Blatt. Die von der Entwicklung völlig überraschten Sozialdemokraten werden jedenfalls alles daran setzen, mit einem Anti-Haider-Wahlkampf, in dem auch Schüssel als Steigbügelhalter der F. präsentiert werden könnte, verlorenes Terrain wieder gutzumachen. Unter dem Motto "Reformbündnis gegen Dritte Republik" könnte dabei auch an Diskussionen angeknüpft werden, die spätestens mit dem Amtsantritt von Innenminister Caspar Einem unüberhörbar wurden und auf eine Zusammenarbeit zwischen SPÖ, Liberalem Forum und Grün-Alternativen zielen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich das Ausscheren der ÖVP aus der Regierung im Endeffekt gegen die Partei richtet. Nur wenn sie stärkste Kraft werden könnte, hätte sich das Vabanquespiel gelohnt. Sonst bleibt nur der Weg in die Opposition, die reumütige Rückkehr in den Schoß der großen Koalition oder ein Bündnis mit Haider. Zwar hat Schüssel vollmundig bekundet, es gebe nur die Alternative "Kanzler oder Opposition", doch bei entsprechenden Wahlergebnissen ist ein Bündnis mit F durchaus vorstellbar.

Jedenfalls sind die Berührungspunkte zwischen den beiden Parteien nicht zu übersehen. Stellte Haider den anstehenden Wahlkampf unter die Devise "Etatisten gegen Anti-Etatisten", so ist die ÖVP-Wahlkampflinie "Wohlfahrts- gegen schlanken Staat" nur eine moderne Umschreibung desselben Anliegens. Seit der Wahl Schüssels zum Parteiobmann sind solche Übereinstimmungen zwischen ÖVP und F häufiger zu verzeichnen. Da ist z.B. die Rede vom "starken Staat", der für "Recht und Ordnung" sorgen müsse. Konsequent wetterte der ÖVP-Klubobmann gegen den "grün-anarchistischen Bombenterror" (gemeint ist der Strommastanschlag, bei dem zwei Männer aus der autonomen Szene ums Leben kamen) und gegen die Liberalisierung der AusländerInnengesetze. Und nannte dies dann "intelligente F-Strategie". Andere nennen dies "das Klonen der Haider-Politik, etwas bürgerlicher, aber ebenso antisozialistisch", so jedenfalls das Magazin "Profil".

F-Chef Haider versucht unterdessen, in konservativen Wirtschaftskreisen hoffähig zu werden. Dort präsentiert er sich als potentieller Partner und gibt sich staatstragend. Das geht sogar so weit, daß er jeglichem Deutsch-Nationalismus abschwor und sich zum österreichischen Patriotismus bekannte. "Wir sind nicht für eine wie immer geartete großdeutsche Allianz. ... Ich möchte einen österreichischen, patriotischen Weg gehen und nicht einen großdeutschen Weg für meine Partei."

Aber das ist nur die eine Seite Haiders. Jüngst verlangte der F-Chef nicht nur, die Familienzusammenführung für AusländerInnen einzuschränken, sondern auch, die Menschenrechte teilweise außer Kraft zu setzen.

Kulturkampf

Nicht allein auf dem Feld der AusländerInnenpolitik ist Haider ganz der alte geblieben. Seit Wochen plakatieren die Freiheitlichen in Wien: "Lieben Sie Scholten, Jelinek, Heupel, Peymann, Pasterk ... - oder Kunst und Kultur? - Freiheit der Kunst statt sozialistischer Staatskünstler." Diesen Angriff auf die Dramatikerin Elfriede Jelinek, den Burgtheater-Direktor Claus Peymann, den Kulturminister Scholten, den Wiener SPÖ-Bürgermeister Heupel und die Wiener Kulturstadträtin Ursula Pasterk bezeichnete Peter Turrini auf der Frankfurter Buchmesse zurecht als "Menschenhatz". Sollen doch mit diesem Plakat kritische und engagierte Künstler als "sozialistische Staatskünstler" diffamiert und im Endeffekt zu "Volksschädlingen" erklärt werden.

Haider, der die Moderne bezeichnenderweise als "Zeichen einer fortschreitenden Dekadenz der westlichen Gesellschaften" ablehnt, bedient hier vorhandenes Unbehagen mit moderner Kunst und erweist sich wieder einmal als Populist und Demagoge, der nicht zu unterschätzen ist. Es geht ihm, wie Sigrid Löffler richtig in der "Süddeutschen Zeitung" schrieb, um "die Aktivierung aller kunstfeindlichen Ressentiments und die Ausbeutung aller anti-intellektuellen Vorurteile." Darüberhinaus verweist der von Haider geführte "Kulturkampf" auf das spezifische Moment seiner Politik. Bei diesen Angriffen handelt es sich nicht nur um die Diffamierung von Literaten und PolitikerInnen; im Zuge einer solchen Auseinandersetzung konstruiert er ein "WIR", daß er einem ominösen "SIE" entgegenstellt.

"Er hat Euch nicht betrogen" ist die Aussage eines weiteren Plakates in diesem Wahlkampf; letztes Jahr hieß es: "Sie sind gegen Ihn, weil Er sagt, was Ihr denkt." Robert Misik brachte es in der "taz" auf den Punkt: "Gegen eine unbestimmt gehaltene ‚Sie`-Gemeinschaft der Etablierten setzt Haider eine ‚Wir`-Gemeinschaft des Volkes; sich selbst setzt er somit nicht als Oppositionellen im klassischen Sinn, sondern als organischen Teil einer ‚Volksgemeinschaft` gegen eine ‚menschenverachtende Unkultur`."

Bislang scheint es in Österreich keine erfolgversprechende Antwort auf die Haidersche Politik zu geben. Ungebrochen legt die F bei Wahlen zu. Insofern erscheint es durchaus denkbar, daß sie nach dem 17. Dezember zu dem bestimmenden Faktor der österreichischen Regierungspolitik werden könnte.

mb.

Für diesen Artikel wurde zurückgegriffen auf die Berichterstattung in FR, SZ, taz, Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Profil, Der Standard, tatblatt, Weg und Ziel, WOZ

# 11. Vierzig Jahre sind genug! Die Bundeswehr als "wichtiger Faktor der internationalen Handlungsfähigkeit Deutschlands"

*Die Bundeswehr als "wichtiger Faktor der internationalen Handlungsfähigkeit Deutschlands" (Rühe)*

Autor: Js. · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:27

40 Jahre nach Gründung der Bundeswehr gibt es allenfalls Ansätze einer politischen Kontroverse um diese Institution. Nahezu vergessen ist der Streit, der ihrer Gründung vorausging. Vergessen ist, daß 1952 bei einer antimilitaristischen Demonstration in Essen der junge Kommunist Philipp Müller von der Polizei erschossen wurde; daß der damalige Innenminister und spätere Bundespräsident Gustav Heinemann wegen der sog. Wiederbewaffnung zurücktrat und der CDU den Rücken kehrte; daß noch 1954 der DGB jeden "Wehrbeitrag" ablehnte; daß auch Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein gegen den Aufbau einer bundesdeutschen Streitmacht polemisierte.

In den aktuellen Rückblicken der Militärs und Politiker wird die ruhmlose, weil militärlose Zeit zwischen 1945 und 1955 in wenigen Worten zusammengefaßt. Nach Nazi-Deutschlands nicht nur militärischer, sondern auch "moralischer Niederlage", so der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr de Maizière, waren deutsche Soldaten "nicht nur verboten, die Mehrzahl der Bevölkerung wollte sie auch nicht mehr." So hätten denn die Deutschen für alle Zeiten Zivilisten bleiben können - wenn die bösen Kommunisten nicht gewesen wären. Dank Adenauer, der die richtigen Lehren aus dem Koreakrieg zog, wurde die Gefahr rechtzeitig erkannt. (Daß Adenauer schon im Dezember 1949 - vor Beginn des Koreakrieges - die Schaffung einer "europäischen Armee, der auch deutsche Soldaten angehören sollten", angeregt hatte, ist aus heutiger Sicht ein zu vernachlässigendes Detail.) Der Feind war benannt, und die Geschichte nahm ihren Lauf: Westintegration, Wiederbewaffnung, NATO-Beitritt. Nur so konnte der Bedrohung aus dem Osten, der "auf Offensive gerichteten maßlosen Überrüstung der früheren Sowjetunion" (Generalinspekteur Naumann), widerstanden werden. Als Bestandteil des westlichen Militärbündnisses, der "größten Friedensbewegung der Welt" (Reagan), half die Bundeswehr 40 Jahre Frieden sichern. Heute darf sie mit "Stolz, Genugtuung und Dankbarkeit" (Naumann) auf das Geleistete zurückblicken.

Von der sozialdemokratischen "Opposition" wird dieser grotesken Lügengeschichte nicht widersprochen. Die SPD bemüht sich vielmehr nach Kräften, ihren eigenen Beitrag zur deutschen Wehrhaftigkeit herauszustellen. An dem "historischen Prozeß", durch den die "allgemeine Wehrpflicht" mit der "Wehrgerechtigkeit" vereint wurde, "hat auch die Arbeiterbewegung nicht unerheblichen Anteil", betont Georg Leber, der "Vater der Soldaten" von 1972 bis 1978. Leber seinerseits, so Günter Verheugen, komme das Verdienst zu, "die Normalisierung des Verhältnisses zwischen den Gewerkschaften und der Bundeswehr" herbeigeführt zu haben. Zwei weitere Namen aus der Ahnengalerie sozialdemokratischer Verteidigungsminister werden ebenfalls bei jeder sich bietenden Gelegenheit ins Spiel gebracht: Helmut Schmidt (1969-72), der auch als Bundeskanzler den militärischen Umgangston pflegte, und Hans Apel (1978-82), der Verfasser des heute noch gern zitierten "Traditionserlasses".

Sehr viel breiteren Raum als der Rückblick auf die letzten 40 Jahre nimmt der Ausblick in die Zukunft ein - zumindest bei denen, die noch im aktiven politisch-militärischen Dienst stehen. Von "neuen Aufgaben" ist da die Rede, ja von "neuen geistigen Herausforderungen" (Rühe). Die gewachsene "internationale Verantwortung Deutschlands", so der Minister, die den deutschen Soldaten in den Dienst der "Völkergemeinschaft" stelle, verlange diesem auch "geistig" einiges ab: "Die künftige Rolle von Streitkräften im Rahmen internationaler Krisenbewältigung erfordert bei den Soldaten ein ausgeprägtes Bewußtsein für die politische Dimension militärischen Urteilens und Handelns." Anders ausgedrückt: Der "moderne Soldat" muß gedanklich nachvollziehen können, daß Landesverteidigung künftig in allen Teilen der Erde stattzufinden hat. Diese "geistige" Leistung kann ihm natürlich nur dann gelingen, wenn die Zivilisten ihn nicht durch kritisches Genörgel verunsichern. Rühe: "Unsere Soldaten müssen sicher sein, daß Politik und Bevölkerung hinter ihnen stehen, wenn sie in unser aller Auftrag dem Frieden in der Welt dienen."

Klaus Naumann, als Generalinspekteur oberster Soldat der Bundeswehr, vertieft diesen Gedanken seines zivilen Vorgesetzten noch. Was bei Rühe schlicht "internationale Krisenbewältigung" heißt, wird von Naumann anschaulich ausgemalt: die "gesamte Bandbreite von humanitärer Hilfeleistung bis zum Gefecht", "Grenzsituationen", "Aufträge in einer Grauzone des Handelns" und das Ganze womöglich "in anderen Klimazonen". Der vom "Soldatentum" durchdrungene Kämpfer der "Krisenreaktionskämpfe" muß, so Naumann, vor allem über zwei Fähigkeiten verfügen: das "Kämpfen-Können" und das "Helfen-Wollen". Doch damit nicht genug. Um seine Aufgabe "wirksam erfüllen zu können, muß er" - hier zitiert Naumann Adenauer - "vom Vertrauen des Volkes getragen sein".

Daß die Bundeswehr sich für das Vertrauen großzügig revanchiert, steht für Naumann außer Frage. Gerade in den schwierigen Jahren des "Zusammenwachsens" der beiden deutschen Staaten habe sie sich als "Armee der Einheit" bewährt. "Nichts bringt die innere Einheit der Deutschen mehr voran als der gemeinsame Dienst für das gleiche Ziel", verkündet der zuständige Minister, und sein Generalinspekteur erklärt, nach welchen bewährten Regeln das fröhliche Miteinander junger Sachsen, Bayern, Holsteiner und Mecklenburger in den Kasernen organisiert wird: "In der Bundeswehr haben wir in 40 Jahren das Menschenbild des Grundgesetzes verwirklicht." Schikanen, Brutalität, Alkoholexzesse und Rechtsextremismus - das weiß die neue Wehrbeauftragte, Claire Marienfeld (CDU) - gibt es schließlich auch anderswo. Auch wenn es mal ruppig zugeht - Mann lernt doch etwas in der Schule der Nation, und zwar fürs Leben. Schon deshalb ist die allgemeine Wehrpflicht unverzichtbar, gerade in einer Gesellschaft, die "Machtanwendung ebenso dämonisiert, wie sie Egoismus und Hedonismus fördert" (Naumann).

Fazit der Festtagsredner und Kommentatoren: Die Bundeswehr ist auch 40 Jahre nach ihrer Gründung modern, zeitgemäß und notwendig. Die wachsende Zahl der Kriegsdienstverweigerer stellt diesen Konsens nicht wirklich in Frage. Die Bundeswehr ist eine "Volksarmee" (Georg Leber). Auch die regierungskritische Presse feiert ihr Jubiläum: Sämtliche hier verwendeten Zitate stammen aus einer zwölfseitigen Sonderbeilage der Frankfurter Rundschau vom 27. Oktober, in der neben den zitierten Personen noch weitere zehn Militärs aus dem In- und Ausland zu Wort kommen. Der einzige zumindest in Teilen kritische Beitrag stammt von dem Grünen Winfried Nachtwei. Doch was fordert dieser Mensch von der "heutigen Bundeswehr", die "tiefer in die zivile Gesellschaft integriert (ist) als alle ihre Vorgänger"? Daß sie so weitermachen soll: "Dieser Prozeß der Entmilitarisierung, Demokratisierung und Öffnung muß fortgesetzt werden."

Nö, wir wollen keine Öffnung, keine Demokratisierung und keine Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft. Eine Armee, die von ihrem Oberbefehlshaber offen als "wichtiger Faktor der internationalen Handlungsfähigkeit Deutschlands" angepriesen wird, gehört besser heute als morgen abgeschafft.

Js.

P.S. Das Bundesverfassungsgericht hat gerade bestätigt, daß Tucholskys Satz "Soldaten sind Mörder" vom Recht auf freie Meinungsfreiheit gedeckt wird, so lange damit nicht "die aktiven Soldaten der Bundeswehr" gemeint sind. Da wir unsere finanzschwache Zeitung nicht mit unnötigen Geldstrafen belasten wollen, schreiben wir also einstweilen (die ak-LeserInnen mögen den Opportunismus verzeihen): Bundeswehrsoldaten sind ... überflüssig.

# 12. Bundeswehr und Nazitradition. Dokumentation einer turbulenten Bundestagsdebatte

Autor: Js. · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:05

In der Nacht vom 12. auf den 13. Oktober, zwischen Mitternacht und zwei Uhr morgens, kam es im Deutschen Bundestag zu einer ungewöhnlich turbulenten Debatte. Eine halbe Stunde hatte der Ältestenrat für die Beratung der Drucksache 13/1628 vorgesehen. Der Antrag mehrerer SPD-Abgeordneter - "Umbenennung der Generaloberst-Dietl-Kaserne in Füssen und der General-Kübler-Kaserne in Mittenwald" (1) - sollte zügig an die zuständigen Ausschüsse verwiesen werden.

Die Debatte hat eine mehrjährige Vorgeschichte. Bereits 1988 hatten die Grünen das Thema, um das es eigentlich geht, im Parlament zur Sprache gebracht: Sieht die Bundeswehr überzeugte Nazis als Identifikationsfiguren, nach denen Kasernen benannt werden dürfen? Steht sie - auch nach ihrem Selbstbild - in ungebrochener Tradition der Wehrmacht? Sieben Jahre danach gibt ein von Verteidigungsminister Rühe in Auftrag gegebenes Gutachten zumindest in der Frage der Kasernenbenennung "differenziert" Antwort. Das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr hält Dietl, einem Nazi der ersten Stunde und glühenden Bewunderer Hitlers, seinen "menschlichen Umgang über Dienstgrade hinweg" zugute, während es Kübler wegen seiner "überzogenen Härte und Brutalität" tadelt. Obwohl Dietls "Führungsweise" und "Fürsorge" nach Ansicht der Militärgeschichtler "auch nach heutigen Maßstäben als vorbildlich gelten" könnten, votieren sie für eine Umbenennung beider Kasernen.

Trotz dieser im Ergebnis eindeutigen Empfehlung mochten CDU/CSU und FDP die Angelegenheit damit nicht für erledigt erklären - obwohl der SPD-Abgeordnete Büttner, einer der Antragsteller, seinen konservativen Kollegen goldene Brücken baute:

Das 40jährige Bestehen der Bundeswehr ist der geeignete Anlaß, die Generaloberst-Dietl-Kaserne in Füssen und die General-Kübler-Kaserne in Mittenwald umzubenennen. Dieses Jubiläum der ersten deutschen Streitkräfte in einem freiheitlich verfaßten demokratischen Staat, auf das wir alle gemeinsam stolz sein können, ist für Sie, Herr Minister, eine Chance und Verpflichtung zugleich.

Ähnlich äußerte sich der FDP-Abgeordnete Hildebrecht Braun, der das kostbare deutsche Ansehen in Gefahr sah:

Die Kübler-Kaserne in Mittenwald mit der Winterkampfschule der Bundeswehr wird laufend von Delegationen aus aller Welt besucht. Sie darf seinen Namen nicht mehr tragen.

Überzeugungsarbeit beim politischen Gegner leistete auch der Grüne Winfried Nachtwei:

Herr Minister Rühe, meiner Meinung nach ist es an der Zeit, daß Sie in Sachen Kasernennamen endlich Führungsstärke beweisen.

Um positive Alternativvorschläge bemühte sich neben Gerhard Zwerenz (PDS), der Bertolt Brecht als Namensgeber ins Spiel brachte, vor allem der schon erwähnte Kollege Braun von der FDP:

Ich erlaube mir hierzu noch einen Vorschlag: Was hindert eigentlich den Bund und die Stadt Füssen, den Namen eines friedlichen bayerischen Königs, nämlich Ludwigs II., heranzuziehen, der der Stadt Füssen durch seine Schlösser jährlich weit über eine Million Touristen beschert und der in den Herzen der Bayern viel tiefer verankert ist, als es Dietl trotz seines Charismas je schaffen konnte?

Vergeblich auch dieser - im Prinzip mehrheitsfähige - Vorschlag. Der Kollege Benno Zierer (CDU/CSU), der die Gegenrede hielt, ließ sich auf solche faulen Kompromisse erst gar nicht ein. Mehrfach von Beifallsbekundungen seiner Fraktion und von Unmutsäußerungen der Opposition unterbrochen, rückte er zunächst den Stellenwert der Debatte zurecht:

Gibt es für die Opposition am Ende des 20. Jahrhunderts, gibt es für die Opposition im Jahre fünf nach der deutschen Einheit keine bewegenderen Themen, keine wichtigeren Probleme als die Umbenennung von Kasernen? Soll 50 Jahre nach dem Krieg mit einer zweiten Entnazifizierung, mit einer Entnazifizierung von Gebäuden, begonnen werden? Ich meine, dieser Antrag ist der durchsichtige Versuch, die Traditionspflege der

Bundeswehr, den Genossen schon immer ein Dorn im Auge, als "rückwärtsgewandt", "mit braunen Flecken" zu diffamieren. Unsere Bundeswehr als Armee im demokratischen Staat ist über einen derartigen Verdacht erhaben. Daran ändert auch eine solche Namensnennung nichts.

Völlig zu Recht witterte er hinter dem unscheinbaren Antrag der SPD den Anschlag auf ein nationales Heiligtum: die Wehrmacht. Zu der "alten Streitfrage, in welchem Umfang die deutsche Wehrmacht für die Untaten des Nationalsozialismus Mitverantwortung trug", wich Zierer keinen Zentimeter zurück. Unter dem Beifall seiner Fraktionskollegen sagte er:

Trotz erwiesener Kriegsverbrechen muß ich sagen: Das Gros der Wehrmachtsoldaten hat sich tadelsfrei verhalten, soweit dies unter den mörderischen Umständen eines Krieges möglich ist. Die Tragik der Soldaten im Zweiten Weltkrieg bestand ja gerade darin, daß sie sich in dem Glauben, für die Heimat zu kämpfen, von einem skrupellosen Regime mißbrauchen ließen.

Schlußfolgerung Zierers und der gesamten CDU/CSU-Fraktion:

Ich darf abschließend sagen: Die CDU/CSU-Fraktion legt keinen gesteigerten Wert darauf, die bestehende Benennung zu ändern. Zwingender Anlaß besteht nicht. Vielen Dank.

Nach dieser umjubelten Rede hielt es der zuständige Minister für geboten, beschwichtigend einzugreifen. Er tat dies in der Pose des Basisdemokraten, dem es vor allem darauf ankomme, die "Betroffenen", die "Menschen vor Ort", vor einer Entscheidung "an der Meinungsbildung zu beteiligen". Rühe:

Der Streit, um den es eigentlich nur gehen kann, ist: Soll ich entscheiden, bevor ich die Betroffenen gehört habe? Ich glaube, das wäre falsch. Das würde im übrigen auch den Regeln widersprechen, an die ich mich zu halten habe.

Zur Traditionspflege der Bundeswehr wiederholte Rühe das bekannte Einerseits und Andererseits:

Die Bundeswehr stellt sich der ganzen deutschen Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen. Tradition ist aber nicht Geschichte. Tradition ist verantwortungsbewußte Auswahl aus der Geschichte. Sie orientiert sich am Werterahmen unserer Verfassung.

Nicht die Wehrmacht, aber einzelne Soldaten können traditionsbildend sein, wie die Offiziere des 20. Juli, aber auch wie viele Soldaten im Einsatz an der Front. Wir können diejenigen, die tapfer, aufopferungsvoll und persönlich ehrenhaft gehandelt haben, aus heutiger Sicht nicht pauschal verurteilen.

Das verbietet schon der Respekt vor den "Kameraden" der Wehrmacht, die als ausgewiesene Fachkräfte beim Aufbau der Bundeswehr gebraucht wurden. Rühe weiter:

Ehemalige Soldaten der Wehrmacht haben die Bundeswehr mit aufgebaut. Offiziere wie die Generale de Maiziere, Graf Baudissin und Graf Kielmannsegg haben die Lehren aus der Geschichte gezogen - sie haben übrigens auch tapfer an der Front gekämpft, um das einmal deutlich zu sagen - und aus voller Überzeugung daran mitgewirkt, die Bundeswehr im demokratischen Staat zu verankern.

Sie haben die Innere Führung mit dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform für die Armee in der Demokratie entwickelt. Darauf baut die eigene Tradition auf, die unsere Bundeswehr in den letzten 40 Jahren gebildet hat und auf die sie stolz sein kann.

Das will natürlich auch die SPD. Ihr letzter Verteidigungsminister, Hans Apel, auf den Rühe positiv Bezug nahm, hatte sich in seinem "Traditionserlaß" von 1982 ganz ähnlich geäußert. Der Abgeordnete Kolbow (SPD) nahm die Gelegenheit wahr, Rühes - mit Zierers Tiraden verglichen - "wesentlich bessere und diskussionswürdigere Argumente" zu loben.

Daß die Debatte nicht in gegenseitigen Umarmungen von Regierung und "Opposition" endete, war dem CSU-Abgeordneten Rossmanith zu verdanken - und Gerhard Zwerenz, der in seiner Rede aus einem Brief Rossmaniths zitiert hatte. "Generaloberst Dietl war und ist auch für mich heute noch ein Vorbild in menschlichem und soldatischem Handeln", hatte der CSU-Abgeordnete geschrieben. Sein Brief könne "jedenfalls nicht auf legale Art und Weise" an den Herrn Zwerenz gelangt sein. Auf inhaltliche Richtigstellungen verzichtete Rossmanith, der daraufhin von dem Kollegen Büttner (SPD) ein "Rechtsradikaler" genannt wurde: "Das ist die Nazi-Tradition, in der Herr Rossmanith steht!"

Der Einsatz Rita Süssmuths, die späte Stunde und eine halbherzige Entschuldigung des Sozialdemokraten verhinderten eine weitere Zuspitzung. Der Antrag wurde an die Ausschüsse überwiesen.

P.S. Am 9.11. beschloß Rühe die Umbenennung der beiden Kasernen. Die Generäle Dietl und Kübler "eigneten sich nicht als Vorbild für die Soldaten der Bundeswehr". (FR, 10.11.)

Zusammenstellung: Js.

Anmerkung:

1) Zur Person Eduard Dietl vgl. ak 380, S. 26: Deutsche Militärtraditionen. Ein Nazi als Leitfigur der Bundeswehr

# 13. Experten



"Zum Schluß der Besprechung bat ich die Hohen Kommissare, folgendes zu prüfen: Jede Armee habe ihre eigenen Methoden; das gelte insbesondere von den Russen. Nun habe aber weder ein amerikanischer noch ein französischer noch ein englischer General bisher mit den Russen gekämpft. Die deutschen Generale hätten darin Erfahrung. Ich bat zu erwägen, ob es nicht gut wäre, wenn diese Experten mit ihrem sachverständigen Urteil von den maßgeblichen militärischen Stellen herangezogen würden." (Konrad Adenauer über seine Besprechung mit den Hohen Kommissaren am 5. April 1951 zur militärischen Lage.) Noch bis Ende der sechziger Jahre hatten die Generale und Stabsoffiziere der Bundeswehr fast ausnahmslos ihre Karriere in der Hitler-Wehrmacht begonnen. An der Spitze der Bundeswehr standen in ihren ersten Jahrzehnten somit Männer, die durchweg auf "Erfahrungen im Kampf mit den Russen" verweisen konnten.

Johann Adolf Graf von Kielmansegg, Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa Mitte

1926 Eintritt in das Reichswehr-Reiterregiment, 1941 Beförderung zum Major, zum Stab der 6. Panzerdivision kommandiert, als 1. Generalstabsoffizier beteiligt am Vorstoß auf Leningrad, 1942 in der Operationsabteilung des Oberkommandos des Heeres, 1944 Beförderung zum Oberst, unter Heusinger Verfasser der aus Lageberichten zusammengestellten Gesamtberichte ("geheime Kommandosache"), in denen u.a. die "Sühnemaßnahmen" gegen die Bevölkerung in den besetzten Gebieten verzeichnet wurden. 1950 Eintritt in das "Amt Blank", 1955 Beförderung zum Brigadegeneral, 1960 Kommandeur der 10. Panzergrenadierdivision, 1963 Beförderung zum Generalleutnant, 1964 Beförderung zum Vier-Sterne-General und Ernennung zum Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte im Abschnitt Europa-Mitte, 1966 Oberbefehlshaber der Streitkräfte des NATO-Abschnitts Europa-Mitte.

Generalleutnant Johannes Steinhoff, Inspekteur der Luftwaffe

1934 Oberfähnrich zur See der Kriegsmarine, 1935 als Leutnant Übertritt zur Luftwaffe, 1943 Kommodore des Jagdgeschwaders 77, 1944 Auszeichnung durch Hitler mit dem "Eichenlaub mit Schwertern zum Ritterkreuz" und Beförderung zum Oberst, 1945 Ernennung zum Kommodore des 1. Düsenjagdgeschwaders. 1952 Berufung in das "Amt Blank", 1955 Eintritt in die Bonner Luftwaffe als Oberst und Ausbildung in den USA als Düsenjäger-Pilot, 1960 Chef der Planung der Luftwaffe, 1963 BRD-Vertreter beim NATO-Militärausschuß, 1965 Beförderung zum Generalleutnant, Chef des Stabes beim Hauptquartier der NATO-Luftstreitkräfte Europa Mitte, 1966 Inspekteur der Luftwaffe.

General Ulrich de Maizière, Generalinspekteur der Bundeswehr

1930 Eintritt in das 5. Preußische Infanterieregiment, 1939 als Regimentsadjutant Teilnahme am Überfall auf Polen, 1941 Generalstabsoffizier und Einsatz in der Sowjetunion bei den Heeresgruppen Mitte und Nord, Beförderung zum Major im Generalstab, 1942/43 Auswertung der "Osterfahrungen" als Referent in der Organisationsabteilung des Generalstabs des Heeres, Beförderung zum Oberstleutnant, 1943 Generalstabsoffizier der 10. Panzergrenadierdivision, die in der Sowjetunion an Großaktionen gegen Partisanen teilnimmt, 1945 Abkommandierung in den Führerbunker der Reichskanzlei, verantwortlich für die Arbeitsfähigkeit des eingeschlossenen Befehlsstands von Hitler, Bormann und Goebbels, Ernennung zum Oberst. 1951 Berufung in das "Amt Blank", 1955 Beförderung zum Oberst der Bundeswehr, Leiter für Führungsfragen der Landesverteidigung, 1956 Beförderung zum Brigadegeneral, 1960 Kommandeur der Schule für Innere Führung der Bundeswehr, 1962 Beförderung zum Generalmajor und Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, 1964 Beförderung zum Generalleutnant und Ernennung zum Inspekteur des Bundesheeres, 1966 Beförderung zum Vier-Sterne-General und Ernennung zum Generalinspekteur der Bundeswehr.

Quelle: Graubuch. Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland. Berlin (Staatsverlag) 1967, 2. Aufl.

# 14. 40 Jahre Bundeswehr - eine Chronik

*Afrika-Korps gestoppt*

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:43

Zehn Jahre nach der Gründung der Bundeswehr konnte deren Generalinspekteur, General Ulrich de Maizière, befriedigt feststellen: "Mit dem Durchsetzen der Vorwärtsverteidigung hat die Bundesregierung einen entscheidenden Erfolg errungen, der nur durch den Aufbau der Bundeswehr und ihre Eingliederung in die NATO möglich geworden war." Das Ergebnis konsequenter Fortschreibung dieser Strategie machte die Bundeswehrführung 1992 in einem Planungspapier bekannt: "Eine ausschließlich auf Deutschland oder Europa konzentrierte Betrachtungsweise wird der Sicherheit Deutschlands und zukünftigen Herausforderungen nicht gerecht."

1945 Bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht. - Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland durch die vier Mächte.

1947 US-Präsident Truman verkündet die Politik der Eindämmung (containement).

1948/49 Berliner Blockade.

1949 Der NATO-Vertrag bildet die Grundlage für das Verteidigungsbündnis zwischen den USA, Kanada und den Staaten Westeuropas und Italien. - Das Grundgesetz tritt in Kraft. Hiermit entsteht die BRD als neue politische Ordnung des staatlichen Lebens für eine "Übergangszeit" (Präambel). - Konstituierung der DDR.

1950 Bundeskanzler Adenauer fordert die Aufstellung einer mobilen Polizeitruppe auf Bundesebene. - Beginn des Korea-Kriegs. - Adenauer nutzt den Korea-Krieg, um in einem Sicherheitsmemorandum von der Alliierten Hohen Kommission die Verstärkung der Besatzungstruppen und der westeuropäischen Streitkräfte mit deutschen Kontingenten als Gegengewicht gegen die kasernierte Volkspolizei in der DDR zu fordern. - Der NATO-Rat beschließt, eine gemeinsame Armee mit zentralem Oberkommando zu schaffen. Die BRD soll an der Verteidigung Europas beteiligt werden. - Himmeroder Denkschrift mit dem ersten Verteidigungskonzept der BRD (wesentlicher Inhalt: die "Verteidigung" solle möglichst weit ostwärts beginnen). - Der Bundesminister des Innern, Heinemann (CDU), tritt aus Protest gegen Adenauers Sicherheitsmemorandum zurück. - Der französische Ministerpräsident Pleven schlägt den Aufbau einer europäischen Armee mit einheitlicher Ausrüstung vor. Sie solle übernational organisiert und einem europäischen Verteidigungsminister unterstellt sein. - Die Adenauer direkt unterstellte "Dienststelle Blank" (Vorläufer des Verteidigungsministeriums) ist für die "mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen" zuständig. Adenauer erstrebt mit dem Verteidigungsbeitrag eine Revision des Besatzungsstatuts durch schrittweise Übertragung von Hoheitsrechten bis zur Gleichberechtigung. - Adenauer begrüßt den Pleven-Plan, der nicht nur die Sicherheit der BRD gewährleiste, sondern auch den Weg zur Wiedervereinigung ebne. Voraussetzung für den Verteidigungsbeitrag sei jedoch die Gleichberechtigung der BRD. Schumacher (SPD) lehnt die Wiederaufrüstung ab, da sie nicht der Verteidigung Deutschlands und der Wiedervereinigung diene, sondern der Verteidigung des westlichen Glacis zwischen Elbe und Rhein. - In der Öffentlichkeit und bei der Opposition (SPD, KPD u.a.) stoßen die Wiederaufrüstungspläne auf starken Widerstand.

1952 Stalin bietet Wiedervereinigung und bewaffnete Neutralität für Deutschland an. - Unterzeichnung des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) durch die Benelux-Staaten, BRD, Frankreich und Italien. Vorgesehen ist die Integration der nationalen Streitkräfte unter einem gemeinsamen Oberbefehl. Das Risiko der deutschen Aufrüstung soll hierdurch gemindert und die europäische Einigung beschleunigt werden. - Die NATO legt die Militärstrategie der massiven Vergeltung fest. - Bei einer NATO-Ratstagung in Lissabon wird eine Anzahl von 500.000 Soldaten für eine künftige deutsche Wehrmacht genannt.

1953 Der Bundestag billigt den Deutschland- und EVG-Vertrag mit den Stimmen der Mehrheit. Die Opposition (SPD u.a.) hatte im Januar 1952 vorbeugend beim Bundesverfassungsgericht eine Klage eingereicht, da eine Entscheidung über den Wehrbeitrag ohne Änderung des Grundgesetzes verfassungswidrig sei. Die Klage wurde als "im gegenwärtigen Zeitpunkt unzulässig" abgewiesen.

1954 Der Bundestag verabschiedet mit der Zwei-Drittel-Mehrheit der Regierungsparteien (CDU, CSU, FDP/FVP u.a.) die 1. Wehrergänzung. Sie begründet die Wehrhoheit des Bundes, d.h. sie räumt ihm die

ausschließliche Gesetzgebungskompetenz in Verteidigungs-, Wehrpflicht- sowie Zivilschutzangelegenheiten ein und stellt somit die Vereinbarkeit des EVG-Vertrags mit dem Grundgesetz klar. - Der EVG-Vertrag scheitert am Einspruch der französischen Nationalversammlung. Es bestehen Bedenken gegen eine supranationale Armee, die die Souveränität einschränken würde, und gegen die Allianz mit dem ehemaligen Gegner ohne den Verbündeten Großbritannien.

1955 Auf Einladung von Gollwitzer, Ollenhauer (SPD) u.a. verabschiedet eine Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche das "Deutsche Manifest". Die Pariser Verträge vom Oktober 1954, in denen u.a. vom Beitritt der BRD zur NATO die Rede ist, werden abgelehnt. Vier-Mächte-Verhandlungen über die Wiedervereinigung wird der Vorrang vor militärischer Blockbildung gegeben. - Die BRD wird mit der Aufhebung des Besatzungsstatuts souverän und tritt der NATO bei. - Der bisherige Sicherheitsbeauftragte Blank wird der erste Bundesverteidigungsminister, die Dienststelle Blank zum Bundesministerium für Verteidigung. - Verabschiedung des Freiwilligengesetzes. - Blank überreicht dem ersten freiwilligen Soldaten der Bundeswehr die Ernennungsurkunde.

1956 Die ersten Lehrkompanien aus freiwilligen Soldaten werden aufgestellt. Sie bilden die ersten Bundeswehrkader. - Die Volkskammer der DDR beschließt die Aufstellung der Nationalen Volksarmee (NVA). - Der Bundestag verabschiedet mit den Stimmen der SPD die 2. Wehrergänzung des Grundgesetzes. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen für Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, für die Ernennung von Offizieren durch den Bundespräsidenten, für die Übernahme der Befehls- und Kommandogewalt durch den Bundesminister für Verteidigung in Friedenszeiten bzw. den Bundeskanzler im Kriegsfall. Ein Wehrbeauftragter soll dem Schutz der Grundrechte dienen. - Das Wehrpflichtgesetz schreibt für alle Männer vom 18. bis zum 45. Lebensjahr die allgemeine Wehrpflicht vor und regelt das Wehrersatzwesen (für Wehrdienstverweigerer). - Die Dauer des Wehrdienstes wird auf zwölf Monate festgelegt.

1957 Im Göttinger Manifest sprechen sich führende Atomwissenschaftler gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr aus. Sie fordern die Bundesregierung auf, freiwillig auf Atomwaffen zu verzichten. Strauß antwortet, die Bundesregierung habe auf die Produktion von Atomwaffen verzichtet und wolle die Bundeswehr nicht mit strategischen Atomwaffen ausrüsten. - Die ersten drei Bundeswehr-Divisionen werden der NATO unterstellt. - Die Bundesregierung lehnt den Rapacki-Plan für eine kernwaffenfreie Zone in Europa ab. - Der Personalgutachter-Ausschuß hat nach der Überprüfung von 600 Bewerbern für Offiziersstellen in der Bundeswehr 486 angenommen. - Der NATO-Rat beschließt, dem Oberbefehlshaber in Europa Atomwaffen und Mittelstreckenraketen zur Verfügung zu stellen.

1958 Der Bundestag stimmt mehrheitlich der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr im Rahmen der NATO zu. Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer kündigt vor der Schlußabstimmung eine Initiative für eine Volksbefragung an, da das Ziel der Bundesregierung, die Bundeswehr mit Massenvernichtungswaffen auszurüsten, den nationalen Notstand heraufbeschwöre. - Die von der SPD mit Unterstützung von Gewerkschaftern, Theologen und Professoren gegründete Protestbewegung "Kampf dem Atomtod" initiiert Massenkundgebungen, die von der SPD auf dem Höhepunkt der Bewegung jedoch abgewiegelt werden. - Die von Hamburg, Bremen und hessischen Kommunen beschlossenen Volksbefragungen über die Atomrüstung werden auf Antrag der Bundesregierung vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig ausgesetzt.

1959 Der NATO-Rat beschließt die Aufstellung von 30 Divisionen in West- und Mitteleuropa.

1961 Bau der Berliner Mauer bzw. des "antifaschistischen Schutzwalls".

1962 Die Dauer des Grundwehrdienstes wird auf 18 Monate erhöht. - 22.10.-7.11.: Kuba-Krise. - Die ersten zehn interkontinentalen Minuteman-Raketen werden in der BRD in Silos bereitgestellt.

1963 Atomteststopp-Vertrag.

1964 Der Wehrbeauftrage Heye tritt nach der Veröffentlichung einer von ihm verfaßten Artikelserie über das Versagen der Inneren Führung zurück.

1965 Graf Baudissin, Graf Kielmansegg und de Maizière erhalten den Freiherr-vom-Stein-Preis für die Entwicklung des Konzepts der Inneren Führung. - Die zwölfte Bundeswehr-Division wird der NATO unterstellt. - Das Wassersicherstellungsgesetz soll zum Zwecke der Verteidigung die Versorgung sowie den Schutz der

Bevölkerung und der Streitkräfte langfristig gewährleisten. - Frankreich kündigt seinen Rückzug aus der NATO an.

1966 Nach dem Scheitern der Pläne für eine multilaterale NATO-Atomstreitmacht wird eine nukleare Planungsgruppe der NATO unter Teilnahme der BRD eingerichtet. - Der Gewerkschaftserlaß gestattet Soldaten, einer Gewerkschaft beizutreten und in ihr aktiv zu werden. - Verteidigungsminister von Hassel versetzt den Generalinspekteur der Bundeswehr Trettner auf seinen Wunsch in den einstweiligen Ruhestand. Trettner hatte am Gewerkschaftserlaß Kritik geübt.

1967 Der NATO-Rat übernimmt die Aufgabenbeschreibung im Harmel-Plan (Verteidigung und Entspannung) und beschließt formell die Übernahme der flexiblen Reaktion.

1969 Die BRD unterzeichnet den Atomwaffensperrvertrag.

1970 Der NATO-Rat erklärt sich zu Sondierungsgesprächen über europäische Sicherheitskonferenzen bereit und legt Kriterien für eine beiderseitige ausgewogene Truppenverminderung fest. - Die Warschauer-Pakt-Staaten fordern erneut eine europäische Sicherheitskonferenz, auf der auch über Truppenverminderung beraten werden soll. - Unterzeichnung des Gewaltverzichtsabkommens zwischen BRD und UdSSR. - Anfang der 70er Jahre wird kurzfristig die 1952 genannte Zahl von 500.000 Soldaten der Bundeswehr erreicht.

1972 Unterzeichnung des Grundlagen-Vertrages mit der DDR.

1973 Der Grundwehrdienst wird von 18 auf 15 Monate gesenkt, die Heranziehung zum Wehrdienst um drei auf 28 Jahre erhöht. - Das Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer stellt den Zivildienst rechtlich und materiell dem Wehrdienst gleich. - Die Hochschulen der Bundeswehr in München und Hamburg nehmen ihren Lehrbetrieb auf. - Einrichtung des Bundesamtes für Zivildienst. - Die Grundsätze für eine neue Struktur der Bundeswehr sehen u.a. vor, den Personaleinsatz zu rationalisieren und Betriebskosten zugunsten von Investitionen für Waffen und Gerät einzuschränken. Die Waffen werden modernisiert (Flugzeuge, Panzer, Fregatten, Frühwarnsystem AWACS).

1977 Unterzeichnung des Abkommens über das Verbot des Umweltkrieges.

1978 Das Bundesverfassungsgericht erklärt die Abschaffung der Gewissensprüfung bei Kriegsdienstverweigerern, wie sie im geänderten Wehrpflicht- und Zivildienstgesetz vorgesehen war, für verfassungswidrig. (Seit Mitte der 80er Jahre genügt eine schriftliche Erklärung des Verweigerers.)

1979 Unterzeichnung des SALT-II-Vertrages. - Die NATO faßt den Doppelbeschluß zur Stationierung von Mittelstreckensystemen, die aber Gegenstand von Rüstungskontrollverhandlungen sein sollen. - Das von der SPD geführte Verteidigungsministerium hat nach eigenen Angaben von 1969 bis 1979 rund 54 Mrd. DM für die Neuausrüstung der drei Teilstreitkräfte ausgegeben, es ging hier u.a. um die Beschaffung von Großwaffensystemen (Leopard-Panzer, Phantom-Flugzeuge, u.ä.). Die Militärausgaben der BRD, die 1955 7,3 Mio. DM betrugen, sind auf in diesem Jahr auf 45,4 Mio. DM gestiegen.

1980 Der Operationsbereich der Marine wird ins Nordmeer ausgedehnt, um dort US-Einheiten zu ersetzen. - Feiern zum 25jährigen Bestehen der Bundeswehr, die örtlich auf erhebliche Proteste stoßen.

1981 Bundeskanzler Schmidt droht mit Rücktritt, falls der Bundesparteitag der SPD den NATO-Doppelbeschluß ablehnt. - Erste große Demonstration der Friedensbewegung gegen Auf- und Nachrüstung in Bonn.

1983 Großaktionen der Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluß. - Der Bundestag entscheidet sich mit Mehrheit für die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen.

1987 Es werden erstmals Minensuchboote der Bundeswehr ins Mittelmeer entsandt.

1989 Erstmals seit 1945 wird ein Kriegseinsatz der Bundeswehr offen debattiert.

1990 Golfkrise/Golfkrieg. Zur Entlastung der anderen NATO-Flotten wird im August ein deutscher Marineverband ins östliche Mittelmeer geschickt. Bundesdeutsches Spezialgerät (Schützenpanzer mit

Vorrichtungen zum Aufspüren von Giftgas) wird in die Golfregion entsandt. - NATO-Seemanöver vor den Küsten Syriens und Israels unter Beteiligung der Bundesmarine.

1991 Im Januar werden erstmals Soldaten der Bundeswehr in ein Krisengebiet abkommandiert. Sie sind Bestandteil der von der Türkei angeforderten Schnellen Eingreiftruppe der NATO und 400 Kilometer vor der türkisch-irakischen Grenze stationiert. Das Geschwader ist u.a. mit 18 Alpha-Jet-Kampfbombern ausgerüstet.

1992 In einem Planungspapier der Bundeswehrführung heißt es u.a.: "Eine ausschließlich auf Deutschland oder Europa konzentrierte Betrachtungsweise wird der Sicherheit Deutschlands und den zukünftigen Herausforderungen nicht gerecht." - Die Bundesregierung beschließt, Sanitätssoldaten der Bundeswehr und Beamte des Bundesgrenzschutzes im Rahmen der Blauhelm-Mission der UNO nach Kambodscha zu entsenden. - Die Bundesluftwaffe beteiligt sich an der internationalen Luftbrücke nach Sarajewo. - Das Bundeskabinett befürwortet die Beteiligung von Zerstörern und Seeraumüberwachungsflugzeugen an der Adria-Mission, die sich nicht auf UNO-, sondern allein auf NATO- bzw. WEU-Beschlüsse stützen kann. - Soldaten der deutschen Luftwaffe überwachen in AWACS-Aufklärungsflugzeugen den Luftraum über Rest-Jugoslawien und Bosnien-Herzegowina. - In Mombasa (Kenia) werden Luftwaffenhelfer stationiert, um im Rahmen der UNO-Aktion Hilfsgüter nach Somalia zu schaffen.

1993 Bundeswehreinsatz in Somalia gegen die Stimmen der SPD.

1994 Das Bundesverfassungsgericht erlaubt "Out-of-area"-Einsätze. Ausgeschlossen bleibt lediglich ein deutscher Alleingang. Es genügt, wenn der Einsatz von der NATO oder WEU beschlossen wird.

Quellen:

Die Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1. Hg. v. Wolfgang Benz. Frankfurt (Fischer) 1983.

Hans Georg Lehmann: Chronik der Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis 1981. München (Beck) 1981.

Propyläen Weltgeschichte, Bd. 10. Hg. v. Golo Mann. Berlin (Ullstein) 1991.

Div. ak-Ausgaben 1985-1994.

Afrika-Korps gestoppt

Rund 1000 "frühere Afrika-Kämpfer" aus 13 Ländern hatten sich Anfang November nach Tobruk aufgemacht. Auf dem Programm standen Gedenkfeiern und Rundfahrten. "Wir beehren uns, eine Delegation des Verbandes Deutsches Afrika Korps e.V., bestehend aus Kriegsveteranen, insbesondere aus jenen, die auf libyschem Boden beteiligt waren, zu dieser Feier einzuladen", hieß es in einem Schreiben des libyschen Volksbüros an besagten Verband. Es übermittelte die Einladung der Großen Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Jamahira, die im übrigen auch die Übernahme aller Kosten zusagte.

Die Veteranen sollten sich auf Malta sammeln und dort von drei libyschen Fähren abgeholt werden - wegen des UNO-Embargos (neben dem Landweg) die einzige Möglichkeit, nach Libyen zu gelangen. Auf internationalen Druck untersagte in letzter Stunde die Regierung der Mittelmeerinsel das Einlaufen der Schiffe. "Mehrere hundert Veteranen im Alter zwischen 70 und 85 Jahren liegen auf Malta fest", heischt Springers "Hamburger Abendblatt" (9.11.) Mitleid und trauert dreispaltig der Gelegenheit nach, die Einnahme Tobruks, den "größten Triumph von Feldmarschall Erwin Rommel, des ‚Wüstenfuchses`", unter alten Kameraden endlich noch einmal so richtig abfeiern zu können.

# 15. Minenfelder. Internationale Kampagne gegen Landminen

Autor: Regina Schneider, medico international · Rubrik: Rüstungsexport; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:41

In Afghanistan, Kambodscha, Angola, Mosambik sind riesige Gebiete zu no go areas erklärt worden: Landminen aus vergangenen oder noch andauernden Kriegen machen die Gebiete zu Todesfallen. In Marokko hat die Regierung 1989 quer durch das Gebiet der Westsahara einen 2.800 km langen Sandwall errichtet und vermint, um die Frente Polisario zu bekämpfen. In Südkurdistan (Nordirak) sollten Landminen kurdische Flüchtlinge daran hindern, in ihre Dörfer zurückzukehren. Im Oktober/November 1995 wird durch die gleichen Waffen in Sri Lankas Norden Tamilen die Flucht vor der Regierungsarmee erschwert.

In Angola wird davon ausgegangen, daß ein Drittel des Landes vermint ist. Die Menschen haben sich in weiten Teilen des Landes daran gewöhnt, auf den schmalen Pfaden, die sich durch die Minenfelder schlängeln, zu gehen. Doch gibt es dort wie auch in anderen betroffenen Ländern, Situationen, in denen die Gefahr, durch eine Minenexplosion verletzt oder getötet zu werden, geringer wiegt als andere Notwendigkeiten wie Nahrungsmittelsuche, Wasserholen, Holzsammeln oder Flucht.

Flüchtlinge, die sich in einem ihnen nicht gut bekannten Gebiet befinden oder die nach längerer Abwesenheit an ihren Herkunftsort zurückkehren, werden leicht Opfer einer Landminenexplosion.

Immer häufiger werden diese Waffen gezielt gegen Flüchtlinge eingesetzt, die versuchen, Grenzen zu überqueren. Auf einem Hearing des Europaparlamentes im März diesen Jahres brachte der Vertreter des finnischen Außenministeriums die Flüchtlingsabwehr durch Anti-Personen-Minen offen zur Sprache. Er stellte sinngemäß die Frage, ob Finnland durch den Einsatz von Landminen zur Abwehr von Flüchtlingen aus Osteuropa nicht eine Grenze Europas schütze.

Landminen werden eingesetzt als Waffen in zwischenstaatlichen Kriegen oder in Bürgerkriegen und richten Schäden an, deren Auswirkungen noch lange Zeit später die Menschen beeinträchtigen und gefährden. In sogenannten Friedenszeiten sind sie Bestandteil der Grenzsicherung zwischen Nationalstaaten und zwischen ärmeren und reicheren Gebieten.

Definitionen

Landminen lassen sich auf zwei Arten definieren: entweder waffentechnologisch oder über ihre Wirkung. Eine Landmine waffentechnologisch als einen auf oder im Boden plazierten Sprengkörper zu definieren, der durch Berührung mit einem Auslöser zur Explosion gebracht wird, reicht nicht mehr aus. Die technologische Weiterentwicklung, die mittlerweile die sogenannte dritte Generation von Landminen erreicht hat, fordert von einer solchen Definition zunehmend Ergänzungen. (siehe Kasten)

Diese Waffe hat eine zweifache Wirkung: Sie verletzt oder tötet, und sie versiegelt Wasserstellen, Verkehrswege, bebaubares Land. Verlust von Beinen oder Armen, schwere Gesichtsverletzungen, Erblindung - die Verletzungen durch Landminen sind folgenreich für das einzelne Opfer. Folgenreich ist auch, daß riesige Gebiete land- und forstwirtschaftlich nicht genutzt werden können. So sind Landminen eine häufige Ursache von Lebensmittelknappheit oder sogar das komplette Fehlen von Lebensmitteln. Hungerkatastrophen sind die Folge, die wiederum eine vollständige Abhängigkeit von Hilfslieferungen nach sich ziehen. Landminen verhindern darüber hinaus ökonomische Entwicklung, blockieren nachhaltig den Wiederaufbau in Nachkriegszeiten, machen die Entstehung einer neuen Infrastruktur unmöglich. Die Bevölkerung, und vor allem die Zivilbevölkerung, wird so auf vielfache Art und für lange Zeiträume in Mitleidenschaft gezogen.

Deutsche Minen

Auch die deutsche Bundeswehr verfügt über verschiedene Minenarten und sieht in ihrer militärischen Strategie deren Anwendung vor. Dies betonte Staatssekretär Schönbohm aus dem Bundesverteidigungsministerium noch im Juli diesen Jahres in einem Brief an den Sprecher des Bundesdeutschen Initiativkreises "Für ein Verbot von Landminen". Im Bundeshaushalt waren 1995 für Forschung, Entwicklung und Beschaffung von Landminen 228 Mio. DM vorgesehen.

Die Bundesrepublik Deutschland zählt auch zu den Ländern, in denen Landminen produziert werden: Dynamit Nobel in Troisdorf, Diehl in Röthenbach, die Daimler Benz Aerospace - alles Herstellerfirmen. Diese Reihe ließe sich noch weiter fortsetzen, wenn die Hersteller von Zündern oder andere Zulieferer einbezogen würden. Es gibt inzwischen ein Exportmoratorium, das sich aber nur auf die sogenannten Anti-Personen-Minen bezieht und wie bei anderen Waffenexport-Moratorien ist es kein Garant dafür, daß nicht doch Minen exportiert werden. Wo produziert wird, werden Absatzmärkte gesucht und Mittel und Wege finden sich immer, Minen auch ins Ausland abzusetzen.

Für ein Verbot von Landminen

Auf dem Opernplatz in Wien hatten PassantInnen während der UN-Konferenz zu Landminen und Laserwaffen im September/Oktober 1995 die Möglichkeit, den Unterschied zwischen einer Blumenwiese und einem Minenfeld auf eine sinnliche Art zu erfahren. Nach einigen Schritten auf dem mit Margeriten bestückten Feld ertönen Explosionen, Kindergeschrei ist aus dem Off zu hören. Medico international hatte dort ein simuliertes Minenfeld aufgebaut.

Viele Gruppen und engagierte Einzelpersonen hatten im Vorjahr medico international darin unterstützt, mit dem künstlichen Minenteppich und einer Ausstellung über Landminen eine Rundreise durch die Bundesrepublik zu machen. Über 20 Städte wurden zu Standorten für das simulierte "killing field". Unzählige betraten es, aus Neugier, aus Sensationslust, aus Interesse.

Vor drei Jahren hatte medico international zusammen mit der Vietnam Veterans of Amerika Foundation die Internationale Landminenkampagne (International Campaign to Ban Landmines) initiiert. Hauptforderung der Kampagne ist eine umfassendes Verbot von Landminen. Forschung, Produktion, Beschaffung, der Export und natürlich die Anwendung dieser Waffen sollen verboten werden. Mittlerweile haben sich weltweit fast 400 Nichtregierungsorganisationen der Kampagne angeschlossen. In über 20 Ländern, darunter auch viele Länder, die von dem Problem der Landminen stark betroffen sind, wird den Forderungen mit Unterschriftensammlungen, Ausstellungen, Demonstrationen, Aktionen und mit Lobbyarbeit Nachdruck verliehen.

In der Bundesrepublik entstand ein Trägerkreis mit dem Netzwerk Friedenskooperative, mit der BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport", der Deutschen IPPNW (Ärzte gegen Atomkrieg), der Kampagne "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen", dem Rüstungsinformationsbüro Baden-Württemberg und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie.

Im Frühjahr diesen Jahres gründete sich zusätzlich der Initiativkreis "Für das Verbot von Landminen" mit Brot für die Welt, Diakonisches Werk, Eirene International, Jesuit Refugee Service, Justitia et Pax, medico international, Misereor, Solidaritätsdienst (SODI), terre des hommes, Unicef. In Hinblick auf die Wiener UN-Konferenz zu Landminen wurden Erklärungen verfaßt und verstärkt Lobbyarbeit betrieben.

Kinkel auf neuem Kurs?

In einer Presseerklärung nach dem Ende der in Wien stattfindenden UN-Landminenkonferenz forderte Kinkel die Vernichtung aller Bestände von Anti-Personen-Minen in der Bundeswehr. Eine neue Strategie? Noch auf der UN-Konferenz über Landminen und Laserwaffen Anfang Oktober 1995 in Wien wurde von der bundesdeutschen Delegation eine ganz andere Position vertreten. Statt auf die Durchsetzung eines generellen Verbots von Landminen hinzuarbeiten, wurde unter anderem von der BRD gefordert, daß Minen mit einem Selbstzerstörungsmechanismus oder mit einem Selbstneutralisierungsmechanismus von dem Verbot auszunehmen seien.

Während PolitikerInnen in Wien versuchten, sprachlich die "humane" und deshalb vom Verbot auszunehmende Mine zu konstruieren, arbeiteten die Waffentechnologen an ihrer High-Tech-Version: Minenen, ausgestattet mit zielsuchenden Zündern. Das bedeutet, daß die Explosion nicht durch eine Berührung ausgelöst wird, sondern durch die bloße Nähe einer Person oder Sache, die durch Infrarotsensoren registriert wird (Wärmefühler, Bewegungsmelder etc). An- und abschaltbar und ferngesteuert - die Landmine wird mit "Intelligenz" versehen.

Die Medien berichteten Mitte Oktober über das Scheitern der UN-Konferenz. Einige Länder (Rußland, China, Indien, Mexiko und Pakistan) wollten auf die nationale Produktion von Minen ohne High Tech nicht verzichten.

Ihnen gab Kinkel dann auch die Verantwortung für das Nicht-Zustandekommen eines Verhandlungsergebnisses, nicht den Industrieländern wie u.a. der Bundesrepublik Deutschland, die dafür optierten, die High-Tech-Minen von einem völkerrechtlichen Verbot auszunehmen. So müssen Militärkonzepte nicht umgeschrieben werden.

Die Unterscheidungen zwischen "humanen" und "inhumanen" Minenarten sind strategischer Natur und müssen als solche hinterfragt werden. Ihre technologische Untermauerung ist äußerst fragwürdig. Der Selbstzerstörungs- und der Selbstneutralisierungsmechanismus haben eine hohe Ausfallquote. Experten sprechen von mindestens 10%, bei Minenräumungen machten NGOs die Erfahrung, daß es sogar High-Tech-Minen gibt, deren Selbstentschärfung in 25 bis 50 Prozent aller Fälle versagt. Es kann nicht davon ausgegangen werden, daß ein Feld, auf dem diese Minen liegen, betreten werden kann. Auch die Unterscheidung zwischen Anti-Panzer-Minen (Panzerabwehrminen) und Anti-Personen-Minen (Schützenabwehrminen) ist sprachlich verwirrend: Schließlich kann jede Anti-Panzer-Mine, für deren Explosion ein größeres Gewicht benötigt wird, auch Personen treffen, beispielsweise wenn ein Bus oder ein anderes schweres Fahrzeug über sie fährt. Anti-Panzer-Minen modernerer Bauart sind mit einem "anti-handling-device" ausgestattet: Es handelt sich um einen zusätzlich angebrachten Sprengsatz, der die Mine gegen Räumung sichern soll. Wird von einer Person versucht, die Mine zu entfernen, explodiert diese und verletzt oder tötet.

Wie es mit den Bestimmungen im Landminenprotokoll der UN weitergehen soll, wird sich zeigen, wenn die Konferenz, wie zur Zeit geplant, nächstes Jahr im April/Mai in Genf fortgesetzt wird. Voraussichtlich wird es nur an wenigen Punkten zu einer Einigung kommen.

Minenräumung

Die durch Verminung großer Gebiete verursachten Probleme werden oft zu einem Dauerstand für Jahrzehnte oder für Jahrhunderte. In vielen Ländern liegen heute noch Minen aus dem Zweiten Weltkrieg, wie zum Beispiel in Libyen, wo laut einer Studie der UN etwa 27% des nutzbaren Landes und 68% der Agrarflächen vermint sind und geräumt werden müßten.

Rechenbeispiele scheinen den Gedanken an Minenräumung zu einer Absurdität zu machen. Minenräumung ist teuer: Eine Landmine ist schon für etwa 5 Dollar zu haben, die Räumung einer Mine kostet hingegen bis zu 1.000 Dollar. Minenräumung ist langsam: Wird beispielsweise in Afghanistan in dem derzeitigen Tempo weitergeräumt, kann es unter Berücksichtigung der schon liegenden Minen noch mehrere tausend (!) Jahre dauern, bis sie entfernt sein werden. Minenräumung ist mühsam und gefährlich: immer wieder passieren schwere, oft tödliche Unfälle bei den Versuchen, Gebiete wieder betretbar zu machen.

Es ist offensichtlich: die Bemühungen um Minenräumprogramme und um ihre Finanzierung müßten verstärkt werden. Die Internationale Landminenkampagne tritt dafür ein, daß Gelder in einen von der UN verwalteten Fonds eingezahlt werden.

Von den NRO, die sich in der Kampagne zusammengeschlossen haben und vielfach auch in dem Bereich der Entminung tätig sind, wird das Konzept der "humanitären Minenräumung" vertreten. Darunter ist eine Kombination aus Aufklärungsarbeit (mine awareness), aus medizinischer Versorgung, aus der Rehabilitation von Minenopfern und schließlich der eigentlichen Entfernung von Minen zu verstehen.

Aufträge im Rahmen von Minenräumprogrammen werden oft auch von der Industrie als eine gute Einnahmequelle angesehen. So waren ihre Vertreter zum Beispiel auch auf der UN-Konferenz über Minenräumung Anfang Juli 1995 in Genf zugegen. So mancher Minenproduzent stellt die später notwendigen Räumgeräte her oder beteiligt sich an Minenräumungen. Die Daimler-Tochter CMS beispielsweise erhielt über 100 Mio. Dollar für einen Minenräumauftrag in Kuwait. Währenddessen arbeitet TDW (vormals MBB), eine Firma, die zu einem Joint Venture der Thomsen CSF und Daimler Benz Aerospace gehört, an der Entwicklung von Landminen weiter.

Die Mine in der Tasche, den Detektor in der Hand: im humanitären Gewand können dann neue Erfahrungen gemacht werden - und die Millionen fließen noch einmal in die gleichen Kassen und finanzieren die Entwicklung der neuen "intelligenten" und "humanen" Generationen von Landminen. Daß Firmen, die direkt oder indirekt an der Produktion oder dem Export von Minen beteiligt sind, keine Aufträge im Rahmen von

Minenräumprogrammen erhalten sollten, wird auch von der Internationalen Kampagne gegen Landminen gefordert.

Rehabilitation von Minenopfern

Der menschliche Körper ist die Zielscheibe für die Mine. Ein Arm, ein Bein soll abgerissen, das Gesicht zerfetzt werden.

Immer mehr Bestandteile des menschlichen Körpers gelten unterdessen prinzipiell ersetzbar durch Prothesen, wiederherstellbar durch die plastische Chirurgie. Mit immer neuen Technologien wird das Zusammenbauen einer Figur ermöglicht, die dann gänzlich aus den Labors der plastischen ChirurgInnen, der GentechnologInnen und der InformatikerInnen zu stammen scheint. Ein Motiv aus der Science Fiction wird zum Bestandteil der Entwicklung in der Wirklichkeit.

Weitab davon die Realität in den Ländern, in denen vor allem durch Landminen viele ein Bein, einen Arm, das Augenlicht verloren haben oder schwere Gesichtsverletzungen davongetragen. Viele sterben, weil sie nicht rechtzeitig medizinisch versorgt werden können. Einige haben Glück und werden medizinisch behandelt. Für eine Person, die ein Bein verloren hat, bedeutet eine Prothese, wieder laufen zu können. In dem Rehabilitationszentrum Kien Khleang in Kambodscha, das seit 1991 von der Vietnam Veterans of Amerika Foundation mit maßgeblicher finanzieller Unterstützung von medico international aufgebaut wurde, werden dank der aus Indien kommenden Jaipur-Technologie Prothesen hergestellt, mit denen sogar das Arbeiten in der Hocke möglich ist. In El Salvador wurde von medico international gerade die zweite Prothesenwerkstatt eingerichtet, in der Kriegsversehrte arbeiten können.

Rehabilitation hat viele Aspekte medizinischer und sozialer Natur, die in diesen Projekten berücksichtigt werden müssen. Die Prothese kann beispielsweise einem Minenopfer ermöglichen, wieder zu arbeiten. Sie kann aber auch zum eigentlichen Problem werden. In Mosambik nehmen sich viele die Prothese wieder ab, um nicht "reich" zu wirken und weiter Hilfeleistungen für die tägliche Reproduktion zu erhalten. Auch schützen Prothesen nicht vor der Stigmatisierung, unter der Amputierte in allen Gesellschaften zu leiden haben.

Stolpersteine

Der Erfindung der Definition der "humanen" Mine, von denen PolitikerInnen und Militärs gerne Reden, versuchen die Organisationen, die sich in der Kampagne auf nationaler oder auf internationaler Ebene zusammengeschlossen haben, entgegenzusteuern. Doch die Erfolge, die durch die Öffentlichkeitsarbeit, durch Gespräche mit PolitikerInnen und durch Aktionen erzielt wurden, verwandeln sich schnell in Mißerfolge, bezieht man die augenblickliche Modernisierung von Landminen und ihrer Verwendungskonzepten mit ein.

Ist es ein Erfolg, daß beispielsweise die belgische Kampagne ein Verbot von Anti-Personen-Minen durchgesetzt hat, wenn darin die Unterscheidung zwischen "humanen" und "nicht humanen" Minenarten reproduziert wird? Diesen Definitionen wurde in der Landminenkampagne nicht immer genug entgegengetreten. Oft boten sie scheinbar die Möglichkeit, die Ziele der Kampagne wenigstens zum Teil oder Schritt für Schritt durchzusetzen. Deutlich zeichnet sich jedoch ab, daß genau diese Strategie den verantwortlichen PolitikerInnen die Möglichkeit offeriert, nur gegen bestimmte Landminenarten einzutreten und diese Position als eine "humanitäre" auszugeben.

Für die Internationale Kampagne gegen Landminen ist es weiterhin wichtig, an der Forderung nach dem Verbot aller Landminen festzuhalten und sich von dem definitorischen Verwirrspiel um verschiedene Arten von Landminen nicht beirren zu lassen, wenn die dagegen zusammengeschlossene Nichtregierungsorganisationen nicht zu Modernisierungsberaterinnen werden wollen.

Regina Schleicher

(medico international)

Deutscher Trägerkreis der Internationalen Kampagne gegen Landminen (Hrsg.): "Das Bild der Welt als kontrollierter Explosivkörper", Ffm.: medico international, 1993.

Drei Generationen von Landminen

Minen der 1. Generation haben einen einfachen Druck- oder Zugzünder. Solche Minen werden in der Regel mit der Hand verlegt.

Minen der 2. Generation haben einen elektrischen, chemischen oder elektromagnetischen Zünder, der zur Auslösung nicht immer den Kontakt des zu bekämpfenden Opfers benötigte. Sie werden von Hand oder mit mechanischen Verlegemitteln verlegt.

Bei Minen der 3. Generation handelt es sich um Minen mit zielsuchenden Zündern (infrarot, akustisch oder seismisch) oder steuerbaren Zündern , die durch Signal scharf gemacht oder gesichert werden können.

Rundreise mit

medico international

Im Februar/März nächsten Jahres plant medico international eine Rundreise mit dem "Prothesenmenschen", eine bewegliche Figur in Menschengröße, die, begleitet von einer Videoinstallation, in öffentlichen Gebäuden, Kinofoyers etc. aufgestellt werden kann.

Genauere Informationen zu der Rundreise und zu dem Thema der Landminen bei medico international, Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt/Main, Tel. 069/944380 oder 9443826. Spendenkonto: 1800 Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 502 01).

# 16. "Nicht links, nicht rechts, sondern Franzose!" Beobachtungen auf einer Siegesfeier des Front National

Autor: B. Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:02

Unter dem Motto "Kommen Sie, den Sieg von Orange, Toulon und Marignagne zu feiern" - Städte, die seit den Kommunalwahlen vom 28.6.95 von rechtsextremen Bürgermeistern regiert werden - fand am Wochenende des 22./23. September im Park Pelouse de Reuilly im 12. Pariser Stadtbezirk das alljährliche "Fest Blau-Weiß-Rot", kurz "BBR" (Bleu-Blanc-Rouge), der Nationalen Front unter Le Pen statt. Rund 10.000 Personen drängten sich trotz eines Eintrittspreises von 70 Francs auf dem Festplatz. Die meisten waren gekommen, um ihr Idol Jean-Marie Le Pen zu hören und ihm die Hand zu schütteln. Der Führerkult um Le Pen ist nahezu allgegenwärtig. Neben Plakaten, Fotos, Büchern von, mit ihm, über ihn gibt es auch einen Comic "Das Leben von Le Pen - Mann aus dem Volk".

Auf dem Festplatz umgeben Stände lokaler Sektionen des Front National (FN) und dem FN angegliederter "Nationaler Zirkel" eine riesige Bühne und ein "Forum", wo Debatten mit den führenden Köpfen des FN stattfinden. Neben einem "Nationalen Zirkel der Vorruheständler und Rentner", dem "Nationalen Zirkel der Repatriierten" (aus den ehemaligen Kolonien), dem "Nationalen Zirkel der Kämpfer" (einer paramilitärischen Struktur unter dem ehemaligen Indochina-Kolonialkrieger Roger Holleindre) existieren auch ein "Nationaler Zirkel der Autofahrer" (eine Lobby der Bleifußfraktion), ein "Nationaler Zirkel der Bauern Frankreichs", ein "Nationaler Zirkel zum Schutz der Behinderten" (zu dessen Zielen zählt die "nationale Bevorzugung" in den Behinderteneinrichtungen) und eine "Liga für das Leben" (ein Zusammenschluß radikaler Abtreibungsgegner). Ferner gibt es eine "Kroatiensolidarität", eine katholisch-fundamentalistische Gruppe "Christentum - Solidarität" (sie liegt innerhalb der "Front" in Fehde mit den Neu-Heiden der "Neuen Rechten"), eine Gruppierung mit dem demagogischen Namen "Allgemeine Allianz gegen den Rassismus und für die Respektierung der französischen und christlichen Identität" (ihr zufolge ist "der einzige Rassismus, der bisher nicht bekämpft wird, der antifranzösische") sowie eine Institution "Französische Brüderlichkeit - Die Franzosen helfen den Franzosen". Bei letzterer handelt es sich um eine Art "NS-Winterhilfswerk", die das soziale Elend auf die Mühlen des FN lenken soll. Das versucht auch die "Front Anti-Arbeitslosigkeit", welche Arbeitsplätze an FN-Anhänger vermittelt, kostenlose juristische Beratung anbietet und Spenden der FN-Basis eintreibt.

Die wichtigste Nebenorganisation des Front National ist freilich die Jugendabteilung "Front National de la Jeunesse" (FNJ), angeblich die größte politische Jugendorganisation im Land. Ihr Chef ist der 28jährige Samuel Maréchal, ein glänzender Demagoge und Schwiegersohn von Jean-Marie Le Pen. Jüngst war er in eine Schlägerei mit Antifaschisten verwickelt, bei der mehrere Gymnasiasten verletzt wurden. Maréchal steht auf dem "BBR" im Mittelpunkt einer der zentralen Debatten über die Ausrichtung des Front National. Der FNJ hatte in den letzten Monaten eine Kampagne durchgeführt mit dem Slogan "Nicht rechts, nicht links, sondern Franzose!" Bei der diesjährigen Sommeruniversität des Front National in Toulon hatte Jean-Marie Le Pen persönlich den Slogan aufgegriffen, der im übrigen auch in der Abwandlung "Nicht links, nicht rechts, sondern vorwärts" an der großen Tribüne prangt, wo Le Pen zum Abschluß des "BBR" reden wird.

Dennoch hatte der Slogan zu Fragen und Unstimmigkeiten in der Partei geführt, hatte sich der FN doch in den 80er Jahren als "nationale Rechte" definiert und betont stets seinen radikalen Antikommunismus. (Auf einer "BBR"- Stellwand prangt Robert Hue, Chef der französischen KP seit 1993, neben einem grinsenden Totenschädel mit Russenmütze und rotem Stern.) Der "Generaldelegierte" und Chefideologe der Partei, Bruno Mégret, ist dafür bekannt, daß er einen Weg ähnlich dem der italienischen Neofaschisten hin zu einer Machtübernahme in einer Allianz mit konservativen Kräften der Rechten anstrebt.

In der FNJ-Zeitschrift "Agir" ("Handeln") definiert Maréchal den Front National so: "Wir sind nicht der rechte Flügel, wir sind nicht der linke Flügel, wir sind der Vogel." In der "BBR"-Debatte begründet der FNJ-Chef seine Position so: Heute, nach dem Zerfall der Sowjetunion, gehe es nicht mehr um "die freie Welt gegen den Kommunismus", sondern um den Kampf gegen den "Mondialismus" - ein von "monde" (Welt) abgeleiteter zentraler Begriff im FN-Vokabular, der für Kosmopolitismus, Internationalismus, Universalismus der Menschenrechte steht - und für Maastricht (als Etappe eines "mondialistischen" Projekts). Bei der knapp

ausgegangenen Abstimmung über den Maastricht-Vertrag hätten 1992 - erstmals jenseits bisheriger Links-Rechts-Grenzen - die Verteidiger des europäischen Einheitsstaates, des Universalismus jenen gegenübergestanden, "die nicht vergessen haben, daß wir Erben eines Territoriums sind, Erben einer Kultur, Erben eines Blutes".

Im übrigen zeige der Slogan, "daß wir außerhalb des Systems stehen, außerhalb der Parteien, daß wir Rebellen sind". Auf dieses Image legt besonders der FNJ Wert. An seinem "BBR"-Stand hängen Plakate mit der Aufschrift "Die rebellische Welle - die Welle Le Pen"; "Wir sind keine politische Partei wie die anderen, wir sind eine Bewegung, wir sind eine große Familie ...". In dieser Familie komme es nicht darauf an, "ob einer aus einem linken oder aus einen rechten, Arbeiter- oder Bourgeois-, Kollaborateurs- oder Résistance-Elternhaus kommt: bei uns findet sich das ganze Volk, die ganze nationale Gemeinschaft". Gleichzeitig zeigt Maréchal, was er unter "rebellisch" versteht, indem er Präsident Chirac in der Frage der Atomwaffentests seine Unterstützung erklärt.

Die vom FNJ umworbene junge Generation ist, wenn auch in der Minderheit, doch deutlich auf dem "BBR" vertreten; darunter unauffällig aussehende Pärchen, aber vor allem - die Mehrheit der jungen Teilnehmer - solche mit extrem kurzen Haaren oder kahlgeschorenem Schädel, auch Skinheads mit "Oi"-Aufnähern und Kampfhunden. Am FNJ-Stand, dem größten auf dem Festplatz, können sie sich mit Literatur eindecken wie "Panzer des Todes" oder "Frontkameraden" von dem deutschen Autor Sven Hassel, "Sterben in Berlin - Franzosen, die letzten Verteidiger des Bunkers von Adolf Hitler", mit Bildbänden über die Waffen-SS und Büchern über "Adolf Hitler - Ideologe" und "Adolf Hitler - Kriegsherr". Aber auch Che Guevaras "Erinnerungen an den Volkskrieg" liegen aus - neben Missirolis "Was Italien Mussolini verdankt". Sieht so das rebellische "nicht links, nicht rechts" aus? Ferner findet man im Angebot Tassen und T-Shirts mit Wikingern, Wölfen und Keltenkreuzen und Bücher über nordische Mythologie.

Am Sonntagmorgen wird auf der großen Bühne die katholische Messe zelebriert. Der Priester spricht in seiner Predigt von nichts anderem als vom Krieg. "Das Römische Reich ging zugrunde, weil es dekadent wurde, weil es seine militärischen Werte aufweichen ließ", verkündet er; das Volk müsse, wie unter der Jungfrau Johanna von Orléans (der Nationalheiligen der Rechtsextremen), "den von Gott gewählten Führern folgen". Im Jahr 1830 - mit der Kolonisierung Algeriens - habe Frankreich am Südufer des Mittelmeers das Kreuz eingepflanzt und damit - nach "zehn Jahrhunderten der Piraterie" - Frieden und Wohlstand gebracht. 1961, mit der Unabhängigkeit Algeriens, "kehrte die Nacht der Barbarei wieder ein" - eine Schmach, die das hier versammelte Parteivolk nicht vergessen kann, wie zahlreiche Bücher, Broschüren, Comics über das "französische Algerien" und die im Felde unbesiegte, doch von feigen Politikern verratene Armee im Kolonialkrieg beweisen. "Der Krieg", so der Priester, "wird nicht gemacht, er ist da" - in Gottes natürlicher Ordnung: "Scharen wir uns um die Armee!" Klerus und Militär - sehen so die Rebellen aus, für die es kein Links und Rechts mehr gibt?!

Gleichzeitig gehen die politischen Debatten im "Forum" weiter: Bruno Mégret, Generaldelegierter des Front National und bekannt als Verfechter einer Annäherung an bürgerlich-konservative Kräfte, wird gefragt, ob er "ein schrecklicher Demokrat" sei. Lächelnd antwortet er: "Soviel ist daran wahr, daß ich zu Wahlen antrete. Ich tue dies im Rahmen der Strategie des Front National, die Macht im Rahmen der bestehenden Institutionen zu übernehmen." Zur Frage möglicher Allianzen sagt er: "Wenn, wie einige dies wünschen, wir mit einer Strategie ‚Allein gegen alle` die Macht erobern können - gut. Wenn wir über Bündnisse, Wahlabsprachen die Macht erobern können - auch gut, wenn uns dies erlaubt, stark genug zu sein, unser Programm durchzusetzen." Ansonsten spricht er vor allem über die "50 Maßnahmen zur Rückführung der Ausländer", deren Autor er ist.

Über die "Abschiebung der Illegalen und Rückführung der Ausländer" spricht auch Marie-France Stirbois, langjährige Abgeordnete des FN. Als Vorbild nennt sie dabei die "Rückführung von 100.000 Vietnamesen durch Deutschland, das Vietnam damit drohte, ihm sonst keine Entwicklungshilfe mehr zu geben". Deutschland übt überhaupt einen bedeutenden geistigen Einfluß auf dieses Parteivolk aus. So werden an den Büchertischen - neben Büchern über Salazar, Franco, Mussolini oder die Vichy-Regierung unter Marschall Pétain - die Werke der deutschen Vordenker der "Konservativen Revolution" in französischer Übersetzung angeboten: Oswald Spengler, natürlich Ernst Jünger, Armin Mohler mit seinem apologetischen Werk "Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932", Carl Schmitt; außerdem Friedrich Nietzsche und der Italiener Julius Evola ("Revolte gegen die Moderne", "Der Faschismus von rechts gesehen").

Zum Abschluß des "BBR" wird der FN-Chef Jean-Marie Le Pen seine Anhänger über eine Stunde lang aufpeitschen: gegen die Linke, genauso gegen jene bürgerliche Rechte, die "zweifellos unter dem Einfluß der in ihren Reihen allgegenwärtigen Freimaurerei, sich dem Europäismus, Mondialismus und Kosmopolitismus verschrieben hat". Der "Front"-Führer kündigt eine nähere Zukunft an, die leider nicht völlig unrealistisch scheint: Wenn die Untersuchungen ergeben, daß der FN nichts mit der "Affäre Carpentras" zu tun hat, dann wird die rechtsextreme Partei eine Entschuldigung von Staats wegen einfordern; dann werde dies endgültig zu einer "Entdiabolisierung" des FN - so der ehemalige Parteisekretär Carl Lang - führen. Die Affäre um die Schändung des jüdischen Friedhofs von Carpentras 1990, zunächst aufgehetzten Anhängern der Rechtsextremen zugeschrieben, war zum Anlaß einer landesweiten Mobilisierung gegen die extreme Rechte geworden, die den FN empfindlich zurückwarf. Der heutige Stand der polizeilichen Ermittlungen deutet jedoch darauf hin, daß die Schändung in diesem konkreten Fall möglicherweise nicht auf einen rechtsextremen Hintergrund zurückgeht, sondern von Anhängern eines obskuren Satanskults oder von Drogenabhängigen aus den ‚besseren Kreisen` des Städtchens Carpentras begangen wurde. Bleibt der FN in diesem konkreten Fall moralischer Punktsieger, so wird dies möglicherweise zu einem Dammbruch der "Normalisierung" führen. Le Pen kündigte in seiner "BBR"-Rede für den 11. November bereits eine FN-Demonstration in Carpentras an.

Die linke satirische Wochenzeitung "Charlie Hebdo" sammelt übrigens Unterschriften für Verbot und Auflösung des Front National. Bis Anfang November sind 75.108 Unterschriften zusammengekommen.

Bernhard Schmid, Paris

# 17. Nazifilme im Hamburger City-Kino. Freundeskreis Filmkunst wieder aktiv

Autor: Hochschul-Antifa, Hamburg · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:08

Jeden ersten Sonntag im Monat trifft sich im City-Filmtheater im Hamburger Stadtteil St. Georg eine Schar ganz besonderer Cineasten: alte Nazis, militante Stiefelfaschisten und AuschwitzleugnerInnen. Seit langer Zeit macht der 1962 gegründete "Feundeskreis Filmkunst e.V. (FFK)" geschlossene Veranstaltungen in angemieteten Kinoräumen, um alte Nazifilme, die zum Teil auf dem Index stehen, vorzuführen.

Nazis mit Vergangenheit

Der FFK und seine Mitglieder haben eine lange neofaschistische Vergangenheit. Als 1961 der "Bund Nationaler Studenten" (BNS), einer der größten neofaschistischen Studentenorganisationen in der Geschichte der BRD, schrittweise verboten wurde, "bemühten die BNS-Gruppen sich, unter Tarnung eines Freundeskreises Filmkunst weiter tätig zu bleiben." (1). Der ehemalige Kassenprüfer des FFK Winfried Stannieder zeichnete verantwortlich für BNS-Flugblätter (2) und das langjährige Mitglied Heinz-Dieter Hansen, heute Kandidat der REPs, hatte ebenfalls Kontakte zum BNS. Gertrud Herr, ehemalige Kassenprüferin des FFK, rühmt sich in ihrer Biographie einer noch älteren faschistischen Vergangenheit. Sie brachte ihr Lebensbekenntnis 1986 unter dem Titel "Inhaltsreiche Jahre. Aus dem Leben einer BdM-Führerin 1930-1945" heraus (3). Über Bekannte aus der gleichen Zeit verfügt auch das FFK-Gründungsmitglied Klaus-Christoph Marloh. Er reiste 1994 mit einer Gruppe ehemaliger Soldaten aus drei Divisionen der Waffen-SS nach Moskau und war Wortführer einer Audienz bei Wladimir Schirinowski (4).

Das der FFK ebenbürtiger Nachfolger einer verbotenen Nazi-Organisation ist, geht aus der völkisch-nationalistischen Satzung eindeutig hervor. Laut neuer Satzung von 1988 fördert der Verein "die Volksgemeinschaft (...) die Leistungsfähigkeit (...) und die Volksgesundheit (...). Der mildtätige Zweck ist die Unterstützung von Deutschen (...) insbesondere von notleidenden Deutschen in fremdverwalteten Gebieten und im Ausland (...) (5)." Als Erbin des um die Volksgesundheit besorgten Freundeskreises ist in der Satzung die rassistische "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" (GbAEV), vormals "Deutsche Gesellschaft für Erbgesundheitspflege" von Jürgen Rieger vorgesehen.

Seine Geschäftsräume hat der Nazifilmclub in der Forsmannstr. 10 im Hamburger Stadtteil Winterhude. Unter gleicher Adresse residiert auch die "Deutsch-Europäische Studiengesellschaft" (DESG), die im Hamburger Verfassungsschutzbericht 1993 als "Gruppe der ‚Neuen Rechten`, die das Forum ... für theoretische Erörterungen gesellschaftlicher Zukunftsperspektiven aus rechtsextremistischer Sicht stellt." Nicht verwunderlich, da die FFK-Mitglieder Steinhoff, Hansen und Marloh Gesellschafter der DESG sind bzw. waren (6). Obwohl die Satzung und die Vergangenheit des FFK eindeutig sind und obwohl der Hamburger Verfassungsschutz schon 1972 Einblick in Akten der Organisation hatte (7), konnten die Nazis lange Zeit unbehelligt und gemeinnützig anerkannt arbeiten.

Filme aus dem III. Reich

Erst 1980 - als teilweise über 400 Menschen gegen Aufführungen in Hamburg sowie in Kiel protestierten - wurde das Treiben des FKK durch AntifaschistInnen öffentlich gemacht. Der Vertrag des Hamburger Passage-Kinos für die mit bis zu 300 Nazis besuchten Filmveranstaltungen wurde gekündigt und dem Verein die Gemeinnützigkeit rückwirkend ab 1978 aberkannt. Ein Gericht stellte 1980 fest, daß die "Filmvorführungen fast ausnahmslos mit Filmen, die während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gedreht worden sind", bestritten wurden (8). Daran hat sich bis heute nichts geändert. Zwar ist es nicht mehr der Film "U-Boote westwärts", der die staatlichen Organe 1979 bewog, gegen den FFK zu ermitteln, doch auch Filmtitel wie "Das deutsche Danzig", "Waffen für 16.000 Mann", "Patrioten - Erlebnisse eines deutschen Fliegers im 1. Weltkrieg" oder "Alltag auf einem germanischen Gehöft" sprechen für sich. Die gezeigten Filme verherrlichen den NS-Staat und das Führerprinzip, propagieren die "rassenreine" Volksgemeinschaft und glorifizieren Militarismus und Krieg. So schildert der vom FFK 1995 gezeigte, maßlos kriegsverherrlichende Film "Unternehmen Michael" laut Toeplitz "Geschichte des Films" einen Offizier, den "Führer einer Gruppe, die aus verschiedenartigen Individualitäten besteht, die jedoch angesichts der Gefahr zu einer geschlossenen,

rassisch reinen Einheit wird ..." (9). Außer vom "Deutschen Institut für Filmkunde" und der "Friedrich-Murnau-Stiftung", beides renomierte Institutionen aus Wiesbaden (10), bezieht der FFK seine Filme von einer "Hansa-Film GmbH" (11). Inhaber dieser auf Nazifilme spezialisierten Firma ist Klaus Dieter Puls (12) - ein Aktivist der illegalen NSDAP/AO. Er wurde 1979 im sogenannten Bückeburger Neonazi-Prozeß zu neun Jahren Haft verurteilt, weil er in Bergen-Hohne an einem Überfall auf holländische NATO-Soldaten zwecks Waffenbeschaffung beteiligt war.

Wehrsportübungen

Der FFK ist aber auch unmittelbar in militante Neonazikreise eingebunden. Eckart Dems, der 1987 als Mitglied des Freundeskreises angegeben wird, leitete z.B. als "Hauptmann" 1981 eine Wehrsportgruppe Dems, bei der Schußwaffen, Munition, Gasrevolver und Schlagstöcke beschlagnahmt wurden, mit denen die Kameraden auf dem Truppenübungsplatz Höltigbaum übten (13). Wesentlich bedeutender ist jedoch die logistische und finanzielle Unterstützung für militante Jungfaschisten, wie z.B. die inzwischen verbotene Wiking-Jugend, durch den Erwerb des Geländes in Hetendorf und den Ausbau zum bundesweit bekannten Nazizentrum. Das Gelände mit vier Gebäuden, das ca. 300 Personen Platz bietet, wurde 1979 von den Filmfreunden erworben und war bis 1990 zu zwei Dritteln in ihrem Besitz und zu einem weiteren Drittel im Besitz der GbAEV. Seitdem wurde viel Geld und Arbeit, koordinert vom Vorstandsmitglied und Bauleiter Adolf Fröhlich, in das Nazizentrum gesteckt.

... und AuschwitzleugerInnen

Zuletzt soll auch die kleine neofaschistische Kulturzeitschrift "Die Warte" der braunen Kinofreunde nicht unerwähnt bleiben. Neben den Filmankündigungen, Tagungs- und Ausflugsberichten, findet sich dort vieles, was das kulturelle Herz eines Nazis höherschlagen läßt. Abbildungen von Skulpturen Arno Brekers, Gedichte der völkischen Dichter Agnes Migel und Heinrich Anacker, Informationen über Ernst Jünger oder Berichte über den "Heldengedenktag", nebst selbstverfaßter Gedichte in grauslichem Stil. Die Warte unterhält ferner einen Buchdienst mit einschlägigen Titeln: "Ausländer stopp" von Günter Deckert, "Deutsches Land in fremder Hand" von Rolf Kosiek, "Reise in ein besetztes Land" von Dietmar Munier, oder "Der ewige Deutschenhaß" von Gustav Sichelschmidt. Gegen angeblichen Deutschenhaß und "Erpressung des deutschen Volkes mit dem ‚Holocaust'" protestierten auch mehrere Mitglieder des FFK. In einer Anzeige von ausgewiesenen AuschwitzleugnerInnen forderten Marloh, Lisa Machts und Ingrid Sauerwein, "daß Darstellungen über Judenmorde aus Schulbüchern und Medien verschwinden (...) daß die Flut von Scheinasylanten (...) gestoppt wird und die Millionen unrechtmäßig hier schmarotzenden sofort ausgewiesen werden" sollen (14).

... gehören auf den Müll der Geschichte!

Die Demonstration gegen das Nazizentrum in Hetendorf dieses Jahr war ein voller Erfolg. Jetzt sollten AntifaschistInnen auch gegen die Hintermänner und -frauen vorgehen, die in Hamburg nicht nur ihre Wochenenden mit doitschen Filmvorführungen verbringen, sondern durch ihre finanziellen Mittel auch zur Aufrechterhaltung verschiedener neofaschistischer Vereinigungen beitragen. Vor 15 Jahren gelang es schon einmal die Nazifilmfreunde an das Licht der Öffentlichkeit zu zerren. Eine neue Lektion ist fällig! Wir fordern:

- sofortige Kündigung der Räume für den Freundeskreis Filmkunst!

- Keine Öffentlichkeit für faschistische Kultur!

- Verbot und Zerschlagung aller faschistischen Organisationen!"

Hochschul-Antifa, Hamburg

Quellenhinweise:

1) M. Jenke, Die nationale Rechte, 1967.

2) MoPo 21.6.1959.

3) zit. nach Birgit Jürgens, Zur Geschichte des BdM, Europäische Hochschulschriften.

4) Huttenbriefe 11/12 1994, zit. nach Franziska Hundseder, Rechte machen Kasse, Mai 1995.

5) Satzung des FFK vom 17.5.1988. Amtsgericht HH, Vereinsgericht VR 6545.

6) siehe auch Antifaschistische Informationen, Rechte Organisationen in Hamburg, Bündnis "Keinen Fußbreit den Faschisten".

7) Schreiben des VS Hamburg an das Amtsgericht HH, 25.2.1972.

8) zit. nach Arbeiterkampf 189, 17.11.1980.

9) Jerzy Toplitz, Geschichte des Films, Band 3, Berlin 1979.

10) Bürgerschaftsdrucksache 9/773 Hamburg.

11) Kurt Hirsch, Rechts von der Union, 1989.

12) Handelsregister Hamburg HRA 81643.

13) TAT 20.2.1981 und Hamburger Rundschau vom 15.1.1981.

14) Anzeige aus dem Münchner Anzeiger, "Wir verlangen unsere Wahrheit und unser Recht", verantwortlich Günter Demolsky, Freundeskreis "Freiheit für Deutschland".

Nachdem für den 5.11. zu einer antifaschistischen Kundgebung vor dem City-Kino aufgerufen wurde, sagten sowohl der "Freundeskreis Filmkunst" (FFK) als auch das City-Kino die Veranstaltung schon eine Woche vorher ab. Um sich selber davon zu überzeugen, wurde die Kundgebung von circa 70 AntifaschistInnen trotzdem durchgeführt.

Die Veröffentlichung über Nazi-Film-Vorführungen des FFK sorgten für einige Aufregung. Ufa-Pressesprecher Fricke versuchte Schadensbegrenzung: es sei vor langer Zeit mal ein Film gezeigt worden ... Nach Recherchen der taz muß aber davon ausgegangen werden, daß zwischen der Ufa und dem FFK ein richtiger Vertrag existiert oder existiert hat. Damit soll jetzt aber endgültig Schluß sein. Dem FFK sollen laut Fricke keine Ufa-Kinos mehr zur Verfügung gestellt werden.

Die "Friedrich-Murnau-Stiftung" zeigte sich entsetzt, nachdem sie informiert worden war, wer ihre Filme ausgeliehen hatte und in welchem Rahmen sie vorgeführt worden sind. Die Stiftung archiviert und verleiht Filme. Die Nazi-Filme werden nur mit Auflagen, zu Unterrichts- oder Forschungszwecken ausgeliehen. Die "Friedrich-Murnau-Stiftung" erklärte, daß sie dem FFK keine Filme mehr ausleihen werde.

ga.

# 18. Kaschmir: indisch, pakistanisch, autonom? Politische und sozioökonomische Hintergründe des Kaschmirkonflikts

*Politische und sozio-ökonomische Hintergründe des Kaschmirkonflikts*

Autor: S. Kassid, M. Menzel · Rubrik: Indien · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:23

Die Entführung fünf westlicher Touristen durch die Gruppe "Al Faran" und die Ermordung des Norwegers Hans-Christian Ostro hat das Krisengebiet Kaschmir im Norden Indiens erneut in die Schlagzeilen der Weltpresse gebracht. Im Zentrum der Berichterstattung steht dabei nicht nur die Geiselnahme und das Verhalten der indischen Regierung, sondern auch das zunehmende Erstarken von islamisch-fundamentalischen Gruppen. Wenig wird auf die politischen und sozio-ökonomischen Ursachen des Konflikts eingegangen. Die Vorgänge in Kaschmir nur mit religiösen Gründen erklären zu wollen, reicht nicht aus. Wirtschaftliche und politische Entwicklungen haben erheblich zu einer Radikalisierung im Land beigetragen, auf die im folgenden näher eingegangen wird. Dieser Beitrag will unabhängig von der Entführung vor allem auf die Lage der moslemischen Kaschmiris aufmerksam machen; er setzt sich nicht mit den Umständen der Entführung auseinander.

Der Kaschmirkonflikt ist nicht neu. Er besteht seit der indischen Unabhängigkeit 1947 und ist eng verbunden mit der damaligen Teilung in das säkulare Indien und den islamischen Staat Pakistan. Seither sind die Beziehungen beider Länder angespannt. Einer der Streitpunkte ist das gesamte Kaschmirgebiet, das beide Staaten für sich beanspruchen und um das sie bereits drei Kriege führten. Eine Waffenstillstandslinie spaltet Kaschmir seit 1947 in einen indischen und einen pakistanischen Teil. Seit 1990 herrscht im indischen Teil der Ausnahmezustand.

Moslems und Hindus

Im indischen Gebietsteil, dem Doppelstaat Jammu und Kaschmir (folgend als Kaschmir bezeichnet), leben 7,3 Mio. Menschen, die zu 66% moslemischen Glaubens sind. Damit ist Kaschmir das einzige indische Bundesland mit einer moslemischen Bevölkerungsmehrheit, während Gesamtindien durchschnittlich zu 80% hinduistisch ist. Kaschmir besteht aus drei heterogenen Bezirken. Da ist zunächst das Kaschmirtal mit der Landeshauptstadt Srinagar. Es bildet das Kerngebiet des derzeitigen Separationskampfes der Moslem-Kaschmiris. Hier leben 4,2 Mio. Menschen, die zu 97% dem Islam angehören. Der zweite Teil besteht aus dem Jammu-Distrikt, der mit seiner deutlich hinduistischen Mehrheit die Politik Delhis unterstützt. Den dritten Gebietsteil bildet der Ladakh-Bezirk, der zur Hälfte von tibetischstämmigen Buddhisten und schiitischen Moslems bewohnt wird.

Das pakistanische Kaschmirgebiet umfaßt die Northern Areas und Azad Kaschmir (Azad = frei). Im Falle von Azad Kaschmir hat Pakistan bewußt auf eine Integration verzichtet und dieses Gebiet formal als teilautonomen Staat eingestuft. Der Teil Kaschmirs, der 1947 unter pakistanische Verwaltung kam, war ein spärlich besiedeltes Drittel, während Indien das fruchtbarere, stärker bevölkerte Land erhielt.

Armut, Analphabetismus, Stagnation

Kaschmir gehört zu den ärmsten Regionen Indiens. Seit Anfang des Jahrhunderts hat sich die wirtschaftliche Struktur nur wenig geändert. Zwar hat die indische Zentralregierung nach der Unabhängigkeit mehr als 400 Milliarden Rupien (ca. 40 Milliarden DM) in Kaschmir investiert, aber 1981 lebte noch über ein Drittel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, die meisten von ihnen im moslemisch geprägten Gebietsteil. Die Landwirtschaft ist im gesamten Bundesland vorherrschend. 1971 waren noch 70% der Bevölkerung im Agrarsektor tätig. Die Quote hat sich kaum verringert. Künstliche Bewässerung ist - wie fast überall in Indien - notwendig, sie ist aber in Kaschmir durch die Gebirgslage erschwert. Dennoch ist es dem Land mit Hilfe indischer Bundesmittel gelungen, eine im indischen Vergleich sogar überdurchschnittliche Anbaufläche zu bewässern. Neben Obst und Gemüse werden verschiedene Getreidesorten, Baumwolle, Safran und Walnüsse angebaut. Trotzdem kann sich Kaschmir nicht selbst versorgen und erhält den größten Anteil der indischen Nahrungsmittelsubventionen. Mit dem Aufbau einer Agro- und Baumwollindustrie wurde begonnen, jedoch

behindert die kaum vorhandene Infrastruktur eine Ausweitung. Daneben fehlt es an Vorprodukten für die Weiterverarbeitung, an Obst. Zucker und Dosenbleche z.B. müssen zu hohen Preisen importiert werden. Weitere wirtschaftliche Zweige im Kaschmirtal waren bis Anfang der 90er Jahre der Tourismus und der Export von Handwerkskunst. Teppiche und Kaschmirwolle gehörten zu den traditionellen Ausfuhrprodukten. Kaschmir war immer ein bevorzugtes Urlaubsziel der indischen Mittelschicht und zog auch zahlreiche ausländische Touristen ins Land, vor allem in das landschaftlich eindrucksvolle Kaschmirtal mit seinen Hausbooten auf dem Dal Lake. Neben dem Agrarbereich ist der öffentliche Sektor der größte Arbeitgeber. Industrie gibt es kaum. Die wirtschaftlichen Aktivitäten sind seit Ausbruch der Unruhen 1990 völlig zusammengebrochen und haben zu einem drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt.

Kaschmir hat die höchste Analphabetenrate der indischen Union. Trotz sinkender Tendenz lag sie 1981 mit knapp 74% erheblich über dem indischen Durchschnittswert, der 64% betrug. Ein Zensus wurde 1991 in Kaschmir nicht durchgeführt, daher liegen keine aktuellen Daten vor. Es wurden neue Schulen gebaut, u.a. durch arabische Spenden finanziert, jedoch finden die Schulabgänger nach dem Abschluß kaum Arbeit. Der Ausbau des öffentlichen Sektors im Kaschmirtal, vor allem im Schul- und Gesundheitswesen, schuf zwar neue Arbeitsplätze. Diese sind aber vorwiegend von Hindus besetzt, ebenso wie die wenigen Spitzenpositionen in der kaschmirischen Wirtschaft. Die Region Kaschmirtal ist im Vergleich zum hinduistisch geprägten Jammu-Bezirk wirtschaftlich weniger entwickelt und urbanisiert.

Der außenpolitische Aspekt

Im Zuge der indischen Unabhängigkeit und der Teilung des Subkontinentes in zwei souveräne Staaten wurde 1947 das Konzept der Volksabstimmung mit einbezogen. Danach sollten alle Gebiete mit einer eindeutigen Religionsmehrheit selbst über einen Anschluß an Indien oder Pakistan entscheiden. Einige Länder im Norden Indiens wie z.B. Bengalen und Punjab teilten sich nach dem Willen der Bevölkerung und schlossen sich jeweils beiden Ländern an. In Kaschmir, als überwiegend moslemischem Gebiet, war ein Plebiszit ebenso geplant, das jedoch nie durchgeführt wurde. Aus Angst vor einem pakistanischen Einmarsch führte der hinduistische Maharadscha Kaschmirs 1947 den Anschluß an die indische Union ohne Volksentscheid durch. Indien verlangte den Beitritt als Gegenleistung für militärischen Schutz, bestand aber gleichzeitig auch auf einem nachträglichen Referendum. Pakistan erkannte den Anschluß nicht an und verlangte weiterhin das Plebiszit. Es kam 1947 zum ersten Krieg zwischen beiden Staaten und zur Teilung Kaschmirs. 1948 brachte Indien den Kaschmirkonflikt vor den Sicherheitsrat der UNO, der die Volksabstimmung ebenfalls favorisierte und militärische Beobachter ins Grenzgebiet schickte, die bis heute dort stehen.

Bis heute steht eine endgültige Lösung der Kaschmirfrage aus. Pakistan betont nachdrücklich das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung, dem Indiens Premierminister Nehru 1947 zunächst zugestimmt hatte, es aber später vom Rückzug der pakistanischen Streitkräfte abhängig machte. Indien wirft Pakistan dagegen vor, Freischärlertruppen nach Kaschmir zu schicken und die politische Stabilität zu unterminieren. Die seither unter UNO-Beobachtung stehende Waffenstillstandslinie wurde von beiden Staaten mehr oder weniger respektiert, ist aber bis heute ein Streitpunkt geblieben. Nach dem dritten Krieg zwischen Indien und Pakistan wurde im Simla-Abkommen von 1972 eine bilaterale Beilegung des Kaschmirkonflikts angestrebt. Seit Anfang 1990 ist die Interpretation des Vertrages zwischen beiden Ländern umstritten. Während Indien das Problem bilateral mit Pakistan lösen will, räumt Pakistan einer internationalen Regelung ebenso eine Möglichkeit ein.

Die innenpolitische Entwicklung

Auch unter moslemischer Führung hatte die kaschmirische Landesregierung jahrzehntelang einen Anschluß an Pakistan aufgrund der dortigen Militärdiktatur abgelehnt und mit der indischen Kongreßpartei unter Indira Gandhi kooperiert. Den Forderungen nach Autonomie war die indische Zentralregierung 1975 entgegengekommen, indem sie Kaschmir als einzigem Bundesstaat eine Landesverfassung und bis auf die Bereiche Verteidigung, Währung und Außenpolitik weitgehende Unabhängigkeit zugestand (Art. 370).

1983 änderte sich die Lage, als die Kongreßpartei bei den kaschmirischen Landtagswahlen nur noch im hinduistischen Jammu-Distrikt eine politische Kraft darstellte. Im Kaschmirtal gewann die moslemische Nationale Konferenzpartei, die einen anderen politischen Kurs einschlug. Die neue Landesregierung sympathisierte erstmals mit religiösen Führern in Kaschmir, die eine Loslösung aus dem indischen Staatenbund und einen Anschluß an Pakistan forderten. Ein Jahr später nahm die indische Zentralregierung

das Bundesland unter ihre Direktverwaltung und entmachtete die Landesregierung ("President Rule"). Das Mittel "President Rule" ist die verfassungsmäßig garantierte Exekutivmaßnahme Indiens, Landtage und gewählte Landesregierungen aufzulösen, um politische Stabilität wiederherzustellen. Unter der Politik Rajiv Gandhis fanden 1987 wieder freie Landtagswahlen in Kaschmir statt, und die Kongreßpartei siegte dieses Mal mit Hilfe der Nationalen Konferenzpartei über die Partei Vereinte Moslemfront (MUF). Die MUF warf der Landesregierung daraufhin massive Wahlfälschungen vor. Es kam zu Ausschreitungen und einer zunehmenden Radikalisierung der MUF. Die schlechte Wirtschaftslage, Korruption und eine ineffiziente Verwaltung trugen dazu bei, daß immer größere Teile der kaschmirischen Moslems zu Protesthaltungen mobilisiert werden konnten und sich an Steuerboykotten und Aktionen gegen die indische Regierung beteiligten. Die Forderungen nach Unabhängigkeit und Sezession fanden immer stärkere Zustimmung.

Die innenpolitische Lage spitzte sich 1990 zu, als die indische Zentralregierung erneut den Autonomiestatus Kaschmirs aussetzte und das Bundesland unter ihre Direktverwaltung stellte. Dieser Schritt wurde mit dem raschen Zerfall der dortigen öffentlichen Ordnung begründet. Indien schickte Truppen in die Nordregion. Mittlerweile ist ein Großteil der indischen Armee im Kaschmirtal stationiert. Das unverhältnismäßig harte Durchgreifen des Militärs in Verbindung mit schweren Menschenrechtsverletzungen verschärfte die anti-indische Stimmung unter den Moslems. Nicht zuletzt auch die gefürchteten "Crackdowns" führten dazu, daß die Kaschmiris Indien inzwischen als aggressive Besatzermacht empfinden. Die Crackdowns sind Razzien, die der Armee und den paramilitärischen Truppen auf der Suche nach Militanten und Sympathisanten Pakistans dazu dienen, ganze Wohngebiete plötzlich abzusperren, um alle Bewohner aus den Häusern zu holen und an vermummten Denunzianten vorbeizuführen. Diese Razzien verschonen auch die Krankenhäuser nicht. In den letzten Jahren haben sich bereits ca. 170 militante, fundamentalistische Gruppen gebildet, deren Forderungen von gewaltsamem Widerstand über Plebiszit, Sezession bis hin zum Anschluß an Pakistan reichen. Delhi hat im Februar 1995 die Direktverwaltung erneut verlängert.

Wie geht es jetzt weiter?

Kaschmir symbolisiert mit seiner Moslemmehrheit das Funktionieren der in der indischen Verfassung verankerten säkularen Idee. Mit seinen 120 Mio. Muslimen hat Indien nach Indonesien und Bangladesch die drittgrößte Moslembevölkerung der Erde. Ihre Integration dient der Regierung in Delhi als Beweis für die gewachsene Demokratie in dem hinduistisch geprägten Staatenbund. Doch wie sieht diese Integration in der Realität aus? Die wirtschaftliche und soziale Situation der Moslems ist in Kaschmir, wie überhaupt in Gesamtindien, schlechter als die der hinduistischen Bevölkerung mit Ausnahme der Kastenlosen. Die verfassungsmäßig garantierte Gleichberechtigung ist bis heute praktisch nicht umgesetzt worden. Ein Vergleich mit dem indischen Durchschnitt zeigt, daß nicht nur der Bildungsstand, sondern auch das Pro-Kopf-Einkommen, der Nahrungsmittelkonsum und der Landbesitz der muslimischen Bevölkerung geringer sind. Ihre gesundheitliche Versorgung ist schlechter, ebenso ihre beruflichen Aussichten und die Chancen, überhaupt Arbeit zu finden. In den wichtigsten Institutionen des Landes, in den Universitäten, der Verwaltung, im Militär, in der Wirtschaft oder in der politischen Führung sind Muslime unterproportional vorhanden. Im höheren Staatsdienst sind sie z.B. nur zu 1% vertreten.

Die seit Anfang der 80er Jahre stagnierende Wirtschaft Indiens führte insgesamt zu einer zunehmenden sozialen Polarisierung und zur Einkommenskonzentration. Die ärmeren indischen Bundesstaaten hatten im Verhältnis mehr darunter zu leiden als die wirtschaftlich stärkeren. Die moslemischen Kaschmiris erleben eine weitere Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage. Was ist geeigneter für politische Führungsschichten oder Fundamentalisten, als zu diesem Zeitpunkt die ethnische Karte zu ziehen und das soziale Problem in ein ethnisches umzuwandeln und religiöse Gefühle anzuheizen? Für die Menschen im Kaschmirtal scheint es so, als ob sie nichts mehr zu verlieren hätten. Nach fünfzehn Jahren Stagnation sind die Möglichkeiten der indischen Regierung zum Ressourcentransfer einerseits begrenzt. Andererseits ist die Stationierung indischen Militärs eine kostspielige Angelegenheit - rund 40% des indischen Staatshaushaltes werden für diesen Zweck ausgegeben -, die zudem wegen der politischen Eingriffe den Abspaltungsforderungen immer neue Nahrung gibt. Der Gedanke, schlechter behandelt zu werden als die Menschen in den übrigen Bundesstaaten, schürt den Regionalismus weiter.

Ein Anschluß an Pakistan würde für die moslemischen Kaschmiris die Integration in eine islamische Gesellschaft bedeuten. Ob damit eine Verbesserung ihrer sozio-ökonomischen Situation verbunden wäre,

bliebe fraglich. Letztendlich müßte auch Pakistan erhebliche Investitionen in Kaschmir leisten, um die ökonomische und soziale Integration der Kaschmiris sicherzustellen.

Würde Kaschmir tatsächlich einen souveränen autonomen Status durchsetzen können, stellt sich die Frage, ob sich das Land überhaupt selbst versorgen könnte. Es ist jedoch auf absehbare Zeit unwahrscheinlich, daß angesichts der beiden Armeen, der Interessen Indiens und Pakistans, des Vertrages von Simla und der internationalen Beobachtung die Autonomie realisiert werden könnte.

Der indischen Regierung bleibt, sofern sie den Krisenherd Kaschmir eindämmen und nicht verlieren will, nichts anderes übrig, als die Kaschmiris davon zu überzeugen, daß ihr Verbleiben im indischen Staatenverbund von Vorteil für sie ist. Dazu würde gehören, die Ausschreitungen der indischen Armee zu unterbinden und dafür zu sorgen, daß der Großteil des Militärs aus Kaschmir abzieht. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes könnte die innenpolitische Stabilität wiederherstellen. Gleichzeitig wäre es notwendig, die wirtschaftliche Situation der Kaschmiris zu verbessern. Auch wenn der verfeindete Nachbar Pakistan ein Grund für Indien sein mag, Kaschmir industriell nicht aufzubauen, kann es auf eine ökonomische Weiterentwicklung dort nicht verzichten. Die von der indischen Regierung in Aussicht gestellte Wahl in Kaschmir Ende des Jahres könnte der Beginn für eine Versöhnungspolitik sein.

Samia Kassid/Marianne Menzel

Samia Kassid ist Dipl.-Volkswirtin und Marianne Menzel Dipl.-Sozialwirtin. Beide leben in Hamburg. Der Beitrag erschien in der SoFo Nr. 43.

# 19. Giulio Andreotti, die Cosa Nostra und andere Ehrenmänner

*Aus dem Lexikon der Schurken:*

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:01

Über das Verhältnis von Politik und Kriminalität lassen sich höchst unterschiedliche Urteile fällen. Kommen Politiker mit dem Gesetz in Konflikt, spricht der staatstreue Bürger von "schwarzen Schafen", die es - leider - überall gebe. Populisten verschiedener Couleur werten den Einzelfall dagegen als Beleg, daß "die ganze Bande" verkommen sei und eingesperrt gehöre. Der Fall Andreotti taugt für keines der beiden Pauschalurteile als Beleg. Er weist aber allem Anschein nach darauf hin, daß es zwischen politischen und kriminellen Machteliten Bündnisse gibt, die weniger auf der Schlechtigkeit der Akteure als auf der Übereinstimmung ihrer Interessen beruhen.

In der italienischen Sprache wird die Affinität zwischen Politiker und Mafioso durch eine Besonderheit zum Ausdruck gebracht. Beide sind "Ehrenmänner": Der Mafioso, das eingeschworene Mitglied der Cosa Nostra, nennt sich selbst uomo d'onore (wörtlich "Mann von Ehre"), während die offizielle Anrede des Parlamentsabgeordneten onorevole ("ehrenwerter Herr") lautet. War l`onorevole Andreotti, lange Jahre einer der mächtigsten Politiker Italiens, gleichzeitig uomo d'onore?

Vorgeworfen wird dem Mann, der zwischen 1972 und 1992 siebenmal Ministerpräsident war, u.a. Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, der sizilianischen Cosa Nostra, sowie Anstiftung zum Mord an dem Journalisten Carmine ("Mino") Pecorelli. Während der Mordfall Pecorelli im umbrischen Perugia verhandelt wird, findet der Prozeß wegen Andreottis mutmaßlicher mafioser Aktivitäten in Palermo statt. Der Versuch seiner Verteidiger, das Verfahren an das für Regierungskriminalität zuständige Ministergericht in Rom zu übergeben, scheiterte: Die Andreotti zur Last gelegten Taten zugunsten der Mafia beschränken sich keineswegs auf die Zeit seiner Regierungstätigkeit. Auch als Kopf der nach ihm benannten einflußreichen Strömung (corrente) der "Andreottiani" innerhalb der Democrazia Cristiana (DC) sei er für die sizilianischen Mafiosi von größtem Wert gewesen.

Andreotti hat als Urheber seiner gerichtlichen Verfolgung eine transatlantische Verschwörung ausgemacht: Wegen seiner unabhängigen, teilweise als "pro-arabisch" mißverstandenen Nahostpolitik würden US-amerikanische Geheimdienste nun späte Rache nehmen wollen. Andreottis Parteifreund, der ehemalige Innenminister Nicola Mancino, denunzierte daneben - in aktueller Variation der Legende von der "jüdischen Weltverschwörung" - "mächtige Kreise der Hochfinanz, die ihn wegen seiner philo-arabischen, PLO-freundlichen Positionen im Visier haben", als Drahtzieher des Komplotts.

Nach außen gibt Andreotti sich gelassen und versucht, die Vorwürfe der Staatsanwälte ins Lächerliche zu ziehen. "Man gibt mir die Schuld für alles außer für die Punischen Kriege" - mit diesem hübschen Bonmot will "der Fuchs" die völlige Haltlosigkeit der Anklage suggerieren. Daß eine Reihe der Beschuldigungen durch eindeutige Zeugenaussagen und akribische Nachforschungen der Ermittlungsbehörden belegt sind, soll an ausgewählten Beispielen gezeigt werden.

Anstiftung zum Mord?

Im März 1978 wurde der DC-Spitzenpolitiker Aldo Moro von den Roten Brigaden entführt und nach 55 Tagen Gefangenschaft ermordet. Moro hatte die Christdemokraten in den sechziger Jahren in das "Mitte-Links"-Bündnis mit den Sozialisten geführt und machte nun den Kommunisten Hoffnungen auf Regierungsbeteiligung an der Seite der DC. Nach seiner Entführung verfolgten sowohl DC als auch PCI eine Politik der fermezza ("Härte"): keine Verhandlungen mit den Entführern, kein Nachgeben des Staates. Daß diese Linie Moros Todesurteil bedeutete, war offensichtlich. Moro selbst beklagte sich in Briefen an führende Partei"freunde" bitter über deren inhumane Haltung. Andreotti, damals zum vierten Mal Ministerpräsident, gab die Devise aus, Moros Briefe seien von seinen Bewachern erpreßt.

Im Herbst 1978 wurden in einer konspirativen Wohnung in Mailand einige von Moro im "Volksgefängnis" verfaßte Manuskripte gefunden. Von der vollständigen Originalversion dieses als "memoriale" bezeichneten

Dokuments wurden nur Teile der Öffentlichkeit zugänglich gemacht - nachdem es von Politikern und hohen Militärs geprüft und zensiert worden war. Kenntnis von diesen Manipulationen und von den unveröffentlichten Teilen hatte auch der Journalist Mino Pecorelli, Herausgeber des Skandalblättchens Osservatorio Politico (OP). Anfang 1979 bereitete Pecorelli eine Titelgeschichte über "Die Schecks des Präsidenten" vor - Enthüllungen über Andreottis Rolle im Italcasse-Skandal. Hinweise hierzu stammten aus den bisher geheim gehaltenen Teilen von Moros "memoriale", von dem auch in den folgenden Jahren immer mal wieder Teile "gefunden" bzw. an die Presse lanciert wurden. Nach einer Interventionen von DC-Politikern verzichtete Pecorelli auf eine Veröffentlichung. Das Titelblatt mit Andreottis Porträt wurde eingestampft, nachdem die mit Pecorelli geschäftlich verbundene Druckerei eine höhere Summe erhalten hatte. Einen Tag nach der Geldübergabe, am 20. März 1979, wurde Pecorelli ermordet; am selben Tag wurde Andreotti zum fünften Male Ministerpräsident.

Nach der Anklage der Staatsanwaltschaft von Perugia soll Andreottis Mitarbeiter, der DC-Politiker und spätere Minister Claudio Vitalone den Mordauftrag gegeben haben, der von zwei Killern ausgeführt wurde. Giulio Andreotti ist als Anstifter des Verbrechens angeklagt.

Freund oder Mitglied

der Mafia?

Besonders fragwürdig ist der Vorwurf der Staatsanwälte von Palermo, Andreotti sei nicht nur Kontaktmann sondern persönlich Mitglied der Cosa Nostra gewesen. Und das nicht nur wegen der Beweisschwierigkeiten. Dagegen spricht das ungeschriebene Mafiagesetz über die Unvereinbarkeit des Politikerberufs mit dem des uomo d'onore, des Mafioso. In den Worten von Salvatore (Totò) Riina, dem "Boss der Bosse" in den achtziger Jahren: "Es ist nicht möglich, daß ein Politiker, gleich welcher Ebene, uomo d'onore wird. Wir geben den Politikern unserer Präferenz, nach einer Vereinbarung mit ihnen, die Stimmen, aber sie müssen tun, was wir sagen, sonst brechen wir ihnen die Hörner." (1)

Das Zitat geht auf den als glaubwürdig angesehenen Kronzeugen Baldassare Di Maggio zurück. Pino Arlacchi, der führende Mafiaexperte Italiens, merkt dazu allerdings an, daß es immer auch Ausnahmen von den mafiosen Regeln und Gesetzen gegeben hat. Der Mafia-Aussteiger Antonino Calderone, der die Gültigkeit der von Riina formulierten Regel bestätigt, nennt gleichzeitig auch Namen von Politikern, die uomini d'onore waren. Kategorisch widerspricht er aber der These von der sogenannten "dritten Ebene" (terzo livello), einem angeblich übergeordneten Leitungsorgan, in dem Mafiosi gemeinsam mit Politikern die wesentlichen Entscheidungen treffen würden. Auch sei kein Politiker jemals Mitglied der sizilianischen Regionalkommission gewesen. (2)

Die in den Medien breit diskutierte Episode um den angeblichen Bruderkuß Riinas für Andreotti wird von Arlacchi nicht als eindeutiger Beleg für die These vom Mafioso Andreotti gewertet. Das geheime Treffen, bei dem Andreotti von dem steckbrieflich Gesuchten auf diese intime Art begrüßt worden sein soll, ist ein zentraler Punkt der Anklage, die sich hierbei ebenfalls auf Baldassare Di Maggio beruft. Stattgefunden haben soll es im Hause des Christdemokraten und Mafioso Ignazio Salvo und auf Betreiben Riinas, der Andreottis "Gedächtnis auffrischen" wollte: Daß sein Pakt mit der Mafia, die ihm und seiner DC-Strömung über Jahrzehnte Stimmen verschafft und Einfluß garantiert hat, auf Lebenszeit gültig ist. Riina habe ihm das, schreibt Arlacchi, "entsprechend den Regeln der typischen mafiosen Gestik zu verstehen gegeben. Er gestattet (dem rangniederen Mafioso; Anm. Js.) Baldassare Di Maggio, das Zimmer zu betreten, in dem Andreotti wartet, und in Gegenwart des uomo d'onore küßt er den Abgeordneten auf die Wangen. Dann verabschiedet er Di Maggio, weil der Zweck erreicht ist. Die Darbietung ist in der Tat ebenso an Andreotti wie an Di Maggio gerichtet." (3)

Andreotti leugnet natürlich, sich jemals mit Riina getroffen zu haben. Da er ständig durch mehrere Polizisten geschützt worden sei, hätte ein solches Treffen niemals stattfinden können. Das plausibel klingende Argument ist durch die Nachforschungen der Ermittlungsbehörden widerlegt. An dem fraglichen Tag, dem 20. September 1987, hat Andreotti nach einer Rede in Palermo die Carabinieri seiner Eskorte für drei Stunden beurlaubt und sich auf sein Hotelzimmer zurückgezogen. Er hätte damit genügend Zeit für das von Di Maggio behauptete geheime Treffen gehabt.

Daß er das Wagnis eines Treffens mit dem Boss der Cosa Nostra auf sich genommen haben könnte, erklärt sich für Pino Arlacchi aus der schwierigen Lage sowohl der Mafia als auch der sizilianischen DC im Sommer

1987. Der Mafiaprozeß von Palermo (maxi processo) lief denkbar ungünstig für die mehr als 460 Angeklagten, die über die offensichtliche Untätigkeit ihrer politischen Gewährsleute besorgt waren. Auch die Hoffnung, spätestens nach einer Aufhebung der Urteile durch die zweite Instanz, das Kassationsgericht, wieder frei zu kommen, schwand. Es war Zeit für eine "Klärung auf höchster Ebene" (Arlacchi). Riina bat zum Gespräch, und Andreotti mußte kommen: "Eine Ablehnung hätte die bereits schwierige Lage seines Statthalters in Sizilien (Salvo Lima; Anm. Js.) gegenüber den Corleonesern (der von Riina angeführten Cosa-Nostra-Familie von Corleone; Anm. Js.) erheblich verschärft und den Verlust des Stimmenpakets, das die Cosa Nostra auf der Insel kontrollierte, und die Schwächung seiner Strömung und seiner Macht bedeutet."

In welchem Umfang die Cosa Nostra Wählerstimmen zu verschieben vermochte, zeigen die Parlamentswahlen des Jahres 1987. Während die Christdemokratie gegenüber 1983 landesweit von 32,9% auf 34,3% zulegen konnte, ging ihr Stimmenanteil in Palermo von 36,1% auf 35,2% zurück. Erhebliche Gewinne erzielten dort die Sozialisten und die Radikalen, die wegen ihrer Ablehnung antimafioser Gesetzesänderungen von den Spitzen der Cosa Nostra zur Wahl "empfohlen" worden waren. Die Empfehlung wurde von ihrer Klientel so weitgehend befolgt, daß die Sozialisten in Palermo einen weiteren von der Cosa Nostra unterstützten Kandidaten ins Parlament bringen konnten. Nach diesem Denkzettel für die DC kehrte die Mafia 1992 zu ihrer angestammten Partei zurück: Während die DC landesweit einbrach (29,2%), blieb ihr Stimmenanteil in Palermo mit 35,1% stabil; der PSI fiel auf das Ergebnis von 1983 zurück.

Daß die Rückgewinnung der abtrünnigen, von der Cosa Nostra dirigierten Wählerschichten Gegenleistungen der sizilianischen DC erforderte, liegt nahe. Greifbare Resultate des mutmaßlichen "klärenden Gesprächs" zwischen Riina und Andreotti gab es allerdings zunächst nicht. Im Dezember 1987 wurden die Urteile im Maxiprozeß verkündet: 19 mal lebenslänglich und insgesamt 2665 Jahre Gefängnis. Auch die intensiven Bemühungen namentlich des mafiosen Richters am Kassationsgericht, Corrado Carnevale, die Urteile in zweiter Instanz aufheben zu lassen, führten zu nichts. Im Januar 1992 wurden die Urteile von Palermo im wesentlichen bestätigt, teilweise sogar verschärft.

Kronzeugen berichten, Totò Riina sei "ausgerastet", als er vom Urteil des Kassationsgerichts erfuhr. Die Kommission, das gemeinsame Leitungsgremium der Mafia-Familien, habe umgehend die Ermordung Salvo Limas beschlossen. Im März 1992 wurde Lima, seit 1979 Mitglied des Europaparlaments, in der Nähe von Palermo erschossen. Andreotti sei über den Mord an seinem Statthalter sehr erschrocken gewesen, berichtet die ehemalige Nummer zwei der Sozialisten, Claudio Martelli: "Er war erschrocken, entweder weil er nicht verstand, oder vielleicht weil er verstand" - daß seine bisher unangreifbare Machtposition nicht mehr bestand. Denn "wer sich außerstande zeigt, seine Gefolgsleute zu schützen, hat ausgespielt." (Werner Raith, taz 14.3.1992)

Im Mai und Juni desselben Jahres setzte die Cosa Nostra ihren Rachefeldzug mit der Ermordung der Mafia-Ermittler Falcone und Borsellino fort. Die Demonstration ihrer ungebrochenen militärischen Stärke hatte allerdings nicht die gewünschte einschüchternde Wirkung. Erstmals organisierte sich auf Sizilien eine Massenbewegung gegen die Mafia. Die Ermittlungsbehörden setzten eine Reihe mafioser Führungskräfte fest. Im Januar 1993 wurde auch Totò Riina mitten in Palermo verhaftet.

Mit der Ausweitung des Mailänder Schmiergeldskandals und dem 1992 einsetzenden Niedergang der bisherigen Regierungsparteien waren auch deren führende Repräsentanten nicht mehr vor juristischer Verfolgung sicher. Im März 1993 beantragte die Staatsanwaltschaft von Palermo beim Senat, der zweiten Kammer des Parlaments, die förmliche Genehmigung, gegen Andreotti wegen dessen mutmaßlicher Kontakte zur Mafia ermitteln zu dürfen. Im Mai wurde die Genehmigung erteilt. Wenig später gestattete der Senat auch Ermittlungen gegen Andreotti wegen des Verdachts der Mittäterschaft im Mordfall Pecorelli. Die Verfahren gegen den bisher Unantastbaren, seit 1991 wegen seiner "Verdienste um die Republik" Senator auf Lebenszeit, nahmen ihren Lauf.

Ob sie mit Verurteilungen abgeschlossen werden können, ist natürlich fraglich. Politisch ist Andreotti so oder so erledigt. Sein Traum, am Ende seiner beispiellosen Karriere noch Staatspräsident zu werden, ist längst ausgeträumt. Daß ihm einflußreiche alte Freunde wie die Herren Ghaddafi und Genscher weiterhin zur Seite stehen, ist nicht mehr als eine amüsante Randnotiz. Während Ghaddafi großzügig die Übernahme von Andreottis Anwaltskosten anbot, beschränkte sich Genscher bisher auf moralische Unterstützung. Unverzüglich habe er zum Telefon gegriffen, als er von den Anklagen gegen seinen langjährigen Amtskollegen

hörte - erzählt Andreotti. Ob Genscher tatsächlich, wie von Andreotti gewünscht, in Palermo als Entlastungszeuge aussagen wird, muß aber wohl eher bezweifelt werden.

Ein übler Beigeschmack

Eine Verurteilung Andreottis wäre zugleich die Bestätigung für die These, daß es zwischen der christdemokratischen Quasi-Staatspartei und dem "organisierten Verbrechen" nicht nur zufällige und punktuelle Bündnisse gab. Das Geflecht von legalen und illegalen Aktivitäten, bis hin zu Morden, deren Mitwisser und Anstifter Andreotti gewesen sein soll, kam nicht nur ihm selbst und seiner christdemokratischen Strömung zugute. Die Unterstützung der Democrazia Cristiana durch mächtige und vor keiner Gewalttat zurückschreckenden Freunde gab auch dem politischen System "Stabilität". Die "rote Gefahr" blieb kalkulierbar, solange für den Ernstfall auf gut gerüstete Bürgerkriegstruppen zurückgegriffen werden konnte. Die Mafia war nur ein Teil dieser konterrevolutionären Eingreiftruppe; hinzu kommen Geheimdienste, Carabinieri, die geheime Bürgerkriegsarmee Gladio, die unter direkter Regie des Staates standen und stehen.

Bei einem Schuldspruch wäre neben Andreotti und der Democrazia Cristiana aber auch der "freie Westen" verurteilt. Allen voran die USA, die schon 1943 bei der Landung auf Sizilien mit der Mafia kollaborierten und deren Geheimdienste über die nach Kriegsende installierte Koalition der gewählten und der selbsternannten "Ehrenmänner" Bescheid wußten. Da diese die Eindämmung des Kommunismus garantierten, durfte über ihre häufig unfeinen Methoden hinweggesehen werden. Schließlich erteilte auch der Vatikan seinen politischen Interessenvertretern aus dem gleichen Grund immer wieder Absolution. Wenn Andreotti, der gläubige Katholik, nun doch noch belangt wird, ist auch der Vatikan - zumindest im moralischen Sinne - für mitschuldig erklärt. Eingeschränkt gilt das auch für die (deutsche) CDU, die sich ein einziges Mal mit Andreotti angelegt hat. Als er sich 1984 gegen die deutsche Wiedervereinigung aussprach, war er für führende Unionspolitiker als Vorsitzender der Europäischen Union der Christdemokraten "nicht mehr tragbar".

Gleichzeitig haben die Prozesse gegen Andreotti einen unschönen Beigeschmack. Daß ein Teil der öffentlichen Meinung von dem Bedürfnis nach Rache bestimmt wird, ist vielleicht noch hinzunehmen. Schließlich verkörpert Andreotti wie kein zweiter den Typus des skrupellosen Machtpolitikers, dem trotz schwerwiegender Verdachtsmomente nie beizukommen war. Eine gewisse Genugtuung darüber, daß sich sein zynischer Wahlspruch - "Die Macht verschleißt den, der sie nicht hat" - ein weiteres Mal, aber gegen ihn selbst, bewahrheitet, ist also durchaus verständlich.

Problematisch ist allerdings der besondere politische Charakter der Prozesse. Denn Andreotti steht stellvertretend für das seit 1992 zerfallene italienische Parteiensystem, die partitocrazia, vor Gericht. Persönlich wird ihm damit keineswegs Unrecht getan - schließlich hat er dieses System geprägt und war dessen Nutznießer. Aber wie so oft bei politischen Umgruppierungen hat die Aburteilung einiger bisher mächtiger Schurken auch den Zweck, daß der Rest weitermachen kann wie bisher. "Andreotti erinnert an eine Vergangenheit, in der man sich mit den vielen Andreottis gut stellte - was man aber nach all den Skandalen nicht mehr gerne wahr hat", schreibt Werner Raith und warnt davor, Andreotti "zum Sündenbock zu machen". (taz, 22./23.7.1995) Daß große Teile der italienischen Presse Andreotti den Beinamen "Beelzebub" geben, beweist, wie berechtigt diese Warnung ist.

Im Kampf gegen die Mafia wäre durch eine Verurteilung Andreottis wenig gewonnen. Nach der Verhaftung der meisten alten capi hat die Cosa Nostra neue Anführer. Ihre entmachteten politischen Gewährsleute wurden durch neue ersetzt. Die Stimmen, die in den vergangenen Jahrzehnten der DC zugeführt wurden, landeten zuletzt bei Silvio Berlusconis Forza Italia. Bei den Parlamentswahlen im März 1994 erzielte die neugegründete Partei in Sizilien mit 34,8% (Sicilia 1) bzw. 32,4% (Sicilia 2) ihre mit Abstand besten regionalen Ergebnisse. "In Sizilien weiß jedes Kind, daß die Mafia geschlossen für Berlusconi gestimmt hat", kommentierte der antimafiose DC-Dissident Leoluca Orlando den kometenhaften Aufstieg der Fernsehpartei auf der Insel. (Interview in SonntagsZeitung, 15.5.1994) In seiner kurzen Amtszeit hat Berlusconi sich denn auch schon für diese Unterstützung zu revanchieren begonnen. Das im Juli 1994 erlassene Regierungsdekret gegen die Untersuchungshaft in Korruptionsverfahren war ein Geschenk auch für die Mafia. Bevor das Dekret auf Druck der öffentlichen Meinung wieder zurückgezogen werden mußte, waren 1500 Inhaftierte auf freien Fuß gesetzt oder in Hausarrest entlassen worden - für etliche zumindest Gelegenheit, belastende Beweismittel verschwinden zu lassen.

Ein anderer Einwand gegen die Andreotti-Prozesse ist grundlegender Art. Auch mit noch so vielen Gerichtsverfahren wäre die Macht der Mafia allenfalls zu erschüttern, nicht aber zu brechen. Insbesondere das Heroingeschäft sichert den Clans nach wie vor gigantische Einnahmen. Daran würde erst eine im internationalen Maßstab vollzogene Kehrtwende staatlicher Drogenpolitik etwas ändern. Die nach jeder spektakulären mafiosen Gewalttat geforderten Gesetzesverschärfungen und die weitere Aufrüstung der Polizei vergrößern nur die Gewaltpotentiale. Abschreckend wirken sie offensichtlich nicht. Die Mafia wird so lange kein Nachwuchsproblem haben, wie sie in Süditalien als Arbeitgeber und Jobvermittler unersetzlich erscheint. Die immer wieder beschworene staatliche Förderung des Südens ist im Zuge verschärfter Sparpolitik weiter eingeschränkt worden. Fördermittel der EU können das nicht wettmachen; sie dienen, wie in einigen Fällen nachgewiesen, mitunter sogar der Cosa Nostra zur Finanzierung legaler Geschäfte.

Die spektakulären Prozesse von Palermo und und Perugia und der sie begleitende Medienrummel werden an all dem nichts ändern. Mehr als die Verurteilung eines Überzeugungstäters, der jede Reue vermissen läßt, kann dabei nicht herauskommen - falls die Beweise reichen. Wetten über den Ausgang der Prozesse gegen Andreotti werden noch entgegengenommen. Die Urteile werden frühestens in einigen Jahren erwartet.

Js.

Anmerkungen:

1) zitiert nach Pino Arlacchi: Il processo. Giulio Andreotti sotto accusa a Palermo, Mailand (Rizzoli) 1995, S. 121

2) Pino Arlacchi: Mafia von innen. Das Leben des Antonino Calderone, Frankfurt am Main (Fischer) 1995, S. 217ff.

3) Pino Arlacchi: Il processo..., S. 149

Aus dem Lexikon der Schurken:

Andreotti, Giulio

Andreotti wurde 1919 in Rom geboren. Mitglied der Democrazia Cristiana (DC) ist er seit 1945, 1947 wird er in die Abgeordnetenkammer gewählt. Unter seinem Ziehvater Alcide De Gasperi (Regierungschef von Dezember 1945 bis Juli 1953) wird Andreotti Unterstaatssekretär. Ab 1954 ist er wiederholt Minister, von 1983 bis 1989 Außenminister. 1972 wird er erstmals Regierungschef. Von Juli 1976 bis März 1979 ist er Ministerpräsident der informellen Regierung der "nationalen Solidarität", die vom PCI gestützt wird ("historischer Kompromiß"). Während der 55 Tage dauernden Entführung des DC-Politikers Aldo Moro durch die Roten Brigaden ist Andreotti einflußreichster Verfechter staatlicher Unnachgiebigkeit ("fermezza").

Allein in den Jahren 1969-83 muß Andreotti (im Volksmund "die Eule" oder "der Fuchs" genannt) 26 mal als Beschuldigter vor parlamentarischen Untersuchungsausschüssen erscheinen, kommt aber in allen Fällen ungeschoren davon. Sein Name wurde und wird in Zusammenhang mit fast allen größeren Skandalen seit Kriegsende genannt. Ebenso wird er als Mitwisser rechtsterroristischer und illegaler Machenschaften verdächtigt ("Staatsmassaker" in Mailand 1969, Geheimloge P2). Sein Lebensmotto ist: "Die Macht verschleißt den, der sie nicht hat"; ein anderer Wahlspruch lautet: "Man muß mit allen reden, auch mit dem Teufel, wenn es sein muß."

1989 wird Andreotti letzter Regierungschef einer Koalition des pentapartito (Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Liberale, Republikaner). Bettino Craxi (PSI) und Arnaldo Forlani (DC) bilden zusammen mit Andreotti das informelle Triumvirat "CAF"; die Abkürzung ist aus den Anfangsbuchstaben der drei Namen zusammengesetzt. (Erst kürzlich wurden Andreottis Partner im Mailänder Schmiergeldprozeß zu Gefängnisstrafen von vier Jahren - Craxi - bzw. zwei Jahren und vier Monaten - Forlani - verurteilt; Craxi hat sich seiner Verhaftung schon vor mehr als zwei Jahren durch Flucht nach Tunesien entzogen.)

1991 wird Andreotti wegen seiner "Verdienste um die Republik" Senator auf Lebenszeit. Am 5.4.1992 endet die Amtszeit des siebten und letzten Kabinetts Andreotti.

# 20. Mexiko: Der Clinch geht weiter

Autor: jb., Berlin · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:25

Die Krise des mexikanischen Systems seit dem zapatistischen Aufstand vom Januar 1994 erscheint - falls dieser Vergleich gestattet ist - wie ein Boxkampf, in dem keiner der beiden Fighter in der Lage ist, einen entscheidenden Treffer zu landen. Und zwar nicht, weil es an Glück, Reflexen oder Geschick mangelte, sondern schlichtweg an der Kondition und am genügend harten Punch. Abwechselnd versuchen beide, mit nur geringfügigen Variationen ihrer jeweiligen Taktiken, einen Angriff zu starten, nur um danach wieder in den Clinch zu gehen. Aber warum geht ein Boxer in den Clinch? Angeschlagen hofft er, schneller wieder zu Kräften zu kommen als sein Gegner, um ihn nach dem nächsten Break ausknocken zu können. Hier endet die Allegorie, denn der mexikanische Fight kann nicht nach Punkten, sondern nur durch k.o. entschieden werden. Deshalb ist auch offen, über wieviel Runden er gehen wird.

Die Krise des mexikanischen politischen Systems begann nicht mit dem Gong vom Januar 1994, vielmehr setzte sie schon gegen Ende der 60er Jahre ein. Spätestens das Massaker von Tlatelolco, 1968, bei dem - keine zwei Wochen vor den Olympischen Spielen - mehrere hundert protestierende Studenten erschossen wurden, machte deutlich, daß die "revolutionäre Familie" (die Staatspartei PRI - Partei der Institutionalisierten Revolution) ihre verlorenen Söhne und Töchter nicht mehr wie bisher integrieren konnte. Es entstanden verschiedenste Widerstandskerne, Guerillagruppen, revolutionäre Parteiansätze und Volksorganisationen. Dennoch nahm die Krise die ganzen 70er Jahre hindurch einen eher schleichenden Verlauf, und die folgenden Regierungen konnten - wenngleich nicht das Gros der oppositionellen Bewegungen - doch einen bedeutenden Teil der 68er-Führung mehr oder minder erfolgreich kooptieren. Aber der staatliche Linkspopulismus war schon - was viele 68er nicht begriffen hatten - ein Auslaufmodell. Unter Präsident Miguel de la Madrid (1982-88) avancierten die Technokraten innerhalb der Bürokratie zur hegemonialen Gruppe. Der Kurswechsel zur neoliberalen Wirtschaftspolitik unter IWF-Auflagen wurde eingeleitet.

Kurioserweise kulminierte die Auseinandersetzung über diesen Schwenk, der die Lebensbedingungen der großen Mehrheit der mexikanischen Bevölkerung berührte, zunächst in einem innerparteilichen Streit der Staatspartei. Ein Teil der PRI, die sogenannte "demokratische Strömung" unter Lázaro Cárdenas und Porfirio Muñoz Ledo, wollte nicht vom alten PRI-Populismus - mit seiner starken Staatskontrolle über Wirtschafts- und Sozialpolitik - abrücken und forderte eine innerparteiliche Debatte. Die Strömung wurde ausgeschlossen. Die Frage war jetzt nicht mehr die nach mehr Demokratie in der PRI, sondern innerhalb des gesamten mexikanischen politischen Systems. Und weil wirtschaftlich für Millionen Mexikanerinnen und Mexikaner eine Menge auf dem Spiel stand, wurde die Kandidatur Cárdenas' zu den Präsidentschaftswahlen 1988 zum Fokus des demokratischen und sozialen Widerstandes. Wahrscheinlich wurde Cárdenas durch einen gigantischen Wahlbetrug der PRI um seinen Sieg gebracht. Entscheidender war jedoch, daß diese Form des Widerstandes auf ihrem 88er Höhepunkt schon an ihre Grenzen gestoßen war, die sie nie überspringen sollte.

Die Einsätze

Das eigentlich Neue am zapatistischen Aufstand war nicht die "Kritik der Waffen". Schließlich waren die Zapatistas nicht die erste bewaffnete Gruppe, die antrat, el mal gobierno - die "schlechte Regierung" - zu stürzen. Das Neue gegenüber den klassischen Guerillaorganisationen war, daß ihre Politik den Horizont und die Logik des Partisanenkrieges sprengte. Das Neue gegenüber den sozialen Bewegungen war, daß ihre Vision den begrenzten Rahmen vereinzelter sozialer Sektoren überwand. Das Neue gegenüber der PRD (Partei der Demokratischen Revolution, Cárdenas, Muñoz Ledo) und den legalen Linksradikalen (Trotzkisten, Marxisten-Leninisten) war, daß ihr Diskurs die Spielregeln der Politik, ja die Politik überhaupt transzendierte.

Spätestens seit dem Waffenstillstand von Mitte Januar 1994 konzentriert sich die Aktion der EZLN auf zwei Ebenen. Eine taktische, die ihre Initiativen gegenüber der PRI-Regierung betrifft, und eine strategische - ihre Initiativen gegenüber der Zivilgesellschaft. Unschwer können wir die aufeinanderfolgenden Zyklen dieses Konflikts ausmachen. Der auf den Waffenstillstand folgende Dialog mit der Regierung enthielt schon alle Elemente der gegenwärtigen Auseinandersetzung. Nur oberflächlich betrachtet war die PRI der Adressat der von den Zapatistas aufgeworfenen Fragen. Die Demokratisierung des politischen Systems, ein Wirtschaftsmodell, das nicht auf dem Ausschluß der Mehrheit der Bevölkerung beruhte - das waren keine Probleme, die ernsthaft am Verhandlungstisch gelöst werden konnten. Als der Dialog im März "erfolglos"

abgebrochen wurde, hatte er doch eines seiner wesentlichsten Ziele erreicht: die Eröffnung eines gesellschaftlichen Raumes, in dem die Debatte über die Zukunft des Landes unabhängig von der PRI geführt wurde.

Im Gegensatz zur linkspopulistischen PRD und den marginalen marxistischen Avantgarde-Parteien hatten die Zapatistas begriffen, daß die Konstruktion einer linken Alternative für Mexiko nicht das Problem einer fehlenden politischen Führung war, sondern eines - noch - fehlenden gesellschaftlichen Subjekts. Die EZLN begriff sich als einer von verschiedenen vereinzelten Widerstandskernen einer fragmentierten mexikanischen Gesellschaft, als Impulsgeber für einen alternativen gesellschaftlichen Block der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Gruppen, der bislang nur als Projekt, Vision, Möglichkeit existierte. Und während ihre Politik gegenüber der PRI vor allem darauf abzielte, repressionsfreie Räume für die Formierung eines solchen Blocks zu erkämpfen, versuchten sie mit der Lancierung ihrer Vorschläge und ihrem Konzept von Demokratie in die Öffentlichkeit, einen regierungsunabhängigen Dialog von unten zu befördern.

Mit der Bildung der Convención Nacional Democrática tritt dieses eigentliche strategische Ziel in seine praktisch-organisatorische Phase. Die CND kann die in sie gesetzten Erwartungen bei weitem nicht erfüllen. Sie bleibt im folgenden geplagt von inneren, aus der traditionellen Linken geerbten Streitigkeiten und kann keine eigene Relevanz entwickeln. Sie spiegelt nicht weniger wider als die objektiven Grenzen, mit dem das zapatistische Projekt in der mexikanischen Gesellschaft konfrontiert ist. Damit sind die Grundzüge des Konflikts abgesteckt. Sämtliche künftigen Initiativen seitens der EZLN sind - wie phantasiereich auch immer - Varianten dieser Idee. Sämtliche Initiativen der Regierung sind Varianten der - bislang erfolglos - getesteten Optionen: Isolation, Integration, Erpressung, militärische Offensive und Krieg niedriger Intensität.

Nach der Consulta

Die nationale und internationale Befragung über die Zukunft der EZLN steht in diesem Sinne vor allem in der Kontinuität der zapatistischen Versuche, den Dialog mit und innerhalb der Zivilgesellschaft zu führen bzw. zu inspirieren. Sie ist keine spektakuläre Wende in der Haltung der Zapatistas (eine Entwaffnung steht nach wie vor nicht zur Diskussion). Sie leitet auch keine entscheidende Wandlung des Kräfteverhältnisses ein. Aber sie zeigt, welchen Handlungsspielraum die Zapatistas in der gegenwärtigen Situation haben und wie sie ihn auszunutzen verstehen.

"Wir denken an zwei Ebenen", erklärte Subcomandante Marcos gegenüber der uruguayischen Zeitschrift "La Brecha". "Die einer breiten Front mit den politischen Organisationen und an die einer neuen politischen Organisation ... mit der Basis in der EZLN. Diese neue Organisation wollen wir ohne die politischen Parteien aufbauen, und wir werden uns mit ihnen in einer breiten Oppositionsfront verbinden." Dies war auch die in der Befragung mehrheitlich befürwortete Option. Beide Ebenen erfordern natürlich die Mitwirkung politischer und sozialer Kräfte außerhalb der EZLN und stoßen nicht zuletzt daher auf einen Großteil der Schwierigkeiten, mit denen auch schon die früheren zapatistischen Initiativen wie die CND oder die Anfang des Jahres vielbeschworene "Nationale Befreiungsbewegung" MLN konfrontiert waren. Die MLN sollte nach der Idee der Zapatistas von der CND und dem (zum linken Flügel seiner Partei zählenden) PRD-Expräsidentschaftskandidaten Cárdenas "unter breitestmöglicher Mitwirkung aller demokratischen und patriotischen Kräfte" gebildet werden.

Offenbar wollte die EZLN mit diesem Kunstgriff der einigermaßen paralysierten CND die cardenistische PRD-Basis als Blutauffrischung zuführen. Aber während die CND sich beinahe darüber gespalten hätte, ob man denn nun mit den PRDlern könne, dürfe und wolle, bedankte sich Cárdenas höflich für die zapatistische Einladung und hüllte sich des weiteren in Schweigen. Die MLN kam nie zustande, während die Regierung mit der Februaroffensive immerhin für einige Zeit die Initiative an sich reißen konnte. Die Bedingungen haben sich seither nur graduell gewandelt. Mit der Consulta konnten die Zapatistas zumindest auf der ideellen Ebene wieder die Stichworte bestimmen, über die in Mexiko heute diskutiert wird. Die klare Trennung der zwei Ebenen der politischen Aktion - einerseits Allianzen, andererseits autonome revolutionäre Organisierung - bei der EZLN ist ebenfalls ein Novum und zwingt die politische Opposition des Landes, sich auf die eine oder andere Variante einzulassen.

Über die Chancen der praktischen Umsetzung ist damit freilich noch nichts gesagt. Was die möglichen Alliierten betrifft, so ist der rechte (Realo-) Flügel in der PRD heute stärker als je zuvor. Die konservative PAN

(Partei der Nationalen Aktion), die - das ist sicher sehr umstritten - eine Zeitlang von den Zapatistas als möglicher taktischer Verbündeter angesehen wurde, ist heute nicht nur in die Regierung kooptiert (sie stellt den Generalstaatsanwalt, der in Mexiko Ministerrang hat). Sie versucht sich auch zunehmend mit einer harten Linie gegenüber der EZLN zu profilieren und kann dabei auf eine fortschreitende "Konservativisierung" in breiten Teilen der Bevölkerung vertrauen.

Was die eigentliche neue zapatistische Organisation betrifft, hat die EZLN eine Reihe von Schritten vorgeschlagen. Erstens geht es um die Organisierung eines partei- und regierungsunabhängigen Dialogs über die "16 Forderungen" und das Wie ihrer Umsetzung. Zweitens sollen im ganzen Land zivile Komitees für die Organisierung dieses Dialogs gebildet werden. Sollte die Idee aufgegriffen werden, könnten diese die Stützpunkte der neuen zapatistischen Organisation werden. Drittens soll die Zentrale ausdrücklich bei der EZLN liegen, und die "Filialen" im Land müssen sich bei ihr akkreditieren lassen. Auch das ist ein neuer Ton, lancierte die EZLN doch ihre politischen Initiativen bisher immer betont antizentralistisch und anti-avantgardistisch. Nun, ein ideologischer Schwenk zum "Demokratischen Zentralismus" steckt gewiß nicht dahinter. Eher noch schlimmer: Daß die Zapatistas in diesem Punkt plötzlich ganz ungewohnt auf ihrer Führung insistieren, spiegelt die traurigen Erfahrungen mit der CND wieder, bei der die EZLN noch demonstrativ auf eine eigene Repräsentation verzichtete, "um der Zivilgesellschaft das Wort zu erteilen". Die zapatistische politische Organisation wurde vor einigen Monaten schon in Chiapas als eine Art "Pilotprojekt" unter dem Namen "Movimiento Cívico Zapatista" gegründet. Die Mitglieder der "Widerstandsregierung in Rebellion" und eine Reihe revolutionärer und demokratischer Caudillos unterzeichneten das Gründungsdokument. Bislang blieb es bei einem Honoratiorenverein.

jb, Berlin, 8.11.95

# 21. Dokumentation einer Niederlage. Der Niedergang sozialer Bewegungen in Mexiko und Chile. Rezension

Autor: Gerd Bedszent · Rubrik: Chile; Mexiko; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:06

Ingo Bultmann, Michael Hellmann, Klaus Meschkat, Jorge Rojas (Hg.): Demokratie ohne soziale Bewegung - Gewerkschaften, Stadtteil- und Frauenbewegungen in Chile und Mexiko. Unkel/Rhein und Bad Honnef: Horlemann Verlag 1995. 364 S., DM 42,-.

Dieses Buch ist die Dokumentation einer Niederlage - und war ursprünglich als etwas ganz anderes gedacht. Unter dem Einfluß einer breiten Demokratiebewegung, die Ende der 80er Jahre in Chile und Mexiko im wesentlichen von städtischen sozialen Organisationen getragen wurde, entstand die Idee eines Forschungsprojektes, das die sozialen Hintergründe dieses Prozesses vergleichend analysieren sollte. Getragen wurde dieses Projekt von Arbeitsgruppen an den Instituten SUR (Santiago de Chile), ILET (Mexiko/Stadt), LABOR (São Paolo/Brasilien) und dem Institut für Soziologie an der Universität Hannover.

Zu Beginn dieses Projektes bestand bei dessen Trägern kaum ein Zweifel daran, daß die Demokratiebewegung letztlich von Erfolg gekrönt sein würde. In Chile erhoffte man den Sturz der Militärherrschaft durch den Druck der Volksmassen, in Mexiko die Beseitigung des - im Wesentlichen auf Wahlbetrug beruhenden - Machtmonopols der herrschenden Staatspartei PRI. Wider Erwarten nahm die Geschichte einen anderen Verlauf. Mit einer "Demokratisierung von oben" erkauften sich Chiles Militärs nicht nur Straffreiheit, sondern behielten auch wesentliche Machtpositionen innerhalb des kaum angetasteten politischen und ökonomischen Systems. In Mexiko stockte der Demokratisierungsprozeß insgesamt, und den Anhängern der Linkspartei PRD blieb lediglich die Rolle einer ohnmächtigen Opposition.

Die in diesem Buch dokumentierten Forschungsbeiträge untersuchen nicht nur Entstehung und Geschichte der Gewerkschafts-, Stadtteil- und Frauenbewegungen beider Länder, sondern versuchen auch die Ursache für deren Scheitern zu ergründen. Hatte doch in Chile der Wirtschaftscrash von 1982 zu einer weitgehenden Delegitimierung des Regimes und zu den breiten sozialen Protesten der Jahre 1983-86 geführt. In Mexiko führte das Erdbeben des Jahres 1985 großen Teilen der Bevölkerung die Unfähigkeit einer korrupten Staatsbürokratie vor Augen, die nicht imstande war, wirksame Hilfe für die Opfer der Naturkatastrophe zu organisieren. Eine breite Bewegung gegenseitiger Nachbarschaftshilfe war das Resultat gewesen.

Entstehung und Entwicklung sozialer Protestbewegungen

In den ersten Beiträgen des Buches wird sehr intensiv auf den ökonomischen Hintergrund der Entstehung sozialer Protestbewegungen in Chile und Mexiko eingegangen. Denn Massenverelendung und Aufbegehren breiter Bevölkerungskreise haben in beiden Ländern dieselbe Ursache: neoliberale Wirtschaftsprinzipien, die mit Brachialgewalt auf Kosten der sozial schwächeren Bevölkerungsteile durchgesetzt werden. Beide Länder sind in dieser Hinsicht in Lateinamerika die "fortgeschrittensten". Und in beiden Ländern mußte diese Politik zwangsläufig scheitern. Mit zunehmender Internationalisierung und Globalisierung der Wirtschaft führen neoliberale Systeme eben nicht mehr zu steilen Wachstumsraten, sondern zur Rückentwicklung ganzer Regionen und zu Verelendung.

Die Frage, warum das Scheitern dieses Wirtschaftskonzeptes von den entschiedensten Gegnern des Regimes - den sozialen Protestbewegungen - nicht politisch genutzt werden konnte, entwickelte sich zum neuen Hauptthema dieses Forschungsprojektes. Gemäß neuesten soziologischen Erkenntnissen wird die Entstehung und Entwicklung sozialer Protestbewegungen in drei Zyklen eingeteilt: Der erste besteht in der Aufhebung der Interessensvermittlung zwischen Bevölkerung und Staat. Dies kann - wie in Chile 1973 - durch einen Militärputsch geschehen, in dessen Folge sämtliche Organisationen, die bisher diese Vermittlerfunktion inne hatten, verboten und zerschlagen werden. Es kann aber auch - wie in Mexiko - zu einer langsamen "Aushöhlung" dieser Funktion infolge einer langandauernden Strukturkrise des Regimes kommen. Im Laufe der Zeit bilden sich, legal oder illegal, neue Organisationen, die die Interessen der jeweiligen Bevölkerungsgruppen artikulieren: Stadtteilgruppen, Basisinitiativen, Gewerkschaften u.a. In der zweiten Phase gehen diese neu entstandenen sozialen Bewegungen dazu über, ihre Forderungen auf die Straße zu tragen. Dies kann durch Massendemonstrationen, aber auch durch Streiks, Volksbegehren u.a. geschehen. Je

mehr diese Bewegungen sich politisieren und weite Teile der Bevölkerung integrieren, um so eher können sie den Sturz des jeweiligen Regimes herbeiführen. Nach Herstellung demokratischer Verhältnisse kommt es in der dritten Phase zum Abschluß des Zyklus: Politische Parteien gewinnen an Bedeutung und beanspruchen zunehmend, die Anliegen der sozialen Bewegungen zu vertreten. Dies führt zu Aufspaltung und zunehmender Institutionalisierung der Bewegung.

Diese Entwicklung gewann in Chile und Mexiko bereits in der zweiten Phase die Oberhand. Christdemokraten, Sozialisten, Kommunisten und Revolutionäre Linke nahmen schon frühzeitig Einfluß auf die Gewerkschaften und Stadtteilorganisationen Chiles. Als die Militärs erstmals die Möglichkeit freier Wahlen und eines Minimums an rechtsstaatlichen Garantien in Aussicht stellten, entbrannte zwischen den verschiedenen politischen Flügeln der Protestbewegung sofort ein Konkurrenzkampf, der die gemeinsamen Ziele vergessen ließ. Nach erfolgtem Wahlgang hatten dann die sozialen Basisorganisationen ihre Schuldigkeit getan und konnten gehen. Als Folge etablierte sich ein elitäres repräsentativ-demokratisches System, dessen führende Vertreter die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Militärs im wesentlichen fortsetzten und in dem soziale Organisationen keinerlei politisches Gewicht haben.

In Mexiko mündeten die sozialen Organisationen, die gemeinsam angetreten waren, das Machtmonopol der Staatspartei PRI zu brechen, in einer neuen "Partei der Demokratischen Revolution" (PRD) um den prominenten PRI-Dissidenten Cardenas. Der Versuch, die Staatspartei per Wahlsieg zu entmachten, schlug fehl - wahrscheinlich infolge Wahlbetrugs. Die zunehmende Einbindung der Mehrzahl der Aktivisten in Wahlkampagnen und Parteipolitik trug zu Stagnation und beginnendem Niedergang der sozialen Bewegungen bei. An die Stelle der gegenseitigen Nachbarschaftshilfe trat dann das Programa Nacional de Solidaridad, ein staatliches Sozialprogramm zur Bekämpfung extremer Armut, mit dem die Staatspartei dem Einfluß der sozialen Basisorganisationen entgegenwirken und Teile der unzufriedenen Volksmassen wieder in das System einbinden konnte.

Das Fazit dieses Buches läßt nicht viel Freude aufkommen, zumal die untersuchten Beispiele exemplarisch für den Zustand der Linken in den meisten Teilen der Welt sind. Anzumerken ist, daß die Entwicklung der letzten zwei Jahre in diesem Buch nicht berücksichtigt wurde. Zu bedauern ist dies vor allem am Beispiel Mexikos, wo im Januar 1994 mit dem Aufstand der zapatistischen Guerilla die sozialen Auseinandersetzungen eine neue Dimension erreichten.

Gerd Bedszent

# 22. Trittbrettfahrer der Zapatisten

Autor: jb., Berlin · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:26

"Solidarität mit dem bewaffneten revolutionären Kampf in Mexiko!" - unter diesem Slogan stand eine Reihe von Veranstaltungen, die in den letzten Wochen in verschiedenen bundesdeutschen Städten stattfanden. Die meisten Leute, die diese Kampfmeetings besuchten, dürften geglaubt haben, daß hier von der Solidarität mit der EZLN die Rede war. Aber weit gefehlt. Da die Veranstalter selbst es offenbar nicht für angebracht hielten, das Publikum über ihre Stellung innerhalb der mexikanischen Linken und insbesondere zur EZLN aufzuklären, sollen an dieser Stelle einige Worte zur Erhellung dieser obskuren Geschichte verloren werden.

Organisiert waren die Versammlungen auf deutscher Seite vom "Buchladen Georgi Dimitroff" (Frankfurt), dem "Vertrieb für internationale Literatur" und - in Berlin - von der Gruppe "Westberliner Kommunist". Kenner der westdeutschen ML-Gruppen-Restszene (ich bin keiner) werden diese einzuordnen wissen. Die mexikanische Seite war repräsentiert durch das "Movimiento Democrático Independiente MDI" (Unabhängige Demokratische Bewegung), die dem MDI angeschlossene "Frente Democrático Oriental Mexicano Emiliano Zapata FDOMEZ" (Demokratische Ostmexikanische Front ...) und andere MDI-Ableger.

Das MDI ist eine Koordination verschiedener radikaler Campesino-Organisationen. Auch marginalisierte städtische Gruppen in Mexico City gehören ihm an. In Chiapas ist ihre stärkste Gruppe die "Organización Campesina Emiliano Zapata (OCEZ)", mit Schwerpunkt im Municipio Venustiano Carranza. Der entscheidende Punkt ist jedoch: Das MDI ist nicht irgendeine Koordination, sondern die Massenorganisation des "Partido Revolucionario Obrero Clandestino Unión del Pueblo PROCUP" (Geheime Revolutionäre Arbeiterpartei Volksunion).

Nun, die Geschichte wird noch komplizierter. Die PROCUP ist - wie ihr Name schon andeutet - eine klandestine Organisation. Seit den siebziger Jahren kämpft sie bewaffnet gegen den mexikanischen Staat - mit recht bescheidenem Erfolg. Im Januar 1994, während der ersten Tage des zapatistischen Aufstandes, machte sie mit zwei Autobombenanschlägen in Mexico City - bei denen glücklicherweise niemand ernstlich verletzt wurde - von sich reden.Das MDI und die ihm angeschlossenen Gruppen agieren verhältnismäßig legal. Es gibt deshalb verständlicherweise kein öffentliches Statement dieser Organisation, mit dem sie sich als legaler Arm der PROCUP ausweist.

Ich hatte im Dezember letzten Jahres die Gelegenheit, mit zwei dirigentes (FührerInnen) des MDI ein ausführliches Gespräch zu führen. "Wir sind völlig parteiunabhängig und gegen alle Parteien", erklärte mir Mateo López (OCEZ). "Insbesondere sind wir gegen die PRD (Partei der Demokratischen Revolution - reformistische Mitte-Links-Oppositionspartei) und die Trotzkisten und Revisionisten in der Führung der Nationaldemokratischen Konvention (CND)." Ich machte ein Ich-bin-Journalist-und-habe-keine-Ahnung-Gesicht, und Genosse Mateo erklärte mir die Lage: Insbesondere eine Frau namens Rosario Ibarra, PRD-Abgeordnete und Trotzkistin, Präsidentin der CND, versuche das Volk zu betrügen. Ich war verblüfft. Rosario Ibarra war die erste, die sich in den siebziger Jahren in Mexiko für die Rechte der politischen Gefangenen und Verschwundenen engagiert hatte. Ihr Sohn, Mitglied der Guerrillagruppe Liga Comunista 23 de Septiembre, war bei einer Auseinandersetzung mit der Armee spurlos "verschwunden". Daraufhin gründete Rosario Ibarra das erste Komitee der Angehörigen politischer Gefangener und Verschwundener, das sich für die Rechte aller Betroffenen, unabhängig von ihrer politischen Richtung einsetzte. Das MDI gründete später ein eigenes Komitee - ausschließlich für die Gefangenen der PROCUP.

Ich diskutierte mit Leuten aus verschiedenen linken Spektren - PRD-Leuten, Trotzkisten, Anarchisten, Linkskatholiken, Feministinnen - über dieses Problem. Alle bestätigten meine Vermutung, daß das MDI die Massenorganisation der PROCUP sei. An der Gründung der CND im August 1994 hatte sich das MDI noch beteiligt. Es hatte dabei eine außerordentlich polarisierende Rolle gespielt, sich als Kern der sogenannten "Ultra"-Strömung profiliert und gegen tatsächliche und vermeintliche Reformisten und "Revisionisten" Stimmung gemacht. Im Herbst 1994 verließ die "Bewegung" die CND, um sie von nun an offen zu bekämpfen.

Die UNAM, die größte Universität Mexikos, war plötzlich voller Parolen dieser Organisation. Parolen wie z.B.: "Marcos, comprende, la lucha no se vende - Marcos, begreife, daß man den Kampf nicht verkauft". Soweit, so

gut. Das Problem liegt nicht so sehr bei den politischen Vorstellungen dieser Leute. Es ist moralisch und politisch sicher unterhalb der Gürtellinie, zu behaupten, Marcos wäre ein Verräter, der das Volk betrügt. Aber wenn Leute dieser Meinung sind - nun, es ist ihr legitimes Recht, das auch zu vertreten. Perfide ist es allerdings, bei ahnungslosen Linken im Ausland von der Sympathiewelle für die EZLN profitieren zu wollen. Und im Namen der EZLN Gelder für die PROCUP zu sammeln (siehe Kasten), kann eigentlich nur noch als kriminell bezeichnet werden. Diese Methoden widersprechen dem Geist des zapatistischen Aufstands, und die EZLN hat sich mehrfach öffentlich davon distanziert. Der Aufstand der Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee EZLN in Chiapas hat in Mexiko und weltweit Aufmerksamkeit und Solidarität ausgelöst. In der auf Initiative der EZLN gebildeten "Demokratischen Nationalen Konvention" (CND) haben sich verschiedenste Kräfte der mexikanischen Zivilgesellschaft, der politischen Linken, Basisbewegungen, Nichtregierungsorganisationen und unabhängiger Gruppen und Einzelpersonen zusammengeschlossen, um für einen radikalen demokratischen Wandel in Mexiko zu kämpfen. Damit wurde auch ein Schritt zu einer neuen politischen Kultur der Linken unternommen: Unterschiedliche Auffassungen werden respektiert und nicht über die gemeinsamen Ziele gestellt, Avantgarde-Ansprüche einzelner Gruppen werden abgelehnt, weil Befreiung nicht die planmäßige Umsetzung des Programms einer Vorhutpartei durch die Massen, sondern nur ein gemeinsames Ziel unterschiedlichster Anstrengungen sein kann. Gerade dieser libertäre, anti-avantgardistische Charakter ist es, der der zapatistischen Rebellion die meiste Sympathie eingebracht hat.

jb, Berlin, 8.11.95.

"Wir haben davon Kenntnis genommen, daß Personen, die von sich sagen, in der Organisation namens Geheime Revolutionäre Arbeiterpartei Volksunion (PROCUP) zu kämpfen, verschiedenenorts in Amerika aufgetreten sind, um zu erklären, daß die PROCUP Verbindungen mit der EZLN hätte und die EZLN der ‚bewaffnete Arm` der PROCUP wäre. Diese Personen haben finanzielle Mittel gesammelt, indem sie behaupteten, diese wären ‚für die EZLN` ... Die EZLN erklärt, daß sie keinerlei Verbindung mit der PROCUP hat. Die EZLN hat niemals Kontakt mit der PROCUP gehabt, noch ist sie Teil ihrer Struktur, noch hat sie irgendetwas mit ihr zu tun. Die ökonomischen Unterstützungen, die die PROCUP empfangen hat, sind in keiner Weise für die EZLN ... Wir fordern von den verschiedenen Organisationen, daß sie nicht vom Namen der EZLN Gebrauch machen, um damit ihre eigenen Interessen zu verfolgen, und aufhören zu lügen hinsichtlich der angeblichen Beziehungen mit uns, die sie - wie sie wohl wissen - nicht haben ... Wir rufen das Volk von Mexiko und die Völker der Welt auf, sich nicht übers Ohr hauen zu lassen. Wenn die EZLN Kontakte oder Abkommen mit irgendeiner Organisation hat, gibt sie es in einem öffentlichen Comunicado bekannt ..."

Comunicado der EZLN vom 3.6.1994

# 23. Unheiliger Krieg in Algerien. Neue Eskalation im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen

*Neue Eskalation der Gewalt im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen*

Autor: bja · Rubrik: Algerien · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:38

Seit fast vier Jahren tobt in Algerien ein Bürgerkrieg, der den nordafrikanischen Staat gesellschaftlich und wirtschaftlich zerrüttet hat. Der Krieg begann 1992, als das Militär nach einem Staatsstreich den zweiten Wahlgang der Parlamentswahlen aussetzte, und mit repressiven Mitteln gegen die Siegerin des ersten Wahlgangs, die islamische Heilsfront (FIS) vorging. Derzeit herrscht ein Staatsrat unter Staatspräsident Liamine Zeroual - abhängig vom Wohlwollen des Militärs. Es gilt als sicher, daß Zeroual die von ihm für den 16. November anberaumten Präsidentschaftswahlen gewinnen wird, doch ein Ende des Bürgerkriegs ist derzeit nicht abzusehen. Im Namen der Modernisierung bekämpft die Regierung mit zunehmender Härte die islamistischen Strömungen, die "Islamisierung" Algeriens. Doch auch militante islamistische "Glaubenskämpfer" haben ihre Terroraktionen verschärft und auf Frankreich ausgeweitet. Die demokratische Opposition droht zwischen den Fronten zerrieben zu werden.

Das Scheitern des

algerischen Experiments

1962 endete Frankreichs Kolonialherrschaft in Algerien. Die Republik wird seitdem von der damaligen Widerstandsorganisation FLN autoritär regiert. Diese versprach der Bevölkerung, Algerien zu einem Musterbeispiel der Emanzipation nach europäischem Vorbild zu machen. Verstaatlichung von Großbesitz und Industrie, eine Agrarreform sowie die Einkünfte aus den Erdölquellen in der Sahara sollten den zukünftigen Wohlstand garantieren. (1) Mitte der 80er Jahre fielen jedoch infolge der Ölkrise die Ölpreise um fast 50%. Das bedeutete das Ende des ehrgeizigen Entwicklungsprojekts. Eine Spirale der Verschuldung setzte ein. Heute verschlingen allein die Zinstilgungen neun der elf Mrd. US-Dollar, die Algerien durch Ölexporte erwirtschaftet. (1)

Vor allem die Intelligenz verlangte bereits seit den 70er Jahren mehr Demokratie. In ländlichen Regionen gewannen islamische Strömungen an Popularität. Da sie die Verstaatlichungspolitik der FLN kritisierten, konnten sie einen Großteil der islamisch-konservativen Feudalität hinter sich bringen, die bis heute aufgrund von Verwandtschaften und Beziehungen zum Klerus einen Machtfaktor darstellt. Mit dem Ziel, die demokratischen Bewegungen zu ersticken, machte das Regime in Algier in den 80er Jahren größere Zugeständnisse an die islamisch-konservativen Strömungen. Immer massiver wurden die individuellen Rechte, insbesondere die der Frauen, beschnitten. Algerierinnen wurden verstärkt vom überspannten Arbeitsmarkt, Studentinnen aus den überfüllten Universitäten gedrängt. Das "Familiengesetz" von 1984 stufte sie zu Bürgerinnen "zweiter Klasse" herab und bedeutete zugleich einen Sieg des konservativen islamischen Fundamentalismus. Mit den staatlich verordneten Repressionen ging die Zunahme islamistischer Gewalt gegen demokratische Strömungen einher. (1)

Keine Demokratie für Algerien

Trotzdem fanden angesichts steigender Arbeitslosigkeit und wachsender Armut Ende der 80er Jahre Streiks und Demonstrationen für politische Freiheit statt. So mußte der amtierende Präsident Ali Kafi 1988 Parteien zulassen. (2) An den für Juni 1990 anberaumten Kommunalwahlen nahm neben einer Vielzahl kleinerer Parteien auch die sozialistische Partei FFS teil, die 1963 verboten worden war. Die FFS trat zur Wahl auch als Sprachrohr der unterdrückten Minderheit der Berber (Masirer) an, die ca. 20% der algerischen Gesamtbevölkerung ausmacht. (2,3) Die FIS hatte sich 1989 als Sammlungsbewegung (fast) aller islamischen Strömungen, von konservativ bis liberal, konstituiert. (1)

Tatsächlich gingen diese zwei Parteien auch als Siegerinnen aus den Kommunalwahlen von 1990 hervor. Die islamistische Bewegung wurde nun vom FLN-Regime als Konkurrentin um die Macht angesehen, im März 1991 wurde ihr jede öffentliche Parteiarbeit verboten. (2) Trotzdem ging sie aus den Parlamentswahlen im Dezember desselben Jahres erneut als deutlich stärkste Kraft hervor.

Angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung und der Tatsache, daß viele WählerInnen die FIS aus Protest gegen die Politik des FLN-Regimes wählten, aber keinesfalls einen fundamental-islamischen Gottesstaat wollten, kann allein aus dem Wahlergebnis noch keine Islamisierung abgeleitet werden. (4) Dies diente den Militärs jedoch als Vorwand, in einem Staatsstreich den amtierenden Präsidenten Chadli Benjedid zu stürzen. Der zweite Wahlgang wurde ausgesetzt, die Ergebnisse des ersten annulliert. Die provisorische Militärregierung erließ Notstandsgesetze und verhängte den Ausnahmezustand über Algier und das Umland, der im Juni 1993 auf nunmehr acht Provinzen ausgedehnt wurde. (5) Die Versuche des Präsidenten Mohamed Boudiaf, wieder zivile Regierungsstrukturen zu errichten, endeten jäh mit dessen bis heute ungeklärter Ermordung im Sommer 1992. Offiziell wird daran festgehalten, Boudiaf sei einem islamistischen Anschlag zum Opfer gefallen. Doch es ist ebenso wahrscheinlich, daß die Täter aus Militärkreisen stammen. (6,7)

Ideologische Kriegsführung

Im Namen der Moderne ging das Regime seit 1992 mit wachsender Brutalität gegen "den Islamismus" vor. In der westlichen Welt, insbesondere in Frankreich - das Algerien mit Wirtschaftshilfe von jährlich ca. einer Milliarde US-Dollar unterstützt (25) - versuchen Regierungskreise die ausgeübte Gewalt mit dem Argument der Modernisierung zu rechtfertigen. (8)

Festnahmen, Razzien, Folter und Hinrichtungen von Verdächtigen gehören seither zum algerischen Alltag. Die Zahlenangaben über die Opfer des Bürgerkriegs gehen stark auseinander. Regierungskreise sprechen von ca. 12.000 Opfern seit Dezember 1991, für deren Tod sie die Terrorakte der islamistischen Guerilla verantwortlich machen. (9) Doch Menschenrechtsgruppen gehen davon aus, daß im selben Zeitraum um die 50.000 AlgerierInnen im Bürgerkrieg umgekommen sind, und zudem ca. 17.000 unter menschenunwürdigen Bedingungen in Gefängnissen und Lagern einsitzen. (10,11)

Die Militärs führen inzwischen einen "totalen Krieg" gegen die islamischen Gruppen. So versucht die Armee ihre Schlagkraft durch Zwangsrekrutierungen und die Bewaffnung von 40.000 Gemeindepolizisten in ländlichen Regionen zu erhöhen. (12) Die Zerstörung von Moscheen, das Abholzen von Waldgebieten, in denen sich Widerstandsgruppen sammeln könnten, sowie skrupellose Bombardierungen "islamischer" Siedlungen(10) entlarven die Erklärungen der Regierung in Algier, den Krieg für Stabilität, Modernisierung und gegen islamistischen Terror zu führen, als bloßen Vorwand, um die eigene Macht zu sichern. Die Unglaubwürdigkeit der Regierung wird um so größer, zieht man in Betracht, wie sich das Regime jahrzehntelang der islamischen Bewegungen bediente, um die demokratische Opposition zu unterdrücken.

Die Popularität der islamischen Bewegung

Die islamische Bewegung existierte seit der Unabhängigkeit als vielschichtige religiöse Opposition zum Einparteienregime der FLN. Dies hinderte die konservativen Fraktionen jedoch nicht, mit dem Regime im Kampf gegen demokratische Gruppen zu kollaborieren(1). Die islamische Bewegung profitierte von der bedrohlicher werdenden wirtschaftlichen Lage Algeriens in den 80er Jahren. Denn im Zuge der Verschuldung sah sich das FLN-Regime gezwungen, Sozialleistungen stark einzuschränken. Dies war bei einer Arbeitslosigkeit von 50% - nach inoffiziellen Schätzungen - und einer zunehmender Verarmung der Bevölkerung ein explosives Unterfangen. (11) Den Islamisten, zum Teil vom islamischen Ausland unterstützt, gelang es, eine eigenständige Sozialversorgung (Speisungen in Moscheen, Almosen, medizinische Grundversorgung) aufzubauen. Auch ermöglichten moderate Gruppen den Muslima die Teilnahme am religiösen Leben, und befürworteten Frauentätigkeit in karitativen Berufen, im Bildungssektor und in der Gynäkologie. Diesem sozialen Engagement verdankt die heutige FIS ihre Popularität.

Gerechter Krieg

im Namen Allahs

Im Zuge der fundamentalistisch-islamischen Revolution im Iran fand jedoch eine konservative Radikalisierung weiter Teile der algerischen islamischen Bewegung statt. Dies äußerte sich in einer streng konservativen Koranauslegung, veränderten Lebens- und Bekleidungsvorschriften und dem Eintreten für einen totalitären Gottesstaat. Diese Kräfte beeinflußten die junge FIS in ihrer Hochphase von 1989-92 maßgeblich. Konservative Strömungen setzten sich gegen moderate durch, die FIS wendete sich klar gegen Säkularisierung und Demokratie - was sie aber nicht hinderte, an den Wahlen teilzunehmen. (1)

Unter den Bedingungen des Bürgerkrieges spaltete sich die Sammlungsbewegung in moderate und radikale Gruppen. Die Gruppe Bewaffneter Islam (GIA), die den Gottesstaat nach iranischem Vorbild anstrebt, entwickelte sich zur schlagkräftigsten Gruppe neben der FIS. Ihrem Aufruf zum heiligen Krieg gegen das Regime, die "verwestlichte" demokratische Opposition und Intelligenz, folgte die radikale FIS-Gefolgschaft, einschließlich wichtiger Führungskräfte. (4,10) Mittlerweile verfügt die GIA über eine ca. 2.500 Mann starke Guerilla-Armee, die für den weitaus größten Teil aller Attentate und Terroranschläge verantwortlich ist. (14) Die skrupellose Gewalt gegen alle "Ungläubigen", Plünderungen und Vergewaltigungen haben die GIA jedoch bei einem Großteil der Bevölkerung diskreditiert. Inzwischen werden auch FIS-AnhängerInnen von der GIA als ungläubige VerräterInnen angesehen, die es zu vernichten gilt. (15,16) Die Ermordung des FIS-Mitbegründers Imam Abdelbaki Sahraoui in Paris am 11. Juli 1995 durch die GIA zeigt, wie tief mittlerweile die Kluft zwischen den rivalisierenden Bewegungen geworden ist.

Eine geeinte islamische Front gibt es also nicht. Auch innerhalb der GIA finden Flügelkämpfe statt - eine Rivalengruppe erschoß 1994 den GIA-Führer el-Afghani. (17) Eine weitere Konkurrentin der GIA ist die Bewaffnete Islamische Bewegung (MIA oder auch AIS), die als militärischer Arm der FIS gilt. Sie beschränkt ihre Gewalt auf Funktionsträger der Regierung und Militärs. (5,18) Trotzdem ist die GIA stark genug, den "heiligen Krieg" nun auch auf Frankreich ausdehnen zu können (s.u.). (19)

Wolf im Schafspelz? -

Die Läuterung der FIS

Die FIS distanzierte sich nach der vorläufigen Freilassung ihrer inhaftierten Führer Abbas Madani und Ali Benhadj im Mai 1994 von der GIA, um nicht mit deren Brutalität in Verbindung gebracht zu werden. Diese drohte mit Gewalt, sollte die FIS mit der Militärregierung oder der demokratischen Opposition in Verhandlungen treten. (20)

Die FIS, immer noch stärkste islamische Fraktion, versucht nun, sich als legitime Oppositionskraft zu profilieren. Zusammen mit VertreterInnen der demokratischen Opposition, der algerischen Menschenrechtsliga LADDH und der moderaten islamischen Bewegung En-Nahda, sowie einer Delegation der FLN arbeitete sie in Rom im Januar dieses Jahres an einem Entwurf eines "Nationalen Vertrags" mit. Die Beendigung des Bürgerkriegs und Demokratisierung waren dessen Hauptziele. Die Delegierten stellten einen Forderungskatalog an die Regierung auf, der unter anderem die Freilassung aller politischen Gefangenen und der wieder inhaftierten FIS-Führer Madani und Belhadj, die Aufhebung des FIS-Verbots, die Garantie der Handlungsfreiheit für die übrigen Oppositionsparteien sowie die Aufhebung der Pressezensur beinhaltete. Im Gegenzug erteilte die FIS dem Terrorismus eine Absage und bekannte sich zu einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Die bewaffneten Gruppen GIA und MIA, deren Teilnahme am Kongreß die FIS durchgesetzt hatte, lehnten den Gewaltverzicht jedoch ab. (21)

Die Verbindungen zwischen FIS und MIA sowie die gesonderten - wenn auch gescheiterten - inoffiziellen Verhandlungen der FIS mit Militärs und Regierung im Juni hat in der Opposition jedoch Zweifel an der Aufrichtigkeit der FIS genährt.

Die Zukunft ist ungewiß

Von der Konferenz in Rom konnten zwar keine konkreten Ergebnisse erwartet werden, da sie gegen den Willen der Militärs stattfand. Die FLN-Delegierten waren ausnahmslos zweitrangige Funktionäre, die keine Entscheidungsbefugnis besaßen. OppositionsvertreterInnen durften erst nach Initiative des damaligen französischen Präsidenten Mitterand ausreisen. Dennoch war die Konferenz ein wichtiger Schritt. Es war die erste Annäherung zwischen FIS und demokratischen Oppositionsparteien, die im Bürgerkrieg zwischen den Fronten stehen. Auch international fand die Initiative Anerkennung; die FIS war durch ihren Gewaltverzicht für westliche Regierungen dialogfähig geworden. (21)

Auf Frankreichs Fürsprache hin willigte das Regime in Algier im Frühjahr in einen Dialog mit der Opposition (einschließlich der FIS) ein. Für die Zulassung der FIS zu diesen Gesprächen hatte sich insbesondere die sozialistische FFS ausgesprochen, um sie an ihr Versprechen von Rom zu binden (23). Der Dialog scheiterte jedoch im April an der Weigerung der Regierung, Parlamentswahlen abzuhalten. Statt dessen sprachen sich Regierungsvertreter für Präsidentschaftswahlen aus. FFS, FIS und auch die anderen Oppositionsparteien (die

bürgerliche RCD, die Arbeiterpartei PT) und die moderate islamische Bewegung en-Nahda erklärten nach Abbruch der Verhandlungen, die Präsidentschaftswahl zu boykottieren. Legt man die Wahlergebnisse von 1991 zugrunde, würden dann am 16. November 76% der AlgerierInnen den Urnen fernbleiben. (9)

Die Wiederwahl Präsident Zerouals ist nahezu unbestritten, wenn die Opposition am Wahlboykott festhält. Die drei Gegenkandidaten werden nicht von den o.e. Oppositionsparteien unterstützt. Der Ablehnung von Seiten der Bevölkerung wird derzeit mit vollmundigen Erklärungen in den Medien - die Armee stünde in ihrem Kampf gegen den Islamismus kurz vor dem Durchbruch - und verschärftem Terror begegnet. Denn die Wahlen sollen ein Zeichen der Stabilität setzen und die Handlungsfähigkeit der Regierung demonstrieren. (22) Auch das geplante Treffen Zerouals mit dem konservativen französischen Präsidenten Jacques Chirac sollte dem Wahlkampf, der Legitimierung der Politik Algiers dienen. Der französische Präsident bestätigte das Treffen zuletzt am 10. Oktober, trotz der seit Juli andauernden Anschlagserie islamischer Terroristen, vornehmlich aus den Reihen der GIA, die mittlerweile sieben Tote und 160 Verletzte gefordert haben. (25) Er kritisierte zudem die FIS-Nähe der USA und der BRD, die sich seit der Konferenz von Rom für einen Dialog der Regierung Zerouals mit der Opposition ausgesprochen hatten. (19) Buchstäblich in letzter Minute sagte Chirac jedoch das Treffen mit Zeroual ab. (26) Statt dessen besuchte der französische Botschafter in Algier, Michel Leveque, die drei Kandidaten, die gegen Zeroual bei der Präsidentschaftswahl antreten werden. Diplomatisch bedeutet dies zweifelsohne eine Düpierung Zerouals. (27)

Die Macht des Zeroual-Regimes ist demnach noch nicht gebrochen. Eher wird mit einer Verschärfung der Kämpfe zu rechnen sein. Die Hardliner im Militär jedenfalls setzen derzeit auf Kampf, da sie fürchten, nach einem Machtwechsel für ihre Rolle im Bürgerkrieg zur Rechenschaft gezogen zu werden. Solange die Regierung auf französische Unterstützung zählen kann 25), wird sie den Krieg fortsetzen. Ebensowenig werden die extremen Islamisten einlenken, sehen sie doch, wie geschwächt Zerouals Position derzeit ist. Ob die demokratische Opposition der Gewalt etwas entgegensetzen kann, hängt daher nicht zuletzt davon ab, ob die fragile Koalition demokratischer Kräfte mit der FIS Bestand haben wird.

bja

Quellen und Anmerkungen:

(1) Wissenschaft und Frieden 1/94. Das "Familiengesetz" schränkte die Rechte der Frau stark ein, erklärte sie z.B. bis zur Heirat zum Mündel ihres Vaters oder Bruders, nach der Eheschließung ihres Gatten.

(2) FR 11.1.95

(3) Iz3W, Dezember 94

(4) FR 14.4.94

(5) Süddeutsche Zeitung (SZ) 8.7.93

(6) FAZ 30.1.93

(7) FR 8.4.95

(8) FR 30.1.95

(9) FR 8.8.95

(10) die tageszeitung (taz) 11.4.95

(11) FR 29.11.93; 1993 wurden 70% der Bevölkerung der Unterschicht zugerechnet.

(12) FR 21.3.95

(13) Perspektiven Mai 95

(14) Der Tagesspiegel 7.1.95

(15) SZ 23.3.95

(16) FAZ 16.9.95

(17) Guardian Weekly 23.7.95

(18) FAZ 23.3.95

(19) taz 19.10.95

(20) taz 15.9.94

(21) SZ 19.1.95

(22) Le Monde diplomatique/taz/WOZ 13.10.95

(23) SZ 11.4.95

(24) taz 28.1.95

(25) TIME 30.10.95

(26) Die Zeit 27.10.95

(27) taz 23.10.95

# 24. Wem gehört Ivo Andric? Zur Kontroverse um die nationale Vereinnahmung des großen Humanisten

*Zur Kontroverse um die nationale Vereinnahmung des großen Humanisten - von Balduin Winter*

Autor: Balduin Winter · Rubrik: Kultur; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:11

Der Stellenwert, den der jugoslawische Nobelpreisträger Ivo Andric (1892-1975) in der europäischen Literatur einnimmt, ist klar umrissen. Er zählt zu den großen realistischen Erzählern des 20. Jahrhunderts. Mit seinem Werk hat er die Tiefenstrukturen einer äußerst widersprüchlichen Region sichtbar gemacht. Sowohl sein Hauptwerk, der Roman "Die Brücke über die Drina" (1945, deutsch 1953), als auch seine überaus zahlreichen, meist in Zyklen sich fügenden Erzählungen sind episodenhaft angelegt, ein Mosaik, oft nur sehr lose verbunden mittels eines Themas (z.B. die Brücke). Ein weiteres Kennzeichen ist die zeitlich-lineare Abfolge der Kapitel oder Erzählungen. Andric selbst verstand sich als Chronist, der zwar meist mit erfundenen Figuren operierte, die aber als Träger seiner Geschichtsauffassung sehr scharf die Realverhältnisse spiegeln. Wie kaum ein anderer vermag es Andric dank seines psychoanalytisch geschulten Blickes und seiner außergewöhnlichen Beobachtungsgabe für soziale Beziehungen, die vertikalen Dimensionen der von ihm geschilderten bosnischen Gesellschaft auszuloten.

Im Wieser Verlag Klagenfurt/Celovec, der sich einsame Verdienste in der Übersetzung südosteuropäischer Literatur erworben hat, ist heuer ein Erzählband von Andric erschienen. Er umfaßt neun Erzählungen, die bis auf wenige Ausnahmen durchweg in den 60er Jahren übersetzt wurden und längst vergriffen sind. Obwohl nur knapp 220 Seiten stark, ist die Auswahl exzellent getroffen: Sie enthält Geschichten aus verschiedenen Lebensphasen Andric', frühe, wie "Mustafa Magyar", und späte ("Die Autobiographie"), Geschichten von kleinen Sepharden ("Buffet Titanic") und muslimischen Underdogs in Sarajevo ("Die Holzbündel"), von der beklemmenden Enge der Provinzstädte ("Am Ufer") und vom Klosterleben ("Das Glas"), eine Extrem-Fabel ("Anka und der Wolf") und eine extreme Liebe ("Liebe in der Kleinstadt"): schließlich, zentral plaziert, den "Brief aus dem Jahre 1920", aus dem in den letzten Jahren häufig, gern und falsch zitiert wurde. Mit dieser Auswahl wird der schier unerschöpfliche Erzähler in vielen Facetten präsentiert. Wer Andric kennenlernen will, findet hier eine ideale Einführung.

Andric ist, obwohl schon länger verstorben, ein umstrittener Dichter. Immer wieder mußte er für politische und ideologische Zwecke herhalten, noch zu Lebzeiten, und erst recht wieder seit den serbischen Aggressionskriegen gegen Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Zwei Aspekte sind in der Ausschlachtung dieses hervorragenden Autors maßgeblich: zum einen der formale Aspekt der Zuordnung zu nationalen Literaturen, zum anderen der inhaltliche Aspekt, sei es in Form des Herausreißens von Zitaten zur Klitterung ideologischer Zerrbilder, sei es in Form der Instrumentalisierung seines Geschichtsbildes. Letzteres wird auch in deutschen Feuilletons gern betrieben, wenn es darum geht, den angeblich besonderen Haß in den Schluchten des Balkan zu beweisen, der einer vulkanischen Mentalität entspringt, deren Ausbrüche naturgewollt und nicht verhinderbar wären.

Serbe? Kroate? Jugoslawe?

An den wichtigsten jugoslawischen Literaturgeschichten, die Enciklopedija Jugoslavije inbegriffen, fällt auf, daß ihr Hauptkriterium ein außerliterarisches ist, nämlich die Zuordnung von Literatur zu Nationalitäten. Das mag für das 19. Jahrhundert einen Sinn geben, als die Literatur in Beograd, Zagreb und Ljubljana wesentlich zum nationalen Erwachen beitrug, und damit auch zum Widerstand gegen Habsburg und gegen die Pforte. Das mag für einen Staat wie jenen der Zwischenkriegszeit verständlich sein, wo die Literatur Akzente setzte gegen die nationalistische Dominanz der serbischen Königsdiktatur und gegen die aufkommenden faschistischen Bewegungen. Aber schon für diese Ära zeigt sich gerade in der Literatur deutlich die Entwicklung einer Strömung, die die partikularistischen Nationalismen überwinden wollte und einen progressiven Jugoslawismus zum Programm erhob. Trotz des widrigen politischen Klimas gab es eine künstlerisch fruchtbare Atmosphäre, in der sich die Idee einer übernationalen, globalen Kultur etablierte.

Es erstaunt dennoch, daß trotz so hervorragender Vertreter wie Andric oder Krleza diese Strömung nach dem Krieg sich nicht vollends durchsetzen konnte. Zwar gelang es auf der 3. Schriftstellertagung 1953 in Ljubljana, die Autonomie der Kultur und die Gleichberechtigung ästhetischer Formen gegen die Dogmatiker durchzusetzen, die den sozialistischen Realismus zum einzigen Gestaltungsprinzip erheben wollten. Das Netz der nationalen Zuordnungen blieb hingegen bestehen, obwohl die großen Schriftsteller (Andric, Krleza, Ujevic, Ristic, Selimovic, Popa, Kosmac...) nicht den geringsten Wert darauf legten, sondern vielmehr ihren supranationalen Jugoslawismus betonten. Vielleicht werfen gerade solch nebensächliche Dinge wie literaturhistorische Einteilungen ein Licht darauf, wie stark das nationale Denken während der Phase der sozialistischen Staatsdoktrin und der föderativen Republik verankert war.

In den meisten Literaturgeschichten wird Andric nun mit großer Selbstverständlichkeit der serbischen Literatur zugeordnet. Andric mag zwar gebürtiger Kroate sein, doch spräche vieles dafür, daß er sich nicht als Kroate gefühlt habe. Argumentiert wird damit, daß er nie für kroatische Anthologien publiziert habe - was nicht stimmt, denn Andric hatte in einer kroatischen Anthologie zu publizieren begonnen und später, als er Botschafter in Hitler-Deutschland war, eine Erzählung für eine deutsche Anthologie vorwiegend kroatischer Autoren im Wiking Verlag Berlin veröffentlicht (1938). Weiter habe er bereits als Heranwachsender sich politisch eindeutig gegen das Kroatentum entschieden - was in dieser Form auch nicht stimmt, weil er sich eindeutig gegen Habsburg entschieden und sich deshalb der serbisch dominierten nationalen Bewegung Mlada Bosna (Junges Bosnien) angeschlossen hatte, jener Bewegung mit stark nationalistischen Zügen, die für das Attentat in Sarajevo 1914 verantwortlich zeichnete. Außerdem wird angeführt, Andric habe von seiner Heimat ein sehr düsteres Bild entworfen, er habe oft harsche Kritik an den bosnischen Zuständen geübt - was in dieser Einseitigkeit ebenfalls nicht stimmt. Vielmehr habe ich den Verdacht, daß Andric im positiven Sinn ein glühender Patriot war, der für sein Land sehr viel Zuneigung übrig hatte, aber alles andere als ein Schönfärber war. Fragwürdig ist auch die Behauptung, er habe seine Sympathie für das Serbentum dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er nach dem Krieg seinen Wohnsitz in Beograd hatte und sein ursprünglich ijekavisches Idiom (von den Kroaten gesprochen) gegen das ekavische Idiom eintauschte. Doch mit "dem Serbentum" hatte der überzeugte Jugoslawist Andric ebensowenig zu tun wie mit "dem Kroatentum".

Vordergründig erscheint die Einordnung von Andric als pragmatisches Problem. Eine der populärsten Literaturgeschichten, jene von Antun Barac (Geschichte der jugoslawischen Literaturen von den Anfängen bis zur Gegenwart. Zagreb 1963. Deutsche Übersetzung Wiesbaden 1977), kennt schlichtweg keine eigenständige bosnische Literatur; die Autoren dieser Republik werden im wesentlichen ihrem Sprachidiom nach der kroatischen oder serbischen Literatur zugerechnet. Andric gehört demgemäß zur serbischen Literatur, zumal er auch Präsident des Serbischen Schriftstellerverbands war - Funktionen sind für Zuordnungen ganz nützlich.

Ein bosnischer Autor - was eine Zuordnung ohne nationale Eigenschaft wäre, sich aber aus der Logik seines Werkes ergibt - durfte Andric nicht sein. Denn die bosnische Literatur wurde häufig als Inbegriff der Rückständigkeit betrachtet. Salko Nazecic vertrat in der Enciklopedija Jugoslavije die Auffassung, daß dieser Landstrich aufgrund der 400jährigen Türkenherrschaft in seinem kulturellen Fortschritt völlig gehemmt worden sei, weshalb keine bessere Literatur entstehen konnte als eine, die "eher eine Form des Alphabetismus (pismenost) als eine Literatur" sei (Enciklopedija Jugoslavije, Aufsatz "Bosna i Hercegovina". Bd.2, Zagreb 1956, S.72). Nun war Nazecic nicht irgendein serbischer Nationalist, sondern Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Künste in Beograd, natürlich auch KP-Mitglied; und die Enzyklopädie ist das jugoslawische Standardwerk schlechthin.

Allerdings gibt es in Bosnien selbst sehr unterschiedliche Stimmen zur Rolle von Ivo Andric. Von kritischen muslimischen Intellektuellen wird er durchaus geschätzt als "Autor des distanzierten Blickes", der unbestechlich die Licht- und Schattenseiten der bosnischen Seele notierte. Von ihm gingen wichtige Impulse zur Auseinandersetzung um die bosnische Geschichte aus. Daran kommen auch jene Kritiker nicht vorbei, die ihm Ignoranz gegenüber dem Islam und eine negative Sicht der muslimischen Verhältnisse vorhalten. Diese Kritik kommt vor allem aus konservativen (aber keinesfalls fundamentalistischen) muslimischen Kreisen. Einer ihrer Wortführer ist Smail Balic, der die Wurzeln von Andrics angeblicher Muslimfeindlichkeit in dessen 1923 in Graz approbierten Dissertation sieht: "Die Entwicklung des geistigen Lebens in Bosnien unter der Einwirkung der türkischen Herrschaft." Tatsächlich wurde sie auch im Gutachten des Doktorvaters kritisiert: "Eine der Thesen des Verfassers - die Negierung jeglichen positiven Einflusses des Islam und der Türken auf das

Kulturleben Bosniens - wird trotz aller Argumente, die er vorbringt, um seine These zu unterstützen, nicht ohne Widerspruch hingenommen werden." (zit. nach Tijomil Rajda, Ivo Andric i muslimani. In: Islam und der Westen. Wien, 5/1985, S.21)

Hierzu muß freilich der Kontext gesehen werden. Andric kommt aus einer proserbisch orientierten nationalistischen Bewegung mit eindeutigen Feindbildern. Der habsburgische und der osmanische Feind waren soeben besiegt, und in den ersten Jahren des jungen Staates der Serben, Kroaten und Slowenen war das Selbstverständnis, gegenüber diesen ehemaligen Bastionen der Reaktion die fortschrittliche Kraft zu sein, ebenso ungebrochen wie der Glauben an den neuen und modernen Staat. Diese Überzeugung führte bei Andric auch dazu, als Vertreter dieses Staates in dessen diplomatische Dienste einzutreten, wo er in Rom, Bukarest, Madrid, Genf und als Botschafter in Berlin bis 1941 tätig war.

Dem Nationalismus des Jugendlichen hatte er schon bald wieder abgeschworen, wie seine ersten Prosaarbeiten zwischen 1918 und 1920 zeigen. Wo Balic die Wurzel einer Negation der muslimischen Kultur auszumachen sucht, sind weit eher die Wurzeln für ein kosmopolitisch verstandenes Jugoslawentum zu suchen. Die Kritik an der Dissertation mag berechtigt sein, doch zunehmend differenziert sich die Sichtweise des Autors. Diese schlägt sich in einem unerhört figurenreichen erzählerischen Werk nieder, in dem Vertreter aller Nationalitäten, Konfessionen und sozialen Schichten vertreten sind - ein vielfältiges und farbenprächtiges Panoptikum.

Andric hat sich selbst nie mit der bereits zu seinen Lebzeiten um ihn geführten Kontroverse beschäftigt. Auch über seine Zuordnung zur serbischen Literatur hat er sich nie geäußert. Mit einiger Enttäuschung wurde auch registriert, daß er, der überzeugte Jugoslawist, sich nie mit Titos Jugoslawien identifiziert hatte, obwohl sein Humanismus durchaus von sozialistischen Ideen durchzogen war.

Mit dem militärischen Konflikt hat sich auch die Kontroverse um die Kultur - und um ihre Aushängeschilder - verschärft. Serbien, das in seiner Politik mit der Idee des Jugoslawismus schon in den 80er Jahren gebrochen hatte, gibt sich als Erbe des "alten Jugoslawien" aus und druckt Andrics Porträt auf einer neuen Banknote. In Visegrad sprengten radikale Moslems 1992 sein Denkmal, "weil er schlecht über Moslems schrieb". In Kroatien, wo man derzeit sehr beschäftigt ist mit der Schaffung eines kroatischen Nationalbewußtseins, bezeichnet man Jugoslawisten als "jugonostalgicari", als Jugonostalgiker, ein Begriff, dessen aktuelle Bedeutung an "Vaterlandsverräter" herankommt. Der Begriff ist allerdings auch in Serbien nicht unüblich.

Andererseits gibt es auch in der kroatischen Opposition Strömungen, die die Vereinnahmung Andrics anstreben. Ivan Lovrenovic, einer der besten Autoren des Landes, unternimmt im Literarischen Magazin "Most" ("Die Brücke") Nr. 3/1994 eine Neuinterpretation, indem er Tin Ujevic, einen Bosnier aus Sarajevo, der in Paris im Exil lebte, den großen Zagreber Autor Miroslav Krleza und Ivo Andric zum Dreigestirn der kroatischen Literatur ernennt. Daß keiner der drei Autoren sich selbst als "kroatischer Schriftsteller" verstanden hatte, entkräftet er mit dem Verweis, daß die kroatische Literatur multikulturellen Charakter habe und in verschiedenen Städten/Kulturzentren entstanden sei. Verstärkt durch widrige historische Umstände sei deshalb das Gefühl einer kroatischen Identität wenig ausgeprägt gewesen, was sich auch auf das Selbstverständnis dieses Dreigestirns niedergeschlagen habe. Mir scheint allerdings, daß Lovrenovic seine eigenen Identitätsprobleme auf Andric und Co. projiziert; es wäre schade um diesen begabten Autor, würde er sich auf die nationale Schmalspur hinbewegen.

Das "Land des Hasses"

Aber nicht nur in der formalen Zuordnung wird versucht, Andric national zu verhäckseln. Zitate aus seinem Werk werden, ob in Beograd, Zagreb, Frankfurt oder Hamburg, mit Vorliebe herangezogen, um dem jeweils eigenen Geschichtsbild den richtigen Dreh zu geben - Andrics Wort sozusagen als autoritative ultima ratio. Natürlich war Andric, bei aller Fiktion seiner Geschichten, auch Geschichteschreiber, der über seine Erzählungen auch Geschichte neu- und uminterpretierte. Dabei wurde ihm, noch zu Lebzeiten, ein hermetisches Geschichtsbild unterstellt. Federführend war dabei der namhafte Beograder Essayist und Kritiker Predrag Palavestra mit einer oft zitierten Einschätzung: "Seine Prosa führt zu dem Schluß, daß Andrics Geschichtsverständnis auf einem zyklischen Prinzip der Wiederholung und Erneuerung beruht. In vielen Fällen und manchmal ganz explizit weist Andric darauf hin, daß die Geschichte Schicksale und Situationen wiederholt, und daß es seit undenklicher Zeit nur einige wenige grundlegende historische Modelle gab, um die

sich die ganze Geschichte der Menschheit drehte." (Predrag Palavestra, Ivo Andric's Historical Thought. In: D.Nedeljkovic, Reflets de l'histoire européenne dans l'oeuvre de Ivo Andric, Nancy 1985. S. 47f).

Diese Aussage enthält Richtiges, geht aber tendenziell ins Leere. Aus der Beschreibung der Realität durch den Autor - er beschreibt eine über Jahrhunderte einigermaßen geschlossene Gesellschaft - wird der Rückschluß gezogen, diese Beschreibung sei identisch mit dem Geschichtsbild des Autors. Dem kommt dann die pessimistische Weltsicht nur noch entgegen. Und an Zitaten, die das "zyklische Prinzip der Wiederholung" belegen können, mangelt es nicht: "Bosnien ist ein Land des Hasses"; oder: "Von alters her war Sarajevo eine Stadt des Geldes und des Geldhungers..." usw. Und im deutschen Feuilleton wurde daran anknüpfend mit großer Selbstverständlichkeit behauptet, "die ewige Wiederkehr des Hasses" (Die Zeit, 9.10.92) "erklärt die Tragik der Gegenwart" (FAZ, 6.10.92), und zwar jedesmal unter Berufung auf Ivo Andric, den man in den Gedenkartikeln zum 100. Geburtstag zum advocatus diaboli "des blindwütigen Nationalitätenkampfes" (Kölner Stadtanzeiger, 8.10.92) machte, den die "grausame und unbändige Zerstörungswut seiner Landsleute nicht überraschen" würde (Rheinischer Merkur, 9.10.92). Andric, der düstere Prophet des Bösen.

Nun enthält der Erzählband bei Wieser auch den "Brief aus dem Jahre 1920", aus dem dieses Geschichtsbild immer wieder belegt wird. Jetzt kann man überprüfen, was es mit der "ewigen Wiederkehr des Hasses" auf sich hat. Dabei handelt es sich keineswegs um einen authentischen Brief, sondern um eine nach dem Zweiten Weltkrieg veröffentlichte Erzählung, die wohl noch die Erfahrungen dieses brutalen Krieges, insbesondere des Holocaust mitverarbeitet. Der Autor läßt zwei Figuren auftreten, einen Ich-Erzähler und seinen Schulfreund, den jüdischen Arzt Max Löwenfeld, der im Spanischen Bürgerkrieg 1938 fällt. Der Emigrant erklärt dem Ich-Erzähler die Beweggründe für seine Auswanderung: "Ja, Bosnien ist das Land des Hasses. Das ist Bosnien. Doch nach jenem seltsamen Widerspruch, der eigentlich gar keiner ist und sich bei aufmerksamer Betrachtung leicht erklären ließe, kann man ebensogut sagen, daß es wenige Länder gibt, in denen man so viel festen Glauben, so viel erhabene Beständigkeit des Charakters, so viel Zärtlichkeit und leidenschaftliche Liebe, so viel Gefühlstiefe, Anhänglichkeit und unerschütterliche Ergebenheit und so viel Hunger nach Gerechtigkeit finden kann." (Buffet Titanic, S.170) Dem folgen sehr differenzierte Ausführungen über den "bosnischen Haß", aus denen ganz deutlich die Angst vor der Bedrohung des Judentums spricht. Dazu muß man wissen, daß Sarajevo neben Saloniki auch ein Zentrum des Judentums auf dem Balkan war, dessen Schicksal Andric mit großer Aufmerksamkeit verfolgte. Der "bosnische Haß" kann so verstanden werden als eine Metapher für jene vulkanischen Zonen der Gesellschaft, die den Antisemitismus bis hin zu seinen militantesten Formen hervorbringen. Dementsprechend schließt auch der Brief: "Ich bin nicht so naiv, auf der Welt eine Stadt zu suchen, in der es keinen Haß gibt, nein, ich brauche nur einen Ort, in dem ich leben und arbeiten kann, und hier könnte ich das nicht." (S.176)

Es ließen sich eine Reihe von Zitaten anführen, die, aus ihrem Zusammenhang gerissen, ein völlig verzerrtes Bild von Andric herstellen. Dagegen sollte man jene Lesart bekräftigen, die der serbische Schriftsteller Zarko Radakovic, Handke-Übersetzer ins Serbokroatische und derzeit im Kölner Exil lebend, vorschlägt: "Andrics Bücher hätten rechtzeitig als eine Lektüre des Friedens gelesen werden müssen. Als erzieherische Literatur für ein Leben in Frieden und für die Verlängerung und Bewahrung des Friedens. Als Weisheiten. Als subversive Schriften über die Antriebe des Menschen. Als erschütternde Tragödie über den Balkan. Als Mentalitätsforschung am Schnittpunkt von Ost und West. Als Psychologie des Bösen. Als Erzählungen über die Ursprünge und die Kunst der Liebe... Als Spurensicherung. Als Topographie eines Terrains, das vergessen worden ist." (Frankfurter Rundschau, 7.1.95)

Erhältliche Bücher von Ivo Andric:

- Buffet Titanic. Erzählungen. Aus dem Serbokroatischen von Milo Dor und Reinhard Federmann. Wieser Verlag Klagenfurt/Celovec, 1995.

- Die Brücke über die Drina. Eine Visegrader Chronik. Roman. Deutscher Taschenbuch Verlag München, 1993, 5. Auflage.

- Wesire und Konsuln. Eine Travniker Chronik. Ein historischer Roman. Deutscher Taschenbuch Verlag München, 1993, 3. Auflage.

- Das Fräulein. Roman. Ullstein Verlag Berlin, 1991.

# 25. EuroPhantasien - Eure Phantasien (Interview mit Irmgard Pinn und Marlies Wehner, aus "Klenkes")

Rubrik: Frauen; Kultur; Nahost allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:24

Islamische Frauen im westlichen Blick

"EuroPhantasien" heißt das Buch der beiden Aachener Sozialwissenschaftlerinnen Irmgard Pinn und Marlies Wehner, in dem sie polemisch und provozierend die westliche Sicht auf den Islam und besonders islamische Frauen untersuchen. Über das Zerrbild der "Kopftuchtürkin", westliche, auch west-feministische Überlegenheitsansprüche und die Rushdie-Affäre sprachen die beiden mit Alfred Schobert.

Frage: Wie seid Ihr dazu gekommen, in Schwerstarbeit den Augiasstall europäischer Orient- und Islambilder auszumisten?

Wehner: Bei mir verbinden sich persönliche und fachliche Interessen. Ich bin mit einem Moslem liiert, habe zwei muslimische Kinder und bin aktiv im Verband binationaler Familien und Partnerschaften.

Pinn: Ich persönlich beschäftige mich - auch über Reisen - seit Mitte der 70er Jahre mit dem Thema. Der aktuelle Anlaß für uns beide, das Thema systematisch anzugehen, war der Golfkrieg. Zwei Punkte waren uns dabei wichtig: Erstens traf der Golfkrieg zusammen mit dem Verschwinden des sogenannten Ostblocks. Die zweite Welt brach zusammen und in einer Neuverteilung der Welt wurde auch das Verhältnis zwischen dem Westen und der islamischen Welt neu gestaltet. Zweitens die nationale Perspektive: Hier geht es um das Verhältnis zwischen "eingeborenen" Deutschen und MigrantInnen. Der Islam hat eine zentrale Bedeutung bei der Bestimmung dessen, wer bei uns willkommen ist und wer nicht.

Wehner: Auch wird über den Islam definiert, was denn nun deutsch sei.

Pinn: Der Islam wird zur gesellschaftlichen Klassifizierung benutzt. Das gängige Bild der Muslime hier ist geprägt vom Gastarbeiterstatus. Wenn du mit Leuten zu tun hast, die versuchen, den Gastarbeiterstatus zu überwinden, also in qualifizierte Berufe aufzurücken, dann merkst du, wie stark der Islam als Mechanismus für soziale Positionierung gegen sie benutzt wird. Davon sind Frauen, die Kopftücher tragen, ganz besonders betroffen. Bevor sie überhaupt nur den Mund aufgemacht und ein Zeugnis vorgelegt haben, ist da schon das Etikett drauf, daß sie den Betriebsfrieden stören, zur Arbeit nicht in der Lage sind usw.

Wehner: Der Islam gilt immer als Hindernis für Ziele, die man in unserer Gesellschaft erreichen könnte. Ob es schulischer oder beruflicher Erfolg ist - immer ist es der Islam, der das angeblich behindert. Nie kommt der Gedanke auf, daß es vielleicht auch in den Strukturen und Vorstellungen unserer Gesellschaft liegen könnte, statt immer nur davon auszugehen, daß die MigrantInnen sozusagen etwas "mitbringen", was sie behindert.

Pinn: Es wird übersehen, daß es sich um eine zweiseitige Sache handelt. Statt auch zu fragen, ob wir Barrieren errichten, schaut man nur darauf, daß da autoritäre und traditionelle Eltern ihre Kinder hemmen. Das mag in vielen Fällen stimmen. Wir wollen diese Seite nicht der Kritik entziehen. Nur müssen wir darauf achten, was von unserer Seite aus geschieht, unser Einfluß liegt ja hier. Ich erwarte, daß beide Seiten zumindest gleichgewichtig gesehen werden.

Ungleiche Positionen

Euer Buch behandelt speziell das westliche Bild der islamischen Frau. Eure Kritik macht dabei nicht vor dem Islambild in feministischen Gruppen und Zeitungen halt. Was erwartet Ihr von der Frauenbewegung bezogen auf antirassistische Arbeit?

Wehner: Das Bild, das feministische und fortschrittliche Gruppen vom Islam und islamischen Frauen haben, deckt sich im wesentlichen mit dem herrschenden Bild. Da gibt es quer durch das gesamte Spektrum der Publikationen von der Yellow Press bis hin zu feministischen Zeitschriften keine Unterschiede. Auch Feministinnen denken in diesen Schablonen. Ansonsten kritische Frauen sind voll auf der herrschenden Linie, sobald es um den Islam geht. Das bringt für die Arbeit mit MigrantInnen oder mit Frauenorganisationen in den betreffenden Ländern jede Menge Schwierigkeiten mit sich. Ich hätte als engagierte Frau dort wenig Lust, mit

Frauen von hier zusammenzuarbeiten, die mir permanent das Gefühl vermitteln, daß alles, worauf ich baue, dummes Zeug ist. Das Problem ist, daß man keine ebenbürtige Auseinandersetzung führt, sondern daß - mindestens unterschwellig - vermittelt wird, der westliche Weg von Frauenbefreiung, die westliche Vorstellung von einem Leben als selbstbestimmte Frau sei der einzig attraktive.

Pinn: Es muß erst einmal eine egalitäre Ebene der Auseinandersetzung geschaffen werden, Diskussionen, in denen sich die Teilnehmerinnen als gleichwertig anerkennen, statt daß westliche Frauen für sich eine von vornherein überlegene Diskussionsposition in Anspruch nehmen, die sich rein zufällig mit der ökonomischen und militärischen Vormacht des Westens in der Welt deckt.

Was ist denn der Schlüsselreiz, der so nervt und zu den beschriebenen Folgen führt?

Wehner: Generell das Verhältnis zur Religion. Der Moment, wo man mit muslimischen Frauen zu tun hat, für die Religion eine Rolle spielt, wirkt wie ein Angriff auf westliche Frauen, die eine ganz andere Vorstellung von Religion und ihrem Verhältnis zur Religion haben. Der Vorstellung westlicher Frauen zufolge gibt es eine "normale" Entwicklung zur Befreiung der Frau, zu der die Ablösung von Religion gehört.

Das sind aber doch keine bloßen Hirngespinste. Die muslimischen Frauen kriegen vielleicht die Rechnungen präsentiert, die WestlerInnen mit dem Christentum offen haben. Mit gutem Grund, man denke nur an die für die Frauenbewegung konstitutive Auseinandersetzung um die Abtreibung.

Wehner: Für uns ist wichtig, daß die westlichen Frauen die Geschichte, die sie mit dem Christentum abhandeln müssen, nicht übertragen. Man kann sich nicht vorstellen, daß es andere Erfahrungen mit einer anderen Religion gibt und daß diese Erfahrungen positiv sein können.

Alptraum Europa

- Traum Islam?

Ihr zeigt Euren LeserInnen ihre europäischen Phantasien vom Orient. Aber besteht Euer Buch nicht auch aus Euren Phantasien, zwei antieuropäischen Europhantasien, einem Traum vom Islam und einem Alptraum von Europa? Ihr kritisiert am westlichen Orientbild, daß es die Gesamtheit der islamischen Länder über einen Kamm schert, homogenisiert. Euer Europa scheint ebenso homogenisierend gezeichnet; von der Kindergärtnerin bis zum Imperialismus ist das ein Block.

Pinn: Wir reden vom westlichen Blick. Das ist eine gewisse Homogenisierung, aber wir filtern die Perspektive heraus, die sich im Material durchweg zeigt. Es geht nicht darum, die Perspektive einfach umzukehren. Ich bin Europäerin, weiß vieles an Europa und der europäischen Tradition zu schätzen und zu verteidigen. Aber erstens müssen wir fragen, ob im Westen denn die Menschenrechte so vollkommen verwirklicht sind. Zweitens hat sich der Westen im Kolonialismus um Menschenrechte nicht gekümmert, und heute werden die Menschenrechte und westliche Demokratievorstellungen oft genug gegen die Dritte Welt heuchlerisch instrumentalisiert.

Wehner: Zum Traum vom Islam: Mit dieser Kritik haben wir gerechnet. Aber wir brauchen nicht von einem Islam zu träumen. Im Buch geht es nicht darum zu zeigen, was nun der wahre Islam ist. Wir schauen nur an einzelnen Punkten hin, ob sich die Vorstellungen über den Islam tatsächlich im Islam finden. Wir zeigen, daß die in den Medien gerne herangezogenen Stellen aus dem Koran gar nicht das hergeben, wofür sie herhalten müssen.

Rushdie: Tabubruch, Zensur?

Euer Buch enthält eine Anmerkung zum Fall Rushdie, die mich - Fehlinterpretation? - entsetzt hat. Läuft die Argumentation Ali Mazruis, die Eurer Meinung nach "zum Kern der Sache" führt, darauf hinaus, daß Ihr das Todesurteil gegen Rushdie verurteilt, daß man aber Zensur zumindest in Erwägung ziehen müsse?

Pinn: Hier müßten wir weiter ausholen, als uns Platz zur Verfügung steht. Nur soviel: In jeder Kultur, auch in unserer, gibt es bestimmte Tabus, an denen man nicht so einfach rühren kann. Rushdie verstößt gezielt gegen das Tabu aller islamischen Kulturen, zur großen Freude des Westens, wie sein Erfolg zeigt. Im Westen müßte, statt einfach über "Fundamentalismus" zu zetern, zumindest darüber nachgedacht werden, ob man so mit den

Tabus anderer Kulturen umgehen sollte. Ist der Tabubruch, nur weil er ein Tabubruch ist, deshalb schon in jedem Fall gut?

Vielleicht verweist das Nichtdiskutieren solcher Fragen auf eines unserer Tabus - die Reaktionen werden es zeigen.

Irmgard Pinn / Marlies Wehner: EuroPhantasien. Die islamische Frau aus westlicher Sicht. Duisburg: DISS 1995, 257 S., DM 29,80 ISBN 3-927388-49-1

aus: Klenkes. Magazin für Aachen, 20 (1995), H. 10, S. 20-21;

# 26. Islamische Frauen im westlichen Blick. Rezension

Autor: bja · Rubrik: Frauen; Kultur; Nahost allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:36

Vor dem Hintergrund zunehmender Ressentiments gegenüber den in ihren Lebensgewohnheiten uns fremden MigrantInnen aus "islamischen" Ländern und der wachsenden Angst vor dortigen fundamentalistischen Strömungen führten Pinn und Wehner ihre Studie über "unser" Bild der "islamischen" Frau durch. Darin finden sowohl Migrantinnen, wie auch Muslima und islam-kritische, westlich orientierte Frauen "islamischer" Herkunft Beachtung. Untersucht wird die Wahrnehmung dieser Frauen durch die Öffentlichkeit und deren Präsentation durch Medien und (in erster Linie) linke und feministische WissenschaftlerInnen.

Zudem schenken Pinn und Weber dem Islam und seiner Bewertung durch Öffentlichkeit, Medien und Wissenschaft große Aufmerksamkeit. Die Autorinnen analysieren die Assoziationen, die zum Islam als Religion in der westlichen Welt vorherrschen. So liefert die Lektüre wesentlich breitere Informationen, als der Buchtitel zunächst verspricht. Die Studie zeigt auf, wie negativ die Öffentlichkeit Muslima, MigrantInnen, Islam und "Islamisierung" beurteilt (Peter Scholl-Latour; in der (linken) Wissenschaft: Stephen H. Pfürtner, Christian J. Jäggi, u.a.).

Diese ablehnende Einschätzung, so fanden die Autorinnen heraus, kommt maßgeblich durch Vorurteile, mangelndes Wissen und Fehleinschätzungen zustande. Für die Ressentiments gegenüber MuslimInnen machen Pinn und Wehner in erster Linie Funk- und Printmedien mit ihrer klischeebehafteten Berichterstattung verantwortlich, die eine objektive Meinungsbildung verhindert.

Vor allem die Blätter der Regenbogenpresse reproduzieren bis heute Mythen von der "exotischen Haremsdame" einerseits. Andererseits wird von Illustrierten und belletristischen Romanen ("Nicht ohne meine Tochter") das Dasein der gewöhnlichen (schleiertragenden) Muslima in den schwärzesten Farben ausgemalt. Doch Pinn und Wehners Analyse brachte das Ergebnis zutage, daß Klischees keinesfalls nur durch die Boulevardpresse erzeugt und am Leben erhalten werden. Auch WissenschaftlerInnen fällen ihr zumeist negatives Urteil über Islam und über Muslima, indem sie Klischees und Vorurteilen mehr oder weniger großen Stellenwert einräumen.

Überraschen mag der Fund der Autorinnen, daß auch linke und feministische WissenschaftlerInnen in diesen Kanon mit einstimmen. Selbst radikale KritikerInnen der kapitalistischen und patriarchalen Strukturen der westlichen Gesellschaftssysteme halten an der "Überlegenheit der westlichen Moderne" (S. 10) fest. In diesen wissenschaftlichen Arbeiten werden Muslima in drei Kategorien eingeordnet. Frauen sind (1.) Opfer islamisch-patriarchaler Willkür. Demgegenüber werden (2.) Migrantinnen und auch Frauen der "islamischen" Welt, die im Islam eine Alternative zum westlichen Werte- und Normensystem sehen, hart angegangen. Ihnen wird vorgeworfen, sie unterstützten die fundamentalistische Unterwanderung des Westens oder zementierten die islamistisch-patriarchalen Unterdrückungsstrukturen in ihren Heimatländern.

Die Stigmatisierung der Frauen macht sich, so fanden Pinn und Weber heraus, nicht zuletzt an Äußerlichkeiten - insbesondere am Tragen des Schleiers (Tschador) fest.

Positiv bewertet (wie in Massenmedien) werden (3.) Frauen, die sich aus europäischer Sicht emanzipiert haben. Meist zitiertes Beispiel sind die Frauen der intellektuellen Oberschicht Algeriens. Voraussetzung für diese Beurteilung ist jedoch eine islamkritische Einstellung und Aufgeschlossenheit dem Westen gegenüber.

Pinn und Wehners Kritik gilt der Ignoranz einiger Feministinnen (wiederholt werden Sheryl Benard, Edit Schlaffer, Alice Schwarzer, u.a. genannt), die ungeachtet der jeweiligen lokalen und sozialen Begebenheiten gläubigen Muslima Komplizinnenschaft mit "islamischem" Fundamentalismus vorwerfen.

Die Kritik der Autorinnen zielt ferner auf die von Stereotypen behaftete undifferenzierte Beurteilung des Islam. Die Wissenschaftlerinnen kritisieren, daß in westlichen Medien und Publikationen der Islam, zumindest aber die politischen und sozialen Realitäten in den "islamischen" Ländern, generell als gewalttätig, rückständig, undemokratisch und frauenfeindlich charakterisiert werden. Doch die "islamischen" Staaten sind keineswegs die homogene Gruppe, als die sie überwiegend dargestellt werden; Kolonialismus und die fortdauernde

Unterstützung antidemokratischer Regime (Algerien, Saudi-Arabien) aus politischen und ökonomischen Erwägungen sind mitverantwortlich für die gegenwärtige politische Situation in den "islamischen" Ländern.

Pinn und Wehner kritisieren zudem, daß linke Presse und Wissenschaft dazu neigen, in der Religion per Definition Konservatismus und Unterdrückung zu sehen. Insbesondere der Islam wird dahingehend stigmatisiert. Jeglicher Grundlage entbehre die Gleichsetzung des Islam (somit von bekennenden Muslima) mit Fundamentalismus, gar mit Faschismus (Wochenpost 24/1993; EMMA 4/1993; aber auch in der Wissenschaft: "Die ‚gute` islamische Frau (könnte) direkt aus dem BDM entsprungen sein", Benard/Khalilzhad, "Gott in Teheran").

Die gewaltbereiten FundamentalistInnen stellen auch in ihren Herkunftsländern lediglich eine kleine Gruppe dar, so die Autorinnen. Längst nicht alle, die islamische Wertvorstellungen vertreten - schon gar nicht der Großteil der intellektuellen Muslima - wollen tatsächlich einen Gottesstaat nach iranischem Vorbild. In diesem Zusammenhang steht auch Pinn und Wehners Kritik an der selektiven Auswahl von Koranzitaten. Mit dem Rückgriff auf einzelne Suren und Textverweise würden vorschnell Schlüsse auf das "Wesen des Islam" gezogen, was die Autorinnen durch eine interessante Auswahl an Fallbeispielen (Mehrehe, soziale Fragen) zu beweisen suchen. Um den Spieß umzudrehen, fragen sie, wie im Westen reagiert werden würde, beurteilte man ihn nach aus dem Zusammenhang gegriffenen Bibelstellen (S. 108).

Die Tatsache, daß inzwischen zunehmend AutorInnen und WissenschaftlerInnen aus dem "islamischen" Raum gehört werden, ändert ihrer Meinung nach wenig an der allgemein eurozentristischen Beurteilung. Denn die gehörten VertreterInnen befürworten westliche Gesellschaftsmodelle. Von "islamischen" AutorInnen unterzeichnete Beiträge seien über Bedenken, die Zeitung/ die Studie argumentiere aus westlich-kolonialistischer Sichtweise, erhaben. So könne "politisch-korrekt" an der Überlegenheit der abendländischen Moderne festgehalten werden.

Abschließend gehen die Autorinnen wieder auf die Situation von Migrantinnen in der Bundesrepublik ein. Hier stellen sie dar, wie diese Frauen in Beruf und Schule, in der Freizeit und von Behörden diskriminiert werden. Deutsche bieten der "islamischen" Minderheit Platz in ihrer Gesellschaft an, aber nur unter der Voraussetzung, daß diese Abstand von ihrer herkömmlichen Lebensweise nimmt. An dieser Stelle appellieren die Autorinnen zu wirklicher Toleranzbereitschaft, die auch beinhaltet, daß "wir" den ersten Schritt zur Integration der MuslimInnen in unsere Gesellschaft machen. Leider haben auch sie keine konkreten Lösungen anzubieten, wie die herrschenden Ängste beiderseits überwunden werden können.

Das Schlußwort fällt hinsichtlich der Komplexität der Themen recht knapp aus. In Anbetracht der Tatsache, daß Pinn und Wehner oft weit über ihr Schwerpunktthema hinausgehen, und in ihre Studie breite "islamische" Gesellschaftsprobleme einbeziehen (müssen), wäre eine etwas ausführlichere Zusammenfassung am Schluß wünschenswert gewesen. Die Themenfülle zieht Wiederholungen und Exkurse nach sich, die die Lektüre zeitweilig anstrengend machen.

Diese formale "Schwäche" hat jedoch ihre positive Seite. Die genaue Beschreibung von Zusammenhängen und Hintergründen ermöglicht es auch LeserInnen ohne Vorkenntnisse, die Präsentation und Wahrnehmung von Muslima und Islam mit den politischen Realitäten in Beziehung zu setzen.

Die harte Kritik an feministischen Publikationen erstaunt. Fast durchgängig kritisieren Pinn und Wehner feministische Wissenschaftlerinnen und ihre Arbeiten als eurozentriert und undifferenziert. Auf positive, differenzierte Studien wird fast nie hingewiesen. Da allerdings als Beleg für diesen eurozentrierten Feminismus ein relativ kleiner Autorinnenkreis herangezogen wird, stellt sich die Frage, inwieweit diese Autorinnen tatsächlich repräsentativ sind. Eine abschließende Bewertung könnte den sich aufdrängenden Verdacht, die Autorinnen betrieben eine Diskreditierung des Feminismus per se, klarer ausräumen.

Auch die Abgrenzung von existenten (frauen-) unterdrückenden Praktiken, den Demokratiedefiziten und der Tatsache, daß die Mächtigen vieler "islamischer" Regimes den Koran einseitig zu ihrer Machterweiterung auslegen, erfolgt oft nur im Nebensatz. Pinn und Wehner gehen leider kaum auf die Gewaltbereitschaft "islamistischer" Guerilla- und Terrorgruppen ein, die ja "unser" Islambild mitprägt. Trotzdem ist diese Studie ein wichtiger Beitrag, der zum Nachdenken und Hinterfragen unseres Verhaltens und unserer Beurteilungen des Islam im allgemeinen, der Muslima im speziellen aufruft. Er zeigt auf, wie westliche Werte als überlegen dargestellt, der Islam durch unzulässige Verallgemeinerungen diskreditiert wird.

Auch veranschaulichen Pinn und Wehner deutlich, wie unzulänglich die westliche Zuordnung von Muslima in die drei oben erwähnten Gruppen ist. Es bleibt zu hoffen, daß die "Islam-Debatte" sich in Zukunft mehr an Fakten als an Vorurteilen orientiert und bisher nicht gehörte (vielleicht unbequeme) Meinungen stärker zum Zug kommen. Dieses Buch ist ein guter Anfang.

bja

EuroPhantasien - Die islamische Frau aus westlicher Sicht; Diss-Verlag, Duisburg, 1995, 257 S., 29,80DM

# 27. Die Heilige Familie. Aspekte der Produktion und Reproduktion von Herrschaftsmechanismen

Autor: Monika Domke · Rubrik: Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:22

1995 Weltfrauenkonferenz in Peking: Frauenrechte zerstören die Familie - das ist die schlichte, aber effektive Botschaft, die in Peking nicht nur vom Vatikan und religiös fundierten Regierungen verbreitet wurde, sondern auch von der konservativen Rechten in den USA und in Europa. Frau Clinton hielt tapfer dagegen, daß Frauenrechte im Gegenteil die Familie und damit die Nation stärken würden.

Frau Nolte, seit 1994 Oberhaupt des durch Zusammenlegung mit dem Frauenministerium erweiterten Familienministeriums, legte in Peking euphemistisch dar, wie ihr Ministerium es geschafft hätte, daß deutsche Frauen Familie und Beruf heute gut verbinden könnten, und daß insgesamt enorme Fortschritte bei der Frauengleichstellung zu verzeichnen wären.

Die Familienministerin Claudia Nolte, eine erklärte "Lebensschützerin" und damit Befürworterin einer scharfen Variante des § 218, bezeichnet ihr Ministerium gerne als "Generationenhaus" - Familie, Frauen, Jugend, Senioren -, womit die Rollenzuweisung für die Frau nun staatlicherseits wieder eindeutig ist. Aber nicht nur staatlicherseits.

Vorbei die Zeiten, als noch in den 70ern über die Auflösung von Ehe und Familie diskutiert, alternative Lebensformen versucht, alternative Erziehungsformen ausprobiert wurden, um die Gesellschaft von Grund auf zu revolutionieren. Daß dabei die ökonomischen Verhältnisse außer Sicht gerieten oder möglicherweise nie im Gesichtsfeld waren, mag dazu beigetragen haben, daß diese Versuche sich verflüchtigten, die Probanden schließlich doch in der - wenn auch alternativ verstandenen, nun grün angehauchten oder durchdrungenen - Kleinfamilie landeten, mit oder ohne Trauschein. Schwerwiegender für das Ende dieser Diskussionen und Versuche war wohl, daß die verschiedenen linken Gruppen und traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung diese Diskussionen und Versuche als kleinbürgerlich abqualifizierten und höchstens am Rande als Kindereien mitlaufen ließen.

Jedoch beschleunigten diese Diskussionen - im Zusammenhang mit jenen über soziale Gerechtigkeit und "mehr Demokratie wagen" - den begonnenen Aufbruch von Frauen, das Entstehen einer neuen Frauenbewegung, die Entwicklung neuer feministischer Diskussionen und das Eindringen solcher Fragen in die traditionellen linken Organisationen. Diese Diskussionen und diese neue Frauenbewegung bewirkten einiges, durchaus sehr Konkretes und Wichtiges, was heute überhaupt nicht mehr im Bewußtsein ist.

Dazu ein kleines Rätsel: Wann wurde die gesetzliche Bestimmung aufgehoben, daß eine verheiratete Frau nur dann - und mit Erlaubnis des Ehemannes - erwerbstätig sein durfte, wenn sie Haushalt und Kindererziehung nicht vernachlässigte? 1976! Erst vor 19 Jahren wurde in der BRD die gesetzliche Festlegung der - verheirateten - Frau auf die Hausfrauen- und Mutterrolle abgeschafft! Dabei muß mensch berücksichtigen, daß nicht nur die gesellschaftliche, sondern auch die staatliche Norm für sexuelle Beziehungen oder das Zusammenleben von Frau und Mann die Ehe war. So gab es vor dieser Gesetzesnovellierung auch noch den sogenannten Kuppeleiparagraphen, nach dem jede Person, die ein nichtverheiratetes Paar zusammen übernachten ließ, der Kuppelei angeklagt werden konnte. (1)

Kinder, Küche, Kirche

Die gesetzlichen Regelungen zu Ehe und Familie vor 1977 spiegeln die politisch gewollte Restauration der Kleinfamilie (2) nach 1949 in der BRD wieder (3), die im Zuge des Krieges in ihren Strukturen durch die Abwesenheit der Männer weitgehend zerstört und auch nach dem Krieg in ihrer geschlechtsspezifischen Rollen- und Arbeitsteilung (auf)gebrochen war.

Der Slogan der "drei K" der Adenauerzeit - Kinder, Küche, Kirche - wurde als gesellschaftliche Norm durchgesetzt. Weibliche Erwerbstätigkeit war, wenn es sie auch natürlich die ganze Zeit über gab, negativ besetzt und höchstens für Frauen, die keinen Mann "abgekriegt" hatten oder bei Ehefrauen aus wirtschaftlicher Not heraus (wozu diese dann allerdings auch gesetzlich verpflichtet waren und was dem Ehemann als Versagen angelastet wurde) akzeptabel. Der Satz "Meine Frau muß nicht arbeiten gehen" als Ausdruck eines höheren sozialen Statusbewußtseins ist mir aus meiner Kindheit noch wohlvertraut.

Genauso selbstverständlich war die Gleichsetzung von Ehe und Familie, der Kinderwunsch gehörte automatisch dazu, und die Konzeption der Ehe als lebenslängliche Gemeinschaft. Das Ziel war die "Hausfrauenehe" und diese wurde auch weitgehend durchgesetzt: So waren 1950 nur 26,3 Prozent aller verheirateten Frauen im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig, ebenso viele wie 1907. (4)

Dieser durchgesetzten familialen Orientierung für Frauen entsprach auch das Bildungsverhalten, das allerdings noch verschärfend schicht- oder klassenspezifisch gebrochen war (5): So betrug der Mädchenanteil 1960 an Gymnasien 39% (1987: 50,5%) und bei den StudienanfängerInnen 27% (1987: 40,2%); in der DDR seit Mitte der 70er Jahre: 48-50%. Erst mit den verschiedenen gesellschaftlichen Aufbrüchen Ende der 60er Jahre änderte sich die rein familiale Orientierung von Frauen in der BRD, was sich auch in der Politik der sozialliberalen Koalition ab 1969 niederschlug.

Im Zuge der versuchten Politik des Abbaus sozialer Ungleichheit durch Chancengleichheit im Bildungssystem, u.a. durch die Einführung des Bafög, wurde eine quantitative Gleichstellung der Mädchen im allgemeinbildenden höheren Bildungsgang erreicht, jedoch blieb und bleibt die geschlechtsspezifische Bildungsungleichheit in der akademischen Ausbildung und in den Hochschulberufen bestehen: 1991 betrug der weibliche Anteil (West) an den HochschulabsolventInnen 34,5%, an abgeschlossenen Promotionen und Habilitationen 28 bzw. 10%, am wissenschaftlichen Hochschulpersonal insgesamt 22%, an HochschulassistentInnen 17% und schließlich an ProfessorInnen noch 5%.

Eine ähnliche Tendenz zeigt sich in der Berufswahl: Auch mit hohen Bildungsabschlüssen bevorzugen Mädchen Ausbildungsberufe von kürzerer und mittlerer Länge, um eine Familienperspektive wahrnehmen zu können. Dies hat sich seit den 60er Jahren kaum verändert. Mädchen und Frauen haben zwar eine Berufsorientierung in ihre Frauenrolle übernommen, aber dominant bleibt die Orientierung auf die Familie und die Übernahme der Hauptverantwortung für die Hausarbeit auch bei eigener Erwerbstätigkeit.

Fragt sich, warum eine rigide familiale Ideologie und die kleinfamiliale Haushaltsorganisation nach 1949 durchgesetzt und prinzipiell erhalten werden konnte. Dabei wurde in der BRD die seit 1900 im Bürgerlichen Gesetzbuch verankerte rechtliche Privilegierung des Ehemannes gegenüber der Ehefrau beibehalten. Der verfassungsmäßige Auftrag des besonderen Schutzes der Mutter und der Familie (nicht der Kinder!), welcher 1949 neben der vollen Gleichberechtigung der Geschlechter in das Grundgesetz aufgenommen wurde, führte in der Praxis dazu, daß bis in die 70er Jahre es überwiegend die Rechte der Frauen waren, die um des Schutzes der Familie willen eingeschränkt blieben. Und dies ist zum Teil noch bis heute der Fall.

Bürgerliche

Familienideologie und -politik

Ein Grund dafür liegt wohl in der bürgerlichen Familienideologie, die in den Köpfen - auch der Arbeiter und Arbeiterinnen - verankert war. Diese Familienideologie hatte sich im 18. und 19. Jahrhundert zunächst als Realität im nichtgewerblichen Bürgertum herausgebildet und im Zuge der Erkämpfung und Entwicklung bürgerlicher Gesellschaften und Staaten zur gesamtgesellschaftlichen Norm und zum Leitbild für Menschen aller Gesellschaftsschichten entwickelt. Kennzeichen dieser bürgerlichen oder auch traditionellen Familie waren - und sind in modifizierter Weise bis heute - die räumliche Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit (Familienleben), Erwerbsarbeit und Hausarbeit, die jeweils geschlechtsspezifisch zugewiesen wurden: dem Mann die außerhäusliche Sphäre, der Frau die häusliche. Dazu kommen als Kennzeichen die Entwicklung einer spezifischen, in den mütterlichen Aufgabenbereich fallenden Kindererziehung, die gefühlsmäßige Begründung von Familienbeziehungen sowie die Emotionalisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern und eine neue, nämlich personalisierte patriarchale Binnenstruktur von Familie mit dem Mann als Oberhaupt, Autorität und Ernährer.

Auch wenn diese Familienstruktur mit der Beschränkung der Frau auf die häusliche Tätigkeit bis um 1900 nur für eine Minderheit der Menschen Realität war, so hatte sich doch die Beschränkung des weiblichen Daseins auf die Belange der Familie, d.h. von Kindern und Ehemann, und die Unterordnung der eigenen Bedürfnisse unter dieselben auch in den proletarischen Familien durchgesetzt - dort allerdings in Form der Doppelbelastung der Frau.

Zwar kämpfte die organisierte Arbeiterbewegung für die politische Gleichberechtigung der Frauen - seit 1891 nach harten Widerständen auch im Programm festgelegt - doch war die Trennung in öffentlich-politische und privat-familiale Sphäre schon in den meisten sozialdemokratischen Köpfen verankert. Statt für die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in Form der Doppelbelastung der Frauen und für die gleichmäßige Verteilung von beruflicher und familialer Arbeit auf beide Geschlechter (und für die dafür notwendigen politischen und persönlichen Bedingungen) zu kämpfen, wurde die Aufhebung dieser Doppelbelastung zum einen auf die Zukunft des zunächst zu erkämpfenden Sozialismus verlegt, zum anderen aktuell durch die teilweise Durchsetzung der Forderung nach einem "Familienlohn" (damit der Zwang zur weiblichen Lohnarbeit gemindert würde) erreicht. Es kamen auch ledige Arbeiter, aber nicht ledige Arbeiterinnen in den Genuß dieses "Familienlohns", so daß mit diesem "Erfolg" der Arbeiterbewegung die bürgerliche Familie als Norm und strukturelle Realität anerkannt und sogar als Fortschritt begrüßt wurde. Auf dieser Art proletarischer Familie baute die Bismarcksche Sozialgesetzgebung mit ihrem Subsidiaritätsprinzip, das bei uns bis heute gilt, auf. Damit wurde der Unterordnung der Arbeiterbewegung unter staatliche Vorherrschaft und ihrer Integration in den Staat Vorschub geleistet. (6)

Die faschistische Familienideologie stellte eigentlich nur eine Überspitzung der bürgerlichen Familienideologie dar: Wie in dieser wurde die Beschränkung der Frau auf ihr Mutter- und Familiendasein biologistisch mit "natürlichen" Fähigkeiten begründet, allerdings zusätzlich mit biologistischem Rassismus verknüpft. Der deutschen Frau kam mit ihrer Gebärfähigkeit nun eine besondere Funktion zur Stärkung der "germanischen Rasse" zu. (Als während des Krieges weibliche Arbeitskräfte vermehrt gebraucht wurden, wurde dieser ideologische Ballast der Fixierung auf den Haushalt schnell über Bord geworfen.) Sie konnte damit an die ambivalente Haltung der verschiedenen politischen Kräfte und der Politik in der Weimarer Republik in Bezug auf die Frauenrolle anknüpfen und mit einer scheinbaren Aufwertung der Frau als Mutter auch Teile der bürgerlichen Frauenbewegung ansprechen, die schon im Vorfeld des "Dritten Reiches" und im Ersten Weltkrieg dem Nationalismus und dem Mythos der deutschen Mutter verfallen war. (7)

Zwar hatte die Weimarer Republik den Frauen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung gebracht, doch wurde diese schon nach vier Jahren 1923 wieder dadurch gebrochen, daß verheirateten Frauen im öffentlichen Dienst gekündigt werden konnte, wenn diese wirtschaftlich durch den Ehemann versorgt waren. Trotz überfraktioneller Proteste weiblicher Abgeordneter im Reichstag konnte dies durchgesetzt und 1929 unter einem SPD-Reichskanzler erneuert werden. Hintergrund dieses Verfassungsbruchs waren Sparmaßnahmen des Staates, die 1931 durch eine Notverordnung dahingehend erweitert wurden, daß verheirateten Frauen weder Arbeitslosengeld noch -hilfe zustand. (8)

Hier wird ein neuralgischer Punkt einer egalitären Geschlechterpolitik sichtbar: "Denn sobald Frauen sich in demselben Maße wie Männer von den ‚natürlichen` Familienarbeiten emanzipieren und sich dergestalt freigesetzt als gleichberechtigte Individuen in Gesellschaft und Staat engagieren würden, wäre es um die seit dem 18. Jahrhundert im ‚natürlichen Beruf der Hausfrau und Mutter` familial verankerten notwendigen Leistungen schlecht bestellt gewesen." (9)

Damit ist der Zusammenhang zur restaurativen Familienpolitik in der BRD nach 1949 hergestellt: das vordergründig volkswirtschaftliche Motiv zur Beibehaltung patriarchaler Familienstrukturen. Aber es gibt einen anderen, einen psychologisch-politischen Grund, warum nach 1949 die rigide Familienpolitik durchgesetzt wurde, werden mußte und konnte.

Mit dem Zurückströmen der Männer aus dem Krieg und der Kriegsgefangenschaft wurden die Erwerbsplätze, die von Frauen - als Ersatz - eingenommen worden waren, wieder benötigt für die geschlagenen Herren: Eben nicht aus materiellen Gründen, da wäre wie in der DDR eine Ausweitung der Erwerbstätigkeit denkbar gewesen, sondern gerade aus psychologischen Gründen. Nach der militärischen Niederlage konnte nun die Verdrängung derselben durch erfolgreiche Mitarbeit am Wiederaufbau und die Erlangung der alten Machtposition in der Familie erfolgen. (Daß die Grundlage für diesen Wiederaufbau hauptsächlich von den sogenannten "Trümmerfrauen" nur gegen Lebensmittelkarten geleistet wurde, blieb und bleibt weitgehend unerwähnt und besonders ungelohnt.) Für die Frauen war der Rückzug in die Familie zum Teil eine Erleichterung nach den ungeheuren Belastungen der letzten Kriegs- und Nachkriegsjahre. Allerdings geschah dies nicht so widerspruchsfrei, wie oft dargestellt, denn bis 1948 war ein großer Anstieg der Scheidungszahlen zu verzeichnen - trotz kriegsbedingtem Männermangel. Allerdings war im Bewußtsein der Mehrheit der Frauen

Erwerbstätigkeit sowieso nur eine wirtschaftliche Notwendigkeit bis zur gewünschten Verheiratung. Diese Einstellungen traf auch auf einen Teil der (Wahl)Klientel der Arbeiterorganisationen zu.

Autorität und Arbeiterbewegung - DDR und Familie

Aber war das der Grund, warum die Diskussion um die kleinfamiliale Haushaltsorganisation mit ihrer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in den Arbeiterorganisationen nicht geführt wurde? Schließlich hatte es doch die Analyse von Horkheimer u.a. gegeben, die in der bürgerlichen Kleinfamilie mit ihren autoritären Strukturen eine der Ursachen der Durchsetzung des deutschen Faschismus gesehen haben. (10) Bei allen Defiziten dieser Analyse wäre sie ein guter Ansatzpunkt gewesen, um Autoritäts- und Herrschaftsstrukturen insgesamt, damit aber auch in Familie und im Geschlechterverhältnis genauer zu beleuchten.

Doch dieser Aspekt interessierte die Arbeiterbewegung nicht. Bei Marxisten und Kommunisten hatten ökonomistische Faschismusanalysen den Vorrang. Da dem Kapital das alleinige Interesse und die alleinige Durchsetzung des Faschismus zugeschrieben, dessen (Wahl)Klientel darüberhinaus als kleinbürgerlich identifiziert wurde, konnte die gesamte deutsche Arbeiterklasse als Opfer gesehen werden. Also mußte sich mit der Bewußtseinslage dieser deutschen Arbeiterklasse und ihrem insgesamt doch geringen Widerstand gegen den Faschismus nicht auseinandergesetzt werden (11); z.B. auch nicht damit, ob oder inwieweit Autoritätshörigkeit - von den Führungen sowohl der sozialdemokratischen als auch der kommunistischen Partei immer für sich in Anspruch genommen - u.a. für diesen geringen Widerstand (mit)verantwortlich war.

Die Beschäftigung mit den autoritären Strukturen der kleinfamilialen Haushaltsorganisation und ihrer Mitschuld am Faschismus hätte auch zur Infragestellung der autoritären Organisationsstrukturen der Arbeiterparteien führen müssen. Doch in der kommunistischen Bewegung waren deren autoritäre Strukturen - spätestens seit der Stalinisierung - scheinbar notwendiger Bestandteil erfolgreicher antikapitalistischer und auch antifaschistischer Kämpfe. Zweifel daran endeten bis 1956 mit Parteiausschluß und/oder in den realsozialistischen Ländern mit Bestrafungen bis hin zum Tode, nach 1956 bedeutete dies zumindest noch die Beendigung von sozialer Sicherheit oder Karriere.

In der Sozialdemokratie waren und sind die Organisationsstrukturen ähnlich hierarchisch, wobei die disziplinäre Geschlossenheit als Notwendigkeit für die Gewinnung der Macht ebenso hochgehalten wurde (und heute zumindest verbal noch wird) wie bei den Kommunisten, allerdings fehlte (glücklicherweise) das stalinistische Umgehen mit Abweichlern.

Ein weiterer wichtiger Aspekt für die Beibehaltung der kleinfamilialen Orientierung war - zumindest für die realsozialistischen Länder - die verfälschende Verkürzung und Funktionalisierung des Engelszitats von "der Familie als Keimzelle des Staates". Statt mit der Forderung nach Absterben des Staates auch die Auflösung der Familie zu fordern, wurde der Staat als "sozialistischer" Staat zu etwas Positivem, die Familie zur "sozialistischen" Familie, damit zur - positiven - Keimzelle dieses positiven Staates. (12)

Allerdings wurde 1950 im "Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau" Frauen das Recht eingeräumt, jederzeit und auch dann einen Beruf auszuüben, wenn dadurch eine örtliche Trennung von der Familie erforderlich wäre. 1966 wurde im Familiengesetzbuch von der faktischen Gleichstellung der Ehegatten, deren gemeinsamer Erziehung der Kinder und Führung des Haushalts ausgegangen, doch wurde damit auch das Modell der Familie als "kleinste Zelle der Gesellschaft" festgelegt und die Möglichkeit der Hausfrauenehe als Ausnahme von der Regel einbezogen.

Die Emanzipation der Frau blieb faktisch auf die Möglichkeit der gleichzeitigen Wahrnehmung von Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung bzw. Haushaltstätigkeit beschränkt - wobei dies nicht unterbewertet werden darf. Es gab weitgehende sozialpolitische Maßnahmen für berufstätige Mütter, doch schon durch die Tatsache, daß nur in sehr begründeten Ausnahmen Väter oder Großmütter diese in Anspruch nehmen konnten, blieb die geschlechtsspezifische (und -hierarchische) Arbeits- und Rollenverteilung erhalten. Wurde in den 70er Jahren "ein gewisses Festhalten an der alten Arbeitsteilung in der Familie" noch von einer führenden Familienrechtlerin kritisiert, so deklarierte sie das Aufbrechen derselben in den 80er Jahren zum "Ziel der kommunistischen Zukunft", also in ungewisser Ferne. (13)

Für die DDR können für die Beibehaltung der kleinfamilialen Haushaltsstruktur zunächst ähnliche psycho-soziale und politische Gründe angenommen werden wie für die BRD. (14)

Zwar waren in der DDR über 80 Prozent aller Frauen im erwerbstätigen Alter berufstätig, zwar war für die Betreuung der Kinder während der Berufstätigkeit der Eltern gesorgt (beides soll auf gar keinen Fall unterschätzt werden), doch die "Doppelbelastung" der Frau blieb davon unberührt. Mit der gesellschaftlich organisierten und volkswirtschaftlich getragenen Kinderbetreuung war zunächst die veränderte Verteilung zwischen familialer und beruflicher Arbeit zugunsten der Frauen gelöst: Doch was war mit der familialen Arbeit nach der Berufstätigkeit? Wer holte die Kinder aus der Krippe, dem Hort, und beschäftigte sich mit ihnen? Wer kaufte ein, putzte, wusch, kochte? In der Mehrheit: "Unsere Muttis!" Zwar war die Mithilfe der DDR-Männer im Haushalt insgesamt höher als die der BRD-Männer, doch das gleichberechtigte Aufteilen der Hausarbeit betrug und beträgt in Ost und West bei Berufstätigkeit beider Eltern nur 25 Prozent! (15)

Diese "Doppelrolle" der Frauen in der DDR wurde seit Anfang der 60er Jahre propagiert und löste die Schwerpunktsetzung der Propaganda auf die volkswirtschaftlich als notwendig angesehene und gesellschaftlich erwünschte Erwerbstätigkeit der Frauen auch in sogenannten Männerberufen ab. Haushaltsführung, Schönheitspflege, Mode, Herstellung der familialen Harmonie als weibliche Aufgabe trat in den Vordergrund der medialen Vermittlung von weiblichen Rollenbildern. (16) Dies ist nicht mit volkswirtschaftlicher Notwendigkeit zu erklären oder mit der Tatsache, daß die familiale Reproduktion als Basis der Gesellschaft gefährdet gewesen wäre. Dies macht nur Sinn bei der Betrachtung der psychologischen und der Sozialisationsfunktion der Familie für die Reproduktion und Produktion von Herrschaftsmechanismen.

Da ist zum einen die Nischenfunktion der Familie in der DDR, in der mensch scheinbar ganz privat sein konnte, sich aus Staat und Gesellschaft zurückziehen konnte. Daß dies aber nur scheinbar so war, zeigt zum einen die Bespitzelung bis in die Familien hinein durch Anverwandte, zum anderen stellt sich die Frage, ob diese subjektiv empfundene Nischenfunktion nicht gerade eine der Funktionen der Familie in jeder Gesellschaft ist. Die Familie erhält damit vielfältige Kompensationsfunktionen: Der Frust der nicht möglichen Einflußnahme in Staat und Gesellschaft kann in der Machtfunktion der Frauen gegenüber den Kindern, der Männer gegenüber den Frauen ausgelebt werden. Dieses Machtgefüge in der Kleinfamilie (auch wenn die Macht der Männer gegenüber den Frauen in der DDR nicht so sehr auf materieller Basis beruhte), hat(te) eine wichtige Sozialisationsfunktion:

Muß nicht eine Person als minderwertig(er) angesehen werden, die - anscheinend freiwillig - die Hauptlast einer individuell und gesellschaftlich notwendigen, aber nicht bezahlten, nicht hoch angesehen Arbeit trägt? Einer Arbeit, die scheinbar nichts wert ist, da sie scheinbar volkswirtschaftlich keine Werte erzeugt. Einer Arbeit, die ohne besondere Qualifikation jede gesunde Person in entsprechendem Alter leisten kann? Einer Arbeit, deren negative Seiten wie Putzen etc. für andere Dienstmädchen-Qualität hat? Daß diese "minderwertige" Arbeit geschlechtsspezifisch hauptsächlich von Frauen geleistet wurde, hatte verschiedene Auswirkungen: Frauen hatten weniger Freizeit für eigene Bedürfnisse, Weiterbildung, kulturelle und politische Betätigung. (17)

Die Arbeitshierarchie in der Familie korrespondierte mit Hierarchien in der Berufssphäre und auch besonders in der Staatssphäre. 1988 betrug zwar in der Volkskammer der Frauenanteil 32% (im Bundestag 15%), auf allen anderen politisch-repräsentativen Ebenen in der DDR zwischen 39% und 44% (in der BRD zwischen 14% und 18%). Jedoch galt im staatlichen Machtapparat der DDR: je höher die Funktion, je größer die Entscheidungsgewalt, desto geringer der Frauenanteil. So gab es im Politbüro der SED noch 1989 keine weiblichen Vollmitglieder und nur zwei Kandidatinnen (8%), insgesamt gab es 17 weibliche ZK-Mitglieder (10%); im Ministerrat stellten Frauen 2% (Margot Honecker als einzige Frau unter mehr als 50 Ministern), im Staatsrat mit sechs Frauen 20% der Mitglieder. (In der BRD-Regierung lag der Frauenanteil 1989 mit drei Frauen bei 19%, in den Landesregierungen bei 18%, in den Bundesvorständen der Parteien zwischen 10 und 54%.) (18)

Auch in wirtschaftlichen Führungspositionen sah es - trotz hoher Frauenerwerbstätigkeit - in der DDR schlecht aus: Nur 2,3% der BetriebsleiterInnen waren Frauen. (In der BRD sind 1990/91 allerdings auch nur 5,9% der Managementpositionen von Frauen besetzt, in den Aufsichtsräten tummeln sich sogar 99,7% Männer, in den Vorstandsetagen 99,3%.) (19)

Damit waren Macht und Politik "natürlich" Männersache. Hierarchie und Macht wurden von ihnen ohnehin als etwas "Natürliches" erlebt - sie wurden in der Familie schon seit der Geburt so erfahren.

So dienten traditionelle Familienstrukturen als Sozialisationsfaktor für einen autoritären Staat. Wenn dies - modifiziert - auch für die Bundesrepublik gilt, heißt das aber für die sozialistische Bewegung mit ihren ursprünglich emanzipativen Zielen: In der realsozialistischen Kleinfamilie wurden Herrschaftsmechanismen für den "sozialistischen" Staat produziert und reproduziert, individuelle Emanzipation verhindert oder zumindest erschwert.

Herrschaftstechniken

Warum machten die Frauen in der DDR das mit, die doch in ihrer überwiegenden Mehrheit keine materielle Abhängigkeit in einer "Hausfrauenehe" erfuhren - auch nicht mit Kindern?

Die "natürliche" Zuweisung aller familialen Tätigkeiten an die Frauen, begründet mit der im 18. Jahrhundert konstituierten "Innigkeit" von Mutter und Kind, hatte innerhalb von 200 Jahren die Hegemonie in den männlichen, aber auch weiblichen Köpfen errungen. (20) Verstärkt wurde dies durch die extreme Propagierung der Frau als Mutter im Faschismus. In der Mutterfunktion erfuhren die Frauen eine scheinbare Aufwertung, die ihnen realgesellschaftlich verwehrt wurde.

In der DDR wurde diese besondere Aufwertung beibehalten und ergänzt durch die Aufwertung als "Werktätige", so daß Frauen eigentlich doppelt aufgewertet schienen. Die dieser Familienkonstruktion auch in der DDR innewohnende Konfliktstruktur zwischen Entwicklung der Persönlichkeit im Berufsbereich und weibliche Unterordnung im Familienbereich schien hier - vielleicht mehr noch als in der BRD - das persönliche Problem der Frau oder eine Privatangelegenheit zwischen Mann und Frau zu sein, da zumindest die Kinderversorgung bei Berufstätigkeit gewährleistet war. Damit wurde ein gesellschaftliches Strukturproblem personalisiert, die Widersprüchlichkeit brauchte nicht gelöst, sondern konnte herrschaftstechnisch genutzt werden.

Dieser Grundsatz gilt auch für die Entwicklung in der BRD. Mit den 70ern gab es, wie aufgezeigt, eine quantitative Angleichung des geschlechtsspezifischen Bildungsverhaltens, ebenso nahm die weibliche Erwerbstätigkeit sprunghaft zu, auch wenn sie in Europa im unteren Drittel anzusiedeln ist, was durch die achtzigprozentige Nichterwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern im Kleinkindalter begründet ist.

Mädchen tendieren eher zu mittleren Ausbildungsabschlüssen, was einer Orientierung, Beruf und familiale Perspektive verbinden zu können, entspricht. Dies korrespondiert mit der Art der Berufe, die weitgehend Geschlechterstereotypen entsprechen. So sind 1987 die zehn von Frauen am stärksten besetzten Berufe - 68 Prozent der erwerbstätigen Frauen führen diese Tätigkeiten aus - durch Dienstleistung, Zuarbeiten, Pflege, soziales Kümmern charakterisiert; in diesen Berufen ist der Frauenanteil überdurchschnittlich hoch. Ausgeglichen ist der Anteil von Frauen und Männern nur in drei Bereichen: Lehrtätigkeit an Schulen, Berufe im Bank- und Versicherungs- sowie im Rechnungswesen und in der Datenverarbeitung. Allerdings arbeiten dort nur 9,6 Prozent aller erwerbstätigen Frauen. Es ist anzunehmen, daß diese qualitative Betrachtung der weiblichen Erwerbstätigkeit für Westdeutschland der Tendenz nach auch heute noch zutrifft. (21)

Insgesamt ist festzustellen, daß sich sich die Lebensweisen von Mädchen und Jungen, jungen Frauen und jungen Männern angeglichen haben, was die Quantität der Erwerbstätigkeit, die Individualisierung, die außerfamiliale Orientierung angeht. Allerdings ist es eine Angleichung der Mädchen an männliche Normen und nicht umgekehrt. (22) Diese Angleichung hat zudem ihr Ende mit der Entscheidung, Kinder zu bekommen, denn sie hat für die überwiegende Mehrheit von Frauen und Männern zur Folge, daß sie sowohl die Struktur der traditionellen Kleinfamilie als auch deren Alltag übernehmen. Bei allen Veränderungen der Lebensweisen hat sich an den normativen und strukturellen Vorgaben für die Erziehung von Kindern in der Familie nichts geändert. Bei der Versorgung mit Kindergärtenplätzen und Ganztagsschulen bildet die Bundesrepublik Deutschland das Schlußlicht in Europa, und dies wird z.T. immer noch begründet mit der "natürlichen" Notwendigkeit der Kleinkinder- und Kindererziehung durch die Mutter. Daß dieses Argument in Westdeutschland noch oder wieder auf fruchtbaren Boden fällt (23), macht es wohl erst möglich, daß ein verabschiedetes Bundesgesetz zur flächendeckenden Versorgung mit - gesellschaftlich finanzierten - Kindergartenplätzen von den entsprechenden regionalen und kommunalen Exekutiven mit der Begründung des Geldmangels nicht umgesetzt wird - und zwar ohne große öffentliche Gegenwehr. Gleichzeitig wird aber zur - scheinbaren - Stärkung der Familien die Erhöhung des individuellen Kindergeldes propagiert und in Aussicht gestellt.

Die Zurückverlagerung öffentlicher Dienstleistungen in die familiale und damit weibliche Zuständigkeit war nach dem Anschluß der DDR augenscheinlich. Schließlich wurde dort die weibliche Erwerbsquote sofort heruntergeschraubt. So soll die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nach dem Vorbild des Westens durchgesetzt werden. Bisher ist dies zwar nur zum Teil gelungen, doch immerhin ohne große Gegenwehr. Und jetzt steigen auch in Ostdeutschland - nach dramatischen Einbrüchen in den letzten Jahren - wieder die Geburtenraten. Frau Nolte sei Dank!

Diese Durchsetzung bzw. Beibehaltung der traditionellen familialen Lebensweise und Arbeitsteilung trägt zur Stabilisierung bestehender Herrschaftsstrukturen in der Familie bei, unabhängig davon, ob die Beteiligten mit dieser Lebensweise zufrieden sind oder nicht. Denn es handelt sich immer um ein Abhängigkeitsverhältnis, das weitergegeben wird und in seiner Vorbildfunktion zur Stabilisierung gesamtgesellschaftlicher und staatlicher Herrschaftsstrukturen entscheidend beiträgt.

Wenn eine Emanzipationsbewegung für den Abbau von Herrschaft eintritt, wird sie nicht darum herumkommen, die traditionelle familiale Lebensweise in Frage zu stellen und Konsequenzen für Zusammenleben, Arbeit etc. zu konzipieren.

Monika Domke

Anmerkungen:

1) Die Problematik der Homosexualität, die gesetzlich "nur" Männer betraf - dies ist ein hier nicht weiter zu verfolgender sexistischer, Frauensexualität diskriminierender Aspekt - soll und kann aus Platzgründen in diesem Artikel nicht behandelt werden, obwohl es einen Zusammenhang mit der Konstruktion der heterosexuellen Familie, ihrer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und staatlichen Funktion gibt.

2) Die Verwendung des Begriffs "Kleinfamilie" setzt eine Universalität der Familie als Institution voraus, die ich nicht teile. Daher wäre es sinnvoller, von "familialer Haushaltsorganisation" zu sprechen, doch werde ich diese Begrifflichkeit wegen der Lesbarkeit nicht durchgängig verwenden (vgl. dazu auch Barrett 1983). Das wesentliche Kennzeichen dieser "Kleinfamilie" ist für mich dabei die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, d.h. die Zuständigkeit der Frau für die Haushaltstätigkeit, ob sie nun mit oder ohne Kinder, ganztags, halbtags oder gar nicht berufstätig ist.

3) In der DDR gab es eine solche gesetzliche Festlegung nicht - im Gegenteil. Frauenerwerbstätigkeit wurde auch nach der Rückkehr der Männer aus der Gefangenschaft als gesellschaftliche Norm hochgehalten, Qualifizierungen gefördert. Doch wurde ab Mitte der 50er Jahre gleichzeitig ein Weiblichkeitsideal vertreten, so daß die Doppelbelastung - Erwerbstätigkeit und alleinige Verantwortung für die Familienarbeit - weder diskutiert noch angegangen wurde (vgl. Merkel 1990 und Helwig/Nickel 1993).

4) Entwicklung der Erwerbsquote der Frauen im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) in Prozent (ab 1950 nur für die BRD bzw. Westdeutschland):

insgesamt der verheirateten Frauen

1950 44,4 26,4

1961 48,9 32,2

1970 49,6 35,6

1980 51,6 40,6

1986 53,5 42,9

1988 54,4 ? (DDR: über 80%)

1989 58,5 ?

aus Brück u.a. 1992, S. 120. Nach eigenen Berechnungen lag die Erwerbsquote der Frauen im erwerbsfähigen Alter bei insgesamt 66,4%.

5) 1960 besuchten nur 15% aller 13jährigen das Gymnasium und 70% die Hauptschule. 1990 sind 31% am Gymnasium, und nur noch 31% an der Hauptschule.

6) Vgl. Rerrich 1990, S.40. Die allgemeine Ehe- und Familienfähigkeit wurde in Preußen mit der Aufhebung der finanziellen Beschränkung 1868 ermöglicht (bis dahin konnte nur bei einem bestimmten Steueraufkommen, das einen Rückschluß auf einen entsprechend großen Haushalt gab, geheiratet werden) und mit der gleichzeitigen Kriminalisierung vor- und außerehelicher Sexualität erzwungen (vgl. Mies 1990, S. 132ff.).

7) Die proletarische Frauenbewegung ließ sich direkt nicht von der faschistischen Familienideologie ansprechen, da sie politisch mit den sozialdemokratischen oder kommunistischen Arbeiterorganisationen verbändelt war. Doch die Funktionen, die proletarische Frauen und Frauenpolitik dort einnahmen, bestanden Ende der 20er Jahre hauptsächlich in der Arbeit in den entsprechenden sozialen Organisationen AWO/SPD und RHI/KPD, so daß auch hier die Frauen für das Soziale, das Kümmern, die Hilfe zuständig waren.

8) Diese sog. "Zölibatsklausel" wurde erst 1958 auf Anmahnen des Bundesverfassungsgerichts vom Gesetzgeber aus dem Beamtenrecht entfernt. Vgl. dazu Berghahn 1992, S. 79ff.

9) Hausen 1994, S.26.

10) Vgl. Horkheimer (Hrsg.) 1936.

11) Damit möchte ich in keiner Weise die Interessen und die Schuld des Kapitals und der herrschenden Eliten an der Durchsetzung des Faschismus negieren oder verkleinern. Doch reicht diese Perspektive allein nicht (mehr) zur Erklärung aus.

12) In den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution gab es darüber in Sowjetrußland große Auseinandersetzungen. Eine der Propagandistinnen der Abschaffung der bürgerlichen Ehe und Familie war Alexandra Kollontai (ab 1922 erste Diplomatin der Welt!), die die sowjetische Ehe-Gesetzgebung als "heuchlerisch" bezeichnete, sich aber nicht durchsetzen konnte. Vgl. Alexandra Kollontai, Autobiographie einer sexuell emanzipierten Kommunistin, erste (zensierte) Ausgabe Moskau 1926, unzensierte Ausgabe hrsg. v. Iring Fetscher, Berlin (West) o.J., S. 59ff.

13) Vgl. Helwig/Nickel (Hrsg.) 1992.

14) Vgl. dazu auch Nickel 1991.

15) Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.) 1993, S.53, und Döllinger 1992.

16) Vgl. Merkel, a.a.O., und Gysi 1992.

17) Vgl. Nickel und Gysi.

18) Vgl. Geißler, S. 251ff.

19) Nach taz v. 8.3.1994.

20) Vgl. Rerrich, a.a.O., S. 42.

21) Vgl. Brück u.a., S. 118.

22) Die Übernahme familialer Orientierung bei Männern ist in der Praxis marginal, wenn die Tatsache, daß nur drei Prozent aller in Familien lebenden Väter zeitweise ganztags Hausmann war, als Indikator genommen wird. 28 Prozent der Männer von nichterwerbstätigen Partnerinnen verrichten überhaupt keine Hausarbeit, bei berufstätigen Partnerinnen sind es auch noch 16 Prozent. Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach, a.a.O., S. 50ff.

23) Immerhin lehnen 55% der westdeutschen Bevölkerung (gegenüber 29% der ostdeutschen und 36% der europäischen) die These ab, daß eine berufstätige Mutter ihrem Kind genausoviel Wärme und Sicherheit geben kann wie eine nicht berufstätige Mutter. Nur 39% stimmen dieser These zu! Daß Kleinkinder darunter leiden, wenn die Mütter berufstätig sind, meinen sogar 80% der westdeutschen Bevölkerung (in Ostdeutschland und Gesamteuropa immerhin "nur" 67 bzw. 65%). Vgl. ebd., S. 40ff.

Literatur

- Barrett, Michèle, 1983: Das unterstellte Geschlecht: Umrisse eines materialistischen Feminismus, Berlin (London 1980)

- Berghahn, Sabine, 1993: Frauen, Recht und langer Atem - Bilanz nach 40 Jahren Gleichstellungsgebot in Deutschland, in: Helwig/Nickel 1993

- Brück, Brigitte u.a., 1992: Feministische Soziologie. Eine Einführung, Frankfurt a.M./New York

- Dölling, Irene, 1993: Gespaltenes Bewußtsein. Frauen- und Männerbilder in der DDR, in: Helwig/Nickel (Hrsg.) 1993

- Geißler, Rainer, 1992: Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen

- Gysi, Jutta/Meyer, Dagmar, 1993: Leitbild berufstätige Mutter - DDR-Frauen in Familie, Partnerschaft und Ehe, in: Helwig/Nickel 1993

- Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.), 1993: Frauen in Deutschland 1945-1992, Berlin

- Horkheimer, Max (Hrsg.), 1936: Studien über Autorität und Familie, Paris

- Hausen, Karin, 1994: Die "Frauenfrage" war schon immer eine "Männerfrage". Überlegungen zum historischen Ort von Familie in der Moderne, Bonn (Reihe Gesprächskreis Geschichte, Heft 7)

- Merkel, Ina, 1990: ... und Du, Frau an der Werkbank - Die DDR in den 50er Jahren, Berlin

- Mies, Maria, 1990: Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung, 3. Auflage 1990 (London 1986)

- Nickel, Hildegard Maria, 1991: Geschlechterverhältnis und Sozialisationserfahrung im DDR-Alltag. Rüstzeug für den Weg in eine andere Moderne? in: Deppe, Kebir u.a., Eckpunkte moderner Kapitalismuskritik, Hamburg 1991

- Rerrich, Maria S., 1990 (1988): Balanceakt Familie. Zwischen alten Leitbildern und neuen Lebensformen, Freiburg im Breisgau

- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 1992: Datenreport '92

Der Artikel erschien im SoFo Nr. 43.

# 28. Elf Männer sagen Nein. Europäischer Gerichtshof gegen Quotenregelung

Autor: ga. · Rubrik: Frauen; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:39

Die Essenz des Urteils, daß der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft am 17. Oktober verkündete, lautet: Gequotet wird nicht. Anlaß war die Klage des Gartenbauingenieurs Eckhard Kalanke aus Bremen, der sich bei der Stellenvergabe diskriminiert fühlte. Hatte doch tatsächlich - bei gleicher Qualifikation - eine Frau und nicht er die Stelle seiner Begierde erhalten.

Was ging dem Urteil voraus? Für die zu besetzende Stelle hatten sich ein Mann und eine Frau mit gleicher Qualifikation beworben. Die Entscheidung fiel zu Gunsten des männlichen Bewerbers aus - ein alltäglicher Vorgang von Männerlobbying nicht nur in den höheren Etagen. Aber diesesmal spielte der Personalrat nicht mit, er verweigerte die Zustimmung zu dieser Entscheidung, verwies auf § 4 des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) vom 20. November 1990 und forderte die Einstellung der Frau, die die gleiche Qualifikation nachweisen konnte. Die angerufene Schlichtungsstelle folgte der Entscheidung der Leitung des Gartenbauamtes. Die dann eingeschaltete Einigungsstelle folgte dem Widerspruch des Personalrates und entschied bindend auf der Basis der gleichermaßen vorhandenen Qualifikation und unter Verweis auf das LLG, daß die Frau einzustellen sei. Die Versuche, die Kalanke danach unternahm, um vor dem Arbeitsgericht durchzusetzen, daß er die bessere Qualifikation hätte, scheiterten. Alle Instanzen bestätigten die gleiche Qualifikation der BewerberInnen. Daraufhin zog er vor den Europäischen Gerichtshof und das elf-schwänzige Gremium - Durchschnittsalter 60 Jahre - erklärte, daß die nationale Quotenregelung im Widerspruch zur EG-Richtlinie zur "Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen" stünde.

So heißt es u.a. in der Begründung: "Eine nationale Regelung, wonach Frauen, die gleiche Qualifikation wie ihre männlichen Mitbewerber besitzen, in Bereichen, in denen die Frauen unterrepräsentiert sind, bei einer Beförderung automatisch der Vorrang eingeräumt wird, bewirkt aber eine Diskriminierung der Männer aufgrund ihres Geschlechts." Umgedreht bedeutet das aber nichts anderes als eine kollektive Diskriminierung von Frauen, weil die gesellschaftlichen Strukturen traditionell vom Mann als Ernährer der Familie ausgehen, der von Kinderbetreuung, Haus- und Familienarbeit nicht belastet ist und daher effektiver einsetzbar ist.

Die Begründung stützt sich weiterhin auf die EG-Richtlinie zur "Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen" und schlußfolgert mit einer verblüffenden Logik, daß diese "nationale Regelung, die den Frauen bei Ernennungen oder Beförderungen absolut und unbedingt den Vorrang einräumt (...) über eine Förderung der Chancengleichheit hinaus" gehe und damit ja schon "das Ergebnis, zu dem allein die Verwirklichung einer solchen Chancengleichheit führen könnte" an die Stelle dieser Richtlinie setzt. Und das geht dann doch zu weit. Da haben sich Männer in ihrer grenzenlosen Frauenfreundlichkeit hingesetzt und eine Richtlinie ausgearbeitet und dann kommen Frauen und wollen ganz konkret das Ergebnis.

Auswirkungen der Entscheidung des Europäischen Gerichtshof zeigten sich auf dem CDU-Parteitag, auf dem eine Mehrheit der Delegierten gegen ein 30-Prozent-Quorum stimmte. Stimmen, die die Quote als Diskriminierung der Frauen bezeichneten, haben durch das Urteil Rückenwind bekommen und melden sich wieder vermehrt zu Wort. Die alte Argumentation, daß es tatsächliche Qualifikation, Durchsetzungsvermögen und Können von Frauen diskriminiere, wenn sie nur als Quotenfrau eingestellt würden, hat Konjunktur.

Daß versucht wird, dieses Rückschritt-Urteil jetzt mit Appellen an unsere Intelligenz und unser Können zu verkaufen, sollte uns nicht beruhigen. Unsere Qualifikationen und unseren Beitrag an der gesellschaftlichen Arbeit kennen wir selber. Wir wollen, daß er auch so anerkannt wird und sich an gleichberechtigter und quotierter Teilhabe materialisiert. Solange Männermehrheiten in den Entscheidungsgremien sitzen, spielt nicht unsere Qualifikation, sondern deren Männerbündelei die entscheidende Rolle. Vertrauen auf die Einsicht der Männer, daß es ein Recht von Frauen ist, in allen gesellschaftlichen Bereichen auch zahlenmäßig gleichberechtigt vertreten zu sein, ist fehl am Platz. Die Realität sieht schlicht anders aus.

Ein notwendiger Schritt nach diesem Urteil ist die Forderung nach einer Veränderung der EG-Richtlinie. Die Förderung von Frauen allein reicht nicht aus, eine "positive Diskriminierung" ist die Voraussetzung, eine Teilhabe von Frauen an allen Bereichen der Gesellschaft überhaupt erst einmal in Gang zu bringen.

ga.

Markt ist Murks

Der sogenannte freie Markt stellt von sich aus - das zeigen die vergangenen hundert Jahre - keine Gleichbehandlung der Geschlechter und keine Gleichbewertung ihrer Arbeit her. Ohne politischen Willen und ohne entsprechende politische Vorgaben wird es zu keiner Gleichbehandlung von Frauen und Männern kommen. Die materiellen Folgen der neuen Arbeitsorganisation für Frauen, die - was niemand ernsthaft bestreiten wird - am Arbeitsmarkt diskriminiert werden, drücken sich in Zahlen wie folgt aus:

1993 erzielten laut Mikrozensus (bei dem nicht alle Befragten Angaben zum Einkommen machen), 6,05 Millionen westdeutsche erwerbstätige Frauen (incl. der Selbständigen), die Angaben zu ihrem Einkommen machten, ein Nettoeinkommen aus ganz unterschiedlichen Einkommensquellen von insgesamt weniger als 1.800 DM im Monat. Das heißt, 54,3 Prozent aller erwerbstätigen Frauen hatten kein existenzsicherndes Einkommen, obgleich knapp die Hälfte dieser Frauen Vollzeitarbeit leistet. Blicke ich nur auf die Frauen, die wöchentlich 40 Stunden und mehr erwerbstätig sind, also Überstunden leisten, so erzielen 43 Prozent von denen, die Angaben zum Einkommen machen, keine eigenständige Existenzsicherung, von den selbständigen Frauen - die Selbständigkeit wird ihnen ja allerorts angepriesen - ist es mehr als ein Viertel (26,5 Prozent).

Ohne Arbeit - West

Die als arbeitslos registrierten westdeutschen Frauen bezogen 1993 im Durchschnitt monatliche 1.077 DM an Arbeitslosengeld bzw. 865 DM an Arbeitslosenhilfe. Das heißt, nahezu alle erwerbslosen Frauen haben weniger als 1.800 DM im Monat zur Verfügung. Fast eine Viertelmillion erwerbsloser Frauen bezog überhaupt keine Unterstützung (34 Prozent).

Trotz Arbeit - Ost

1993 erzielten von insgesamt 2,8 Millionen erwerbstätigen ostdeutschen Frauen, die Angaben zu ihrem Einkommen machten, 41,6 Prozent weniger als 1.400 DM an eigenem Einkommen, lagen also unter diesem notwendigen Minimum. (Rechne ich, wie in Westdeutschland mit 1.800 DM als Minimum, so erreichen diese Schwelle 64,1 Prozent der Frauen nicht. Eventuell liegt der richtige Wert bei etwa 50 Prozent.) Von den Frauen, die wöchentlich 40 Stunden und mehr arbeiten - in Ostdeutschland die meisten Frauen (78 Prozent) - erzielen 35 Prozent keine 1.400 DM (rechne ich bis 1.800 DM, so sind es schon 60 Prozent). Von den Frauen, die weniger als 40 Stunden wöchentlich arbeiten, kommen 63 Prozent nicht auf 1.400 DM netto im Monat.

Betrachte ich die finanzielle Situation der gesamten weiblichen Bevölkerung Ostdeutschlands ab 15 Jahren aufwärts, also auch einschließlich der älteren Frauen, die Angaben zum Einkommen machten, so hatten 83 Prozent im Jahr 1993 höchstens 1.800 DM im Monat zur Verfügung. (D.h. nur 17% aller Frauen verdienten mehr als 1.800 DM - Anm. ak) Allerdings hatten 68 Prozent der Frauen, also 4,25 Millionen, sogar nur 1.400 DM monatlich. Im Unterschied zu Westdeutschland gibt es aber kaum Frauen (4 Prozent), die überhaupt kein eigenes Einkommen haben, ein Ergebnis der stetigen Erwerbsarbeit zu DDR-Zeiten.

Renten

Das wirkt sich auch auf die Rentenhöhe der Frauen aus. Im Osten betrug 1994 die durchschnittliche Rente für eine Arbeiterin 992 DM im Monat, im Westen dagegen nur 611 DM. Die durchschnittliche Rente einer Angestellten betrug im Osten 1.042 DM, im Westen 1.005 DM. Unabhängig also von den Differenzen zwischen Ost und West sind die Durchschnittsrenten von Frauen in ganz Deutschland so niedrig, daß sie zum eigenständigen Leben nicht ausreichen. Und das, nachdem Frauen in ihrem Leben deutlich mehr gesellschaftlich notwendige Arbeit leisten als Männer. Insgesamt eine beschämende Bilanz aus dem drittreichsten Land der Welt.

Sicherlich sind nicht alle Frauen gleichermaßen von Armut bedroht. Besonders gefährdet sind die Älteren ab 45 Jahren, sobald sie ihren bisherigen Arbeitsplatz verlieren. Es sind die Frauen, die nach dem Erziehungsurlaub wieder eine Stelle suchen, die un- und angelernten Arbeitskräfte, diejenigen mit veralteten Qualifikationen und die Langzeitarbeitslosen. Die schlechtesten Chancen haben allerdings die Immigrantinnen, die am untersten Ende der Einkommensskala stehen.

Carola Möller

Quelle: SoZ, 2.11.95

Das strittige Gesetz

§ 4 des Landesgleichstellungsgesetzes vom 20. November 1990 (Gesetz zur Gleichstellung von Mann und Frau im öffentlichen Dienst des Landes Bremen, Bremisches Gesetzblatt, S. 433; nachstehende: LGG) lautet:

"Einstellung, Übertragung eines Dienstpostens und Beförderung

(1) Bei der Einstellung, einschließlich der Begründung eines Beamten- und Richterverhältnisses, die nicht zum Zwecke der Ausübung erfolgt, sind Frauen bei gleicher Qualifikation wie ihre männlichen Mitbewerber in den Bereichen vorrangig zu berücksichtigen, in denen sie unterrepräsentiert sind.

(2) Bei der Übertragung einer Tätigkeit in einer höheren Lohn-, Vergütungs- und Besoldungsgruppe sind Frauen bei gleicher Qualifikation wie ihre männlichen Mitbewerber vorrangig zu berücksichtigen, wenn sie unterrepräsentiert sind. Das gilt auch bei Übertragung eines anderen Dienstpostens und bei Beförderung.

(3) ...

(4) Die Qualifikation ist ausschließlich an den Anforderungen des Berufes, der zu besetzenden Stelle oder der Laufbahn zu messen. Spezifische, zum Beispiel durch Familienarbeit, durch soziales Engagement oder ehrenamtliche Tätigkeit erworbene Erfahrungen und Fähigkeiten sind Teil der Qualifikation im Sinne des Absatzes 1 und 2, wenn sie bei der Ausübung der jeweiligen Tätigkeiten dienlich sind.

(5) Eine Unterrepräsentation liegt vor, wenn in den einzelnen Lohn-, Vergütungs- und Besoldungsgruppen der jeweiligen Personalgruppe einer Dienststelle nicht mindestens zur Hälfte Frauen vertreten sind. Dies gilt auch für die nach dem Geschäftsverteilungsplan vorgesehenen Funktionsebenen."

Quelle: FR, 3.11.95

# 29. Die Weltfrauenkonferenz diskutierte Alternativen zur Globalisierung

Autor: Kerstin Lanje, BUKO · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Frauen; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:21

20 Jahre nach der 1. Weltfrauenkonferenz in Mexiko fand in diesem Jahr die voraussichtlich letzte Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking (China) statt. Die behandelten Themen wie Bildung, Gesundheit, Armut und Menschenrechte wurden als Einzelprobleme von Frauen gesehen und nicht in Verbindung mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem gesetzt. Dieses ist leider ein Rückschritt hinter die Diskussionen auf der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio, auf der Zusammenhänge zwischen Weltwirtschaft, Umweltzerstörung und privaten Haushalten zumindest in Ansätzen gesehen und das Wachstumsmodell der Industrieländer stark kritisiert wurde. 50 Kilometer entfernt gab es auf dem Forum der Frauen von Nichtregierungsorganisationen (NRO-Forum) ganz andere Stimmen: Die Globalisierung der Ökonomie war neben Menschenrechten das zentrale Thema.

Lautstark und selbstbewußt traten auf dem Forum auch Landfrauen auf und wiesen darauf hin, daß weltweit die Mehrheit der Menschen auf dem Land lebt und die Frauen für die Versorgung der Familien mit Nahrungsmitteln verantwortlich sind. Frauen bepflanzen die Felder und wollen entscheiden, ob dies zur Selbstversorgung oder zur Befriedigung der Konsumgelüste in den Industrieländern geschieht. Ob "Landeigentum", "Subsistenzökonomie", "Zugang zu Ressourcen" oder "Demokratisierung", im Gegensatz zum Regierungstreffen, wo der Bereich Landwirtschaft nur unter dem Stichwort "ländliche Armut" erwähnt wurde, drehten sich auf dem Forum viele Diskussionen um die Situation der Landfrauen. Dort, wo der Blick in den Norden ging und Landfrauen aus Industrieländern ihre Probleme schilderten, fand ziemlich schnell eine Verständigung auf den gemeinsamen "Feind" Globalisierung statt und wurden ähnliche Lösungen propagiert.

Die Diskussionen der Landfrauen waren Teil von über 4.000, sehr unterschiedlichen Veranstaltungen. Trotz dieser Vielfalt haben sich drei verbindende Elemente herauskristallisiert, die einen gemeinsamen Rahmen geben: Globalisierung, Vernetzung und Lobbying.

Worte und Taten

"Down with IMF, down with Worldbank, down with GATT!" ... immer und immer wieder ertönte dieser Schlachtruf über die ausnahmsweise trockenen Straßen in Huairou, dem Veranstaltungsort des NRO-Forums zur 4. Weltfrauenkonferenz. Symbolisch wurde die mächtige Weltbank dargestellt, die ein armes Land zu Boden zwingt. Medienwirksamkeit war gefragt - nur Fernsehbilder konnten die Botschaften der Frauen außerhalb des Forumsgeländes transportieren. An diesem Tag gab es noch mindestens zehn weitere, sehr verschiedene Demonstrationen: Auf einem Protestmarsch gegen den Fast-Food-Riesen McDonald wurde ihr gelbrotes Maskottchen Ronald McDonald von einer Bank gestoßen; schwarz gekleidete islamische Lebensschützerinnen demonstrierten gegen Homosexualität, für die Familie und gegen Abtreibung, Inderinnen forderten die sexuelle Selbstbestimmung und freie Wahl der Verhütungsmittel, eine große Lesbendemo umzingelte eine chinesische Veranstaltung, und eine Schweigedemo für den Frieden fand statt - um nur einige zu nennen. Von der chinesischen Seite gab es kleine "zufällige" Störungen, wie die Fahrt von drei Lieferwagen durch die Demonstration der Lebensschützerinnen oder ein Konzert neben der Schweigedemo.

Die Frauen ließen sich trotz Sicherheitspolizei und Verbannung außerhalb Pekings nicht davon abhalten, sich zu treffen, auszutauschen und Strategien zu entwickeln. Was brannte den Frauen unter den Nägeln? Ein Blick in den Veranstaltungskalender, der den etwas kitschigen Slogan des Forums "Look at the World Through Women's Eyes" trägt und eine stilisierte Form acht tanzender Frauen zeigt, macht die Vielfalt der täglich 350 Veranstaltungen deutlich. So unterschiedliche Themen wie "sistership healing ritual", dort wurden traditionelle Heilmethoden wie Yoga und Meditation vorgestellt, waren genauso vertreten wie die Thematisierung von Beziehungen zwischen Männern und Frauen oder die Auswirkungen der Strukturanpassungspolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Veranstaltungen waren dreizehn Themen zugeordnet, die teilweise die Kapitel des auf der offiziellen Konferenz diskutierten Aktionsplans widerspiegeln: Ökonomie, Politik, Menschenrechte, Frieden und Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Umwelt, Religion und Spiritualität, Wissenschaft und Technologie, Medien, Kunst und Kultur, Rasse und Ethnizität sowie Jugend.

In Form von "workshops", "speaking outs", "penals", "meetings", "discussions", "lectures", "cultural events" oder "plenaries" wurde sich dieser Themen angenommen. Auf den "plenaries" wurden kritische Analysen der gegenwärtigen globalen Kräfteverhältnisse vorgenommen sowie Visionen für das nächste Jahrhundert entwickelt. "Speaking outs" war eine Veranstaltungsform, auf der alle Frauen, die Lust hatten, aufstehen und etwas sagen konnten, und auf "penals" wurden Referate gehalten. Insgesamt haben es 26.000 Frauen trotz Visaschwierigkeiten geschafft, daran teilzunehmen. Die größte Gruppe waren dabei die Asiatinnen, gefolgt von den Frauen aus den USA und Europa, Afrika und Lateinamerika. Angeblich waren 700 Frauen aus Deutschland auf dem NRO-Forum - während aus Ländern wie Brasilien oder Tansania nur etwa 20 Frauen teilnehmen konnten.

"Globalisierung"

"Globalisierung" wurde zum Oberbegriff, zur großen Klammer um die vielen regionalen Besonderheiten, ökonomischen Probleme von Ländern und Einzelschicksalen Globalisierung bezeichnet die weltweite Vereinheitlichung der Finanz- und Handelsmärkte einhergehend mit dem Wegfall von Handelshemmnissen. Sie ist begleitet von der Vereinheitlichung der Produktions- und Konsumweise. Der Begriff ist als Synonym für die Kapitalisierung/Kommerzialisierung der Welt zu sehen, der Ausdehnung der Warenwirtschaft bis hin zum eigenen Körper, der Unterordnung aller Lebens- und Arbeitsbedingungen unter ökonomische Notwendigkeiten, die für immer mehr Menschen spürbar wird. "Globalisierung" heißt McDonald und Esprit, auch in Shanghai und Nairobi. Das "Moderne" führt dabei zum Verlust traditioneller Gewohnheiten und Gebräuche, ohne für alle einen adäquaten Ersatz zu bieten.

"Vernetzung"

"Vernetzung" - ein weiteres Schlagwort - wurde maßgeblich von den Amerikanerinnen eingefordert. Bis zu 100 Frauen nahmen an diesen Vernetzungstreffen teil und tauschten zum Einstieg während einer Vorstellungsrunde ihre besonderen Probleme und Erwartungen aus. Themen wie Ökonomie, Macht, Armut, Zugang zu Ressourcen usw. wurden in Arbeitsgruppen diskutiert, um Forderungen aufzustellen und konkrete weitere Schritte der Zusammenarbeit zu planen.

Ein Beispiel für eine gelungene Vernetzung ist die Idee einer weltweit erscheinenden Zeitung "von Landfrauen - für Landfrauen", die einen Monat in Brasilien, den nächsten in Ghana, den übernächsten in Australien produziert werden soll. Ziel ist es, den Landfrauen zu ermöglichen, sich weltweit auszutauschen und gemeinsamen Probleme benennen zu können, die eine Allianz von Nord- und Südfrauen zu Themen wie z.B. GATT, pflanzengenetische Ressourcen, Ernährungssicherung etc. ermöglichen soll.

"Lobbying"

Das dritte Schlagwort "Lobbying" ist ein Element der Strategieplanung von Frauen. Auch hier waren die Amerikanerinnen führend im Einfordern von Lobbyarbeit.

Ein Ziel war die Beeinflussung des auf der offiziellen Weltfrauenkonferenz diskutierten Aktionsplans. Eine Auswertung, wie erfolgreich dieses war, steht zur Zeit leider noch aus. Im Landwirtschaftsbereich werden Frauen auf dem Welternährungsgipfel in Rom 1996 und auf der 4. Technischen Konferenz der FAO zu Pflanzengenetischen Ressourcen in Leipzig im Juni 1996 für ihre Forderungen eintreten.

Globalisierung aus

Sicht der Landfrauen

Für den Bereich Landwirtschaft bedeutet Globalisierung die Produktion und den Konsum von Agrarprodukten an weit entfernten Orten. Kaffee, Kakao, Obst, Gemüse und Rohstoffe wie Baumwolle werden in den Ländern des Südens angebaut und sind in den Industrieländern billig zu erwerben, oft billiger als heimische Früchte. Umgekehrt werden Getreideüberschüsse der Europäischen Gemeinschaft in Form von Nahrungsmittelhilfe in die sogenannte Dritte Welt verkauft.

Die Folge dieser Agrarproduktion ist die Verdrängung der im traditionellen Landbau verwendeten angepaßten Landsorten und biologischen Inputs durch Monokulturen, der Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden sowie die Verwendung von Hybridsaatgut. Traditionelles Wissen über Anbau, Haltbarmachung und Nutzung von Pflanzen geht verloren.

Die Hoffnung, mit Hilfe der "modernen" Landwirtschaft Verschuldungs- und Hungerprobleme zu lösen, hat sich als falsch herausgestellt. Gewinner sind vor allem die transnationalen Saatgut- und Chemiekonzerne; für Kleinbäuerinnen ist diese "large-scale"-Produktion nicht zu verwirklichen. Frauen erledigen in afrikanischen Ländern bis zu 80% aller Arbeiten im Agrarsektor, in anderen Ländern mindestens 50%. Ausgeführt werden Arbeiten wie Pflanzen, Kultivieren, Jäten, Ernten, Transport und Lagerung auf niedrigem technischem Niveau, die Hacke ist das gängige Arbeitswerkzeug. Geld für Pestizide, Düngemittel und Hochleistungssorten ist nicht vorhanden.

Eine Lösung scheint also zu sein, ihre Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen, um ihnen die Einbeziehung in den Weltmarkt zu ermöglichen. Seit mindestens zehn Jahren ist es Ziel aller Entwicklungsorganisationen, Frauen den Zugang zu Krediten, technischer Beratung, besserer Ausstattung, Bildung etc. zu ermöglichen, kombiniert mit Maßnahmen, welche die hohe Arbeitsbelastung von Frauen generell senken wie beispielsweise der erleichterte Zugang zu Wasser oder die Bereitstellung von Solaröfen, die den Frauen das mühsame Sammeln von Brennholz ersparen.

Ist das die Lösung? Nein, denn diese geht von der Annahme aus, der traditionelle Landbau könne nicht Grundlage der Ernährungssicherung der Frauen sein und Frauen würden das Wachstumsmodell des Nordens in ihren Ländern verwirklicht sehen wollen. Dem ist nicht so. Die Frauen aus dem Süden haben an vielen Punkten auf den Veranstaltungen verdeutlicht, warum sie die Verliererinnen des Globalisierungsprozesses sind: Verlust der Einkommens- und Entscheidungsbefugnis, Degradierung ihrer gesellschaftlichen Anerkennung, erhöhter Arbeitsaufwand, Statusverlust gegenüber dem Mann, um nur einige Argumente zu nennen. Sie halten die Konsumversprechungen nicht für erfüllbar und Autos, Fernsehen, Waschmaschinen und Boutiquen nicht für so verheißungsvoll, wie in den Industrieländern gedacht wird. "All what we get is shit, we don't want it", drückte eine Teilnehmerin ihren Widerwillen sehr deutlich aus.

Es gibt Werte und Lebenswelten, die nicht der "Warenlogik" folgen und sich nicht den Verwertungsinteressen des Kapitals unterordnen. Gegen dieses Vordringen der Warenlogik in jegliche Lebensbereiche wehren sich die Frauen, ohne deswegen die Mißstände in ihren Gesellschaften zu vergessen. Gesellschaftliche Machtlosigkeit, fehlende Rechte wie beispielsweise die Möglichkeit, Landeigentum zu besitzen, das Verhältnis zwischen den Geschlechtern, Gewalt gegen Frauen usw. und die Rolle der Frauen wurden natürlich kritisiert, aber daß die Lösung nicht das westliche Wachstumsmodell ist, zeigt ein Blick auf die Situationen der Frauen im Norden.

Für die Landfrauen aus dem Norden gibt es ebenfalls genug Gründe, sich gegen die Agrarstrukturen auf dem Weltmarkt zu wehren, allerdings ist die Ausgangslage eine andere: Während der Kapitalismus in den Ländern des Südens auf dem Vormarsch ist und Frauen sich gegen die Einbeziehung in die Weltmarktproduktion wehren, bestimmt hier die Kapitalverwertung jegliche Lebensbereiche. Hier steht nicht die Gesellschaft im Vordergrund und entscheidet gemeinsam über Produktion und Reproduktion, sondern dies geschieht individuell. Fast food und Tiefkühlkost, Joghurt aus Bayern in Hamburg, ein wahnsinniges Verkehrsaufkommen, das schlechte Fernsehprogramm, Umweltverschmutzung, Sinnkrisen, Auflösung der Familienstrukturen, Zeitmangel, Freizeitindustrie usw. bestimmen hier das Leben - nicht die Sorge um Wasser und Feuerholz.

Im Landwirtschaftsbereich ist in den Industrieländern alles verwirklicht, was auf die südlichen Länder erst noch zukommt. Monokulturen und Hochertragssorten mit dem entsprechend intensiven Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln bestimmen hier schon seit der Nachkriegszeit das Bild. Traditionelle Sorten, Wissen über Anbaumethoden etc. sind schon lange verschwunden, und die Gentechnologie ist auf dem Vormarsch. Auch in den Industrieländern gibt es Frauen, die sich dagegen wehren. Was ist nun ihre Lösung?

Von den Frauen aus dem Süden wurde die Rückkehr zur Subsistenzwirtschaft propagiert, das heißt die überwiegende Produktion für den eigenen Bedarf im Gegensatz zur Marktproduktion, von den Frauen aus den Industrieländern der ökologische Landbau und von beiden als Alternative zum Weltmarkt eine Regionalisierung der Märkte.

Wie sind diese Ansätze zu bewerten? Gefordert wurde die Förderung des ökologischen Landbaus und die Vermittlung traditioneller Anbaumethoden, um dem fehlenden Zugang zu Düngemittel etc. etwas entgegenzusetzen. Ist dies nicht ein Rückschritt, ein Abfinden mit dem fehlenden Zugang, den die Frauen zu

den vorhandenen Ressourcen haben? Die Rückkehr zu traditionellen Anbaumethoden, die Abkopplung vom Weltmarkt und die Produktion für den eigenen Bedarf klingt nach Landkommunenromantik und nicht nach einer gesamtgesellschaftlichen Alternative zur Globalisierung. Was heißt Regionalisierung der Märkte? Kann ich dann noch Kaffee trinken - wenigstens den "fair" gehandelten - und Schokolade essen? Fragen über Fragen.

Das Faszinierende an diesem Ansatz ist die Feststellung von Gemeinsamkeiten. Die Analyse der Probleme der Frauen führte zu einer Infragestellung der Globalisierung. Eine gemeinsame politische Arbeit von Landfrauen aus dem Norden und dem Süden ist die Konsequenz. Diese Betrachtung ist eine andere als sonst üblich, bei der nach Hilfe für die "armen" Frauen aus den "unterentwickelten Ländern" gesucht wird!

Gelebter Widerstand

Schon jetzt gibt es Frauen, die sich gegen die bestehenden Welthandelsstrukturen wehren. Diese Frauen, die von ihrem Widerstand berichteten, waren es, die dem Forum so etwas wie "Power" und einem das Gefühl von "wir können etwas bewegen" gaben. Es war beeindruckend zu sehen, wie wortgewaltig, stark und selbstbewußt sie auftraten und dieses Gefühl von "Stärke" mit einfachen Mitteln wie dem Singen von Kampfesliedern weitergeben konnten. Von ihnen kamen glasklare Analysen und konkretes Handeln: "Seed of Survival" aus Äthopien ist eine NRO, die sich zum Ziel gesetzt hat, alte Landsorten wiederzuentdecken, und sich für deren Verbreitung und den Anbau einsetzt. Dafür macht sie Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, die auch eine Kritik an Gentechnologie und Patentierung beinhaltet. Die Ziele von "Seed of Survival" stoßen nicht auf das Wohlwollen der Regierung, die sich zusammen mit einigen multinationalen Konzernen zum Ziel gesetzt hat, Hybridsaatgut einzuführen, für deren Anbau Düngemittel und Pestizide erforderlich sind, was bei alten Landsorten nicht der Fall ist.

Die Gruppe "Ashta" (Ashta bedeutet "tiefer Glaube und Überzeugung") aus Indien arbeitet mit armen und "beraubten" Menschen in der Überzeugung, diese haben die Kraft, sich zusammenzutun und ihre Lebensbedingungen zu ändern. Sie kämpfen gegen die ökonomische Marginalisierung, gegen feudale Traditionen, Geschlechtsstereotypen, Ungleichheit und Umweltvernichtung und so weiter. Sie kritisieren den indischen Staat und greifen zur Selbsthilfe. So konnten sie die Vertreibung von "indigenous people" aus einem Gebiet verhindern, in dem eine Zementfabrik gebaut werden sollte, wehren sich gegen hohe Zinsen von "Landlords", gegen die Verminung ihres Landes und zeigen auf, wie die Einführung von Cashcrops die Macht und das Eigentum von Frauen zerstört, weil Männer aus diesem Produktionszweig das Einkommen erhalten. Mit den Worten "früher waren wir abhängig von der Erde, heute von den Weltmarktpreisen" fordern sie die Subsistenzökonomie zurück.

Schlußfolgerungen

Erstaunlich war für mich, daß im Landwirtschaftsbereich nicht der gleichberechtigte Zugang zu Bildung, Technik und Inputs die Hauptforderung war, sondern die Agrarstruktur generell in Frage gestellt wurde. Die vorgeschlagenen Alternativen, Regionalisierung der Märkte, ökologischer Landbau und Rückkehr zur Subsistenz, werfen eine Reihe von Fragen auf: Was bedeutet der Subsistenzansatz für die politische Arbeit in der Bundesrepublik? Wie thematisieren wir die Agrarhandelsstrukturen und propagieren Alternativen wie den ökologischen Landbau? Wie bewerten wir zum Beispiel den fairen Handel, wenn eine Regionalisierung das Ziel ist? Fragen, die nicht nur Frauen lösen müssen.

Warum übten die Frauen aus den Ländern des Südens auf mich eine so starke Wirkung aus? In den Industrieländern ist die Situation der Frauen doch ungleich besser - und doch wirken wir nicht so selbstbewußt und fest im Leben stehend. In den Industrieländern sind alle Lebensbereiche von der kapitalistischen Warengesellschaft beeinflußt. Die Lebenssicherung durch Arbeit, aber auch die Freizeit und oft die Beziehung zwischen Menschen richten sich nach Angebot und Nachfrage des Marktes und nicht nach den Bedürfnissen der Menschen. Dieses ständige Funktionieren und Leistung - erbringen - müssen führt zu einem ganz anderen Denk- und Handlungsmuster, als dieses in vielen Ländern des Südens noch möglich ist. Die Situation von Frauen in diesen Ländern ist alles andere als rosig, und die Beispiele des gelebten Widerstandes zeigen: Frauen wehren sich gegen feudale Traditionen und Ungleichheit. Ohne diese Lebenswelten nun romantisieren zu wollen, stelle ich abschließend die Frage, ob wir durch unsere Individualisierung nicht vieles verloren haben und viele Menschen deshalb hier unglücklich sind.

Dipl. Volkswirtin, Dipl. Sozialökonomin Kerstin Lanje, Mitarbeiterin bei der BUKO Agrar Koordination, Schwerpunkt Bio- und Gentechnologie, Frauen in der Landwirtschaft. Der Text erschien im "BUKO Agrar Info 47"

# 30. " Zukunftsfähiger Kapitalismus" oder: Der letzte Amoklauf des Rentabilitätsprinzips

Autor: Ralf Berger, BUKO · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:19

Wir berichteten in den letzten aks kritisch über die Diskussion zu "nachhaltiger Entwicklung" und "Zukunftsfähigkeit". Um diese recht schwammigen Begriffe rankt sich eine immer breiter werdende gesellschaftliche Diskussion, die angesichts ökologischer und ökonomischer Krisenszenarien nach Auswegen in eine "dauerhafte" und "gerecht" verteilte Naturnutzung sucht.

Die AkteurInnen der Diskussion reichen von Topmanagern transnationaler Konzerne (Business Council for Sustainable Development) über SpitzenpolitikerInnen, renommierte WissenschaftlerInnen, sogenannte Nichtregierungsorganisationen (die ihre Arbeit meist als Lobbying verstehen), bis hin zu den Resten der politischen Ökologie- und Internationalismusbewegung und sonstigen Linken. Die Breite der Debatte zeigt auch der Umstand, daß inzwischen fast alle Universitäten mehrere Veranstaltungen zu "sustainability" anbieten.

Einen neuen Höhepunkt erreichte die Diskussion vor wenigen Wochen mit der Fertigstellung der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland - ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung" durch das Wuppertaler Institut für Klima, Energie und Umwelt. Die Studie wurde von zwei deutschen Nichtregierungsorganisationen in Auftrag gegeben: dem BUND (Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland) und dem katholischen Hilfswerk Misereor. Präsident des Wuppertaler Instituts ist Ernst-Ulrich von Weizsäcker, der sich durch verschiedene Veröffentlichungen (u.a. das Buch "Erdpolitik") bereits in dieser Thematik profilierte.

Die Wuppertaler Studie geht von einem universalen Gerechtigkeitsgedanken aus, nach dem jeder Mensch das gleiche Recht auf Ressourcennutzung hat. Sie versucht den sogenannten Umweltverbrauch Deutschlands zu erfassen und Reduktionsziele in Richtung "Nachhaltigkeit" zu formulieren.

Die Studie nennt zwei Hauptwege zur Erreichung dieser Ziele: (1) Effizienzrevolution in der Produktion und (2) Entwicklung neuer kultureller Leitbilder, über die sich die Lebens- und Konsumgewohnheiten der Menschen ändern sollen. Sie will ausdrücklich die Dynamik der (staatlich regulierten) Marktwirtschaft zur Durchsetzung ihrer Ziele nutzen. Ganz im Sinne von Lobbypolitik betrachtet die Studie besonders UnternehmerInnen und PolitikerInnen als Hauptverbündete.

So fand sich bei der öffentlichen Präsentation der Studie am 23. 10. 95 in Köln eine illustre Gesellschaft auf dem Podium ein: Die stellvertretende DGB-Vorsitzende, die Bundesumweltministerin, der Marketing Manager des Hertiekonzerns, die Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg und die NRW-Umweltministerin. Widerspruch gab es dort hauptsächlich von VertreterInnen des BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) und einigen anderen Internationalismus-AktivistInnen. Der BUKO veröffentlichte eine neunseitige Kritik an der Wuppertaler Studie.

In der jetzt notwendigen Debatte sollte es u.a. um folgende Fragen gehen:

Welche Entwicklungen laufen gerade real ab?

Welches Veränderungspotential hat diese Gesellschaft?

Läßt sich im Rahmen der Marktwirtschaft der Ressourcenverbrauch wirklich verringern?

Was heißt das für die globalen Herrschaftsverhältnisse?

Die Kurzform der Wuppertaler Studie (33 Seiten) kann beim BUND (Im Rheingarten 7, 53225 Bonn) bestellt werden, die Langfassung (ca. 400 Seiten) erscheint im Januar 1996 als Buch. Die Kritik des BUKO gibt es bei der BUKO Geschäftsstelle (Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel. 393156).

Wir dokumentieren zwei Texte, die sich hauptsächlich auf den globalen Charakter der Studie und das Nord-Süd-Verhältnis beziehen.

Ralf Berger, BUKO-Geschäftsstelle

Ein Technokratenmärchen

Die Studie des "Wuppertaler Instituts" geht von der ökologischen Problematik des rasanten Ressourcenverbrauchs und der kritischen Belastungsgrenzen von Ökosystemen aus. Sie entwickelt Reduktionsszenarien, die durch eine Senkung des Verbrauchs und der effizienteren Nutzung von Material und Energie erreicht werden sollen. Um dies zu erreichen, werden ökonomische, soziale und politische Veränderungen entworfen, die durch sogenannte Leitbilder und realpolitische Maßnahmenkataloge umgesetzt werden sollen. Ein anspruchsvolles Programm.

Der Kern unserer Kritik an der Studie bezieht sich nicht auf Details der entworfenen Szenarien (wo viele sinnvolle Dinge neben kritikwürdigen stehen), sondern auf die Herangehensweise des "Wuppertaler Instituts", die jede Auseinandersetzung mit den Ursachen und Bedingungen unserer gegenwärtigen Wirtschafts- und Lebensweise vermissen läßt.

Alle sind irgendwie besorgt. So kann es nicht weitergehen. Also können auch alle irgendwas beitragen, daß es weitergehen kann. Die UnternehmerIn, der/die Arbeitslose, die BäuerIn usw. Die Frage nach Interessen, Besitzverhältnissen, Herrschaftsverhältnissen ist tabu. Historisch gewachsene Strukturen, ökonomische Dynamiken, organisierte Unterdrückung sind der Studie fremd. Den Erfahrungsschatz jahrzehntelangen Widerstands gegen beklagte Zustände scheint es nicht zu geben. Warum hat "unsere Marktwirtschaft" überhaupt die gegenwärtige ökosoziale Krise hervorgerufen und verschärft sie gegenwärtig? Wenn ökologische Ziele erreichbar sind, warum wurden sie dann bisher nicht umgesetzt? Fragen, die bewußt nicht gestellt werden, weil niemandem wehgetan werden soll, vor allem nicht dem "Hauptbündnispartner" - der Gewinnerindustrie. JedeR soll sich und seine/ihre Interessen in diesem Konzept wiederfinden. Aus der Sicht der Studie ist alles eine Frage der Einsicht und des guten Willens. Die Verhältnisse sind keine Machtfragen zwischen verschiedenen Interessen.

Demzufolge sind auch die vorgeschlagenen Wege zur Veränderung untauglich:

- Eine nationalstaatlich geplante, ökologische und soziale Marktwirtschaft ("Domestizierung und Nutzung der Marktkräfte") ist eine Fata Morgana. Die aus Zeiten der fordistischen Akkumulation stammenden Regulierungseingriffe werden nach und nach abgebaut. Die "Musik" wird längst im weltmarktorientierten Wirtschaftssektor gemacht. Die größten Renditen werden durch Spekulationsgeschäfte mit dem international vagabundierenden Finanzkapital eingefahren. Diese Vorgänge sind nicht domestizierbar, schon gar nicht nationalstaatlich. Der kapitalistische Unternehmer wäre ein Selbstmörder, würde er nicht versuchen, so viel wie möglich Kosten auszulagern. Außerdem ist der kapitalistische Staat kein neutraler Schiedsrichter im Kampf der Interessen, sondern immer stärker Knecht der ökonomischen Sachzwänge.

- Die Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse von Ländern des Nordens über Länder des Südens werden demzufolge nicht in ihrer Substanz kritisiert. Dies kollidiert natürlich mit dem Anspruch der Studie nach globaler Gerechtigkeit. Kolonialistisch geprägte Strukturen, die Verschuldungsfalle, die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank im Interesse des Nordens, ungleicher Tausch auf dem Weltmarkt usw. werden nicht nur nicht berücksichtigt, sondern werden weiter vertieft: teilweiser Schuldenerlaß gegen Bedingungen, Verkauf von Verschmutzungsrechten, Ökoführerschaft des Nordens über Know-how und Technologien, Markteintrittsbarrieren für Zu-spät-gekommene usw. Übrig bleibt lediglich ein Paternalismus, der, moralisch eingefordert, Selbsthilfeprojekte über die "Entwicklungszusammenarbeit" unterstützen soll.

- Die Empfehlungen des "Wuppertaler Instituts" zur Sozialpolitik mögen gut gemeint sein, lassen sich aber auch mit neoliberalen Positionen problemlos vereinbaren: Ein Hochtechnologiesektor mit Hochlohnsektor für die Industrie und als Kehrseite ein Niedriglohnsektor mit flexiblen Löhnen und Arbeitszeiten sowie reduzierten Lohnnebenkosten. In den Großstädten der USA sind diese deregulierten Zonen zu besichtigen. In welchem dieser beiden Arbeitsmärkte verorten sich wohl die Wuppertaler wissenschaftlichen Nachwuchskoriphäen?

- Die Studie setzt nicht bei der Veränderung der Produktionsweise an, sondern vielmehr bei den Gewohnheiten der EndverbraucherInnen. Ein gewisser Nachdruck wird dem durch verschiedene Taschenspielertricks bei der Zuordnung des Verbrauchs zu sogenannten Bedarfsfeldern (Wohnen, Freizeit, Ernährung) verliehen. Sektoren wie Rüstungs- oder Exportgüterindustrie werden weggezaubert oder einfach auf die EndverbraucherInnen umgelegt. Warum was für wen produziert wird, spielt offensichtlich keine Rolle. Auch aus dem Nettoverbrauch an Ressourcen wird der profitintensive Exportsektor herausgerechnet (BRD-Nettoverbrauch =

Ressourcenverbrauch + Importe - Exporte). Das heißt im Klartext: Wenn die BRD Rüstungsgüter exportiert, darf sie nach diesem Modell all den Stahl, die Energie und die strategischen Rohstoffe als entlastende Negativ-Posten buchen. Auch die Stoff- und Energiemengen, die allein zur Produktion von High-Tech-Waren für den Weltmarkt bewegt werden, entlasten das BRD-Ressourcenkonto. Dafür dürfen dann noch mehr Rohstoffe importiert werden.

Die Gefahr der Studie liegt darin, daß einzelne Vorschläge, die den herrschenden Interessen bei der Effektivierung der Profitproduktion in den Kram passen, umgesetzt werden, der Rest aber gänzlich hinten runterfällt. Auch wir vom BUKO haben keine Patentrezepte zur dringend notwendigen Gesellschaftsveränderung. Wir suchen die Diskussion, z.B. auf dem nächsten Jahreskongreß des BUKO im Mai 96, der den Schwerpunkt "Nachhaltigkeit" hat. Die "Wuppertaler Studie" ist als Grundlage solch einer Diskussion allerdings gänzlich ungeeignet.

BUKO

Zukunftsfähigkeit und Gerechtigkeit

Die Zusammenarbeit von BUND und MISEREOR unterstreicht, wie sehr die Themenfelder Umwelt und Entwicklung zusammengehören. Natürlich kann man Umweltschutz für sich betreiben. Was aber wäre gewonnen, wenn zwar die Natur gerettet, nicht aber die soziale Frage gelöst wäre? Und welchen Sinn würde Entwicklungszusammenarbeit machen, wenn man eines Tages feststellt, daß den armen Ländern des Südens der notwendige Raum für Entwicklung, wie sie ihnen die Industrieländer vorgemacht haben, gar nicht mehr zur Verfügung steht? Die Suche nach Zukunftsfähigkeit bedeutet die Suche nach Naturverträglichkeit und Gerechtigkeit. Beide Ziele gehören untrennbar zusammen.

Manche vermuten, "Zukunftsfähiges Deutschland" könne ein Programm sein, um das Industrieland Bundesrepublik fit zu machen für Zeiten abnehmender Rohstoffvorkommen bzw. begrenzter Belastungskapazitäten der Öko-Systeme. Es wäre sehr wohl vorstellbar, daß ein Staat innerhalb seiner Grenzen ökologische Politik betreibt, aber gleichzeitig Ressourcen anderer Länder in einem Ausmaß beansprucht, welches diesen die Möglichkeiten zukunftsfähiger Entwicklung nimmt und insgesamt eine zukunftsfähige Entwicklung gefährdet. Um solche engen Betrachtungsweisen zu überwinden, bezieht die Studie die Nord-Süd-Dimension konsequent mit ein. Sie untersucht Auswirkungen unserer Wirtschafts- und Lebensweise auf die Länder des Südens.

Dabei ergibt sich, daß die Industrieländer ihre Umweltkonten hinsichtlich der Nutzung der globalen Gemeinschaftsgüter Atmosphäre und Ozeane kraß überzogen haben. Der Asymmetrie der Ursachenverteilung steht eine Asymmetrie der Folgenverteilung gegenüber: Noch haben zwar die Entwicklungsländer relativ wenig zu globalen Umweltproblemen beigetragen. Von den Folgen werden sie jedoch besonders heftig betroffen sein (und können sich dazu noch schlechter dagegen wehren). Die Weltmeere werden von den Industriestaaten überproportional genutzt und überproportional verschmutzt. Die Länder des Südens tragen als Rohstofflieferanten den Großteil der ökologischen Kosten unserer Importe. Die Schlußfolgerung: Die Industrieländer schädigen die Armen im Süden weit weniger durch das, was sie ihnen an Hilfe vorenthalten, als durch das, was sie für sich selbst in Anspruch nehmen.

Was ist daraus abzuleiten?

1. Die Industrieländer müssen mit der ökologischen Erneuerung beginnen, nicht nur, weil es ihnen selbst nützt, sondern weil es im Interesse aller Menschen liegt. Sie müssen es tun, weil sie sich bei den Ländern, die erst am Anfang der Entwicklung stehen, und bei künftigen Generationen ökologisch verschuldet haben. Sie sind dazu aufgefordert, weil ihre Lebensweise in den Ländern des Südens zum Vorbild geworden ist und dort kaum abgelegt wird, solange die Vorbilder selbst nur kosmetische Änderungen vornehmen.

2. Entwicklungszusammenarbeit muß sehr viel klarer als bisher als kohärente Nord-Süd-Arbeit verstanden werden. Sie muß sowohl die Förderung von Entwicklungsprozessen im Süden als auch die umwelt- und entwicklungsverträgliche Umgestaltung des eigenen Landes zu ihrer Aufgabe machen.

Nord und Süd können voneinander lernen. Die Rückbesinnung auf das menschliche Maß als Entwicklungsgröße auf der einen Seite, die Teilhabe an den wissenschaftlichen Erkenntnissen, den Erfolgen und Fehlschlägen einer technischen Zivilisation auf der anderen Seite.

3. Die Folgen eines ökologischen Wandels in Deutschland für die Länder des Südens müssen bedacht werden. Wenn Deutschland zukunftsfähig wird, wenn weniger Stoffe und Energie verbraucht werden, wenn sich Ernährung und Landwirtschaft umstellen, wenn Warentransport und Mobilitätswünsche stärker in Einklang mit der Natur gebracht werden, können sich die Einnahmen einer Reihe von Entwicklungsländern erheblich verringern.

Wie lassen sich diese Negativwirkungen auffangen? Es werden sich Fragen nach dem sinnvollen Anteil des Fernhandels an ihren Volkswirtschaften, dem Aufbau lokaler und regionaler Märkte, der Verbesserung der Eigenversorgung des Landes mit Nahrungsmitteln stellen. Internationale Finanzhilfen werden verstärkt gegeben werden müssen bis hin zu Kompensationszahlungen für Einkommensverluste bzw. Nichtinanspruchnahme globaler Gemeinschaftsgüter.

Für die hochverschuldeten Länder des Südens müssen Erleichterungen gefunden werden. Wir treten dafür ein, daß den hochverschuldeten Ländern mit niedrigem Einkommen - außer im Fall anhaltender schwerer Menschenrechtsverletzungen - ein vollständiger, aber nicht bedingungsloser Schuldenerlaß gewährt wird.

Reinhard Hermle, Misereor

(Hermle ist Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik bei Misereor. Dies ist seine Presseerklärung bei der Vorstellung der Wuppertaler Studie.)

# 31. Zur Nachhaltigkeitsdebatte: Sei kein Frosch, BUKO! Kritik an Christoph Spehrs Thesen in ak 383

Autor: hhH, Berlin · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:13

Leider verzichtet Christoph Spehr in seinen in ak 383 präsentierten "10 Thesen für ein linkes Gegenkonzept" zur "Nachhaltigen Entwicklung" (NE) darauf, "in den Dingen Prozesse zu erkennen und zu benutzen". Das Mitglied der BUKO-AG "Her mit dem Fisch" (1) kommt ohne Umschweife zur Urteilsverkündung: "Das Konzept [...] bedeutet, daß diese Entwicklung - durch geeignete Modifikation - weitergehen kann: durch verbesserte Steuerung und Kontrolle, Wissenschaft und Technik." Da mag was dran sein. Doch gibt es überhaupt "das" Konzept NE? Haben wir es nicht vielmehr mit den mannigfaltigsten, z.T. gegensätzlichen Bedürfnissen und Interessen ganz unterschiedlicher Menschen zu tun?

Was bringt es, diejenigen, die explizit nach egalitären menschlichen Verhältnissen verlangen, in denen biologische Vielfalt und Produktivität für alle (inclusive der zukünftig lebenden) Menschen gleichermaßen erhalten bleiben, gemeinsam mit jenen "anzuklagen", die nur ihre Privilegien nachhaltig entwickeln möchten? Sollte linke, sozialistische Kritik und Politik nicht besser darauf abzielen, die ersteren (im gewissen Sinne kommunistischen) Interessen und Bedürfnisse zu stärken und die der letzteren (egozentrischen, klassenbornierten usw.) zu schwächen?

Spehr glaubt, "den Kern des Problems erfaßt" zu haben. Die Katastrophe bestehe darin, daß "es so weitergeht". Schön und gut. Nur ist dies im gesamten "Nachhaltigkeits"-Lager unstrittig. Statt peinliche Belehrungen darüber zu verbreiten, daß "der Kapitalismus die eigentliche Katastrophe" sei, sollten wir Linke lieber selbst etwas dazu beitragen, daß die Konzepte in unserem Sinne weiterentwickelt (und die egalitären Perspektiven erkämpft) werden.

Dazu wäre es notwendig, die konkreten Verhältnisse zu analysieren, d.h. zu untersuchen, wo welche Naturressourcen aufgrund welcher (ökonomischen) Beziehungen für wen verloren gehen, wo innerhalb dieser (ökonomischen) Beziehungen Gegenbewegungen wirken (schlummern oder gerade erwachen), die es zu unterstützen oder zu effektivieren gilt! Davon verspürt mensch in den "Thesen" keinen Hauch. Auch die vom BUND und MISEOR in Auftrag gegebene Studie des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt und Energie, deren jetzt vorliegende Kurzfassung der Anlaß der Spehr-Thesen war, hätte m.E. erst einmal nach ihren fortschrittlichen Aspekten abgeklopft werden müssen. Und der hier unternommene Versuch, den mit dem Warenkonsum in Deutschland verbundenen Ressourcenverbrauch konkret zu berechnen, auf den Pro-Kopf-Verbrauch zu beziehen und diese Werte als Ausgangspunkt für deren Angleichung auf ein Niveau zu nehmen, das - ohne "Ökoverluste" - verallgemeinerbar wäre, ist an sich schon ein gewaltiger Fortschritt.

Die vom Wuppertaler Institut errechnete Notwendigkeit, bis 2050 den Verbrauch von fossilen Brennstoffen und anderen Naturressourcen in Deutschland um 80 bis 90% zu reduzieren, bedeutet gerade für linke, sozialistische (Global-)Analyse und Politik eine ungeheure Herausforderung. An das Wuppertaler Institut die linksradikale Meßlatte anzulegen und dessen Studie für "zu kurz" zu befinden, erscheint mir als Flucht aus dieser Verantwortung. Die Linke verabschiedet sich mit solch einem Gebaren freiwillig aus dem menschlichen Diskurs in die "Froschperspektive".

Und verkündet "ewige Wahrheiten", wie z.B. daß "die Grundlagen der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung [...] ihrem Wesen nach naturzerstörend [sind]." Folgt aus solcher "Erkenntnis des Wesens" etwa, sich aus der Diskussion darüber, "welche politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nötig sind" (Wuppertal-Studie), herauszuhalten? Außerdem: Was sind das für Grundlagen, deren Wesen die Umwelt und innere Natur der Menschen zerstören, wie es in den Thesen heißt? (Was ist "die" innere Natur "der" Menschen?) Spehr antwortet: "Die Enteignung des natürlichen Reichtums für nationale und konzernorientierte Zwecke und die Zurichtung der Natur gemäß den Interessen der Herrschenden, bzw. gemäß den Spaltungen der patriarchalen Dominanzkultur: der Herrschaft des Nordens über den Süden, des Reichtums über die Armut, der ‚Leistung' über die Subsistenz; der Herrschaft von Weißen über ‚den Rest', von Männern über Frauen, von Bürgern über Marginalisierte."

Wieder-Aneignung des Südseeparadieses?

Wenn Spehr als (wahrscheinlich) weißer Mann, der vermutlich etwas "leisten" muß, damit er sich etwas leisten kann, der wohl auch nicht ganz arm und jedenfalls Bürger ist, meint, über "den Rest, Frauen, die Subsistenz, die Armut und die Marginalisierten" zu herrschen, dann ist das natürlich ein schweres Los. (So schwer, daß die paar Ozonlöcher und Treibhauseffekte nicht mehr ins Gewicht fallen.) Und der Wunsch nach Befreiung von dieser Bürde ist verständlich. Nicht so klar erscheint es mir dagegen, warum er die Zahlenvorgaben des Wuppertaler Instituts nicht in seine Befreiungsstrategie einbeziehen will. Eine seiner Thesen ist, daß alle Herrschaft einzig und allein "der Aufrechterhaltung der Herrschaftsmittel" diene. Deshalb verlangt er, "die Herrschaftsmittel zu thematisieren". Okay. Nur wäre es gerade deshalb angebracht, in dem Wuppertal-Konzept "einen Prozeß zu erkennen, den es zu benutzen gilt". Schließlich müssen die Herrschaftsmittel bei jedem Versuch, die Wuppertaler Ideale zu verwirklichen, zwangsläufig nicht nur thematisiert, sondern gegebenenfalls auch praktisch unwirksam gemacht (bzw. deren Grundlage aufgehoben) werden.

Die Beschwörung philosophischer Everreds wie "Wieder-Aneignung der äußeren und inneren Natur durch die Menschen selbst" sind für mich kein Ausgleich. Wie soll diese Wieder-Aneignung aussehen? Nach Christoph Spehrs Thesen soll dafür jedenfalls "nicht die Technik geändert" werden. Meint CS im Ernst, daß wir die gegenseitige Übervorteilung und den Raubbau an der Natur beenden können, ohne die Techniken der Fortbewegung, der Produktion (AKWs!), Kommunikation, Planung und Regulierung zu ändern?

"Nicht die Technik soll geändert werden, sondern das soziale System des Nordens, [...] sein Zugriff und seine Kontrolle begrenzt und nicht erweitert werden", meint Spehr. Gibt es also zwei verschiedene soziale Systeme, von denen das eine geändert werden muß und das andere so bleiben kann? Wäre "die Aneignung der inneren und äußeren Natur" nach Spehrs Wünschen "im Süden" verwirklicht, wenn nur "der Zugriff des sozialen Systems des Nordens" aufhörte? Hat er eine Wieder-Aneignung des inneren und äußeren Südseeparadies (Bahamas?) im Sinn, wenn er schreibt: "Nicht die Verfügungsgewalt des weißen, männlichen, leistungsrassistischen Kerns der Industriegesellschaft muß ‚verbessert` werden, sondern auch im Norden zurückgedrängt werden."? Außerdem: Wo bleibt hier die Thematisierung von Eigentums- und Machtfragen? Haben VW-Arbeiter zuwenig oder zuviel "Eigentum und Macht", um gemeinsam mit Umweltverbänden und KollegInnen aus anderen Weltteilen umweltverträglichere Fortbewegungsformen als das VW-Fahren zu entwickeln?

Aber das ist nicht die Frage. "Statt dessen geht es um eine Abwicklung des Nordens", meint Spehr, "einen schrittweisen Abbau seiner Einmischungen, eine Reform seiner Lebensformen und seiner Dominanzkultur; die Schaffung von Fähigkeiten für ein anderes Naturverhältnis." Und wie schaffen wir diese "Schaffung"?. Dadurch, daß "nur die Banane eine gute Banane ist, die an Ort und Stelle verzehrt wird", antwortet Spehr. Oder allgemeiner: Die Schaffung (der Abwicklung) soll keine Modernisierung der Herrschaft sein, sondern deren Zurückdrängung. Dies, so CS, würde dann "ein Ende der Verdrängung sozialer Konflikte durch Machtentfaltung nach außen" bedeuten.

Bei so viel Einblick in die allgemeine Herrschaft verwundert es nicht, daß CS auf die konkreten Abwicklungsvorgaben des Wuppertal-Instituts nicht eingehen möchte. Denn dann würde er (stets auf der Suche nach Splittern im Auge des Gegenübers) schnell merken, daß es dabei kaum ohne soziale Konflikte abgehen dürfte. Weil das einen Kämpfer gegen "die Herrschaft an und für sich" natürlich in einen logischen Konflikt treiben würde, werden seine Thesen zur Kleinkunst-Show: Kunstvoll jongliert CS mit den eigenen Verballhornungen, Feindbildern und indirekten Pauschalunterstellungen (die wollen Grünhelm-Einsätze, Zwangssteuerung der Entwicklung des Südens, Päppelung nationaler Eliten der Dritten Welt durch Militär und Geld usw.).

So geraten ihm die WuppertalerInnen sogar zu "Kriegstreibern": "Ökologische Effizienzrevolution an sich wirkt unter den derzeitigen Umständen als ökologische Kriegswirtschaft. Sie dient dazu, den Norden unabhängiger von einzelnen Rohstoff- und Energielieferanten in der Dritten Welt zu machen, ohne die ausbeuterischen Stoffströme wirklich zu beenden." Gut gequakt, Frosch!

Würde eine Erhöhung der Rohstoffabhängigkeit etwa eine geringere Kriegsgefahr und weniger Ausbeutung von Stoffströmen bedeuten?

Welches Konto profitiert

von den Einsparungen?

Bei der Methode - "Hauptsache die Kritisierten erscheinen in meinem schlechten Licht" - bleiben auch die eigenen Einwände im Zwielicht. Selbst dann, wenn sie wirklich bedenkenswert sind. Denn wer vermutet nach solchen Sätzen helle Momente?: "Das Denken in ‚MIPS' (Materialinputs pro Serviceeinheit) bedeutet in der gesellschaftlichen Wirklichkeit nichts anderes (sic!) als das Bestreben, aus weniger mehr zu machen," weiß CS. Na und? Abgesehen davon, daß ein bestimmtes Denken in der gesellschaftlichen Wirklichkeit noch überhaupt gar nichts bedeuten muß, wäre es doch wunderbar, wenn wir für den gleichen Nutzen weniger Mensch und Umwelt vernutzen (und verschmutzen) müßten. Nein, ganz furchbar sei das, meint CS, denn so bekäme er ja "aus weniger Rohstoffen und Kosten die gleiche (oder mehr) Leistung und Macht." Nein, wie schrecklich!

Aber Scherz beiseite: Tatsächlich ist es nicht so, wie es im Vorwort der Kurzfassung "Nachhaltiges Deutschland" heißt, daß es das Credo "weiter, schneller, mehr" sei, welches "die Industriegesellschaft vorantreibt". Wachstumsdenken, Fortschrittsglaube usw. sind umgekehrt Ergebnis und Ausdruck kapitalistischer Produktions- und Aneignungsbedingungen, deren Hauptbedingung bekanntlich die staatlich garantierte und regulierte Existenz autonomer, d.h. zwangsläufig ums "weiter, schneller, mehr" konkurrierender Kapitalgesellschaften und Privatfirmen sind. Bei der Umsetzung der vom Wuppertal-Institut errechneten Sparvorhaben muß deshalb in der Tat aufgepaßt werden, "auf welches Konto die gesparten Summen überwiesen werden".

Das spricht aber keineswegs gegen die Zielvorgaben des Wuppertal-Instituts. Es spricht eher dafür, sie sich zu eigen zu machen und die Chancen zu ihrer Realisierung durch eigenes (zum Beispiel auch konzeptionelles) Engagement zu vergrößern.

Wo schimmert die

leuchtende Zukunft?

Auch Spehrs Einwand, wonach der Apparat der Herrschaftssicherung für den Löwenanteil ökologischer Verschwendung verantwortlich sei, ist bedenkenswert - zielt als Kritik an dem Wuppertal-Ansatz aber ebenfalls vorbei. Denn deren Absicht ist es keineswegs, wie Spehr unterstellt, "Appelle an den individuellen Konsumverzicht zu verbreiten" (wie es die antipatriarchale Szene übrigens seit Jahr und Tag tut). Das Herunterrechnen auf den Pro-Kopf-Verbrauch ist eine Methode der Analyse. Die so gewonnenen Werte, in die übrigens Militärausgaben usw. eingerechnet sind, geben eine (wenn auch unvollkommene) Berechnungsgrundlage für eine soziale Zielplanung. Daß diese Ziele in der Praxis nur durch kollektive Anstrengungen (gerade auch der Linken) zu erreichen sind und daß die Zielvorgaben aktuell utopisch sind, ist doch klar. Doch gerade weil die Wuppertaler Zielbestimmung von den derzeitigen Macht- und Ausbeutungsverhältnissen absieht (was der Hauptvorwurf von Spehr ist), schimmert aus ihr "die leuchtende Zukunft" hervor.

Spehr scheint davon auszugehen, daß die freie Assoziation der Individuen (Marx) erst Wirklichkeit geworden sein muß, bevor sie gedanklich (bewußt oder unbewußt) vorweggenommen werden kann. Seine Thesen belegen aber, daß eine allzu schnelle Utopismus-Kritik in Gefahr gerät, selbst konservativ, das heißt aus der Perspektive des zu Überwindenden (statt aus der des/der Überwinders/in) zu argumentieren. So gebärdet Spehr sich als Interessenverwalter von relativ wohlhabenden Müttern und Vätern, die für ihren "labyrinthartigen Weg zwischen Kindergarten, Einkaufszentren, Ämtern und Abenteuerspielplatz" unbedingt einen "Zweitwagen" (!) benötigen. Und vergißt dabei, daß auch in Deutschland die meisten dieser Wege nicht mit dem Zweitwagen (höchstens mit dem Kinderwagen), sondern mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurücklegt werden. Diese Wege würden also für die meisten Menschen durch eine (im Interesse einer Nachhaltigen Entwicklung notwendigen) Verkehrswende erleichtert werden. Ebenso konservativ wirkt sein Hinweis auf den Mittelstandshaushalt, der "sich die Entscheidung für die Bioprodukte und Gegenstände von dauerhafter Qualität leisten [kann, während] der Haushalt einer alleinerziehenden Sozialhilfeempfängerin das nicht kann" (und deshalb die NE-Predigten über neue Wohlstandsmodelle zynisch seien). Mit den "Neuen Wohlstandsmodellen" soll dieser "Zynismus" ja gerade beendet werden, der darin besteht, daß sich nicht alle für wohlschmeckende, gesunde und umweltschonend produzierte Lebensmittel entscheiden können.

Es ist hier und jetzt nicht möglich, auf alle in den Thesen angelegten oder zutage tretenden Ungereimtheiten einzugehen, ebensowenig, wie auf den Stein des Anstoßes, die Kurzfassung der Wuppertal-Studie selbst, an der es auch einiges zu kritisieren gäbe. Aber das Thema wird uns so schnell nicht verlassen. Schlußwunsch an den BUKO: Denkt an Alfred Tegtmeyer: Mensch bleiben und sich einmischen! Seid keine Frösche!

hhH, Berlin

Anmerkung:

1) Die Thesen waren "aus der derzeitigen Diskussion des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) entstanden." (CS in ak 383). Der BUKO plant 1996 einen Bundeskongreß zum Thema "Nachhaltige Entwicklung".

Die Große Methode

Die große Methode ist eine praktische Lehre

der Bündnisse

und der Auflösung der Bündnisse,

der Ausnutzung der Veränderungen

und der Abhängigkeit von den Veränderungen,

der Bewerkstelligung der Veränderung

und der Veränderung der Bewerkstelliger,

der Trennung und Entstehung

von Einheiten,

der Unselbständigkeit der Gegensätze ohne einander,

der Vereinbarkeit einander ausschließender Gegensätze.

Die Große Methode ermöglicht, in den Dingen Prozesse zu erkennen

und zu benutzen.

Sie lehrt Fragen zu stellen, welche das Handeln ermöglichen.

Bert Brecht

# 32. Der Traum von der Dritten Kraft. Konservative pflegen alte Seilschaften in Südafrika. Die KAS/Inkatha-Connection

Autor: Peter Nowak · Rubrik: CDU/CSU; Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:03

Der Besuch von Bundeskanzler Kohl in Südafrika vor zwei Monaten fand ein großes Medienecho. Nicht zufällig wurde jedoch in der hiesigen Presse verschwiegen, daß die südafrikanischen Tageszeitungen Weekly Mail und Guardian während des Kohl-Besuches über eine Sorge der südafrikanischen Regierung berichteten: die fortgesetzte finanzielle Unterstützung für den Aufbau eines Geheimdienstes der rechtskonservativen Inkatha-Freiheitspartei von Mangosuthu Buthelezi durch die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS).

Seit Jahren fließen über die KAS Millionenbeträge an diese Konkurrenzpartei des ANC, deren bewaffneter Arm für zahlreiche Morde an ANC-Anhängern verantwortlich ist. Erst vor kurzen wurden zwei Inkatha-Mitglieder deswegen in der Provinz KwaZulu/Natal zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Vor Gericht nannten sie hochrangige Inkatha-Politiker als Anstifter dieser Morde. Mit dem jüngst begonnenen Prozeß gegen den früheren Verteidigungsminister des Apartheidregimes, Magnus Malan, wird die Rolle von Inkatha einer noch größeren Öffentlichkeit bekannt. Malan, früher ein rechtslastiger Konkurrent von Frederic de Klerk innerhalb der regierenden Nationalen Partei und aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat, gilt als wichtige Figur jener "Dritten Kraft", die für Bewaffnung und Mobilisierung der einst einflußlosen Inkatha im Kampf gegen ApartheidsgegnerInnen verantwortlich war. Für KAS-Vertreter Hans Stoll ist das kein Grund, die Unterstützung dieser Partei aufzugeben. Denn, so sein Kommentar: "Die Schwelle zum Töten ist hier einfach sehr niedrig. Das ist ein Teil schwarzer Kultur." Mit diesem rassistischen Kommentar bewegt sich Stoll ganz in der Tradition seiner Partei (siehe Kasten).

Die Verbindungen zwischen Inkatha und KAS laufen auf verschiedenen Ebenen. So werden reihenweise konservative deutsche Staatsrechtler auf KAS-Kosten nach Südafrika eingeladen, um Inkatha bei der Diskussion über die neue, 1999 in Kraft tretende Verfassung zu beraten. In Klausurtagungen und Seminaren soll es darum gehen, den neun Provinzen des Landes größtmögliche Autonomie zu sichern. Innenpolitisch geht es in erster Linie darum, die u.a. mit Terrorakten durchgesetzte Alleinherrschaft der Inkatha über die Provinz KwaZulu/Natal zu erhalten. Selbst die FR schreibt am 11.9.1995: "Buthelezi will seine Macht in KwaZulu/Natal behalten. Föderalismus soll das gewährleisten." Inkatha, die Hoffnung konservativer Wirtschaftskreise in aller Welt, regiert die Provinz mit einer hauchdünnen Mehrheit von knapp über 50%. Landesweit ist die Inkatha eine Oppositionspartei mit knapp 10% der Stimmen.

Inzwischen wird die ausschließliche Bindung der KAS an die Inkatha auch in den eigenen Reihen kritisiert. So schrieb der Hamburger Staatsrechtslehrer und CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Ulrich Karpen nach mehreren Besuchen in Südafrika: "Ich befürchte, daß die hunderttausende, die der deutsche Steuerzahler über die KAS ausgegeben hat, den Bach runtergehen. Unsere Aufgabe ist es nicht, für eine Partei zu werben, sondern für ein Verfassungsmodell, das sich in Deutschland, den USA und der Schweiz bewährt hat."

Freiheit statt Sozialismus

auch in Pretoria

Für die Kommunalwahlen am 1. November kandidierte in Südafrikas zweitgrößter Stadt Pretoria der Deutsche Dietmar Lang als Inkatha-Vertreter erfolglos für das Amt des Bürgermeisters. Laut FR nannte er als Beweggründe für seine Kandidatur: "Das ist keine emotionale Entscheidung, weil mir Buthelezi so gut gefallen hat. Mir ging es vor allem um die föderalistischen Prinzipien, die Inkatha vertritt. Das finde ich als Deutscher besonders attraktiv." Langs Kommentar über die südafrikanische Regierungspartei: "Der ANC ist extrem." Da klingt die offizielle CSU-Lesart aus seiner Heimatstadt München durch. Von dort wurde Lang Mitte 1983 als Vertreter einer großen Firma nach Südafrika entsandt. Als die sich wegen des Boykotts aus dem Land zurückzog, machte sich Lang selbständig. Seinen Einstieg in die Politik schildert er so: " ... der Anschluß an Inkatha war nicht leicht. In Pretoria gab es noch keinen Ortsverband. Aber als Deutscher ist man das Organisieren ja gewöhnt. Ich habe einen Ortsverband gegründet." Befragt, wie er zur Politik des

Inkatha-Vorsitzenden und Präsidenten von KwaZulu/Natal, Buthelezi, der selbst Politiker aus den eigenen Reihen wegen ihrer zu moderaten Haltung gegenüber dem ANC maßregelt, stehe, gibt sich Lang wortkarg: "Ich mische in KwaZulu/Natal gar nicht mit."

Es ist natürlich auch der südafrikanischen Regierung nicht unbekannt, daß die KAS-Inkatha-Connection die konsequente Fortsetzung einer langjährigen Politik ist. In den 80er Jahren war die KAS eine der stärksten Gegnerinnen des von der UNO verhängten Boykotts des Apartheidregimes. Der Boykott, so betonte sie immer wieder, widerspreche dem Interesse der dort lebenden Menschen. Als sich das Ende der Apartheid abzeichnete, wurde die Inkatha vom Apartheidregime gezielt als Gegengewicht zum ANC aufgebaut. Im benachbarten Simbabwe erlitten die konservativen Kräfte mit diesem Konzept eine Niederlage, als Bischof Muzorewa bei den Wahlen kläglich scheiterte.

Doch für manche ist der Traum von der Dritten Kraft noch nicht ausgeträumt. Nicht nur südafrikanische Rassisten setzen weiterhin auf diese Option. Laut taz vom 4.11.95 prahlten Söldner auf einem Treffen von US-Rechtsextremisten damit, daß sie sich an der Seite von Inkatha und weißer Rassisten zum Kampf gegen die ANC-Regierung vorbereiten. Auf ihre christdemokratischen Freunde in Deutschland können sie sich dabei verlassen.

Peter Nowak

Unter Brüdern:

Die Südafrikapolitik von CDU und CSU

CDU und CSU gehörten seit den 70er Jahren zu den größten Stützen des südafrikanischen Apartheidregimes in der westlichen Welt und haben sich damit selbst bei konservativen Partnern zeitweise isoliert. Die Grundlagen dieser Politik formulierte der damalige CSU-Vorsitzende und enge Freund des südafrikanischen Ministerpräsidenten Botha, Franz Strauß, in einer afrikapolitischen Rede am 27.10.1977 im deutschen Bundestag. Darin lehnte er das Prinzip one man - one vote für die Staaten des südlichen Afrikas ab, stellte die Befreiungsbewegungen, vor allem den ANC, als Terrororganisationen hin und bezeichnete die Pläne der Westmächte für einen friedlichen Wandel unter Einschluß des ANC im südlichen Afrika als "Freibrief für Mord, Totschlag und Unterdrückung". Der CDU-Abgeordnete Todenhöfer sagte in der ARD-Tagesschau vom 5.9.1977 über die mit dem ANC sympathisierenden Flüchtlinge: "Ich sage bewußt Terroristen. Denn es sind keine Freiheitskämpfer."

Sein Parteifreund, der spätere CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger, wurde auf einer von der Apartheid-Propagandaorganisation South Africa Foundation im Herbst 1977 organisierten Rundreise durch das südliche Afrika noch deutlicher: "Wenn ich Bure wäre, würde ich mich auch auf die Festung zurückziehen und um mich schießen", zitierte der Spiegel (48/1977) Ausschnitte seiner Ansprache vor seinen Kapstädter Gastgebern. Führende CDU/CSU-Politiker unterstützten das Apartheidregime auch bei der Besetzung Namibias. Als die damalige Bundesregierung die UNO-Beschlüsse erfüllte und das deutsche Konsulat in der namibischen Hauptstadt schloß, schrieben die CSU-Abgeordneten Hans Graf Huyn und Lorenz Niegel in einer Presseerklärung: "Die Schließung des Deutschen Konsulats in Windhoek stellt einen Verrat an den Interessen der Deutschstämmigen und der tausende von deutschen Staatsbürgern dar, die in Südwestafrika gerade jetzt einer besonderen Betreuung bedürfen. (...) Damit ist festzustellen, daß die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit Kommunisten aus Liebedienerei gegenüber der von Sowjets geführten Terroristenbanden Entscheidungen trifft."

Seit 1977 versammelte sich in Coburg alljährlich auf Einladung des "Hilfskomitee Südliches Afrika e.V.", das laut Satzung "die wirtschaftliche Förderung weißer Siedler im südlichen Afrika" propagierte, eine illustre Gesellschaft zum Südafrika-Seminar. Obwohl (?) dieses Komitee im Verfassungsschutzbericht unter der Rubrik "sonstige rechtsextremistische Aktivitäten" als Initiative des damaligen NPD-Landesfunktionärs und Schriftleiters des neonazistischen Theorieorgans Nation Europa, Peter Dehoust, bezeichnet wurde, waren die CSU-Bundestagsabgeordneten Niegel und Huyn ständige Teilnehmer der Konferenzen.

Der bereits erwähnte CDU-Abgeordnete Todenhöfer sandte 1977 ein Grußtelegramm an das Südafrika-Seminar und auch der damalige parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Röhner, wünschte der rechten Runde viel Erfolg. Der Herausgeber des in

Kapstadt erscheinenden rassistischen Afrika-Spiegels, Helmut von Lichtenfeld, stieß auf allgemeine Zustimmung unter den Versammelten, als er verkündete: "Wer sein eigenes Fleisch und Blut verrät, wer Kulturvölker primitiven Mörderbanden (er meinte den ANC und die SWAPO, P.N.) ans Messer liefert, der hat das Recht zu leben verwirkt."

Peter Nowak

# 33. Raubkapitalismus und Nazi-Diktatur. Hamburger "Standortpoliik" zwischen 1933 und 1945, 1. Teil

*Hamburger "Standortpolitik" zwischen 1933 und 1945 (1. Teil) - von Karl Heinz Roth*

Autor: Karl Heinz Roth · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:04

Der folgende Artikel ist die für ak bearbeitete Fassung eines Vortrags, den der Arzt und Historiker Karl Heinz Roth am 21. Oktober auf einer Tagung in Hamburg gehalten hat. Das Thema der Konferenz hieß "Kein abgeschlossenes Kapitel: Hamburg im ‚Dritten Reich`". Veranstaltet wurde sie von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts in Zusammenarbeit mit der GAL-Bürgerschaftsfraktion und Umdenken e.V.

Seit Mitte April 1945 kam es in Hamburg zu umfangreichen Aktenvernichtungen, die vor allem die Dokumentation der wirtschaftspolitischen Querbeziehungen zwischen Verwaltungen, NS-Bürokratien, Wirtschaftsverbänden und Unternehmensleitungen betrafen. Die Aktensäuberungen hielten bis in die 1960er Jahre an. Da darüber mehrfach berichtet wurde, konnte dies zusammen mit Zugangsrestriktionen zu wichtigen Beständen regionalgeschichtliche Wirtschaftsuntersuchungen nicht gerade ermutigen. Heute ist die Lage weitgehend anders. Seit etwa zehn Jahren studiere ich im Kontext überregionaler Themen Quellen zur Hamburger Wirtschaftsgeschichte zwischen 1930 und 1950, und in Hamburg selbst sind inzwischen umfangreiche Bestände zugänglich geworden. Weiterhin bestehende Lücken können durch wechselseitige Ergänzungen geschlossen werden. Die Geschichte der hamburgischen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik während der Depressionsjahre und der NS-Diktatur hat hinsichtlich der Quellenlage mit keinen entscheidenden Barrieren mehr zu kämpfen.

1. Hamburg nach der Weltwirtschaftskrise

Die große Depression traf Hamburg besonders hart. Ihre Auswirkungen waren langfristiger Art, sie konnten während der gesamten NS-Diktatur nicht überwunden werden. Als Zentrum des deutschen Außenhandels, des überseeisch orientierten Transportkapitals und eines ganz auf den Hafen zugeschnittenen Industriesektors und Gewerbes war der Standort Hamburg wie nie zuvor in der Wirtschaftsgeschichte zur Disposition gestellt. Das zeigt ein kurzer Blick auf die regionalen Auswirkungen des weltwirtschaftlichen Zusammenbruchs. Die gesamte seehafenorientierte Industrie geriet in schwere Turbulenzen. Handel und Transport erlitten Umsatzeinbußen zwischen 30 und 60 Prozent. Ein erheblicher Teil der Hochseeflotte war seit 1931 stillgelegt. Der Hafenumschlag erholte sich nur langsam, aber im Gegensatz zu Rotterdam oder auch Bremen konnte das Volumen des letzten Vorkrisenjahrs 1929 zu keinem Zeitpunkt auch nur annähernd wieder erreicht werden. Die alle Wirtschaftssektoren erfassende krisenbedingte Arbeitslosigkeit (1931 bis 1933 etwa 25 Prozent) wurde strukturell und ließ sich weder durch Arbeitsbeschaffungsprogramme noch durch den erst um 1935/36 von den Werften ausgehenden Rüstungsboom kompensieren. Hinter der seit dem Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 proklamierten Wiedererlangung der Vollbeschäftigung versteckten sich ein extrem übersetzter Handel, ein künstlich am Leben gehaltenes Reedereikapital und ein hochspezialisiertes exportorientiertes Gewerbe, das zur Hälfte aus Einmann-Betrieben (selbständigen Arbeitern) bestand. Der Depressionssektor mußte ständig durch Reichszuschüsse, Subventionen und steuer- bzw. währungspolitische Sondervergünstigungen alimentiert werden.

Im Gegensatz zu den meisten Regionen des "Dritten Reichs" dominierte somit in Hamburg während der gesamten NS-Diktatur ein ausgesprochen gespaltener Wirtschaftszyklus. Seit der Verabschiedung des zweiten Vierjahresplans entstand auf der einen Seite ein ausgesprochener Boom-Sektor mit glänzenden Investitions- und Gewinnmöglichkeiten bei den Werften, einem Dutzend Zulieferern der Rüstungsindustrie und einigen anderen Großunternehmen, die sich rechtzeitig in die für die Hochrüstung entscheidenden Import-Engpaßsektoren eingeschaltet hatten. Ihm stand die Elendsökonomie des Komplexes Handel, Schiffahrt und exportorientierte Spezialindustrien gegenüber, die nur mühsam verdeckt wurde, in den Schlüsselbereichen getarnt verstaatlicht weiterexistierte (Hapag, alle übrigen Überseelinien) und sich von Geschäftsjahr zu Geschäftsjahr mit Verlustausgleichen und Sondersubventionen weiterschleppte. Diese polare Struktur der Hamburger Wirtschaft ist meines Erachtens entscheidend für das historische Verstehen der

Grundzüge der regionalen wirtschaftspolitischen Entwicklung in dem so ungeheuer ereignisreichen Doppeljahrzehnt zwischen 1930 und 1950.

## 2. Entscheidungszwänge

## und Alternativen

Hamburgs Unternehmer und Wirtschaftspolitiker waren somit durch die Depression auf historisch einmalige Weise gefordert, denn Hamburg blieb ein Epizentrum der weltwirtschaftlichen Krise, das bis zu deren Überlagerung durch den Zweiten Weltkrieg nicht zur Ruhe kam. Die Verantwortlichen für Wirtschaft und Wirtschaftspolitik reagierten auf machtpolitischer Ebene und in ökonomischen Grundsatzfragen besonders prononciert. Aus den Entscheidungen, die im Verlauf der Jahre 1933/34 im Gefolge der Auseinandersetzung mit den übergeordneten Wirtschaftsinstanzen des "Dritten Reichs" getroffen wurden, resultierten spezifische Festlegungen, die der Hamburger Wirtschaftspolitik in den Vorkriegsjahren ein besonderes und unverwechselbares Profil gegeben haben und auch durch die seit 1939/40 etablierte Kriegswirtschaft nicht mehr entscheidend modifiziert wurden.

### 2.1. Machtpolitische Optionen

Machtpolitisch befanden sich die regionalen Führungsgruppen der Wirtschaft während der Depressionsjahre in ihrer Mehrheit in einem strategischen Konsens mit den zentralen Eliten von Ministerialbürokratie, Militär und Unternehmern. Die überwiegend deutschnational-rechtskonservativen führenden Hamburger Unternehmensleitungen und Verbandsspitzen forderten die Zerschlagung des Weimarer Status quo mit der gesamten Arbeiterbewegung. Eine autoritäre Diktatur sollte ihnen über die Präsidialkabinette hinaus freie Hand geben, um Krisenprozeß und Massenverarmung deflationär zu verstärken, dadurch das Ende der Reparationen zu erzwingen, die Revision der Grenzziehungen der Pariser Vorortverträge in die Wege zu leiten und in einer Wiederholung des Hyperinflationskurses von 1921-1923 unter genau umgekehrten deflationären Vorzeichen einen sich mehr oder weniger selbst tragenden wirtschaftlichen Erholungsprozeß in Gang zu bringen. Die NS-Massenbewegung sollte diese Weichenstellung als politischer Bündnispartner eine Zeitlang absichern.

Diese Generallinie genügte jedoch bald nicht mehr. Als der Bankrott von Handel und Reedereikapital zu einer akuten Gefahr wurde, wandte sich ein Teil der alten Garde der Kaufmannschaft direkt den Nazis zu. Wilhelm Cuno, Emil Helfferich, Louis Leisler Kiep, Franz Heinrich Witthoeft und Kurt Woermann setzten jetzt direkt auf die NS-Bewegung, und andere Wirtschaftskapitäne begannen sich vorausschauend abzusichern. Hinter diesen Exponenten des Hamburger Nationalklubs bzw. des Keppler-Kreises stand in Hamburg praktisch die gesamte nachwachsende Generation von Kaufleuten, Junior-Reedern, Wirtschaftspublizisten und regionalen Verbandsfunktionären. Sie forderte immer ungestümer eine Kopplung von politischer "Machtergreifung" und Beendigung des krisenverschärfenden Wirtschaftskurses. Einige von ihnen sind durchaus bekannt (John T. Essberger, Carl Vincent Krogmann oder der Wirtschaftspublizist Gustav Schlotterer). Sie repräsentierten aber nur die Spitze eines Eisbergs. Die überwältigende Mehrheit der Prokuristen und Syndici von Unternehmen und Handelskammer gehörte dazu, und nicht wenige Juniorchefs konnten sich später das goldene Parteiabzeichen ans Revers heften. Es handelte sich um eine geschlossene Phalanx, die seit dem Frühjahr 1933 alle Schlüsselfunktionen in wirtschaftlicher Selbstverwaltung (Handelskammer, Außenhandelsabteilungen der reichszentralen Wirtschaftsverbände), NS-Bürokratie (Amt des Gauwirtschaftsberaters - nacheinander Gustav Schlotterer, seit 1934 Carlo Otte, seit 1940 Otto Wolff), Kommunalunternehmen und Behörden besetzte.

### 2.2. Außenwirtschaftsoffensive

### oder abgeschotteter Rüstungszyklus?

Vor, während der Machtübergabe und in der Konsolidierungsphase der NS-Diktatur führte die neue wirtschaftspolitische Machtgruppe eine intensive Debatte über die grundlegenden wirtschaftspolitischen Weichenstellungen, die aus den eroberten Machtpositionen heraus durchgesetzt werden sollten. Helfferich, Krogmann und Schlotterer erarbeiteten umfangreiche Konzeptionspapiere, in denen sie sich für eine umfassende Exportoffensive stark machten, während sie die binnenwirtschaftlich-antizyklisch orientierten Vorschläge der keynesianisch inspirierten "Reformökonomen" ablehnten. Der Außenhandel sollte zum Schlüssel einer "völkisch" gewendeten Wirtschaft werden. Der Export galt als wichtigste Waffe im

"Daseinskampf". Denn der Welthandel sei nicht zusammengebrochen, sondern befinde sich nur in einer tiefen Umstrukturierungskrise, und es sei deshalb möglich, ohne bilaterale Handelsbeschränkungen die europäischen und überseeischen Märkte für die "deutschen Qualitätsprodukte" zurückzuerobern und einen "germanischen Staatenblock" (Carl Vincent Krogmann) zu zimmern. Man brauche nur da, wo die Handelsbilanzen negativ seien, eine aktive Handelspolitik in Gang zu bringen. Dafür müsse allerdings auch die Reichsmark entsprechend abgewertet werden. Wenn der Staat sich auf ein nationales Exportförderungsprogramm beschränke (am besten unter der Regie Kaufmanns als Reichskommissar für den Außenhandel) und den Exporteuren einen Teil des Devisenerlöses für die Rekonsolidierung ihrer Unternehmen überlasse (Krogmann-Plan), dann werde NS-Deutschland an der Rekonsolidierung der Weltwirtschaft unmittelbar teilnehmen und schließlich auch seine Importe wieder verbilligen. Vor allem Krogmann hat für diese Konzeption bis Mai 1936 gekämpft, während sich die übrigen Exponenten schon seit 1934 an die neue Lage anpaßten.

Die aber war bald durch den Sieg des Komplexes aus Schwerindustrie-Militärs-Ministerialbürokratie und Reichsbank über diese im Archipel der NSDAP agierende Gruppe markiert. Schachts "Neuer Plan" von 1934 verband währungs- und wirtschaftspolitische Maßnahmen miteinander, um das "Dritte Reich" von der Weltwirtschaft abkoppeln und den antizyklischen Staatskredit ausschließlich auf Hochrüstung festlegen zu können. Statt der Währungsabwertung und der geforderten Exportoffensive entstand ein abgeschotteter Reichsmark-Block. Der Außenhandel wurde dem Vorrang des Imports von strategisch wichtigen Rohstoffen unterworfen. Die schon 1931 begonnene Reglementierung des Außenhandels wurde perfektioniert, es wurden Überwachungsstellen für Importe, Prüfungsstellen für Exporte und Devisenstellen zur Steuerung des geschrumpften Devisentransfers eingerichtet. Alle aus Exporten stammenden Fremdwährungen mußten abgeführt werden, für Exporte wurden Devisen zugeteilt. Der devisenlose Handelsverkehr setzte sich weitgehend durch, wobei die ausländischen Partner der bilateralen Verrechnungsabkommen je nach Machtstellung - vor allem die südosteuropäischen Lieferanten von Agrarprodukten und Käufer deutscher Industrieerzeugnisse - zu unfreiwilligen Kreditgebern degradiert wurden. Obwohl bis 1938 etwa 80 Prozent des gesamten grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs im Rahmen dieses Systems abgewickelt wurden, kam es seit 1935 immer wieder zu hohen Zahlungsbilanzdefiziten. Sie provozierten den Versuch, immer mehr strategische Rohstoffimporte durch binnenproduzierte Ersatzstoffe überflüssig zu machen (zweiter Vierjahresplan), konnten aber trotzdem den De-facto-Zusammenbruch des Transfersystems um die Jahreswende 1937/38 nicht verhindern.

Daß der Schachtsche "Neue Plan" und der auf ihn folgende "zweite" Vierjahresplan schon nach vier Jahren im Fiasko endeten, hatten die Exponenten der Hamburger Außenhandelsinteressen vorausgesagt. Aber das hinderte sie nicht daran, sich seit 1934 den dadurch erzwungenen Vorgaben zu unterwerfen, sich "durchzuwursteln" (Schlotterer) und für sich das Beste daraus zu machen. Im Bemühen, dem Außenhandel und damit für das Überleben des Standorts Hamburg unter den neuen Prioritäten eine möglichst starke Stellung zurückzuerobern, entwickelten ihre Vordenker seit 1934/35 ein neues Modell: das Konzept einer von der "völkischen" deutschen Wirtschaft beherrschten "europäischen Großraumwirtschaft" (Leo Hausleiter, Eugen von Mickwitz, Andreas Predöhl vom Kieler Institut für Weltwirtschaft, Gustav Schlotterer und andere). Dabei verbanden sie gängige Standorttheorien mit einer Konzeption der Optimierung der Beziehungen zwischen "Staatsraum" und "Wirtschaftsraum". Es sollte ein in sich abgestufter Wirtschafts- und Währungsblock entstehen, der aus dem dabei festgelegten Entwicklungsgefälle zwischen den ausländischen Rohstofflieferanten und den deutschen industriellen Warenverkäufern steigende Handelsprofite absaugte und zur macht- und wirtschaftspolitischen Expansion des Blocks benutzte. Auf die dabei erhoffte allmähliche Liberalisierung der Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des "europäischen Wirtschaftsraums" sollte dann bei gewonnener Weltmachtposition die Liberalisierung der sich bis dahin weiter "unter Zwang" befindenden internationalen Handelsstrukturen folgen.

Mit dieser Anpassungsleistung ließ sich jedoch weder das chronisch gewordene Hamburger Debakel noch das Fiasko der deutschen Zahlungsbilanzen beheben. Anfang 1938 waren die deutschen Devisenreserven endgültig erschöpft, und auch die im Rahmen einer "zurückgestauten" Inflationierung betriebene binnenwirtschaftliche Rüstungsfinanzierung war an ihre Grenzen gestoßen. Die Koexistenz von parasitär-rüstungswirtschaftlichem und letztlich substanzverzehrendem Binnenzyklus einerseits und "europäischem Großraummodell" andererseits war wieder in Frage gestellt. Es blieb nur die Alternative zwischen einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel, was den Kollaps der NS-Diktatur bedeutet hätte, und

einer räuberisch-kapitalistischen Flucht nach vorn, um das Modell zu retten. Die Hamburger Exponenten, die bislang nur mit Anpassungsleistungen gefragt gewesen waren, hatten jetzt ihre große Stunde. Eberhard von Jagwitz und Gustav Schlotterer (der letztere schon seit 1935 als Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium) übernahmen 1938 die Leitung der Handelsabteilung im Reichswirtschaftsministerium, und zwei Jahre später saß Schlotterer am Schalthebel eines Sonderreferats für "Vorbereitung und Ordnung" des inzwischen militärisch unterworfenen "europäischen Großwirtschaftsraums".

2.3. Kontroversen

und Grundsatzentscheidungen

Auf regionaler Ebene sind die gleichen Debatten unter umgekehrter Gewichtung geführt worden. Es fehlte nicht an Versuchen, eine tragfähige strukturpolitische Antwort auf die Misere des Notstandsgebiets Hamburg zu finden. Solange die Arbeitslosigkeit weit über dem Reichsdurchschnitt lag, konnte die zügellose Unterdrückungspolitik gegenüber der Arbeiterlinken nicht mit wirksamen arbeits- und sozialpolitischen Integrationsangeboten verknüpft werden. Der Reichsstatthalter, Bürgermeister Krogmann und die Gau-NSDAP starteten entsprechende Initiativen vor und im Kontext des zweiten Vierjahresplans. Das Arbeitsbeschaffungswesen/Arbeitsbeschaffungsamt legte nach dem Versickern der ersten Arbeitsbeschaffungsprojekte ein Modellvorhaben auf, um eine mehr binnenmarktorientierte Industriepolitik mit Maßnahmen zur Rationalisierung des übersetzten Handels zu verbinden.

Krogmann faßte alle beteiligten Instanzen in einer Superbehörde für Wirtschaft, Technik und Arbeit zusammen. Ein Wirtschaftsbeauftragter des Reichsstatthalters Kaufmann (erst Ludwig Wirtz, dann Wilhelm von Allwörden) bemühte sich zusätzlich um die erforderliche Akzeptanz. Das Vorhaben bekam zeitweilig Oberwasser, als Hermann Göring, der Beauftragte für den Vierjahresplan, Ende 1936 das seit langem ventilierte und zuletzt Ende 1934 anläßlich einer Besprechung bei Hitler so vehement wie erfolglos geforderte Groß-Hamburg-Projekt mit einem Federstrich durchsetzte und die stärker industrialisierten Nachbarstädte Altona, Harburg-Wilhelmsburg und Wandsbek eingemeindet wurden. Um so erstaunlicher ist, wie wenig der schließlich eingesetzte Beauftragte Kaufmanns für Wirtschaftsförderung und Vierjahresplan (Wolfgang Essen) bis zu Kriegsbeginn erreichte. Der Boom der Werften im Kriegsschiffbau hatte mit diesen Aktivitäten nichts zu tun. Es gab gewisse Erweiterungen im Bereich der Mineralölindustrie, und ein knappes Dutzend von Regiebetrieben des Heereswaffenamts (Metallverarbeitung, Maschinen- und Apparatebau) ist in Groß-Hamburg angesiedelt worden. Dennoch war 1939 noch immer die Hälfte aller Hamburger Beschäftigten im Handel tätig, und die einzigen Rationalisierungsmaßnahmen, die hier erfolgten, kamen im Rahmen der "Arisierungen" zustande. Erst als sich nach der Annexion Österreichs ein verstärkter Einsatz der brachliegenden Hamburger Wirtschaftssektoren in Südosteuropa abzeichnete, konnte ein strategischer Kompromiß zwischen den Interessen der Handelsmetropole und einer ihr endgültig subsumierten - aber erheblich erweiterten - Industrialisierung des Unterelbegebiets festgeschrieben werden. In diesem Kontext profilierten sich dann die Projekte zur "Gestaltung des Elbufers" und des Ausbaus Hamburgs zur "Führerstadt".

Daß es bis Kriegsbeginn zu keinen wirklichen Strukturveränderungen kam, lag vor allem daran, daß sich die führenden Unternehmer- und Verbandsgruppen dem Vorhaben einer auf den nationalen Binnenmarkt konzentrierten Industriepolitik schlicht verweigerten. Die Blohm-Familie war und blieb mit ihren gegenläufigen Vorstellungen eine Ausnahme. Trotz ihres industriepolitischen Machtzuwachses und ihres öffentlich gepflegten Nimbus wurde ihr kein entscheidender Einfluß eingeräumt. Die Handelskammer faßte seit 1935/36 die gesamte wirtschaftswissenschaftliche Kompetenz zusammen (Heinz Weniger, Paul Schulz-Kiesow, Werner Bosch und andere) und setzte im Rahmen einer "Arbeitsgemeinschaft Industrieanalyse" ein klares Alternativkonzept durch. Den Kern der regionalen Standortkonzeption bildete mehr denn je der Hafen. Sein Ausbau sollte die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der exportorientierten Veredelungssektoren und derjenigen Branchen schaffen, die die importierten Rohstoffe (mit Ausnahme der Massengüter Kohle und Eisenerze) weiterverarbeiteten.

Diese Konzeption überging einfach den real gespaltenen Wirtschaftszyklus. Es war nach Lage der Dinge eine Nachkriegsplanung im Vorkrieg, die sich seit der Annexion Österreichs fortlaufend konkretisierte. Die im nationalen Kontext erbrachten Anpassungsleistungen wurden standortpolitisch konterkariert, um die langfristigen Vormachtambitionen von Handel, Reedern, merchant bankers und Seehafenindustrien nicht zu gefährden. Man unternahm statt dessen alles, um durch die Einschaltung der regionalen NS-Führung das

Überwintern des Depressionssektors bis zur Eroberung der deutschen Vormachtstellung im "europäischen Großwirtschaftsraum" abzusichern und mit Reichshilfen und Subventionen irreversible Strukturanpassungen zu verhindern.

Diese grundsätzliche Verweigerung gegenüber den miserablen wirtschaftspolitischen Tatsachen führte zu einer fortschreitenden Radikalisierung der gesamten Innen- und Sozialpolitik. Der seit der Krise begonnene Sozialabbau und Ausgrenzungsprozeß der städtischen Armut wurde im regionalen Staatshaushalt immer weiter perfektioniert, denn man wollte die regionalen Etatmittel und mehr noch die Reichszuschüsse nicht länger für die Erwerbslosen und Fürsorgeempfänger, sondern für die Erhaltung der Depressionssektoren einsetzen. Diesen Vorgaben sind die Verwaltungsbehörden und schließlich auch die regionalen NS-Machthaber willig gefolgt. Die "Syndiker" der Handelskammer hatten das Amt des Gauwirtschaftsberaters strategisch mit Exponenten ihrer Regionalstrategie besetzt und sorgten von hier aus dafür, daß die Aktivitäten der behördlich agierenden Sonderbeauftragten des Reichsstatthalters und Gauleiters Kaufmann trotz mancher verbaler Attacken die ihnen zugestandenen Grenzen nicht überschritten.

2.4. Der "Wirtschaftsplan

Hamburg 1940"

Noch während des militärischen Überfalls auf Skandinavien und Westeuropa traten die Hamburger Wirtschaftsinstanzen zusammen, um den "Welthafenstandort" Hamburg zu kreieren. Seit Ende Mai 1940 tagten Ausschüsse des Gauwirtschaftsberaters, des Wirtschaftsbeauftragten und der Industrie- und Handelskammer pausenlos, um die Nachkriegsära herbeizuplanen. Koordiniert wurden die sich jagenden Sitzungen, Bestandserhebungen und Konferenzen durch den Handelskammer-Syndikus Werner Bosch. Aus den Beratungen ist der "Wirtschaftsplan 1940" der Handelskammer als unangefochtener Sieger hervorgegangen. In ihm wurden die Vorgaben der "Arbeitsgemeinschaft Industrieanalyse" bekräftigt, zugleich aber auch unter der Annahme einer inzwischen gesicherten deutschen Vorherrschaft über Europa gigantisch erweitert. Die wichtigsten Planungsvorgaben in Stichworten:

- Erstens ein Sofort- und ein 20-Jahrplan für den Ausbau des Hafens. Nach dem technischen Vorbild von Rotterdam sollte der Hamburger Hafen zum größten und modernsten in Europa werden. Jedoch sollte sich neben der Passage, dem Transitgeschäft und dem Stückgutumsatz nur der Massenumschlag für koloniale Güter sowie für Erdöl auf ihn konzentrieren. Der modernisierte Hafen sollte die mit Hilfe von umfangreichen Reparationen seitens der Besiegten reprivatisierten und modernisierten Großreedereien beherbergen, alle europäischen Weltlinien beheimaten und das Reedereikapital der übrigen europäischen Länder zu reinen Zulieferern des Standorts Hamburg degradieren.

- Zweitens völlige Liberalisierung des Welthandels, Wiederaufbau der Hamburger Handels- und Überseehäuser als Leitzentren des Transits zwischen Nord-Ostsee und Südosteuropa-Schwarzmeer, Wiederaufbau führender internationaler Warenmärkte in Hamburg. Die Hamburger Übersee-Unternehmen sollten als "Vorort" des gesamten Verkehrs mit dem Kolonialreich Mittelafrika wiederauferstehen.

- Drittens hatte der von Philipp F. Reemtsma geleitete Industrieausschuß die Optionen Wenigers und Schulz-Kiesows aus dem Jahr 1936 konkretisiert: Mit allen binnenmarktorientierten Experimenten sollte endgültig Schluß sein. Nur rohstoffverarbeitende Industrien sollten ausgebaut oder neu angesiedelt werden (pflanzliche Fette, Mineralölindustrie, Sisalverarbeitung), zusätzlich war der Ausbau des Fischereihafens und der Fischindustrie sowie der Werften vorgesehen. Alle Industriezweige, die Arbeitskraft extensiv verwerteten und zu einer Massenkonzentration von Arbeitern bzw. Arbeitersiedlungen geführt hätten, wurden ausdrücklich abgelehnt. Schließlich forderten die Wirtschaftsführer eine energische Redimensionierung der voraufgegangenen Führerstadtkonzepte zugunsten dieses wirtschaftspolitischen Generalplans, der im September 1940 verabschiedet wurde und wenig später in Druckfassung vorlag.

3. Raubkapitalismus

als "Realpolitik"

Wie das Ergebnis dieses Zukunftsdenkens drastisch vor Augen führt, klaffte eine unglaubliche Lücke zwischen der seit der Depression anhaltenden wirtschaftspolitischen Misere des Standorts Hamburg und der in ihm vorweggenommenen ökonomischen Wohlstandsverheißung. Diese ungeheuer große Kluft mußte

infolgedessen, um die Utopien des Wiederaufstiegs überhaupt realitätstüchtig werden zu lassen, realpolitisch überbrückt werden. Hier half den dafür Verantwortlichen das Wechselspiel zwischen reichszentraler taktischer Anpassung und standortzentrierter Realitätsverweigerung weiter. Es war seit 1934/35 klar, daß der "Weltstandort" Hamburg nur im Kontext der "europäischen Großraumplanung" und eines ihr unterworfenen mittelafrikanischen "Ergänzungsraums" eine langfristige Realisierungschance hatte. Die aber ließ sich seit Anfang 1938 nur noch mit den Mitteln eines räuberisch werdenden Kapitalismus weiter vorantreiben, welcher sich hinter den militärischen Expansionsfeldzügen ausbreitete. Für diese Option hatten sich die hanseatischen Kaufleute, merchant bankers und Reeder schon vor 1938 stark gemacht.

3.1. Kolonialstrategien seit 1930/31

Von Anfang an war die "koloniale Forderung" Teil des neoliberalen Programms der NS-Fronde der Hamburger Wirtschaft gewesen, und sie blieb seither als Grundkonstante ihrer "europäischen Groß- und Ergänzungsraum"-Utopie erhalten.

Zu einer entscheidenden Festlegung kam es schon 1936 bei einer Besprechung mit Kurt Weigelt, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und wirtschaftspolitischer Referent des Kolonialpolitischen Amts der NSDAP. Die afrikanischen Kolonien sollten Teil des Reichsmark-Blocks werden, um Rohstoffe ohne die durch den Devisentransfer bedingten Barrieren beziehen zu können. Kolonialwirtschaftliche Zugeständnisse oder eine "open door"-Politik seitens der westeuropäischen Mandatsmächte wurden deshalb als unzureichende Konzessionen an die deutschen Forderungen abgelehnt. Einer deutschen Massenemigration in die Kolonien wurde eine Absage erteilt. Die strategischen Rohstoffe und Plantagenprodukte sollten ausschließlich durch koloniale Zwangsarbeit erzeugt, gestapelt und durch die hamburgischen Handelsunternehmen angeeignet werden.

Ein weiterer Radikalisierungsschub erfolgte während der sich 1936/37 zuspitzenden Rohstoff- und Devisenkrise. Nun wurde ganz Mittelafrika vom Atlantischen bis zum Indischen Ozean als deutsche Kolonialsphäre gefordert, um möglichst viele Rohstoffe und Vorprodukte (die größte Lücke bestand bei den pflanzlichen Rohstoffen) in die Hand zu bekommen.

Bis 1940/41 waren in Hamburg alle für erforderlich gehaltenen Vorarbeiten abgeschlossen, um aus dem Stand loslegen und entsprechend den Hamburger Plänen mit der "Produktivierung" Mittelafrikas und der NS-Deutschland dann zufallenden südafrikanischen Einflußsphäre beginnen zu können.

3.2. "Entjudung" der Wirtschaft

Parallel zur Radikalisierung der klassischen Kolonialstrategien erfolgte eine beschleunigte Ökonomisierung der in Hamburg schon immer besonders intensiv gepflegten antisemitischen Mentalitäten. Seit 1935 intervenierten die Syndici der Handelskammer wiederholt bei der Berliner Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern, um informell betriebene Ausgrenzungen und Enteignungen zu legalisieren. Seit 1936 bauten sie eine Kartei "nichtarischer" Unternehmen auf, perfektionierten im Auftrag der Hamburger Gauwirtschaftskammer ihre Erfassungssysteme und leisteten seit 1937 vorauseilende Zuarbeit für das Hamburger Reichspropagandaamt sowie die Gestapo-Leitstelle. Die mehr oder weniger "freundschaftlichen" Arisierungen der ersten NS-Jahre wurden immer mehr in den Hintergrund gedrängt.

Seit August 1938 war die Handelskamer schließlich mit Hilfe ihrer Kartei und einer Gruppe von ihr ernannter Sachverständiger unmittelbar in den Arisierungsapparat des Gauwirtschaftsberaters eingeschaltet. Gerade hier kam es zu einer engen Kooperation zwischen den Syndikern der Handelskammer und dem Amt des Gauwirtschaftsberaters. Immer prononcierter wurde versucht, die "Arisierungen" mit der Rationalisierung des "übersetzten" Handels zu verbinden, und es begannen einige erfolgreiche Arisierungskarrieren. Als beispielsweise der Kaffeehändler Bernhard Rothfos das Handelsunternehmen Reese & Wichmann "arisierte", "spendete" er 100.000 Reichsmark an die Gau-NSDAP.

Diese Aktivitäten waren mit behördlichen Interventionen gekoppelt, um die Legalisierung des wirtschaftlichen "Entjudungsprozesses" zu beschleunigen. Bürgermeister Krogmann wurde schon im Herbst 1935 beim Beauftragten des Führers für Wirtschaftsfragen, Wilhelm Keppler, vorstellig und setzte sich für die Koordination und Forcierung der Enteignungsmaßnahmen ein.

Der große Durchbruch erfolgte dann im Frühjahr 1938 in Österreich bei der Ausschaltung des jüdischen Zwischenhandels in Wien. Die dabei aktiv gewordenen Hamburger Experten (von Allwörden, Walter Emmerich und andere) waren seither bei allen wirtschaftlichen "Arisierungen" in Europa mit dabei: in den Sudetengebieten, im Protektorat Böhmen und Mähren, in den annektierten westpolnischen Provinzen, im "Generalgouvernement", aber auch in Westeuropa.

Schließlich machten Hamburger Exponenten bei der Vorbereitung der November-Verordnungen über den Abschluß der "Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben" bzw. die sogenannten Sühneleistungen der Juden auf Tagungen der NSDAP-Gauwirtschaftsberater und auf behördlicher Ebene die am weitesten reichenden Vorschläge. Göring faßte nur umfangreiche Vorarbeiten zusammen, die vorher in den verschiedenen wirtschaftspolitischen Planungszirkeln ausgeheckt und abgestimmt worden waren. Selbst bei der dem Novemberpogrom voraufgegangenen Debatte um die "Vermögensabgabe" der Juden spielten Hamburger Experten eine Rolle, nämlich die von dem Hamburger Finanzwissenschaftler Otto Donner geleitete Forschungsstelle für Wehrwirtschaft in der Vierjahresplanbehörde.

3.3. Hanseatische Raubzüge

seit dem Frühjahr 1938

Zu den inneren ausgrenzenden Umverteilungen von staatlichen Haushaltsmitteln, zu den inneren Raubzügen ("Arisierungen") und zum perfektionistischen Vorgriff auf Hamburg als "Vorort" des großdeutschen Kolonialreichs kamen seit dem Frühjahr 1938 reale äußere Raubzüge. Die Manager und Angestellten der notleidenden Betriebe des Handelssektors, der sich bis 1938/39 unter prekärsten Verhältnissen über Wasser gehalten hatte, schwärmten in die annektierten und besetzten Gebiete aus und gründeten "Vorposten" des "hanseatischen Kaufmannsgeistes". Am aktivsten waren dabei jene Außenhandelsbetriebe, die sich in den Jahren zuvor auf ihre kommenden "kolonialen Aufgaben" eingerichtet hatten. Die Übertragung ihrer sklavereiwirtschaftlichen Prinzipien auf die besetzten Gebiete Osteuropas galt zunächst als Zwischenlösung, wurde aber seit dem Sommer/Herbst 1941 allgemein als eine mittelfristige Perspektive angesehen und entsprechend ernstgenommen.

Voraussetzung dafür war die strategische Plazierung von Hamburg-Lobbyisten (Vertreter der "Firma Hamburg") in den Besatzungsbehörden. Dies gelang weitgehend:

Der Stab Emmerichs agierte in Österreich auf der Grundlage von Entscheidungen und Vorgaben seitens der Spitzen der Hamburger Wirtschaft. Emmerich wurde danach Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft in der Regierung des sogenannten Generalgouvernements und exponierte sich immer wieder für hamburgische Handelsbetriebe.

Gauwirtschaftsberater Carlo Otte wirkte seit April 1940 als Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft beim Reichskommissar in Norwegen und trommelte sofort für die spezifischen Hamburger Wirtschaftsinteressen.

Gustav Schlotterer wurde im Sommer 1941 Leiter der Wirtschaftsabteilung des Wehrwirtschaftsstabs Ost und kurz darauf der Hauptabteilung Wirtschaft des Ostministeriums. Der Hamburger Wirtschaftssenator Wilhelm von Allwörden reüssierte als Leiter der Wirtschaftsinspektion im Bereich Heeresgruppe Mitte, sekundiert vom Handelskammer-Syndikus Werner Bosch, in den Jahren 1942 und 1943 als Kriegsverwaltungs-Abteilungschef beim Wirtschaftsstab Ost in der Wirtschaftsinspektion der Heeresgruppe Mitte.

Seit Ende Mai 1942 amtierte Reichsstatthalter Karl Kaufmann als Reichskommissar für die Seeschiffahrt, de facto war John T. Essberger als Geschäftsführer mit seinen Beauftragten für Ostsee, Nordsee, Mittelmeer und Schwarzes Meer sowie seinen Schiffahrtssachverständigen zuständig. So wurde auch die knapp werdende Tonnagekapazität zu einem Scharnier für Hamburger Handelsinteressen.

Österreich/Südosteuropa. Nach der "Arisierung" und Rationalisierung des Zwischenhandels in Wien wurden von Wien aus Niederlassungen Hamburger Handelshäuser in allen südosteuropäischen Hauptstädten eingerichtet. Zusätzlich kam es zur Gründung von Außenhandelsfirmen mit überwiegend "volksdeutschen" Beteiligungen. Hamburger Handelshäuser fungierten als Hauptkontrahenten der deutsch-rumänischen Wirtschaftsverträge. Weitere Schwerpunkte entstanden in der Slowakei, in Kroatien, und seit 1942 wurde Griechenland unter wesentlicher hamburgischer Beteiligung kollektiv durch die "Deutsch-Griechische Warenausgleichsgesellschaft" (Degriges) inflationiert und ausgeplündert.

Besetzte polnische Gebiete (sogenannte eingegliederte Ostgebiete und Generalgouvernement). Hamburger Handelsfirmen übernahmen Schlüsselpositionen im sogenannten Warthegau (Getreide- und Baustoffhandel). Litzmannstadt (das von den Nazis umbenannte Lodz; Anm. ak) wurde Patenstadt von Hamburg, um den vielen Hamburger Niederlassungen innerhalb wie außerhalb des Gettos Litzmannstadt wirtschaftspolitischen Rückhalt zu geben. Walter Emmerich zog im Generalgouvernement ein System von Bezirks- und Kreishandelsfirmen auf. Daran waren mehr als zwanzig Hamburger Im- und Exportfirmen beteiligt, die jetzt statt mit Tee, Kaffee oder pflanzlichen Fettrohstoffen mit Hanf, Sisal und Flachs handelten sowie die "Ernte-Erfassungen" der deutschen Besatzungsbehörden logistisch organisierten. Auf den Plenar- und Beiratssitzungen der Handelskammer Hamburg wurde mehrfach über den Stand der "Ernte-Erfassungen" im Generalgouvernement referiert. Der Baustoff- und Eisenhandel des Generalgouvernements befand sich seit 1942 ebenfalls weitgehend in Hamburger Hand.

Besetzte Gebiete der Sowjetunion. Ähnlich wie im Generalgouvernement wurde eine Zentral-Handels-Gesellschaft Ost unter führender hamburgischer Beteiligung aufgezogen. Hamburger Kapitalgruppen investierten in den Ost-Gesellschaften, z.B. entstand die Ost-Faser-Gesellschaft GmbH in enger Kooperation mit dem 1941 in Hamburg gegründeten Phrix-Konzern (Zellstoff- und Kunstfaserproduktion). Die Hamburger Werftindustrie reorganisierte den Schiffbau am Schwarzen Meer und der Krim. Hamburger "Einsatzfirmen" waren bei den Wirtschaftskommissionen aller drei Heeresgruppen tätig. Dabei kam es zu einer besonderen Konzentration in der Ukraine und in Rußland-Süd (Krim-Region).

Westeuropa. Syndiker der Handelskammer Hamburg wurden in den Wirtschaftsverwaltungen des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete und des Militärbefehlshabers für Belgien und Nordfrankreich plaziert. Hamburger Unternehmer wirkten als Reserveoffiziere in den Wirtschaftsreferaten der Wehrmacht-Abwehr und zogen nach der Enttarnung der staatlichen Schwarzmarkt- und Einkaufsgesellschaften (Roges, Rowak) durch die Alliierten neue private Handelsorganisationen für die Beschaffung strategischer Rohstoffe (Champagner gegen Wolfram) auf. Unter Hamburger Regie kam es zum Aufbau zentraler "Einkaufskontore". Nach der alliierten Landung in der Normandie wurde im Zusammenhang mit den Rückzugsoperationen in Frankreich, Belgien und den Niederlanden von Einsatzstäben des Hamburger Handelskapitals und in Zusammenarbeit mit Einsatzgruppen der Organisation Todt der Abtransport von Beutegütern, insbesondere von Legierungsmetallen, Textilrohstoffen und Textilien, vorangetrieben.

Skandinavien (Dänemark, Norwegen). Seit 1930/40 kam es zu getarnten Übernahmen von Großhandelshäusern in Dänemark, Finnland und Norwegen. Die Schiffahrtssachverständigen der Hamburger Dienststelle des Reichskommissars für die Seeschiffahrt lancierten in Absprache vor allem mit Hapag-Lloyd in Dänemark und Norwegen strategische Beteiligungen an Reedereien und Werftunternehmen, die am geplanten Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte beteiligt wurden. Seit 1942 kontrollierte das Hamburger Reedereikapital im Kontext der Behörde des Reichskommissars für die Seeschiffahrt die gesamte Ostseeschiffahrt und die Handelsbeziehungen mit den Anrainerstaaten (Erzverschiffungen, Bezug von Nichteisenmetallen und strategischen Industrieerzeugnissen wie beispielsweise Kugellager).

Infiltration der neutralen und Wirtschaftskrieg gegen England und die USA. Bei der Tarnung der deutschen wirtschaftspolitischen Auslandspropaganda nahm der "Aufklärungsausschuß Hamburg-Bremen" eine führende Rolle ein. Hamburger Handelshäuser waren führend bei der getarnten Beschaffung strategischer Rohstoffe neben den reichseigenen Schwarzmarkt- und Plünderungsgesellschaften. Haupteinsatzgebiete waren die Türkei, Spanien, Portugal und Lateinamerika.

(Der zweite Teil dieses Artikels folgt in ak 385)

Eine ausführliche wissenschaftliche Fassung des Vortrags (mit Anmerkungsapparat) erscheint 1996 in einem Tagungsband, zu beziehen bei der

Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts,

Postfach 306232, 20328 Hamburg; Tel.: 040/437232,Fax: 040/4392228

# 34. Kirchenasyl für eine kurdische Familie

Autor: Roland Röder · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kirche und Religionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:16

Im saarländischen Bous erhielt Ende Oktober eine kurdische Familie Kirchenasyl in einer katholischen Kirche. Pfarrer, CDU-Saar, SPD, Grüne, Arbeitskreis Asyl und andere begrüßten in öffentlichen Erklärungen einhellig die Aktion. Nach einem kurzen, viertägigen Gerangel, gab das Innenministerium (SPD) nach. Die schon beschlossene Abschiebung in die Türkei wurde in letzter Minute verhindert und in eine sechsmonatige Duldung umgewandelt. Bis dahin, so die offizielle Begründung, hofft man auf eine Regelung des Bundestages, wonach Flüchtlinge, die schon länger in der BRD sind, hier bleiben dürfen (Altfallregelung). Zwar sei der Beschluß zur Abschiebung rechtens - 14 mal haben deutsche Gerichte entschieden, daß die kurdische Familie in der Türkei nicht verfolgt wird - aber aus humanitären Gründe wolle man davon absehen. Soweit das Ereignis.

Ein mutiger Pfarrer und viele Fragen

Auffallend war, daß in dem Fall weniger die Menschenrechtssituation in der Türkei oder die Asylpolitik von Kanther & Co im Mittelpunkt der Diskussion stand, wenn überhaupt, dann nur als weit entfernter Bezugspunkt. Im Vordergrund stand der katholische Glaube der Familie. Die Kinder sind katholisch getauft und Meßdiener; ein Photo in der "Saarbrücker Zeitung" vom 18.10.1995, das die Kinder in ihren Meßdienergewändern neben dem Altar der katholischen Kirche zeigt, belegt dies. Die Bildunterschrift lautet: "Die elfjährige Pinar und ihr 14jähriger Bruder Hakan dienen (!, d.A.) regelmäßig in der Bouser Pfarrkirche. Jetzt droht ihnen die Abschiebung in der Türkei."

Kein Artikel, kein Kommentar, kein Rundfunk und TV-Beitrag in dem etwa vergessen worden wäre, dies zu erwähnen. Die unausgesprochene Botschaft, die sich dahinter verbarg, war klar: sie gehören zu uns. Auch wenn sie von weither kommen, haben sie die Chance der Integration genutzt und sich zu unserem Glauben bekehrt. Auf dieser Welle war man dann großzügig. "Wir können es aus unserer christlichen Verantwortung heraus nicht zulassen, die Familie, die zu unserer Pfarrgemeinde gehört, Gefahren und Verfolgung auszuliefern", wurde der Pfarrer in der "Saarbrücker Zeitung" vom 20.10.95 zitiert.

Durchbrochen wurde die zunächst verwunderliche Einhelligkeit in der veröffentlichten Meinung auf der Leserbriefseite der "Saarbrücker Zeitung" vom 28.10. und 5.11.1995. Während zwei Leserbriefe sich positiv dazu äußerten, wurde in fünf anderen das übliche Arsenal der Darstellung von Flüchtlingen als Störenfriede und Schmarotzern aufgezogen.

Im Ergebnis macht dieses viertägige Ereignis die Zwiespältigkeit des Kirchenasyls deutlich:

1. Mit Kirchenasyl können Abschiebungen verhindert werden. Dies sollte grundsätzlich trotz der Bündnispartner und der Reduzierung auf Einzelschicksale genutzt werden. Im katholischen Saarland war es das erste Mal, daß eine katholische Kirchengemeinde diesen Schritt tat. Und das verdient Anerkennung. Aufgabe von antirassistischen Gruppen ist es, der hier beschriebenen Widersprüchlichkeit gerecht zu werden, sich aktiv am Kirchenasyl zu beteiligen, aber gleichzeitig der Reduzierung auf Einzelschicksale entgegenzuwirken und den politischen Spielraum für die Erweiterung der Diskussion zu nutzen.

2. Mit der Reduzierung der politischen Diskussion über Abschiebungen auf Einzelschicksale mit viel human touch werden Flüchtlinge allzuleicht in zwei Kategorien eingeteilt: die Guten, das sind die, die man/frau kennt, die in der eigenen Nachbarschaft leben, die die gleichen Kultstätten besuchen, dem gleichen Fußballverein angehören und die gleiche Sorte Bier trinken; die Bösen, das sind die anderen, die anonym bleiben und ihre Rolle in den staatlicherseits präsentierten Bedrohungsszenarien spielen. Was wäre gewesen, wenn die betroffenen KurdInnen sich auch politisch betätigt hätten? Die Aufgabe antirassistischer Gruppen ist es, genau dies zu thematisieren. Die Reduzierung auf den Einzelfall trägt mit dazu bei, sich selber Menschlichkeit zu bescheinigen und gleichzeitig die staatlicherseits verordnete Abschiebungsmaschinerie unangetastet zu lassen.

Ganz am Rande dokumentiert dieses Ereignis auch das Floskelhafte von parlamentarischen Beschlüssen. Der saarländische Landtag hat sich mehrfach mit den Stimmen aller Fraktionen gegen Abschiebungen von KurdInnen in die Türkei ausgesprochen. Gleichzeitig liegt das saarländische Innenministerium in

Lauerstellung, um KurdInnen sauber und ordentlich per Verwaltungsakt abzuschieben und damit die Diskussion immer weiter nach rechts zu schieben.

Roland Röder

Foto: Bildarchiv

AKTION 3.WELT Saar

# 35. Geheimdienste denunzieren PDS-Abgeordnete

*Ulla Jelpke, MdB*

Autor: Ulla Jelpke, MdB · Rubrik: Geheimdienste; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:20

Am 5. August 1995 veröffentlichten die konservative türkische Zeitung "Hürriyet" und einen Tag später das Boulevard-Blatt "Bild am Sonntag" (BamS) Auszüge aus einem geheimen gemeinsamen Bericht des Bundesnachrichtendienstes (BND) und des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV). Diesen Bericht mit dem Titel "Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland durch extremistische und terroristische Ausländergruppierungen" hatte das Bundeskanzleramt in Auftrag gegeben.

In den Artikeln werden - mit identischen Zitaten und Fotos - die PDS-Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus, Marion Seelig, mein Bundestagskollege Steffen Tippach, dessen Mitarbeiterin und ich beschuldigt, zusammen mit 30 sog. "linksextremistischen Gruppen" die in der BRD verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK zu unterstützen. Dieser Geheimbericht war unter Verschluß und lag keinem/r der Beschuldigten vor. Somit konnte sich auch keine/r von uns gegen diese Art der öffentlichen Denunziation argumentativ zur Wehr setzen.

Nun hat sich der Präsident des BfV, Dr. Hansjörg Geiger auf entsprechende Schreiben von mir und Steffen Tippach zu diesem Vorgang geäußert. Er bestätigt darin, daß es sich bei dem "Hürriyet" und "BamS" zugespielten Vermerk um einen Bericht handelt, in dem Bespitzelungsergebnisse zusammengefaßt sind, die "mehr als zehn verschiedene Organisationen von Ausländern" betreffen: "Dieser Bericht ist nicht auf die PKK konzentriert; er enthält auch keine besondere Hervorhebung der PDS. Hinsichtlich der PDS heißt es: 'Bei der Zusammenarbeit der PKK mit Deutschen ist seit etwa einem Jahr eine intensivierte Verbindung zur PDS hervorzuheben. Zu den Protagonisten bei der Unterstützung der PKK durch die PDS zählen die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla JELPKE, der Bundestagsabgeordnete TIPPACH und das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Marion SEELIG'."

Als Beleg für ihre Unterstellungen führen BND und BfV "in einer Fußnote" an:

- PDS-Abgeordnete hätten an Delegationsreisen in die Türkei und nach Kurdistan teilgenommen und

- Veranstaltungen "im Interesse der PKK" angemeldet.

Zur zusätzlichen Untermauerung behauptet der BfV-Präsident:

- Ich hätte anläßlich des Verbots kurdischer Organisationen gesagt, "die Bundesregierung reduziere die Auseinandersetzung in Türkei-Kurdistan auf ein Terrorismusproblem" und das Verbot der PKK gehöre zur deutsch-türkischen militärisch-polizeilichen Zusammenarbeit.

- Zudem hätte ich in einem Zeitungsinterview auf meine "Kontakte zur PKK" hingewiesen und betont, daß es sich bei dieser Organisation "keineswegs um eine terroristische Bewegung handele."

Das Bundesamt kommt nach dieser fulminanten Beweisführung zu dem Ergebnis: "Solche Stellungnahmen zu einer in der BRD verbotenen Organisation wirken aus Sicht des BfV nicht nur als Zeichen von Solidarität mit der ‚kurdischen Sache', sondern als Unterstützung der PKK."

Nachschläge

Dies war bislang zwar der medienwirksamste, aber nicht der einzige Versuch, mein Engagement - und das anderer PolitikerInnen bzw. des Parteivorstands der PDS (vgl. seine entsprechenden "Grundpositionen" v. 22.8.95) - für einen politischen Dialog zur Lösung der sog. "kurdischen Frage" als "Unterstützung des Terrorismus" zu diskreditieren.

Das konservative Wochenmagazin Focus berichtete am 28.8. von einem weiteren, jetzt vierseitigen Bericht des BfV an das Bundeskabinett, über "den neuesten Stand der Zusammenarbeit zwischen PDS und PKK". In diesem Geheimdienstvermerk wird nicht nur auf die Hürriyet/BamS-Veröffentlichungen und das Dementi des Vorsitzenden der PDS-Bundestagsgruppe, Gregor Gysi, eingegangen. Ohne neue "Fakten" vorzubringen, wird

der Tonfall mir gegenüber verschärft: "Im Mittelpunkt der PDS/PKK-Aktivitäten steht Gysis Kollegin Ulla Jelpke."

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch ein Artikel der Tageszeitung "Die Welt" vom 9.8., der auf der Schnüffelarbeit des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) basiert. Darin wird meine PDS-Bundestagskollegin, Eva Bulling-Schröter, in den Reigen der "PKK-UnterstützerInnen" aufgenommen. Gleichzeitig wird der Vorwurf an uns präzisiert: "Nach Erkenntnissen der Nachrichtendienste sind die Kontakte zwischen der PDS und der PKK mehr subtiler, denn offenkundiger Art." Demnach könnten PKK-Aktivisten "keine enge organisatorische Zusammenarbeit ohne die Zustimmung von höherer Ebene, wie ein Plazet des PKK-Führer Abdullah Öcalan, vereinbaren. Diese habe Öcalan aber offenbar nicht gegeben."

Die Unterstützung durch PDS-Abgeordnete wird auch hier damit zu begründen versucht, "daß von der PKK gesteuerte Veranstaltungen aus den Reihen der PDS angemeldet worden sind." Besonders verdächtig erscheint es den bayerischen Schlapphüten, daß wir auch "politische Forderungen" (wie die Kontaktaufnahme zum Kurdischen Exilparlament), und - besonders schlimm - die "PKK-Formulierung vom Befreiungskampf der Kurden übernommen" hätten.

Das letzte Kapitel dieses Schauermärchens nahm seinen Anfang in der Sitzung des Innenausschusses am 11.10. Im Rahmen der Diskussion über einen Bericht des Bundesinnenministeriums, in dem die Brandanschläge auf türkische Einrichtungen pauschal der PKK in die Schuhe geschoben werden, spekulierte der Parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner nicht nur über eine "verstärkte Kontaktaufnahme seitens der PKK zur PDS", sondern auch zu den "Antiimperialistischen Zellen (AIZ)". Dieser Unsinn wurde von der Welt am Sonntag (15.10.) dankend aufgegriffen. Ohne ein einziges Argument vorzubringen, wird in der konservativen Sonntagszeitung die Staatsschutzerfindung: PKK - PDS - AIZ übernommen.

KritikerInnen mundtot machen

Bei den Anschuldigungen der Geheimdienste gegen mich und meine GenossInnen in der PDS handelt es sich nicht nur um eine verlogene Konstruktion. Wo das eigentliche Ziel Denunziation heißt, wird in Ermangelung harter Fakten auf nebulöse und rechtlich vollkommen unbestimmte Formulierungen ("Veranstaltungen im Interesse der PKK"; "von der PKK gesteuerte Veranstaltungen") zurückgegriffen.

Der ideologische Charakter der Staatsschutz-Kampagne wird daran deutlich, daß uns vorgehalten wird, wir würden in Bezug auf die PKK statt des nicht-definierten Begriffs "Terrorismus" den völkerrechtlich zulässigen Terminus "Befreiungsbewegung" verwenden. Wenn bereits die Teilnahme an Reisen von Menschenrechtsgruppen in die Türkei als "Unterstützung des PKK-Terrorismus" gewertet wird, dann wird damit vor allem ein Zweck verfolgt: Die Beschäftigung mit der international als katastrophal eingeschätzten Menschenrechtslage in der Türkei und mit dem schmutzigen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung soll ohne Ausnahme kriminalisierbar werden, um KritikerInnen an der herrschenden Politik mundtot zu machen.

Von den Nachrichtendiensten werden konservativen Presseorganen geheimdienstliche Vermerke (samt Fotos) für politische Zwecke zugespielt. Die Medien werden eingesetzt, um uns, bzw. die von uns vertretene Partei, in eine verfassungsfeindliche Ecke zu stellen. Gemeint sind jedoch nicht nur die PDS oder die "30 linksextremistischen Gruppen", die sich für eine friedliche und politische Lösung in Kurdistan einsetzen. Gemeint sind auch hier lebende politisch aktive MigrantInnen und Flüchtlinge. Die Bundesregierung macht am Beispiel der KurdInnen deutlich, wie mit denen verfahren werden kann, die es wagen, sich - entgegen den Interessen der bundesdeutschen Politik und Wirtschaft - für ihre Rechte einzusetzen. Ihnen wird mit vollständiger Entrechtung gedroht: PolizistInnen, die ihre Demonstrationen regelmäßig brutal auseinanderprügeln, Verbote der politischen Betätigung, Bespitzelungen, Hausdurchsuchungen und Abschiebungen.

Lachender Dritter ist die türkische Regierung: Die weit verbreitete und systematische Folter, ihr schmutziger Krieg in Kurdistan und ihr völkerrechtswidriger Einmarsch in den Irak werden mit solchen Methoden erfolgreich aus den Schlagzeilen verdrängt. Und die Bundesregierung lenkt mit ihren Methoden von der Tatsache ab, daß sie durch Rüstungs-, Polizei- und Wirtschaftshilfe mitverantwortlich für den Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk ist. Statt dessen werden diejenigen an den Pranger gestellt, die sich gegen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und für eine Lösung des kurdischen Konfliktes durch einen politischen Dialog mit der PKK einsetzen.

# 36. Verfolgungen in der Westtürkei: KurdInnen nicht abschieben!

Autor: Bürokollektiv Ulla Jelpke, MdB · Rubrik: Klassenjustiz, § 129a; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:33

Die Zahl der kurdischen Gefangenen, die wegen des Verdachts der "Mitgliedschaft einer terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK" mit einem § 129a StGB-Verfahren belegt, angeklagt und vor Gericht gestellt werden, hat sich in den letzten Wochen noch einmal erhöht. Mittlerweile ist von mindestens 19 kurdischen § 129a-Gefangenen auszugehen.

Am 19. September 1995 wurde in Frankfurt Aygül B. festgenommen. Bei der 30jährigen Kurdin soll es sich um eine seit Juni 1995 im "Amt" befindliche sogenannte "Gebietsleiterin" der PKK in Frankfurt handeln. Sie soll mit den angeblich existierenden "Gebietsverantwortlichen" der PKK in Wiesbaden, Mainz, Mannheim und Saarbrücken eine - nach Ansicht der Bundesanwaltschaft (BAW) bestehende - "Parteiregion Süd" der PKK organisiert haben. (nach BAW-Pressemitteilung, 22.9.95)

Am Abend des 6. Oktober sperrten zwei Wasserwerfer in Berlin-Kreuzberg die Zossener Straße über Stunden hinweg ab. Die polizeiliche Straßenblockade diente der Durchsuchung des Kurdischen Kulturzentrums. Dieses war am 27. Juli im Rahmen des damals laufenden Hungerstreiks von KurdInnen von der Berliner Polizei gewaltsam gestürmt worden.

Im Zuge der Razzia im Berliner Kurdischen Kulturzentrum wurde Ihsan E. festgenommen. Der 26jährige soll "spätestens seit März 1995 Gebietsverantwortlicher in Berlin" gewesen sein. Er sei als "professioneller Kader der PKK" dafür verantwortlich gewesen, daß "vor allem jugendliche Mitglieder der ‚Union der patriotischen Jugend Kurdistans (YCK)`, die fester Bestandteil der organisatorischen Struktur der PKK ist, zur Durchsetzung der Ziele der Vereinigung auch Straftaten begehen. So veranlaßte er die Jugendlichen, Molotowcocktails herzustellen, die dann auf seinen Befehl bei einem Polizeieinsatz am 27. Juli 1995 gegen die einschreitenden Polizeibeamten geschleudert wurden. " (BAW-Pressemitteilung, 9.10.95) Bei der YCK handelt es sich - dem Bundesinnenministerium zufolge - um eine legale Organisation. (Junge Welt, 10.10.95).

Im Verlaufe von Razzien in Gießen und München am 14. Oktober wurden drei kurdische Genossen verhaftet: In Gießen Kemal C. sowie Erhan S. und in München Fevzi A.

Der gegen Kemal erlassene § 129a-Haftbefehl war erst vier Tage alt. Gegen Fevzi und Erhan wurden erst nach ihrer Festnahme Haftbefehle erlassen. Konkrete Tatvorwürfe werden den drei Kurden nicht zur Last gelegt. Es soll sich bei ihnen um angebliche "Gebietsleiter" der PKK in München (Fevzi), Nürnberg (Kemal) und Freiburg (Erhan) handeln. (BAW-Pressemitteilung, 16.10.95)

Die Konstruktion einer "terroristischen Vereinigung"

Bei der PKK handelt es sich um eine Organisation, deren Parteistrukturen im Ausland angesiedelt sind. Diese Tatsache wird auch von den bundesdeutschen Staatsschutzbehörden anerkannt. Sie gehen, wie bei den Verboten der diversen kurdischen Vereine davon aus, daß es sich bei der PKK um eine sog. "Auslandsorganisation" handelt. Für die Anwendung des § 129a ist aber eine inländische "terroristische Vereinigungsstruktur" Voraussetzung.

Im ersten Düsseldorfer KurdInnen-Prozeß mußte hierfür die angebliche PKK-Abteilung "Parteisicherheit, Kontrolle und Nachrichtenwesen" herhalten. Nicht die gesamte PKK wurde im März 1994 als "terroristisch" abgeurteilt, sondern nur diese Abteilung und dies auch nur für einen bestimmten Zeitraum. Dieses Mal erfanden die Repressionsstrategen der BRD die sogenannten "Europäische Frontzentrale" der PKK (ACM). Diese angeblich existierende europaweite PKK-Abteilung kann für sich genommen aber auch noch keine inländische "terroristische Vereinigung" im Sinne des § 129a darstellen.

"Terroristische Vereinigungsstrukturen" der PKK in der BRD werden von den Staatsschutzbehörden mit Hilfe des von ihnen entworfenen Systems von angeblichen "Regional-" und "Gebietsverantwortlichen" der PKK angenommen.

Demnach "bilden leitende Funktionäre der PKK in Deutschland mit der ACM als ‚auswärtiger Kopf` und Lenkungsorgan an der Spitze spätestens seit Juni 1993 eine Vereinigung, deren Zielrichtung die Begehung schwerwiegender Straftaten ist. Mindestens seit dem 4. November 1993 handelt es sich dabei auch um gemeingefährliche Brandstiftungen und seit Mai 1994 um sogenannte Bestrafungsaktionen bis hin zum vollendeten Mord an ‚Abweichlern` aus den eigenen Reihen. Diese Taten werden systematisch und gezielt begangen, ideologisch als revolutionäre Gewalt gerechtfertigt und zur Erreichung der generellen Zielsetzung der Organisation eingesetzt. Der terroristischen Vereinigung, die sich mit der Planung und Steuerung der Straftaten befaßt, gehören in Deutschland die Leiter der von der PKK gebildeten geographischen Bereiche (5 Regionen, die in ca. 17 Gebiete unterteilt sind) an. Es sind dies hauptamtliche Funktionäre, die Decknamen tragen, sich nicht an einem festen Wohnort aufhalten, über sog. Koordinierungstelefone erreichbar sind und ihre Verantwortungsbereiche häufig wechseln." (BAW-Pressemitteilung, 16.10.1995)

Den meisten kurdischen "TerroristInnen" wird lediglich die Erledigung alltäglicher Parteiarbeit vorgehalten: wie Veranstaltungsplanungen und Mitgliederwerbung. Bei den sogenannten "aktionistischen Aktivitäten" handelt es sich in der Regel um militante Protestformen von niedrigem bis mittlerem Eskalationsniveau, wie Besetzungsaktionen und Straßenblockaden. Diese Anschuldigungen laufen faktisch auf eine - kaum einzugrenzende - Ausweitung des Terrorismus-Begriffs hinaus.

Nur einem Viertel der politischen kurdischen Gefangenen werden Körperverletzungsdelikte (angebliche Bestrafungsaktionen an "abweichlerischen" Mitgliedern) vorgeworfen. Die BAW steht - ähnlich wie bei RAF-Prozessen - vor dem Problem, wie sie die Handlungen von fünf politischen Gefangenen den restlichen 14 KurdInnen in die Schuhe schieben kann. Je mehr die BAW das Bild einer stark hierarchisierten und hochkonspirativ vorgehenden "terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK" hochzuhalten versucht, um so unglaubwürdiger wird ihre Behauptung, bei der angeblich existierenden "Europäischen Frontzentrale der PKK" (im Verbund mit den vorgeblich 22 "Regional-" und "Gebietsverantwortlichen") handele es sich um einen basisdemokratischen Haufen, in dem alle Einzelentscheidungen kollektiv getroffen würden.

KurdInnen-Prozesse: 2. Akt 1. Vorhang

Nach dem Ende der ersten Runde von KurdInnen-Prozessen vor den Staatsschutzsenaten bundesdeutscher Oberlandesgerichte (OLG) in Düsseldorf I. und II., Celle und Stuttgart geht es nun in die zweite Runde. Es wird versucht, die Staatsschutz-Konstruktion von "Regional-" und "Gebietsverantwortlichen" als ausführendes Organ der angeblichen "Europäischen Frontzentrale" der PKK, als "terroristische Vereinigung" im Sinne von § 129a aburteilen zu können.

Das erste Verfahren in einer ganzen Reihe diesbezüglicher Prozesse begann am 25. September 95 vor dem OLG in Frankfurt. Angeklagt sind Senol Güngür, Ahmet Karadeniz und Dogan Özserik (s. Kasten). Ihnen wird als "Gebietsverantwortliche" zur Last gelegt, militante Aktionen am 24. Juni und 4. November 1993 "befohlen" zu haben.

Karadeniz war bis zu seiner Verhaftung Vorsitzender des Frankfurter Deutsch-Kurdischen Vereins. Diese Tatsache steht im eklatanten Widerspruch zu der Annahme der BAW, bei den Mitgliedern der "terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK" handele es sich um "professionelle Kader", die hochkonspirativ und ohne festen Wohnsitz leben würden. Ahmet Karadeniz verhandelte in seiner Funktion als Vorsitzender des Freundschaftsvereins in den Wochen vor seiner Verhaftung des öfteren mit der Polizei, als es um die Genehmigung von Veranstaltungen ging. Karadeniz wurde zudem bei einem routinemäßigen Vorstellungstermin auf der Ausländerbehörde verhaftet: für "Terroristen" - nach BAW-Definition - ein unübliches Verhalten ...

Wichtig ist an dem Frankfurter Verfahren, daß hier erneut ein Kronzeuge (Davut Sermet) zum Einsatz kommt. Ohne die Lügengeschichten von Kronzeugen scheinen die Staatsschutzorgane der BRD bei der KurdInnen-Verfolgung anscheinend nicht auszukommen. Bereits in den vorangegangen KurdInnen-Prozessen sind nicht weniger als drei Kronzeugen zum Einsatz gekommen. Der bekannteste von ihnen war Ali Cetiner: Als dieser zum Ende des Verfahrens sich der wahrheitswidrigen Aussage vor Gericht schuldig gemacht hatte, wurde Cetiner flugs aus dem Prozeßgeschehen herausgezogen. Nichtsdestotrotz basierten die Urteile gegen die kurdischen Politiker zu weiten Teilen auf den Aussagen Cetiners.

Bleibt abzuwarten, wie lange der Frankfurter Kronzeuge Davut Sermet mit seinen Lügengeschichten durchhält ...

Bürokollektiv Ulla Jelpke, MdB

Verfolgungen in der Westtürkei:

KurdInnen nicht abschieben!

In der Anhörung am 15. März 1995 im Innenausschuß des Bundestages, hatten u.a. der türkische Menschenrechtsverein IHD, Amnesty international und andere Organisationen dargelegt, daß es in der Türkei für KurdInnen keine "inländische Fluchtalternative" gibt, daß also auch in der Westtürkei die kurdische Abstammung ausreicht, um allen Formen von polizeistaatlicher Diskriminierung und Unterdrückung ausgesetzt zu sein. Die schmutzigen Methoden im Umgang mit kurdischen Oppositionellen wurden von der Bundesregierung augenzwinkernd hingenommen. Seit einem Briefwechsel zwischen Bundesinnenminister Kanther und seinem türkischen Amtskollegen im Frühjahr diesen Jahres, dürfen KurdInnen somit wieder abgeschoben werden. Und das, obwohl bekannt ist, daß allein 1994

- über 450 Menschen wegen ihrer politischen Betätigung vom türkischen Staat ermordet

- über 1000 Menschen gefoltert und

- über 300 Menschen aus türkischen Knästen verschleppt wurden.

Berichte über die sich weiter verschlechternde Menschenrechtslage in der Türkei reißen indessen nicht ab: Als erster führender Vertreter der Bonner Koalition änderte Ende September 1995 der FDP-Innenpolitiker Burkhard Hirsch seine Meinung. Nach einem Besuch in der Türkei Mitte des Monats sprach sich der einstige Befürworter der Aufhebung des Abschiebestopps vehement gegen die Auslieferung sogar "gewöhnlicher" Straftäter an die Türkei aus. Zusicherungen der türkischen Regierung, Abgeschobenen werde "nichts zustoßen, wolle er nicht mehr glauben", so Hirsch.

Amnesty international kritisierte die Türkei sowohl im Juli als auch Ende September scharf. Der politische Wille, Menschenrechtsverletzungen aufzuklären und endlich überfällige Reformen in der Gesetzgebung durchzuführen, fehle. Besonders machte amnesty auf Artikel 8 des "Anti-Terror-Gesetzes" aufmerksam, nach dem die meisten politischen Gefangenen verurteilt werden. Versuche, dieses Gesetz zu reformieren, würden vom türkischen Präsidenten und (natürlich) der Armee blockiert.

Ebenfalls im September widersprach erneut der niedersächsische Flüchtlingsrat den Bonner Darstellungen, in der Westtürkei seien KurdInnen sicher. Ein Artikel ähnlichen Wortlauts erschien im September in der angesehenen "Deutschen Richterzeitung". Anläßlich der Verleihung des Menschenrechtspreises des Deutschen Richterbundes an den Mitbegründer des IHD, Hüsnü Öndül, heißt es u.a.: "Auch in der Westtürkei haben Verfolgungen gegen Kurden erheblich zugenommen. Es kommt dort immer häufiger zu Übergriffen der türkischen Sicherheitskräfte. Von Kurden bewohnte Stadtteile werden abgeriegelt. Personen werden willkürlich festgenommen. Die Festgenommenen berichten danach vielfach von Mißhandlungen und Folterungen in der Polizeihaft."

Wieviele derartige Äußerungen und Beweise müssen noch vorgelegt werden, um die Herrschenden in diesem Land zum Handeln zu zwingen? Was muß denn noch geschehen, bis hier von "veränderten Voraussetzungen" im Aufnahmeland Türkei ausgegangen wird und ein erneuter Abschiebestopp für kurdische Flüchtlinge erlassen werden kann?

Polizisten mißhandeln Gefangenen

Am 13.10.1995 wurde der wegen § 129a angeklagte Dogan Özserik vor Beginn des Frankfurter Kurden-Prozesses in der JVA Preungesheim mißhandelt. Hierzu schreibt sein Verteidiger Berthold Fresenius: "Herr Özserik ist körperlich behindert. Bei seiner Flucht aus der Türkei zog er sich schwere Erfrierungen zu. Diese führten zur Amputation seiner Füße und fast sämtlicher Finger. Herr Özserik ist von daher auf Prothesen angewiesen.

Auf dem Weg zum Gefangenentransporter soll Herr Özserik durchsucht werden. Er zieht seine Jacke aus und die Hose nach oben. Beamte fordern ihn auch auf, sich bis auf die Unterhose zu entkleiden und die Prothesen

abzunehmen. Die Abnahme der Prothesen ist für ihn psychologisch sehr schmerzhaft. Es sei darauf hingewiesen, daß bei nichtbehinderten Gefangenen nicht einmal die Schuhe kontrolliert werden.

Nach kurzer Zeit stürmen 5-6 Beamte in die Kammer. Sie ergreifen Herrn Özserik, ziehen ihn an den Haaren und zerreißen sein Ober- und Unterhemd. Sein Hinterkopf wird auf einen Tisch gestoßen. Jeweils zwei Beamte halten seine Arme, ein weiterer Beamter schlägt ihm mit der Faust in den Magen. Nun werden ihm gewaltsam und ruckartig die Prothesen abgerissen.

Bis auf die Unterhose entkleidet - ohne Prothesen - wird er von den Beamten auf einen Tisch gelegt. Da er ohne Prothesen nicht laufen kann, bleibt er dort einige Minuten liegen. Mit einem Rollstuhl wird Herr Özserik zum Gefangenentransporter verbracht. Kriechend kommt er in den Transporter und zieht sich an dem Sitz in der Transportzelle hoch.

Ein vom Gericht bestellter Sachverständiger stellt zahlreiche rötlich/bläuliche Verfärbungen der Haut fest. Herr Özserik mache einen ‚nervösen und fahrigen Eindruck`, der Pulsschlag war auch vier Stunden nach dem Vorfall noch extrem erhöht.

Die Hauptverhandlung wird daraufhin unterbrochen."

Bundesweite Demonstration

"Für eine politische Lösung in Kurdistan"

am Samstag, 18.11.95 in Köln, um 11 Uhr, ab Ebertplatz

Anläßlich des 2. Jahrestages des Verbots gehen wir auf die Straße. Wir fordern das Recht auf freie politische Betätigung diverser kurdischer Organisationen und Vereine für Kurden und Kurdinnen in Deutschland. Wir fordern eine politische Lösung in Kurdistan.

# 37. Sollen wir alle mit Tafeln rumlaufen? Ein Fotokalender von Marily Stroux

Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/marily.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:marily

Um uns zu verständigen, brauchen wir auch manchmal Worte: gesagte - geschriebene - geflüsterte - geschriene -

An Wörtern verdienen Tausende. Daß ein Großteil davon Blödsinn ist, ist bekannt. Aber erlaubt.

In vielen Ländern gibt es Zensur. JournalistInnen sitzen im Gefängnis, weil sie das Selbstverständlichste nicht aussprechen sollen.

Zensur übt der aus, der die Macht hat - um zu verhindern, daß andere Meinungen und Tatsachen bekannt werden, die seine Macht in Frage stellen - Zensur ist Lüge.

In der BRD wird seit 1982 die Zeitschrift "radikal" kriminalisiert. Seit dem 13.6.95 sitzen vier Leute in Untersuchungshaft mit dem Vorwurf, an der Herstellung oder Verbreitung der "radikal" beteiligt gewesen zu sein.

Und weil wir von Natur aus gegen Zensur sind, gehen die Überschüsse aus dem Verkauf dieses Kalenders auf das Prozeßkonto.

marily stroux

Der Kalender (12 Fotos s/w, Format DIN A4) ist in gut sortierten linken Buchläden zu erwerben und kostet 13 DM.

# 38. Rechtshilfefonds für inhaftierte Kurden und Kurdinnen

Autor: Gertrud Selzer · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:17

Seit dem Verbot der PKK, ERNK und 29 kurdischer Vereine vom November 1993 gibt es eine Flut von juristischen Verfahren gegen Kurden und Kurdinnen. Das geht über Landfriedensbruch, "Spendengelderpressungen", "Verstoß gegen das Vereinsgesetz" bis zu 129a Verfahren. Es ist nicht genau bekannt, wieviele Ermittlungsverfahren es gibt (einige Tausend) und wieviel Prozesse bisher eröffnet wurden, genausowenig ist die exakte Zahl bekannt, wieviele Kurden und Kurdinnen in bundesdeutschen Gefängnissen als politische Gefangene einsitzen (ca. 300). Hausdurchsuchungen und Verbote von Versammlungen und Demonstrationen sind für politisch aktive Kurden und Kurdinnen an der Tagesordnung. Hier wird systematisch an der juristischen Umsetzung der politischen Vorgabe gearbeitet, KurdInnen als gewalttätig und terroristisch hinzustellen. Parallel zu den Knüppelorgien auf der Straße soll damit der "rechtsstaatliche", saubere und ordentliche Weg beschritten werden.

Innerhalb der deutschen Linken wird vom gesamten Ausmaß der Verfolgung kaum Kenntnis genommen. Im November 1994 gab es einen "Aufruf zur Solidarität mit den kriminalisierten Kurden und Kurdinnen in der BRD", den dreißig Gruppen und Einzelpersonen unterzeichneten. Darunter u.a.: Informationsstelle Lateinamerika Bonn, Aktion 3. Welt Saar, Libertad, Medico International und Flüchtlingsplenum Aachen. Daraus bildete sich der Rechtshilfefonds, der bei der Informationsstelle Kurdistan e.V. in Bonn angesiedelt ist. Der Rechtshilfefonds stellt den Versuch dar, das Schweigen zu durchbrechen. Die KurdInnen brauchen öffentliche Unterstützung zu Ihrem Schutz, anwaltliche Vertretung, Betreuung, Bücher, Zeitschriften usw. Dies versucht der Rechtshilfefonds zu leisten. Er sammelt Informationen, wertet Presse aus und gibt regelmäßig die "Rechtshilfeinformationen" heraus.

Wie notwendig die Arbeit des Rechtshilfefonds ist, zeigt sich an folgendem Beispiel: Am 25. September begann vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt ein 129a Prozeß gegen drei Kurden. Die Staatsanwaltschaft legt ihnen eine "steuernde Rolle" bei den Anschlagswellen gegen türkische Einrichtungen am 24.6. und 4.11.1993 zur Last und den Autobahnblockaden zwischen dem 19. und 23.3.94. Auch bei diesem Prozeß, ähnlich wie im Düsseldorfer PKK-Prozeß von 1989 - 1994 wartet die Staatsanwaltschaft mit einem Kronzeugen auf. Zwei der Angeklagten sollen laut Bundesanwaltschaft professionelle Gebietskader der PKK gewesen sein und konspirativ gearbeitet haben. In Europa bilde die "Europäische Frontzentrale" die Leitungsstruktur der PKK und innerhalb dieser Struktur habe sich eine terroristische Struktur gebildet. Hierzu rechnet der Generalbundesanwalt auch Menschen, die in der Öffentlichkeit tätig waren, wie beispielsweise den dritten Angeklagten, Ahmet Karadeniz, der Vorsitzender des kurdischen Kulturzentrums in Frankfurt war.

Am fünften Prozeßtag, dem 13. Oktober 1995, stellten die Anwälte von Dogan Özserik einen Antrag auf Unterbrechung der Verhandlung, da ihr Mandant verhandlungsunfähig sei. "Dogan war am Morgen in eine Kammer der JVA geführt worden, in der er vor dem Transport ins Gerichtsgebäude durchsucht werden sollte. Dogan ist aufgrund von Amputationen an beiden Beinen und des Fehlens der meisten Fingerkuppen schwerbehindert. Bei seiner Flucht aus der Türkei hatte er sich schwere Erfrierungen zugezogen, die zu den Amputationen geführt hatten. Freiwillig hat er seine Jacke aus - und die Hosenbeine hochgezogen. Die Beamten forderten ihn auf, sich bis auf die Unterhosen auszuziehen und seine Prothesen abzulegen. Für eine normale Kontrolle erklärte Dogan sich bereit, aber die vollständige Entkleidung und das Ablegen seiner Prothesen hat er abgelehnt. Die Beamten holten daraufhin Verstärkung. Fünf bis sechs Beamte stürmten in den Raum, griffen Dogan an. Dabei wurde sein Kopf auf eine Tischkante gestoßen. Ober- und Unterhemd wurden zerrissen. Zwei Beamte hielten ihn fest, ein anderer schlug ihn mit der Faust in den Magen. Der Gürtel seiner Hose wurde entfernt und über sein Gesicht gezogen, wobei seine Unterlippe verletzt wurde. Gewaltsam und ruckartig wurden die Prothesen abgerissen. Gewaltsam wurde er auf einen Tisch gelegt. Er war nur noch mit einer Unterhose bekleidet. Dort lag er fünf bis sechs Minuten, bis die Beamten mit einem Rollstuhl zurückkehrten. Da Dogan ohne Prothesen nicht gehen kann, mußte er sich auf den Knien rutschend zum Rollstuhl bewegen. (...) Im Auftrag von Dogan wird der Verteidiger Strafanzeige gegen die Verantwortlichen der JVA stellen." (aus dem Prozeßbericht der Freundinnen und Freunde des kurdischen Volkes Gießen)

Zu den bisher 17 Ermittlungsverfahren gegen KurdInnen nach 129a werden weitere hinzukommen. Und mit ihnen, ein ganzes Instrumentarium von Sondergesetzen (Isolationshaft, Trennscheibe, Observationen, Telefonüberwachungen). In Bremen hat sich eine Prozeßgruppe gebildet, die die Gefangenen, die in ihrer Stadt verhaftet wurden, betreut und sich auf den bevorstehenden Prozeß gegen sie, der in Hamburg stattfinden wird, vorbereitet.

Am 30. August hat der Generalbundesanwalt Anklage am Oberlandesgericht Stuttgart gegen Mehmet Nurri A., Mehmet K. und Zülfiye S. wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) erhoben. Auch hier hat sich eine Prozeßgruppe gebildet.

Gertrud Selzer, 7.11.1995

Damit der Rechtshilfefonds seine Arbeit fortsetzen kann, braucht er dringend finanzielle Unterstützung:

BfG-Bank AG Köln, Kto. Nr. 100 718 0 300, Inh. RA H. Krause, Stichwort: Rechtshilfefonds

Die "Rechtshilfeinformationen" gibt es bei der Informationsstelle Kurdistan e.V., Maxstr. 50, 53111 Bonn, Tel. und Fax. 0228/ 65 61 27.

Übrigens: Viele von Kriminalisierung betroffenen KurdInnen wissen nicht, wie sie mit deutscher Polizei umgehen sollen und sind über ihre Rechte nur unzureichend informiert. Um dem abzuhelfen hat die Rote Hilfe die Broschüre "Was tun wenn es brennt? Rechtshilfetips auf Demonstrationen, bei Übergriffen, bei Festnahmen, auf der Wache" in türkischer Sprache herausgegeben. Sie ist erhältlich bei der Roten Hilfe e.V. Postfach 6444, 24125 Kiel, Tel/Fax: 0431/75141.

Am 25. November ist im städtischen Jugendzentrum Essen in der Papestraße ab 16.00 Uhr eine Solidaritätsveranstaltung zugunsten inhaftierter KurdInnen geplant. Neben Musik (u.a. Koma Berxwedan) gibt es Redebeiträge von kurdischen Gefangenen (verlesen), der Roten Hilfe sowie dem Dachverband der kurdischen Kulturvereine Yek Kom. Die Stadt Essen hat die bereits erteilte Genehmigung zurückgezogen. Die Veranstaltung findet aber statt.

# 39. Mit Hermann Langbein starb ein Zeuge der Nazibarbarei

Autor: Katja Leyrer · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:42

Hermann Langbein ist tot. Am 7. November wurde er in Wien beerdigt. Sein Lebenswerk umfaßt mehrere Bücher, darunter einige der "Standardwerke", die sich mit Auschwitz und den Verbrechen der Nationalsozialisten befassen. Einige davon sind gerade wieder neu aufgelegt worden. Im Dezember 1994 schrieb er - in seiner Funktion als Ratsmitglied des Museums in Auschwitz:

"Ich habe in Auschwitz erfahren müssen, wie die mörderische ‚Rassen`-Ideologie Menschen dazu bringen konnte, andere wie Ungeziefer zu behandeln, tagtäglich Unmenschliches auszuführen. Diese Erfahrung hat mein weiteres Leben geprägt.

Wenn nun mein Rat gewünscht wird, wie die Gedenkstätte umzugestalten wäre, so ist es der: Kommende Generationen müssen gewarnt werden. Es darf sich nie und nirgends wiederholen, was in Auschwitz und Birkenau dazu geführt hat, daß Menschen nur deswegen ermordet wurden, weil sie als Juden oder Zigeuner auf die Welt gekommen waren. Nirgends kann eindringlicher vor Völkermord gewarnt werden, wie angesichts der Ruinen dieser Vernichtungsstätten. Die Warnung muß unüberhörbar bleiben!" (1)

Hermann Langbein wandte sich gerade im letzten Jahr vehement dagegen, daß mit dem Ablauf der 50-Jahresfeiern des Gedenkens nun der Mantel des Schweigens oder gar Vergessens über die Verbrechen der Nationalsozialisten gebreitet wird. Dabei war es ihm wichtig, auch die Täter aus Österreich einzubeziehen. "Zahlreich sind die Bemühungen, das Unvorstellbare, das in Auschwitz Realität wurde, zu relativieren. Die einen wollen unter dem Mantel wissenschaftlicher Objektivität ihre subjektive Ablehnung der eindeutig erwiesenen Fakten kaschieren. Andere knüpfen mehr oder weniger geschickt an Vorurteilen an, um Zweifel zu wecken. Und eine Diskussion über die Zahl der Opfer - sie kann nicht voll belegt werden und läßt daher Spielraum offen - soll das Faktum: Die Menschen wurden aus keinem anderen Grund unterschiedslos ermordet, weil sie einer ‚Rasse` zugezählt wurden, der das Lebensrecht abgesprochen worden war - verdrängen. Manchmal erscheinen diejenigen, die sich gegen solche Bemühungen wehren, fast hilflos. Sie rufen nach Gesetzen und schaffen solche, welche die Leugnung von Auschwitz unter Strafandrohung stellen. Weicht man aber nicht der Schlüsselfrage aus: Wieso wurde ein Auschwitz vor einem halben Jahrhundert möglich, wieso gab es in Deutschland und dem damals an Deutschland angeschlossenen Österreich so wenig Ablehnung, Widerstand, auch nicht passive Resistenz gegen den Ungeist, der in Auschwitz ab 1942 kulminierte, sich aber bereits in den Nürnberger ‚Rasse`-Gesetzen 1935, in den November-Pogromen 1938 unübersehbar manifestiert hatte?" (2)

Hermann Langbein schrieb und redete immer wieder gegen rassistisches Benehmen. Was ihn auszeichnete, war die manchmal sehr unbequeme Offenheit, mit der er sich in aktuelle Politik, aber auch die historisierenden Einschätzungen der Nazi-Verbrechen einmischte. Die Gedenkstättenpolitik Polens bezeichnete er - bei aller Anerkennung für die Museumsarbeit, besonders was den Umgang mit Birkenau betrifft -, als bis 1989 schlicht antisemitisch. Und immer wieder wies er - in den letzten Jahren verstärkt - auf das Unrecht hin, daß Behinderte und Roma und Sinti bis heute um "Entschädigungen" und ein würdiges Gedenken kämpfen müssen. Die "Herrenmenschen-Mentalität" sei immer noch anzutreffen. "Euthanasie" und Gaskammern seien keine Erfindung der nationalsozialistischen Führer gewesen, sondern dies war herrschendes Gedankengut an den Universitäten, als von höher- und minderwertigerem Leben die Rede war (und ist).

Hermann Langbein mischte sich aber bis zu seinem Tod auch in andere Themen der österreichische Tagespolitik ein. Im Herbst 1995 stritt man in Österreich um die Frage einer Heeresparade am 26. Oktober, dem 50. Geburtstag der "Zweiten Republik". Langbein: "Österreich braucht nicht nur diesen 26. Oktober keine Militärparade; und nicht bloß aus Ersparnisgründen. Warum müssen Ehrenkompanien aufmarschieren und strammstehen, wenn ausländische Minister uns besuchen, wenn Botschafter ihre Beglaubigungsschreiben überreichen? Merkt niemand, daß es oft ans Lächerliche grenzt, wenn sich bei solchen Anlässen Minister bemühen, unnatürlich zu schreiten und martialisch dreinzublicken?" (3)

Als junger Mann - er war Mitte zwanzig - kämpfte Hermann Langbein bei den Internationalen Brigaden in Spanien. Er war Kommunist. 1939 wurde er an der französischen Grenze inhaftiert und 1941 deportierten die Deutschen die "Rotspanier" aus dem französischen Lager nach Dachau. Langbein wurde dort - aufgrund persönlicher Beziehungen unter den dort inhaftierten Spanienkämpfern - Schreiber im Krankenrevier. Dort sah er zwangsläufig, was die SS-Ärzte später abzustreiten versuchten: medizinische Versuche, Todesurteile durch "Abspritzen" oder Nichtbehandlung und die Auswahl der Transporte zur Sklavenarbeit.

Im August 1942 kam Langbein nach Auschwitz - wieder in eine Schreibstube, später in den Krankenbau als Schreiber. Lange war den SS-Verantwortlichen nicht klar, daß sie einen führenden Kopf der illegalen Widerstandsorganisation des Lagers an ihren Schreibtischen beschäftigten. Doch er wurde verraten und landete in der Todeszelle im Strafblock. Er überlebte viele Tage und Nächte "Stehbunker" und wurde wie durch ein Wunder nicht zum Tode verurteilt. Mehrere Fluchtversuche aus Auschwitz scheiterten. Ende 1944 wurde er noch einmal weiterdeportiert, diesmal nach Neuengamme und in einige Nebenlager bei Bremen und Hannover. Am 11. April 1945 gelang ihm in Salzwedel die Flucht während eines Transportes. Am 14. Mai 1945 kam er wieder in seiner Heimatstadt Wien an.

Langbein hat seine Erinnerungen sofort aufgezeichnet; er hatte ein herausragendes Personen- und Namensgedächtnis. Er kannte das Lager, und er kannte viele der Toten und Überlebenden. Er hatte die Kraft, auch die Bewacher zu beobachten und manchen von ihnen sogar menschliche Züge zuzugestehen. Das hat ihn jedoch nie versöhnend mit den Verbrechen werden lassen.

Zu den eindringlichsten Dokumenten, die über Auschwitz existieren, gehört Langbeins "Menschen in Auschwitz", 1972 das erste Mal erschienen. Das 800seitige Buch besteht aus eigenen Beobachtungen und zusammengetragenen Augenzeugenberichten sowohl über die Häftlinge und deren Lebensbedingungen als auch die der Bewacher und Lagerverantwortlichen. (4)

Bereits kurz nach Kriegsende trat er als Belastungszeuge gegen Rudolf Höß und viele andere SS-Männer aus Auschwitz auf, die sich in Krakau vor Gericht befanden. Viele von ihnen wurden zum Tode verurteilt. Auch gegen seine "Vorgesetzten", die Ärzte von Auschwitz, sagte er aus, soweit ihnen ein Prozeß gemacht wurde. Langbein hat selbst auch Klagen erhoben, immer wieder Strafanzeigen gestellt gegen die Verantwortlichen.

Als erster Generalsekretär des 1954 gegründeten Internationalen Auschwitz-Komitees führte er auch die grundlegenden Vorverhandlungen und Untersuchungen für eine Entschädigung der ehemaligen IG-Farben-Zwangsarbeiter in Auschwitz-Monowitz. In den 50er und zu Beginn der 60er Jahre wirkte er - in enger Zusammenarbeit mit Primo Levi und Eugen Kogon - an der Vorbereitung des Frankfurter Auschwitz-Prozesses mit, der u.a. auf seine Initiative hin überhaupt geführt wurde. Seine protokollarischen Aufzeichnungen über diesen Prozeß bildeten die Grundlage für "Die Ermittlung" von Peter Weiss.

Ende der 50er Jahre - Anlaß war der Einmarsch sowjetischer Truppen nach dem Ungarn-Aufstand - brach er mit seiner Kommunistischen Partei, der KPÖ. In der Folge verlor er auch seine Funktionen innerhalb des Auschwitz-Komitees. Die Berichterstattung über diesen Vorgang ist bis heute auf allen Seiten von Widersprüchen und einer Vielzahl persönlicher Verletzungen geprägt. Im Juni 1994 kam es jedoch zu einer ersten Annäherung und dem Versuch einer Versöhnung unter den - noch lebenden - zerstrittenen ehemaligen Häftlingen: Hermann Langbein nahm als Gast an einer Zusammenkunft des heutigen internationalen Komitees teil. Sein - aus persönlichen Erfahrungen geprägter - erwiesener Antikommunismus hinderte ihn in anderen Fragen nicht, mit Personen und Initiativen zu arbeiten, die im Bereich antirassistischer Arbeit, Forschungen über nationalsozialistische KZ's und medizinische Versuche dort tätig sind.

Im Alter von 83 Jahren bekam er endlich auch die wissenschaftliche Anerkennung; er erhielt den Professorentitel und wurde als "Fachmann" zu internationalen Symposien und in Beratergremien geladen. Ihm war jedoch auch der Kontakt und Austausch mit jungen Menschen und Andersdenkenden immer wichtig. Eines seiner Bücher ist seinen Kindern gewidmet. Und bis zu seinem Tod hielt er - trotz Krankheit und zahlreichen offiziellen Verpflichtungen - unermüdlich Vorträge und Seminare für Jugendliche oder in Schulen ab.

Katja Leyrer

Anmerkungen:

(1) Informationen der Gesellschaft für politische Aufklärung, Innsbruck, Nr. 43, 12/1994, S. 5

(2) Informationen der Gesellschaft für politische Aufklärung, Innsbruck, Nr. 43, 12/1994, S. 3

(3) Informationen der Gesellschaft für politische Aufklärung, Innsbruck, Nr. 46, 12/1994

(4) Hermann Langbein: Menschen in Auschwitz. Europa-Verlag, Wien-München, Neuauflage 1995

# 40. "Freiheit für alle politischen Gefangenen". Zur Veranstaltungsreihe in Freiburg

*Zur Veranstaltungsreihe vom 16. - 20.10. in Freiburg*

Autor: Fritz Schäfer, Radio Dreyeckland · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Westdeutsche Linke allgemein; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:15

Es ist still geworden um politische Gefangene, um deren Haftbedingungen und um Isolationshaft oder Isolationsfolter. Während im kollektiven Hungerstreik der politischen Gefangenen 1989 noch Tausende für die Verbesserung der Haftbedingungen auf die Straße gingen, so ist ein Interesse an der Thematik heute fast gar nicht mehr vorhanden. Dies sicher nicht, weil es die zerstörerischen Haftbedingungen nicht mehr gäbe, wie z.B. der grüne hessische Justizminister - Rupert v. Plottnitz - behauptet, der noch in den 70er Jahren als Anwalt von RAF-Gefangenen diese Bedingungen anprangerte und selbst die Knute der Repression zu spüren bekam.

Und dennoch ist vieles beim alten geblieben. Die Mehrzahl der politischen Gefangenen in der neuen BRD ist ohne deutschen Paß. IrInnen oder z.B. der angebliche ETA-Unterstützer Benjamin Ramos Vega, der derzeit in Berlin in Abschiebehaft Richtung Spanien sitzt, bestimmen das Bild. Dies verdeutlicht sicher einiges über die Rolle, die die neue BRD international zu spielen gedenkt. Daß sich insgesamt an den Haftbedingungen nichts verändert hat, brachte auch Christian Klar (Gefangener aus der RAF) mit seinem fünfwöchigen Hungerstreik zum Ausdruck. Er brach den Hungerstreik am 5.10. ergebnislos ab: "Hungerstreik ist eine Kampfform, die die Brücke nach draußen sucht, es ist der kämpferische Vorschlag, für eine Zeit und ein konkretes Ziel die Kräfte zusammenzutun." Daß sein Hungerstreik draußen wie drinnen auf sehr wenig Widerhall gestoßen ist, stellt er in seiner Abbrucherklärung fest: "Ein Gefangenenkampf, der unter den gegenwärtigen Bedingungen eine unmittelbare Entscheidung sucht, ist problematisch und riskiert ernste Rückschläge (...) Nur ist die Abschottung dauernde Realität, und wir müssen Wege finden, sie zu beenden." Ähnlichen Bedingungen wie Christian Klar unterliegen auch die vier Gefangenen Rainer Passenberg, Werner Konnert, Ralf Milbrandt und Andreas Ehresbrandt, die bei der bundesweiten Durchsuchungsaktion am 13.6. im Zusammenhang mit der Zeitschrift "Radikal" verhaftet wurden.

Als ein wesentlicher Punkt der Veränderung ist jedoch die Situation der Gefangenen untereinander zu nennen. Das Kollektiv von 1989 gibt es so nicht mehr. Die Mehrheit der Gefangenen hat sich von den Gefangenen in Celle (mit Knut Folkerts wurde vor zwei Wochen der Letzte aus Celle entlassen), der RAF und von Birgit Hogefeld gespalten. Dabei ist viel zerstört worden. Nicht durch die Spaltung an sich, sondern durch die Form, in der sie vollzogen wurde. Wichtige Fragen gingen und gehen dabei unter oder treten in den Hintergrund. Wir kennen das auch von draußen. Über Richtungskämpfe untereinander werden andere Gruppen zum Teil stärker bekämpft als der eigentliche Gegner: Imperialismus, Patriarchat und Kapitalismus. Die Gefangenen hatten bis zur Spaltung an diesem Punkt immer auch eine gewisse Kraft und Orientierung ausgestrahlt, die es heute so nicht mehr gibt.

So schreibt ak in der Ausgabe vom 19.10.: "Zu diesem Nichtverhalten hat auch sicherlich die Auseinandersetzung innerhalb der Gefangenen aus der RAF beigetragen (...) Da auch nach der Beendigung des Hungerstreiks keine von Christian Klars Forderungen erfüllt wurde, ist zu hoffen, daß jetzt Gruppen draußen versuchen, seine Forderungen politisch durchzusetzen. Damit kann Realität werden, was er in seiner Abbrucherklärung zum Ziel seiner Aktion geschrieben hat: ‚Ihr Charakter: Signale der Solidarität, Anstöße zur politischen Diskussion, den Wert des Kampfes für das Leben und die Freiheit auszudrücken."

Dies war Inhalt und Ziel auch der Veranstaltungswoche verschiedener Gruppen in Freiburg vom 16.10. - 20.10.95. Die Woche stand unter dem Motto "Freiheit für alle politischen Gefangenen" und hatte zum einen das Ziel, an die Mordnacht vom 18.10.77 in Stammheim zu erinnern, zum anderen auch aktuelle Anlässe: Bad Kleinen, die Spaltung der RAF, Haftbedingungen. Ziel war zudem, Isolation nicht nur als Problem im Knast darzustellen, sondern sie als bestimmende Struktur zu benennen, die nur besonders deutlich wird.

Radio Dreyeckland hat in verschiedenen Sendungen auf die Problematik aufmerksam gemacht. Unter anderem berichtete Monika Berberich am 18.10., wie sich für sie als Gefangene aus der RAF die Situation 1977 darstellte, und wie die aktuellen Bedingungen der Gefangenen aussehen. Aber die Isolation wurde nicht

nur verbal beschrieben, sondern in dem Theaterstück "Das Salz in der Suppe - Theater wider die Isolation der Sinne" eindrucksvoll sinnlich beschrieben. Neben realistischen Szenen über die Isolationsfolter an Ulrike Meinhof wurden auch Methoden der Isolation draußen aufgezeigt - wie Menschen in Verhältnisse gepreßt werden, an denen sie allzuoft zerbrechen. Neben klassischen Theaterteilen fügt das Stück bewußt verschiedene Begriffsebenen zusammen: Fühlen, Hören, Sehen. Das Stück brachte verschiedene Leute spontan dazu, sich über die Situation der Gefangenen erneut Gedanken zu machen oder jetzt damit anzufangen. Angebote aus Zürich und Tübingen, das Stück aufzuführen, liegen schon vor.

Des weiteren konnten Eva Cerna (die seit ihrer Arbeit an "Tatort - die sieben Tode des Wolfgang G." Birgit Hogefeld besucht) und Karel Vanek des Choreographischen Theaters in Freiburg mit ihrem sehr schönen Beziehungsstück "Little blue nothing" für die Veranstaltungswoche gewonnen werden. Sie tanzten ihr Stück aus Solidarität zu Birgit Hogefeld und den anderen politischen Gefangenen. Im Anschluß gab es eine Veranstaltung zum momentan in Frankfurt stattfindenden Prozeß gegen Birgit Hogefeld. Die Anwältin Ursula Seifert berichtete ausführlich über die dauernden Merkwürdigkeiten in diesem Prozeß. Sie rief die knapp hundert BesucherInnen dazu auf, den Prozeß zu beobachten, um es dem Senat mit der angestrebten lebenslangen Verurteilung nicht zu leicht zu machen.

Bei den gut besuchten Veranstaltungen in der Gießereihalle wurde im Anschluß an die jeweilige Veranstaltung intensiv und ausdauernd geredet. Das allein kann in Freiburg schon als großer Erfolg gewertet werden, ist doch in den letzten Jahren zumeist Sprachlosigkeit beherrschend gewesen.

Als Wermutstropfen ist der Film über Benjamin Ramos Vega zu nennen. Leider kamen am Montag nur wenige ins Kommunale Kino, um sich über die Situation von Benjamin Ramos Vega zu informieren.

Die geplante Debatte in Radio Dreyeckland zur Spaltung der RAF und den Auswirkungen bis heute konnte leider nicht durchgeführt werden. Sie wird aber demnächst nachgeholt. Und wenn alles klappt, können - wegen der großen Nachfrage - alle die, die das Stück "Das Salz in der Suppe - Theater wider die Isolation der Sinne" verpaßt haben, es im Rahmen der Debatte endlich sehen.

Fritz Schäfer

(Radio Dreyeckland)

# 41. Kassel, 2.12.: Bundesweite Demo gegen Abschiebehaft

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:35

Die skandalösen Haftbedingungen in bundesdeutschen Abschiebeknästen sind bekannt. Dagegen gibt es immer wieder Protestaktionen von Gefangenen, vor allem in Form von "verlängerten Hofstunden" oder Hungerstreiks (siehe z.B. ak 383 zum Hungerstreik kurdischer Gefangener im Hamburger Abschiebeknast Glasmoor). Zur bisher spektakulärsten Aktion kam es im Sommer 1994 in Kassel. In der dortigen Justizvollzugsanstalt "Elwe" rebellierte am 24. Juli 1994 eine große Zahl von Gefangenen (vor allem Algerier).

Die Meuterer nahmen einen Schließer als Geisel und verlangten zunächst die Ausreise nach Frankreich, später die Verlegung in ein anderes Gefängnis. Am folgenden Tag stürmten jedoch Polizei-Sondereinheiten den "Fluchtbus" und schlugen den Aufstand nieder. Zahlreiche Gefangene wurden dabei brutal mißhandelt. Später wurden mehrere Meuterer vor Gericht gestellt und erhielten wegen "Widerstands" und "Geiselnahme" hohe Haftstrafen (bis zu fünfeinhalb Jahren). Die letzten Urteile ergingen im September 1995.

Diese juristische Vergeltung blieb in der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet. Um den "kollektiven Gedächtnisschwund lautstark abzubauen und die algerischen Flüchtlinge zu unterstützen" rufen antirassistische Gruppen zu einer bundesweiten Demonstration gegen Abschiebehaft am 2. Dezember in Kassel (13 Uhr Messeplatz) auf.

Kontakt: AStA der GH Kassel, Nora-Platiel-Str. 2, 34127 Kassel. Tel: 0561/8042883 (freitags 18-20 Uhr) Fax: 84247

Spendenkonto: H.J. Laube, Stichwort: 2.12., Nr. 392 0691 bei der Stadtsparkasse Kassel, BLZ 520 501 51

# 42. Wer war Wer in der DDR? Rezension

Autor: Angela Martin · Rubrik: DDR; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:14

Der Einband des neuen "Wer war Wer in der DDR" ist ziemlich schnell zerknittert. Das liegt nicht nur an dem für ein Lexikon viel zu dünnen Pappdeckel; man legt das Buch auch nicht so gerne wieder aus der Hand, wenn man erst einmal zu blättern begonnen hat. Denn es bietet ebenso Stoff für DDR-Nostalgiker wie für bürgerbewegte IM-Jäger, für Fans von "Sudel-Ede" Karl-Eduard von Schnitzler oder Freunde des unermüdlichen Manfred Krug - ziemlich trockenen Stoff allerdings.

Wie sein Vorläufer, das "Wer war wer - DDR", das Jochen Cerny 1992 im Christoph Links Verlag herausgegeben hat, enthält auch das neue "Who was who" Kurzbiographien von Prominenten aus allen wichtigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens der DDR: Neben Politikern, Funktionären, Militärs, Kirchenleuten und wichtigen Persönlichkeiten der Wirtschaft wurden zahlreiche Wissenschaftler, Künstler und Oppositionelle aufgenommen. Des weiteren bekannte Journalisten, beliebte Schlagersänger und Sportler. Die Herausgeber des neuen Lexikons haben darüber hinaus solche Persönlichkeiten berücksichtigt, die eher im Hintergrund agiert haben: z.B. Abteilungsleiter des SED-Zentralkomitees, Funktionsträger im Ministerium für Staatssicherheit, im Ministerium des Inneren oder in der Nationalen Volksarmee. Auch Gegenöffentlichkeit und Subkulturen der DDR sollen in diesem Nachschlagewerk dokumentiert werden: durch Artikel über Bürgerbewegte beispielsweise oder über Bohemiens und bekannte Homosexuelle.

Das neue Lexikon ist also wesentlich umfangreicher als das alte. Es umfaßt 2.157 Einträge (statt der früheren 1.510), und es endet nicht, wie Cernys "Wer war wer", mit dem 3.10.1990. Etliche Artikel erhielten kurze Nachträge. Vor allem aber wurden zahlreiche Personen aufgenommen, die erst gegen Ende der DDR zu Ruhm und Ehren kamen: Angela Merkel z.B., die zwar schon unter de Maizière stellvertretende Regierungssprecherin war, aber erst als Kohl-Zögling bekannter geworden ist. Auch Ellen Brombacher, im Westen vor allem als Landessprecherin der Ende 1989 gegründeten Kommunistischen Plattform der PDS bekannt, ist neu im "Wer war Wer". Sahra Wagenknecht allerdings, obwohl ebenfalls Mitglied der Kommunistischen Plattform und die vermutlich bekannteste Frau der ganzen PDS, wurde keines Eintrags gewürdigt - sei es, daß sie für eine Karriere in der DDR zu jung ist, sei es, daß die Herausgeber hier Berührungsängste hatten.

Die Artikel sind leider sehr kurz, selbst Walter Ulbricht erhält nicht viel mehr Raum als eine Spalte. Neben Lebensdaten wird über Herkunft und Ausbildung berichtet. Dann folgen, chronologisch geordnet, Angaben über den beruflichen und politischen Werdegang, relevante Funktionen in Parteien und Organisationen, Mitgliedschaften in parlamentarischen Vertretungen und Akademien, herausragende Arbeitsergebnisse und Auszeichnungen. Schließlich wurde, soweit möglich, die Entwicklung nach dem Ende der DDR verzeichnet. Viele Artikel enthalten außerdem Hinweise auf weiterführende, vor allem biographische und bibliographische Literatur.

Oft wünscht man sich jedoch ein wenig mehr Fleisch an den dürren Datengerüsten. Lediglich die Kurzbiographien einiger Künstler und Wissenschaftler enden mit Angaben zu Arbeitsschwerpunkten und besonderen Leistungen, wobei auf Wertungen verzichtet wurde. Das ist auf der einen Seite verständlich, da viele der behandelten Personen noch leben und gerade die Geschichte der DDR noch immer ein ideologisches Schlachtfeld ist. Andererseits kann sich der Leser allein durch die Aufzählung von biographischen Daten, Ämtern und Publikationen nur schwerlich ein Bild von den einzelnen Persönlichkeiten machen. Unterschiede in der Politik etwa von Ulbricht und Honecker werden nicht erkennbar. Ähnlich diffus bleibt der Eindruck von Leistungen auf anderen Gebieten. In dem Artikel über den Opernregisseur Harry Kupfer z.B. wird nicht klar, welche Bedeutung seine Inszenierungen hatten und welche Skandale sie z.T. auslösten. Den Einfluß Kupfers auf das Musiktheater im Westen kann man nur erahnen.

Das neue Lexikon hat etliche, aber nicht alle Lücken geschlossen, die in der Ausgabe von 1992 noch zu bemängeln waren. So wurde z.B. der marxistische Philosoph Leo Kofler aufgenommen, der zu den ersten gehörte, die auf Grund ihrer oppositionellen Haltung aus der DDR vertrieben wurden. Den berühmten Goethe-Forscher Hermann August Korff hingegen, der seit 1925 in Leipzig lehrte und dort 1963 starb, sucht man auch in der Neuausgabe vergeblich. In der Reihe der durch das erweiterte Konzept bedingten

Neueinträge finden sich ebenfalls Lücken: Obwohl im editorischen Vorwort betont wird, daß die Abteilungsleiter des SED-Zentralkomitees aufgenommen wurden, fehlt beispielsweise Lothar Oppermann, der dort die Abteilung Volksbildung geleitet hat.

Zu den konzeptionellen Neuerungen des "Wer war Wer in der DDR" gehört, daß Tätigkeiten für das MfS verzeichnet wurden - nicht umsonst ist einer der Herausgeber, Helmut Müller-Enbergs, Mitarbeiter in der Gauck-Behörde. Doch auch "braune" Flecken auf den Westen von DDR-Prominenten sind verzeichnet. Das gehört zur Tradition dieses biographischen Lexikons: Schon in der Ausgabe von 1992 finden sich zahlreiche Hinweise auf NSDAP-Mitgliedschaften von DDR-Kadern. Dabei hat man sich von Günther Buch inspirieren lassen, dessen "Namen und Daten wichtiger Personen der DDR" (zuletzt 1989 in Bonn erschienen) Grundlage für das erste "Wer war wer" aus dem Christoph Links Verlag war.

Auch das neue Fischer-Lexikon ist ursprünglich ein Produkt aus dem Hause Ch. Links: Dort erschien es schon 1994, aber in Form von 3,5" Disketten. (1) Der hier besprochene Band wurde nur leicht aktualisiert, vor allem wurden einige Todesdaten nachgetragen.

Angela Martin

Anmerkung:

1) DDR Wer war wer? 3 Disketten, Volltextrecherche und Export in andere Textverarbeitungsprogramme möglich. Ch. Links Verlag, DM 98,-.

Wer war Wer in der DDR. Ein biographisches Handbuch. Hrsg. von Bernd-Rainer Barth, Christoph Links, Helmut Müller-Enbergs und Jan Wielgohs, Frankfurt am Main 1995 (Fischer Taschenbuch 12767), 874 S., DM 28,90

# 43. Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung der Rosa L. (Annotation)

*Die Ermordung der Rosa L. (Buchvorstellung)*

Autor: Andreas Skrypietz · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak384/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:30

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden in der Nacht vom 15. auf den 16. Januar 1919 in Berlin von Angehörigen sog. Freikorps, in diesem Falle der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, ermordet. Linke, Sozialdemokraten und auch bürgerliche PolitikerInnen und HistorikerInnen haben immer die SPD und insbesondere den sozialdemokratischen Reichswehrminister Gustav Noske für diese Tat mitverantwortlich gemacht. Klaus Gietinger beansprucht mit seinem im März 1995 erschienenen Buch nicht nur, diese bekannten Tatsachen in einem neuen Licht zu präsentieren. Er nennt auch die Namen derer, die Luxemburg und Liebknecht ermordet haben, und fragt, wie die politische, aber auch die tätliche Verantwortung der damaligen SPD zu bewerten ist.

Gietinger wollte eigentlich einen Film über das Thema machen, bekam aber bei seinem Versuch, das Drehbuch beim Fernsehen unterzubringen, nur Absagen. Den Antrieb zu eigener Recherche über dieses Thema gab ihm ein Fernsehspiel von Dieter Ertel aus dem Jahre 1969, das der Süddeutsche Rundfunk 1989 aus Anlaß des 70. Todestages von Liebknecht und Luxemburg wiederholte. Dieses Fernsehspiel war 1971 zunächst verboten worden. Erwirkt wurde das Verbot von einem, der von Ertel als Mörder Rosa Luxemburgs beschuldigt worden war. Der Beschuldigte fand damals vor den Gerichten Gehör. Er verwies auf die Urteile aus der Weimarer Zeit, aber auch auf die "Erkenntnis" der Bundesregierung aus dem Jahre 1962, Rosa Luxemburg sei durch eine standrechtliche Erschießung ums Leben gekommen.

Dem Autor gelingt es in seinem Buch nachzuweisen, wer die eigentlichen Täter und ihre Auftraggeber waren. Dabei zeichnet er ein Bild von der inneren Verfaßtheit des Offizierskorps und - was politisch gesehen noch entscheidender - von Teilen der SPD. Die Abneigung, ja der Haß gegen alles, was nach Revolution und Umsturz roch, und ein ausgeprägter Militarismus innerhalb der SPD bildeten den Hintergrund und letztendlich auch die Motivation für die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Dies wird von Gietinger in einer Art herausgearbeitet, daß die LeserInnen sich sowohl ein Bild vom Geist des Offizierskorps am Ende des Ersten Weltkrieges als auch von den Beweggründen der SPD-Mitglieder machen können, denen die Ermordung der führenden Köpfe der Linken mehr als willkommen war. Dieses Buch sei all denen empfohlen, die den Beginn der Weimarer Republik mal aus einer etwas anderen Perspektive betrachten wollen; aber ebenso denjenigen, die ganz einfach ein gutes Buch lesen wollen.

Andreas Skrypietz

Klaus Gietinger: Die Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung der Rosa L., Verlag 1900 Berlin, 190 S., 1995, DM 24,80

# 44. Quelldatei 15bu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak384/15bu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:15bu

BU für Folkerts-Bild

Knut Folkerts (M), Lutz Taufer (L), Karl-Heinz Dellwo (R)

Foto: Marily Stroux

Nach mehr als 18 Jahren Haft - jahrelange Einzelisolation oder Kleingruppenhaft - ist nun auch Knut Folkerts entlassen worden. Bei seiner Festnahme 1977 in den Niederlanden hatte er einen Polizisten erschossen und war zu 20 Jahren Haft verurteilt worden. 1978 wurde er von den Niederlanden an die BRD ausgeliefert. In der BRD wurde er wegen angeblicher Beteiligung an der Ermordung des Generalbundesanwalt Buback und zwei seiner Begleiter zu lebenslanger Haft verurteilt.

Von den sechs Gefangenen, die 1992 einen Antrag auf "vorzeitige Entlassung" gestellt haben, sind jetzt fünf entlassen. Der Antrag von Hanna Krabbe ist immer noch nicht entschieden. Wird Zeit, daß sie rauskommt!

# 45. Quelldatei 18.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak384/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:18

Kalender

Wohnlager in Hamburg

Die Geschichte der Wohnlager in Hamburg 1930-1995, eine Geschichte "zwischen Zwangsunterbringung und Notunterkunft" zeigt das Stadtteilarchiv Ottensen in einer Ausstellung. In Zentrum stehen verschiedene Menschengruppen, deren besonderes Schicksal in einer bestimmten historischen Periode beispielhaft herausgegriffen und an ihrer mehr oder weniger zwangsweisen Unterbringung in Hamburg dokumentiert wird. Den Bezugspunkt bilden dabei jeweils die sozialpolitischen Konzepte und Maßnahmen zur Unterbringung wohnungsloser und obdachloser Personen im allgemeinen.

16.11.-18.12.95. Mo-Do 9.30-13 Uhr, Mo-Mi 14-16.30 Uhr, Do 14-19 Uhr und nach Vereinbarung. Stadtteilarchiv Ottensen, Zeißstraße 28, Hamburg.

Sozialpolitischer Ratschlag

Ein als schicksalhaft suggerierter Sparzwang schüchtere die Menschen ein, lähme die soziale Phantasie und Verantwortung, bedrohe die Demokratie und ihre Humanität. "Daher erscheint es dringend erforderlich," schreiben die VeranstalterInnen des Kongresses "Geld ist genug da", "die erforderliche Umverteilung von unten nach oben, ihre Mechanismen und ihre Konsequenzen zum Thema zu machen." Dies soll mit einem beachtlichen Aufgebot an FachwissenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen und politischen AktivistInnen Thema des "Sozialpolitischen Ratschlags über Reichtum in Deutschland" sein.

17.11., 17 Uhr bis 19.11.95, ca. 13 Uhr. Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von-Melle- Park 9, Hamburg. Tagungsbeitrag 30 DM, erm. 15 DM.

Die unsichtbaren Lager

Fünf Jahre lang bereiste der Kölner Fotograf Reinhard Matz Europa, von 1987 bis 1992. Sein Interesse galt den Gedenkstätten, den "schrecklichen Museen" des Terrors und der Vernichtung, Orten einer unmöglichen Erinnerung an eine Geschichte, die durch die verbliebenen unscheinbaren Reste kaum noch mitteilbar erscheint. In 180 thematisch gruppierten Fotografien zeigt Reinhard Matz die Beschwörung, die Ordnung, die Gestaltung der Erinnerung in Ausstellungen und Denkmälern, Restaurierungen und Nachbauten - in Auschwitz, Theresienstadt, Belzec, Westerbork, Buchenwald, Sobibor und vielen anderen Stätten der Menschenvernichtung. (S.a. die Rezension des Buchs "Die unsichtbaren Lager" in ak 360, 17.11.93.)

17.11.-16.12.95. Mi-Sa 17-22 Uhr, So 13-18 Uhr. Eröffnung am 17.11., 19.30. Es spricht Hanno Loewy vom Fritz-Bauer-Institut. KOMM, Königstr. 93, Nürnberg.

RADIKAL-Razzien

Zu den Razzien am 13.6.95 veranstalten einige Bremer Gruppen eine Infoveranstaltung. Vorgesehen sind Beiträge zur aktuellen Situation, Verfahren, Haftbedingungen, politischer Einschätzung. Anschließend eine Soli-Fete.

18.11.95, 20 Uhr. Naturfreundehaus, Buchtstraße, Bremen.

Leugnung von Auschwitz

Die Kampagne zur Leugnung des Völkermords an den europäischen Juden begann bereits kurz nach Kriegsende und hat in den letzten Jahren im internationalen Maßstab an Intensität zugenommen. Die Wiener Sozialwissenschaftlerin und Historikerin Dr. Brigitte Bailer-Galanda hat sich als Mitarbeiterin des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands intensiv mit den Versuchen, die Geschichte des Nationalsozialismus umzuschreiben befaßt. Sie stellt den Ertrag ihrer Forschung vor am

20.11.95, 19.30 Uhr. KOMM, Königstraße 93, Nürnberg.

Gedächtniskultur

Die Vortragsreihe zu "Konzepten und Formen einer ‚Gedächtniskultur` " wird fortgeführt am

23.11.95: Reden und Schweigen. Autobiographien von Überlebenden (Prof. Dr. Heinz Hillmann, Dr. Rolf Krause).

30.11.95: Das Verschwinden der Worte. Zweite Generation nach dem Genozid an den Juden (Esther Dischereit).

7.12.95: "Theater der Peinlichkeit?" Georg Taboris theatrale Darstellungen von Geschichte und Gegenwart der Verfolgung (Sybille Peters, Marcus Sander).

14.12.95: Inszenierung und Erinnerung. Zur Darstellung nationalsozialistischer Todeslager im Film (Dr. Sven Kramer).

Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 16 Uhr und finden statt im Hörsaal A, Philosophenturm, Von-Melle-Park 6, Hamburg.

Vom Widerstand der Juden

Arno Lustiger stellt sein Buch "Zum Kampf auf Leben und Tod. Vom Widerstand der Juden 1933-1945" vor am

27.11.95, 19.30 Uhr. KOMM, Königstraße 93, Nürnberg.

Türken und Deutsche

Die Vortragsreihe "Muselmanen und Giauren. Wie Türken und Deutsche sich seit 500 Jahren sehen" wird fortgesetzt am

28.11.95: Der Türke als Figur der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Propaganda (Prof.Dr. Jan-Dirk Müller).

5.12.95: The French and English notions of the Turks before the Romantic Era (Prof.Dr. Ahmet Evin, engl. mit dt. Zusammenfassung).

12.12.95: Der Orient im Abenteuerroman des 17. und 18. Jahrhunderts (Prof.Dr. Günter Damman).

Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 18 Uhr und finden statt im Hörsaal J, Hauptgebäude der Universität, Edmund-Siemers-Allee 1, Hamburg.

Biotechnologien

Der Bonner Arbeitskreis gegen Gentechnik setzt seine Vortragsreihe über Bio-, Gen- und Reproduktionstechnologien fort am

30.11.95, 20 Uhr: Euthanasie. Eine neue "Bioethik" läßt altbekannte Wert- und Unwertvorstellungen neu erstehen (Oliver Tolmein). Haus der evangelischen Kirche, Adenauer Allee 37, Bonn.

5.12.95, 20 Uhr: Biologische Waffen. Gene, Gifte und Mikroben gegen Menschen (Manuel Kiper). Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, Bonn.

Deserteure suchen Asyl

Mehrere tausend Soldaten der russischen Armee sind allein in diesem Jahr desertiert, weil sie in Tschetschenien eingesetzt werden sollten. Auch in anderen Nachfolgstaaten der ehemaligen Sowjetunion verweigern Männer den Kriegseinsatz; in Armenien haben sich bis zu 90% der Wehrdienstpflichtigen der Einberufung entzogen. Einige dieser Kriegsdienstverweigerer und Deserteure versuchen, in der Bundesrepublik Asyl zu bekommen. In der Regel wird ihr Antrag abgelehnt. Bei einer Fachtagung soll die Situation dieser Verweigerer und Deserteure dargestellt und Beispiele praktischer Hilfsmöglichkeiten gegeben werden.

1.12., 12 Uhr bis 3.12., 13.30, in Bonn. Detailliertes Programm und Anmeldung: Connection e.V., Brüder-Grimm-Straße 63, 63069 Offenbach, Tel./Fax: 069-845016. (Tagungsbeitrag inkl. Mahlzeiten und Übernachtungen 80 DM.)

Ethnisierung der Politik

Im Rahmen einer Vortragsreihe über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien spricht Ivan Colovic, Ehtnologe in Belgrad, Mitglied des oppositionellen "Belgrader Kreises", über die "Indienstnahme der Historie: Nationale Mythen und Politik".

7.12.95, 20 Uhr. Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, Hamburg.

Schickt Eure Veranstaltungshinweise! Per e-mail, per Post

oder als Fax. Annahmeschluß für ak 385 ist der 5.12.95.

# 46. Neues von der ak-Öffnungsdebatte

CD-Datei: daten/aksuche/ak384/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:28

(Nicht nur) in eigener Sache

Neues von der ak-Öffnungsdebatte

Am letzten Oktoberwochenende fanden zwei Termine statt, die zumindest für die an der ak-Öffnungsdebatte interessierten Menschen von Interesse sein werden. Am 28.10. tagte in Köln die SOZ-Konferenz, die mindestens einmal im Jahr stattfindet. Einen Tag später trafen wir uns in Hamburg mit GenossInnen der SoFo-Redaktion. Die Zeitschrift SoFo (Sozialistisches Forum) wird von Menschen aus dem Spektrum der ehemaligen DKP-"Erneuerer" herausgegeben.

Mitunter ziehen sich - gerade im linken Spektrum - Entwicklungsprozesse hin. Zeitweise kann mensch den Eindruck gewinnen, als wäre alles eingeschlafen. So z. B. bei unserer im Februar gestarteten ak-Öffnungsdebatte. In ak 375 hatten wir die "Öffnung" unserer Zeitung angeboten: für Einzelpersonen, politisch aktive Gruppen, Redaktionen und MitarbeiterInnen linker (Fach-)Zeitschriften etc. Gleichzeitig hatten wir unsere Bereitschaft erklärt, ak in ein neues Projekt einzubringen. Nach eher ernüchternden Zwischenbilanzen im Juni und September (ak 379 und ak 382) ergeben sich nun "urplötzlich" doch wieder neue Möglichkeiten.

Zusammenarbeit mit der SOZ

Die Redaktion der SOZ hatte in einem Brief an die ak-Redaktion gewisse Zweifel an der Ernsthaftighaftigkeit der ak-Öffnungsdebatte angemeldet und die Befürchtung geäußert, daß unsere "anerkennenswerte Initiative vom Frühjahr wie so viele andere linke Initiativen - u. a. auch von uns - sang- und klanglos verebbt".

Sang- und klanglos "verebben" lassen wollen wir die Sache nun doch nicht. Festzuhalten bleibt aber, daß das Vorhaben, einen Kongreß über die Zukunft linker Publizistik durchzuführen (wie wir es formuliert hatten), etwas zu anspruchsvoll war. Dies hätte vielleicht dann funktioniert, wenn uns entweder a) die Bude eingerannt worden wäre oder b) Leute sich full-time in die Vorbereitung bzw. Organisierung gestürzt hätten. Das erstere war nicht der Fall, obwohl einige wenige Telefonate geführt wurden. Das zweite können wir nicht leisten. Dies soll nicht als Abgesang auf eine solche Arbeitskonferenz verstanden werden, sondern zunächst den Anspruch etwas herunterschrauben.

Unabhängig davon hat sich im Verlauf dieses Jahres eine Form der Zusammenarbeit und des Austausches mit der SOZ-Redaktion entwickelt. Diese Zusammenarbeit wollen wir - ohne eine Fusion anzustreben - in eine verbindlichere Form bringen. Eine Möglichkeit dafür sehen wir in unserer Beteiligung an der im letzten Jahr noch viermal erschienenen SOZ-aktuell; dies war auch ein Vorschlag der SOZ-Redaktion. 1995 gab es eine Ausgabe zum 8. März (Frauen-Streik), zum 1. Mai, zum 1. September (Antikriegstag) und zum IGM-Gewerkschaftskongreß. Die vierseitige SOZ-aktuell liegt zum einen der SOZ selbst bei; zusätzlich wird sie kostenlos verteilt. Die verteilte Auflage ging in den letzten Jahren kontinuierlich zurück und bewegt sich zur Zeit bei rund 3.500 Exemplaren. Auf der SOZ-Konferenz bestand Konsens, daß sich beide Redaktionen nicht an die bisherigen Erscheinungstermine halten müssen. Denkbar wäre sowohl die Beibehaltung der bisherigen Daten als auch die Entwicklung neuer Schwerpunkte (z.B. das Aufgreifen aktueller politischer Anlässe). Weiterhin soll versucht werden, andere interessierte Kräfte (Gruppen, Initiativen) an dem Projekt zu beteiligen. Zunächst soll es aber als ein gemeinsames Projekt von SOZ- und ak-Redaktion genutzt werden. Über die genauen Modalitäten (Name, Gestaltung etc.) wird in nächster Zeit gesprochen werden.

Wir hoffen, daß diese Form der Zusammenarbeit für beide Seiten und vor allem für die LeserInnen einen Gewinn darstellen wird.

Zusammenarbeit mit der SoFo

Auf einer anderen Ebene bewegen sich die Kontakte mit der SoFo-Redaktion. Die letzte Ausgabe des SoFo (Sozialistisches Forum) erscheint definitiv im Dezember 1995. Im SoFo 42 hatte der koordinierende Redakteur, Klaus D. Fischer, angekündigt, daß sich danach die SoFo-Redaktion, die weiterhin als Diskussions- und Arbeitszusammenhang zusammenbleiben will, bei ak einbringen möchte (vgl. ak 382). Beim

Treffen der beiden Redaktionen Ende Oktober wurde über mögliche Formen der Zusammenarbeit gesprochen. Verabredet wurde, daß der SoFo-Zusammenhang Ideen für die Entwicklung von ak erarbeitet, sich Gedanken über eventuelle Schwerpunktthemen oder Artikelprojekte macht, selbst Artikel schreibt oder AutorInnen anspricht. Nicht angestrebt wird, eine festgelegte Anzahl von Seiten unter der Rubrik SoFo in ak erscheinen zu lassen. Da nur in seltenen Fällen GenossInnen aus der alten SoFo-Redaktion an ak-Redaktionssitzungen teilnehmen können/wollen, wurde ein Informationsaustausch (Protokolle, ak-Planung etc.) vereinbart.

Die bisherigen BezieherInnen des SoFo bekommen ak zum Kennenlernen zugesandt, verbunden mit der Bitte, ab 1996 das SoFo-Abo in ein ak-Abo umzuwandeln.

Auch wenn die Zeit der höflichen Kommuniqués vorbei sein mag, zum Abschluß noch dies: Das Gespräch fand in einer offenen und solidarischen Atmosphäre statt. Wir von der ak-Redaktion würden uns freuen, wenn sich diese Atmosphäre fruchtbar auf die weitere Zusammenarbeit auswirkt.

Unsere LeserInnen weisen wir besonders auf zwei Artikel in dieser ak-Ausgabe hin, die wir aus dem SoFo übernommen haben: "Die heilige Familie" (Seite 23) und "Kaschmir - indisch, pakistanisch, autonom?" (Seite 16)

Aktion 3. Welt Saar

Last but not least bleibt positiv zu vermelden, daß drei Menschen der Aktion 3. Welt Saar aus Losheim verstärkt und verbindlich an ak mitwirken wollen. In jüngster Zeit haben wir mehrmals Artikel dieser Gruppe gebracht (u.a. zwei selbst gestaltete Seiten zur Saarlandbrigade). Auch hier gilt, daß wir uns auf eine gute Zusammenarbeit freuen.

Alles in allem finden wir dies eine erfreuliche Entwicklung, die vielleicht auch für andere ein Ansporn ist, die Zusammenarbeit mit uns zu suchen.

ak-Redaktion, 10.11.1995

# 47. Quelldatei 37.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak384/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:37

Chiapas

Die Kommuniqués der EZLN, Briefe des Subcomandante Marcos und Berichte aus Chiapas, die seit Februar dieses Jahres im Informationsbulletin Land und Freiheit veröffentlicht wurden, sind nun in einer umfangreichen Ausgabe der Aktion zusammengetragen. Vorzustellen hat man sich bei den trockenen Begriffen "Kommuniqués" und "Berichte" nicht etwa den leblosen Politjargon herkömmlicher politischer Verlautbarungen, sondern höchst anschauliche Schilderungen des Lebens und Kämpfens in Chiapas. Und, soweit es insbesondere die Briefe von Marcos angeht, große Literatur.

Die Aktion. Heft 137/144 (Achtfachheft), Oktober 1995. 214 S., 20 DM. ISSN 0516-340X.

Kino Latino

Nicht nur in Europa und den USA gibt es seit "100 Jahren Kino", wie es seit Monaten in der Presse und im Fernsehen abgefeiert wird. Auch in Lateinamerika entstanden 1896 die ersten Filme. Waren es lange Zeit überwiegend Unterhaltungsstreifen, entwickelte sich seit den fünfziger Jahren ein engagiertes Filmschaffen, das sich mit der sozialen Realität des Kontinents auseinandersetzte. Die Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika unternimmt einen ausgiebigen Spaziergang durch Geschichte und Gegenwart des lateinamerikanischen Kinos.

ila. Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika. Nr. 189, Okt. 1995. A4, 76 S., 7 DM. ISSN 0946-5057.

Ethnisierung

Im ehemaligen Jugoslawien, in Ruanda, in den Bewegungen indischer Bevölkerungsgruppen und andererorten werden partikularistische Bewegungen zunächst als Aufbrechen uralter Kollektividentitäten aufgefaßt. Seit einiger Zeit werden Begriffe wie "ethnische Konflikte", "ethnische Säuberungen" und dergleichen mehr nicht mehr allein auf bestimmte Bevölkerungsgruppen bezogen, sie dienen zugleich als Erklärung für Krieg und Völkermord. Als naturgegeben wird häufig nicht nur die Zugehörigkeit zu einer "ethnischen Gruppierung" angenommen, sondern auch die Feindseligkeit gegenüber anderen. Zur Dekonstruktion dieser Mythen liefert die aktuelle Ausgabe der blätter des iz3w mit ihrem Themenschwerpunkt "Ethnisierung" einen Beitrag.

blätter des iz3w. Nr. 209, Okt./Nov. 95. A4, 52 S., 7,50 DM. ISSN 0933-7733.

Militarisierung in Ostasien

In Ost- und Südostasien boomt nicht nur die Wirtschaft, sondern auch das Rüstungsgeschäft. Die geschwundenen Allianzen mit den USA bzw. der ehemaligen UdSSR und Unsicherheiten gegenüber der Großmacht China haben seit den 80er Jahren zu einem Rüstungswettlauf geführt. Gleichzeitig beginnen sich eine Reihe von ehemals streng nach außen abgeschlossenen Ländern im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung auch politisch zu öffnen. Die Folge ist die Entwicklung von oppositionellen Kräften, die sich an den westlichen Demokratien orientieren. Beiden Phänomenen gilt das Themenheft "Ostasien: Militarisierung und Demokratisierung" der ami. Berichtet wird u.a. über die "innerasiatische" Auseinandersetzung um Demokratie und Menschenrechte; die Außenpolitik autoritärer Systeme; die Sicherheitspolitik der ASEAN-Staaten; die Entwicklung der US-Militärpolitik im Pazifik seit der Mitte des letzten Jahrhunderts und bis heute. Daneben werden Länderberichte geboten zu China, Japan, Korea, Vietnam und Indonesien.

ami - antimilitarismus information. H. 10, Okt. 1995. A5, 84 S., 5 DM. ISSN 0342-5789.

Antifaschismus

Anares Nord hat sich der äußerst nützlichen Aufgabe unterzogen, eine aktualisierte Fassung der antifaschistischen Literaturliste zu erarbeiten. Nützlich zum einen, weil kaum eine Buchhandlung die recht große Menge der betreffenden Publikationen vorrätig halten kann und daher einem leicht ein wichtiges Buch entgehen kann; nützlich zum anderen, weil jedem Titel eine knappe und meist treffende Inhaltsangabe beigegeben ist und sogar darüber informiert wird, ob die Titel ein Literaturverzeichnis enthalten, Register, Abbildungen usw. Für die Aufnahme in die Liste ausschlaggebend war die Lieferbarkeit der Titel, was -

ungeachtet der exzessiven Verramscherei vieler Verlage - aber heißt, daß viele der Titel seit fünf, manche sogar seit zehn Jahren im Buchhandel noch erhältlich sind. Der Begriff "antifaschistische Literatur" ist vernünftigerweise angemessen weit gefaßt. In den einzelnen Abschnitten der Liste werden angeführt Publikationen zu Grundlagen und Einführungen, Faschismus 1933-45; Herrschaftsstrukturen, Alltag und Kultur im NS-System; Konzentrationslager; Auslese und Ausmerze durch Zwangsarbeit und Konzentrationslager; Geschichte der Juden und Judenvernichtung; Juden im Ghetto, Juden im Widerstand; Opposition und Widerstand; Emigration und Exil; Kontinuitäten; Antisemitismus, Rassismus, Sexismus; Publikationen des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung; Neofaschismus, Rechtsextremismus, Neue Rechte; Flucht und Migration; weitergehende Diskussionen; Romane und Erzählungen zum Thema; Kinder- und Jugendbücher; Zeitschriften und Archive. Wem diese Inhaltsgliederung noch zu grob ist, kann im Index Namen, Sachverhalte, Organisationen etc. nachschlagen. - Gruß und Lob also an Anares Nord!

antifaschistische Literaturliste. Kommentierte Auswahlbibliographie. Hg. von Anares Nord, Münster 1995. A5, 80 S., 3 DM. Wenn nicht im Buchhandel erhältlich Bestellung bei: Unrast Verlag, Postfach 8020, 48043 Münster. ISBN 3-928300-38-5.

Rüstungsexport

Im neuesten Rundbrief der BUKO-Kampagne Stoppt den Rüstungsexport wird u.a. über die Landminenkonvention - "Triumph der Heuchler" - berichtet, über den Waffenexport in die Türkei - "Noch mehr Sterne" -, über die sog. Ausstattungshilfe der BRD im Ausland, über den Export von Folterwerkzeugen und, sehr umfangreich, über Kleinwaffenexporte, die "Waffen der Bürgerkriege".

Rundbrief der BUKO-Kampagne Stoppt den Rüstungsexport. Nr. 48, Okt. 95. A4, 40 S., 5 DM.

# 48. Der "Fall" Monika Haas

*Die sprachliche Erzeugung einer Top-Terroristin und Super-Agentin von Irmgard Schultz*

CD-Datei: daten/aksuche/ak384/56.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:56

"Die Darstellung hat sichtlich im Sinn, die Angst vor der bewaffneten Frau anzusprechen, den Sitz ihrer Waffe als ‚unter dem Rock` zu lokalisieren und diese Waffe in einen sexuellen Kontext zu stellen" (Theweleit 1980, S. 81).

Der "Fall" Monika Haas, der im kommenden Winter mit großer internationaler Aufmerksamkeit vor einem deutschen Gericht verhandelt werden wird, wäre erst einmal ein "Fall" für den deutschen Presserat und für Media Watch.

Am Anfang des Erzeugungsprozesses einer Super-Agentin und Top-Terroristin stand die Verbreitung eines medial erzeugten, ikonisierten Frauenbildes von der kämpfenden Frau. Am Ende sitzt eine lebendig-wirkliche Frau im Gefängnis mit einer Anklage, die auf "lebenslänglich" zielt. Ihre bürgerliche Existenz, die Monika Haas für sich und ihre drei Kinder in den letzten 13 Jahren in Frankfurt im Main aufgebaut hat, wird zerstört.

Mediale Entwirklichung

Monika Haas ist keine Katharina Blum. (1) Sie lebte Anfang der 70er Jahre in der Frankfurter Sponti-Szene und engagierte sich im "Komitee gegen Folter" für bessere Haftbedingungen der Gefangenen. Wie so viele aus dem Umkreis dieser Gefangenenorganisationen tauchte sie 1975 ab, wurde von der BILD-Zeitung in einem palästinensischen Ausbildungslager gesehen und heiratete in Aden/Jemen einen Militär der PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas). 1976 holte sie ihren 9jährigen, in Frankfurt geborenen Sohn nach Aden. Sie bekam noch zwei Kinder. 1982 kehrte sie nach der Trennung von ihrem Mann mit den drei Kindern nach Frankfurt zurück. Sie arbeitete zunächst als Taxifahrerin, dann (wegen der Kinder) nachts in einer Taxizentrale, schließlich als Sachbearbeiterin in den Frankfurter Universitätskliniken. Neben Familienversorgung und Erwerbsarbeit ging sie zur Abendschule und studierte ein paar Semester an der Fachhochschule. Der älteste Sohn hat inzwischen sein Studium beendet, die jüngeren Kinder gehen beide zum Gymnasium. 1994 wurde Monika Haas Frauenbeauftragte an den Frankfurter Universitätskliniken nach dem Hessischen Gleichstellungsgesetz. Diese Arbeit versprach mehr Befriedigung im Beruf und endlich auch einmal mehr Geld, das all die Jahre sehr knapp gewesen war und immer für die Kinder draufging.

Dieses wirklich gelebte Leben der Monika Haas kommt in ihrem medial erzeugten Spiegel-Bild nicht vor. In den sechs Artikeln des Nachrichtenmagazins der Spiegel (1992-1995), anhand derer im folgenden die sprachliche Erzeugung einer Super-Agentin und Top-Terroristin nachgezeichnet werden soll, kommt Monika Haas selbst nicht ein einziges Mal zu Wort. (2) Der Aufbau des Frauenbildes der Superlative des Schönen, des Schrecklichen und des Bösen der Frau beruht auf einer brutalen Entwirklichung und Enteignung von ihrer gelebten Frauenbiographie.

Amazonen -

Der Archetyp des Mythos über die waffentragende Frau

Die Entwirklichung und Entbiografisierung der Frauen ist ein Grundmechanismus patriarchaler Machtstrategien des modernen europäischen Denkens (Schultz 1994). Anstelle des als Alltag gelebten Lebens entsteht eine fiktionale Wirklichkeit. Das, was mit den davon betroffenen Menschen geschieht, ist von kritischen Denkern der Moderne als Mythologisierung analysiert worden: "Ein Mythos erzeugt Wirklichkeit, wo doch nur Bilder herrschen" (Barthes 1988).

Die starke erkenntnislenkende Macht des Mythos liegt in dieser Erzeugung einer Fiktion von Wirklichkeit. Der Mythos setzt sich an die Stelle einer wirklichen Geschichte und ist deshalb als ein Denkmechanismus analysiert worden, der "von Geschichte enteignet". In diesem Sinne ist Monika Haas in den Spiegel-Berichten von ihrer Geschichte "enteignet" und mythologisiert worden. Es entsteht ein fiktionales Bild von ihr.

Die Sprachforschung hat u.a. die Vorgänge analysiert, die solche "Denkmechanismen" bewirken. Der Sprachforscher Wygotzki beispielsweise beschrieb den Prozeß der Wissensinternalisierung als einen "Verdampfungsprozeß", in dem sich die Sprache von außen zum Gedanken innen im Individuum verdichtet.

Der Annahme, wir würden in Begriffen denken, ist nur unter sehr großem Vorbehalt zuzustimmen. Um sich die Begriffe der "äußeren Sprache" anzueignen, werden sie dem Operationsmodus der "inneren Sprache" unterworfen. Der Operationsmodus besteht im wesentlichen in einer phonetischen, syntaktischen und semantischen Reduktion (Wygotzki 1969). Im Prozeß seiner Gestaltwerdung kann sich null der (vorbegriffliche) Gedanke als begriffliche oder aber auch als bildliche Repräsentation ausdrücken.

Das bildhafte Denken spielt bei der Aneignung und Interpretation von Wirklichkeit also eine zentrale Rolle, u.a. als eine grobe Ein- und Vorabstimmung der Denkenden in ihre Einschätzungs- und Bewertungsmechanismen. In dieser Funktion der kollektiven Vor-Einschätzung und Bewertung können die (Denk-)Bilder der normativen Orientierung dienen, sie funktionieren dann als Leit-Bilder (Dierkes u.a. 1992, S. 41 ff.).

Hegemonial vorherrschende Leitbilder von der Frau, - das sind die stereotypen Frauenbilder, die alle kennen und die zum Bodensatz eines kulturellen Gedächtnisses gehören -, haben eine solche normative Funktion. Sie begründen Weiblichkeitsmythen. An die Stelle der unterschiedlich gelebten Frauenwirklichkeiten werden Behauptungen über eine zum Kollektivsubjekt vereinheitlichte Frau und über deren gleichbleibendes Wesen in der Menschheitsgeschichte gesetzt. Dadurch werden die wirklichen Frauen entindividualisiert, enthistorisiert und mit einer Aura kultureller Weiblichkeit ausgestattet.

Ein Archetyp eines solchen Weiblichkeitsmythos ist der von den kämpfenden Amazonen am Beginn der abendländischen Geschichte. Die Amazonen, so sagt es der Mythos, hätten ihre linke Brust vom schönen Körper abgeschnitten, um besser den Bogen ansetzen zu können für ihren Kampf gegen das Patriarchat. Die Amazonen sind das Urbild des Schönen und des Schrecklichen der mit Waffen kämpfenden Frau. Der Amazonenmythos ist zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich ausgemalt worden.

Im modernen Denken steht das Bild der Amazonen für den Geschlechterkampf, der zu Beginn der abendländischen Geschichte überwunden wurde und folglich versunken ist in der verblaßten Vorgeschichte der mythologischen Zeit. Dergestalt wurde das Politikfeld des modernen Denkens von Frauenmacht bereinigt und die Bürgermänner konnten mit wohliger Angstlust den gebannten Schrecken einer kämpfenden Frauenmacht genießen und ihn im Bild der ikonisierten Schönheit der Frau idealisieren.

Weiblichkeitsmythen drücken sich in den wiederkehrend erkennbaren Zügen des Frauenbildes aus, in Weiblichkeitsstereotypen. Diese greifen auf die von Wygotzki analysierte "innere Sprache" unseres Denkens zurück, die bildhaft Gestalt annimmt. Einer der am meisten stereotypisierenden Züge des Frauenbildes in unserer Kultur ist die Verbindung von Weiblichkeit mit Schönheit ("Die schöne Frau" bzw. "die häßliche Frau"), welche fast synonym gebraucht werden (Schultz 1992).

Weiblichkeitsstereotype fungieren als normative "Deckbilder" (Knapp 1987), die den wirklichen Frauen ihren "sozialen Ort" zeigen. Damit begründen und legitimieren sie zugleich die vielfältigen patriarchalen Strategien der politisch-ökonomischen Entwertung sowie der sozialen Kontrolle über die einzelne Frau. Indem sie "die Frau" mit einem gesellschaftlichen Raum des vorpolitisch Privaten identifizieren, dienen sie vor allem der politischen Entmachtung der Frauen, ihrer Verdrängung aus dem "Raum" der damit männerbündlerisch besetzten politischen Öffentlichkeit.

Die Super-Agentin:

ein Spiegel-Bild deutsch-

ddeutscher Männerphantasien

Im ersten der sechs Spiegel-Artikel (4/1992) wird das Bild von Monika Haas beschrieben durch eine geradezu ikonisierende Reduktion auf das Gesicht: "Helle Augenfarbe, heller Teint, gutaussehend". Eine Maske wird gezeigt, zusammengefaßt im Stereotyp der schönen Frau. Das Stereotyp die schöne Frau geht zurück auf das zur selben Zeit in der Presse vorgestellte Buch der Autoren Michael Müller/Andreas Kanonenberg über eine "RAF-Stasi-Connection". In diesem versuchten die Autoren auf spektakuläre Weise die Entdeckung einer Stasi-Akte "Wolf" in der Gauck-Behörde auszuschlachten, in der die schöne Frau als Drahtzieherin diverser Geheimdienst- und Terroraktionen bezichtigt wird.

Diese Akte setzte auch beim Autor des Spiegel-Artikels einen regelrechten Schub voll Geheimdienst- und Agentenphantasien in Gang. Wie die Buchautoren sieht er die Akte als Beweis dafür, "daß die Konspirateure

von der Stasi-Hauptabteilung XXII (‚Terrorismusabwehr`) mehr über die RAF wußten als die BKA-Fahnder im Westen", nämlich, wie er weiter ausführt, daß die RAF-Frau Inge Viett der Stasi Details und Pläne über die RAF geliefert habe. Die Stasi habe dafür der RAF vertrauliche Fahndungsunterlagen aus dem BKA geliefert, und "das spätestens seit 1978, womöglich seit 1976".

Dieser kleine Zeitsprung bildet die Plattform für das Anbinden der RAF-Stasi-Story an die Geschichte über die schöne Frau, die (hier erstmals und dann im Verlauf der weiteren fünf Spiegel-Artikel immer eindeutiger) mit der Flugzeugentführung der "Landshut" 1977 in Zusammenhang gebracht wird.

Der Autor behauptet, Monika Haas habe in Aden Kontakt mit Inge Viett gehabt (3), womit er suggeriert, daß sie vielleicht auch eine Stasi-Frau war (eine Unterstellung, gegen die Monika Haas - mit Erfolg - gerichtlich vorging. Der Rowohlt-Verlag, der das Buch "Die RAF-Stasi-Connection" herausgab, mußte die Auslieferung einstellen). Ferner behauptet er eine Teilhabe von Monika Haas an den undurchsichtigen Beziehungen zur Stasi, insofern sie "jahrelang inmitten des komplizierten Beziehungsgeflechts von RAF, Palästinensern und Stasi" gesessen herbe. Damit legt er den Rückschluß nahe, daß die Stasi schon vor 1978 von geplanten RAF-Aktionen gewußt habe, eine Datierung, die für die Entführung der Lufthansa-Maschine "Landshut" relevant ist, welche 1977 stattfand.

Die Suggestion einer Mitwisserschaft der Stasi wird noch dadurch verstärkt, daß der Autor ohne jeden Beleg den Ehemann von Monika Haas der Flugzeugentführung bezichtigt und behauptet, "ihr Ehemann, der PFLP-Führer Zaki Helou, verantwortlich unter anderem für die Entführung der Lufthansa-Boeing ‚Landshut` nach Mogadischu 1977, pendelte ständig zwischen dem Nahen Osten, Warschau und Ost-Berlin".

Über die Buchautoren der RAF-Stasi-Connection weit hinausgehend nennt der Autor des Spiegel-Artikels die schöne Frau mit vollem Namen als Monika Haas und führt darüber hinaus auch den westlichen Deutschen Bundesnachrichtendienst (BND) als möglichen Mitwisser der RAF-Stasi-Connection ein. Er spekuliert: "Mancher RAF-Plan sei möglicherweise bis zum BND gelangt - Begründung: Inge Viett habe enge Kontakte zu ihrer Vertrauten Monika Haas in Aden gepflegt. Und eine Freundin der ‚schönen Frau` sei ihrerseits mit einem arabischen BND-Konfidenten liiert gewesen". Daß diese Spekulation vom Autor zu nichts anderem als der Erzeugung eines Gerüchtes angeführt wird, kann der an dieses Zitat anschließende Satz nur notdürftig verdecken: "Auch andere Behauptungen sind kaum belegbar."

Die spekulative Unterstellung einer möglichen Mitarbeit von Monika Haas in Stasi und BND gleichzeitig schafft zum einen das Bild einer Super-Agentin. Andererseits schafft das damit verbundene Gerücht für die wirklich existierende Monika Haas und ihre Kinder eine lebensbedrohliche Gefahr, sollten Befreiungskämpfer, die sich "verraten" fühlen, diese Geschichte für wahr halten. Das nahm der Spiegel in Kauf. Das als Gerücht zitierte Gerücht ist eine der übelsten Methoden sprachlicher Suggestion aus dem Arsenal eines unseriösen Sensationsjournalismus.

Ein Gespinst an Vermutungen, an Behauptungen angeblicher Gewährsmänner und Informanten, die sich im Dickicht undurchsichtiger Geheimdienstkanäle verlieren, bilden den Stoff, aus dem das Bild der Super-Agentin Monika Haas gewoben wird. Essentiell besteht dieser Stoff aber aus sexualisierten Männerphantasien, in die der Artikel gleich mit einer kleinen Geschichte über den legendären Anführer der PFLP, Wadi Haddad, einführt: "Luduina Janssen, 23, Psychologin aus dem holländischen Breda, ahnte nicht, was Wadi Haddad, 47, Anführer in der Volksfront für die Befreiung Palästinas/PFLP), kurz vor Mitternacht noch mit ihr bereden wollte" beginnt der Artikel und fährt fort: "Anfangs ging es im PFLP-Zentrum in der südjemenitischen Hauptstadt Aden nur um die sozialen Verhältnisse in den Niederlanden. Doch dann kam der Dicke plötzlich zur Sache. ‚Angewidert` erfuhr die Kämpferin der linksextremen Organisation ‚Red Help`, die zum Guerilla-Training angereist war, wie sich ein ‚Revolutionär mit großen Idealen` als ein ‚Mensch mit niederen Beweggründen` entpuppte. ‚Umarmt und geküßt` habe Haddad sie plötzlich, gab Luduina später, nach ihrer Verhaftung bei einem Zwischenaufenthalt in Tel Aviv, dem israelischen Geheimdienst zu Protokoll. Selbst die nüchternen Mossad-Leute schildern den Höhepunkt jener arabischen Nacht im Stil von Hedwig Courths-Mahler: ‚Dann versuchte er, sie zu besitzen`."

Was die idealistische Luduina, (die wie der PFLP-Führer intimisierend beim Vornamen genannt wird,) als widerlich abstieß, schien eine andere, der "die holländischen Terrorlehrlinge" gleich mehrfach begegneten, geradezu anzuziehen: "Die junge Frau hatte einen PFLP-Führer geheiratet", eine Tatsache, welche Monika

Haas auch nie bestritt. Für den Spiegel-Autor ergibt sich aus dieser Verbindung darüber hinaus aber offensichtlich ganz von selbst die (sich im Text anschließende) Schlußfolgerung: "und gilt seitdem als eine der geheimnisvollsten Gestalten aus der europäischen Terrorismus-Szene." Damit ist die Figur der Monika Haas als gefährliche Ehefrau in Szene gesetzt.

Das Bild von der gefährlichen Ehefrau hält sich in den sechs Artikeln durch. Die Tatsache, daß Monika Haas Ehefrau war, wird als "Deckbild" und "Tarnung" entlarvt, die sie nur dazu benutzt habe, um ihr wirkliches Gesicht zu verbergen, aus dem hinter der Maske des Schönen das Schreckliche und das Böse hervorscheint.

Das Bild ist auf paradoxe Weise ambivalent. Einerseits zeigt es Monika Haas aus nichts anderem bestehend als aus geborgter Männermacht, andererseits aber zugleich auch als eigenständig Aktive, die selbst Böses tut. Diese Ambivalenz zieht sich durch bis in die später erhobene Anklage. Zusammengebracht werden beide Aspekte der Personenzuschreibung über das Bild von der Spinne im Netz, das sich unwillkürlich beim Lesen solcher Begriffe wie "kompliziertes Beziehungsgeflecht von RAF, Palästinensern und Stasi" oder (gefährliches) "frühere Umfeld der schönen Frau" einstellt.

Monika Haas hat den Spiegel, nachdem noch ein zweiter Artikel dieser Machart über sie erschien, wegen "Rufmordes" angezeigt. Das Gericht folgte der Anzeige und verurteilte ihn zu 80 000 DM Schmerzensgeld. Das Urteil würde einen Präzedenzfall in der deutschen Mediengeschichte schaffen, der klären könnte, wie weit ein investigativer Spekulationsjournalismus gehen darf. Das Geld wurde ihr und ihren Kindern bis heute jedoch nicht ausgezahlt, da der Prozeß in eine neue Instanz geht.

Monika Haas steht inzwischen (Juni 1995) unter Strafanzeige wegen terroristischer Flugzeugentführung und wegen des Mordes an dem deutschen Arbeitgeberpräsidenten Schleyer, um nur die schwersten Punkte der Anklage zu nennen. Zu dieser Anklage trugen die "Enthüllungen" in den folgenden Spiegel-Artikeln in nicht unerheblichem Maße bei.

Die semantische Strategie einer Aufforderung zur Strafverfolgung

Im zweiten Spiegel-Artikel (10/1992)wird die Top-Terroristin eingeführt. Dafür werden die letzten Distanzen zwischen Berichterstatter und zitierter Quelle, zwischen Darstellung und Kommentar aufgehoben.

Der Artikel behauptet, daß RAF und PFLP eine Verabredung getroffen hätten, nach der die Palästinenser der RAF bei einem Anschlag beistehen würden, wenn die Deutschen zuvor eine "Vorleistung" erbrächten. Diese hätte in der Schützenhilfe für eine geplante Entführung eines israelischen Flugzeugs aus Nairobi bestanden. 1976 wurden dort zwei Deutsche festgenommen und nach Israel ausgeliefert, wo sie zu zehn Jahren Haft verurteilt wurden, von denen sie fünf Jahre abbüßten. Als angebliche "Gegenleistung" hätte dann die PFLP die Aktion der RAF unterstützt, als diese 1977 den Arbeitgeberpräsidenten Martin Schleyer entführte (und später ermordete), um die Freilassung ihrer Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und anderer aus Stuttgart-Stammheim zu erreichen.

Ein palästinensisches Kommando entführte zur Unterstützung der Schleyer-Aktion die mit Touristen voll besetzte Lufthansa-Maschine "Landshut" nach dem Start in Palma de Mallorca. Bei dieser Aktion wurden die Passagiere fünf Tage lang als Geiseln genommen und der Flugkapitän ermordet.

Eine Beteiligung von Monika Haas wird hier wiederum über den Verweis auf die Akte "Wolf" eingeführt sowie über die "Vorahnungen" des Kölner Verfassungsschutzes. Dieser wird dabei zu einem einzigen beseelten Subjekt personifiziert: "An beiden Aktionen, so behauptet die Akte ‚Wolf` und so ahnte es der Kölner Verfassungsschutz schon lange, soll die ‚schöne Frau` beteiligt gewesen sein." Die Berichterstattung erfolgt quasi aus dem psychischen Innenleben deutsch-deutscher Strafverfolgungsbehörden.

Das Ziel der semantischen Strategie ist nicht allein die Erzeugung eines Bildes als Terroristin, sondern darüber hinaus zugleich auch seine Verbindung mit dem Bild der Agentin.

Dies wird aus der Darstellungsweise der "Nairobi-Aktion" deutlich, die in der Spiegel-Berichterstattung zu einer Geschichte von der "umgedrehten Kämpferin" umgebogen wird: 1976 wurde Monika Haas laut Spiegel-Artikel nach Nairobi "geschickt", um die beiden verschollenen Deutschen zu suchen. "Auch sie wurde prompt verhaftet, wie sie damals selbst berichtete". Dies hat Monika Haas auch nie bestritten. Ebenfalls nicht bestritten hat sie, daß sie von kenyanischen Polizeibeamten vernommen wurde.

Der Autor des Artikels behauptet jedoch, daß sie vom israelischen Geheimdienst Mossad vernommen und wieder freigelassen worden sei. Dies hat Monika Haas jedoch entschieden von sich gewiesen. Sie sei von Afrikanern und einem Inder verhört worden, die sie freigelassen hätten, berichtete die Wochenzeitschrift "Freitag" am 16.4.1993.

Der Spiegel konstruiert aus der Freilassung ein an "die deutschen Behörden" adressiertes Gerücht: "Die alte Geschichte aus der arabischen Wüste dürfte heute wieder deutsche Behörden beschäftigen. Denn nicht nur die Terroristen und ihre Gastgeber in der Volksrepublik Jemen wunderten sich damals, wie es einer zarten Frau gelingen konnte, dem als rabiat bekannten Mossad zu entfliehen."

Als mögliche Erklärung bietet der Spiegel-Autor die Konstruktion von der vom Mossad "umgedrehten" Monika Haas an. Als "Beleg" für dieses Gerücht bemüht er Zeugen aus dem Innersten der RAF selbst.

So zitiert er Joachim Klein (der sich nach der Beteiligung am Attentat auf die OPEC 1975 in einer spektakulären Erklärung vom bewaffneten Kampf distanzierte): "Ein Mitglied der deutschen Rote Armee Fraktion (RAF), das im Nahen Osten dem israelischen Geheimdienst Mossad in die Hände fällt und anschließend zu den Palästinensern zurückgeschickt wird, ‚dürfte wohl tot sein`." (4)

Die Entlebendigung der bewaffneten Frau ist das strategische Ziel der Männerphantasie vom "Flintenweib". Das hat Theweleit an verschiedenen literarischen und biographischen Zeugnissen von deutschnationalen Männern gezeigt, die über die Beteiligung von Frauen an den proletarischen Aufständen nach dem ersten Weltkrieg in Deutschland berichteten (Theweleit 1980).

Entlebendigung wirklicher Frauen ist auch das Resultat des ikonisierten Bildes von der "schönen Frau" (Schultz 1992). Mit diesem Bild verbinden bestimmte Männer, auch das hat Theweleit gezeigt -, eine tiefe Befriedigung über die zur Strecke gebrachte, die getötete Frau. Diese Befriedigung bleibt dem Spiegel-Autor versagt, wie der Fortgang des Artikels zeigt: "Klein irrte." Und einige Zeilen weiter: "Die Frau ... ist quicklebendig und wohnt seit zehn Jahren in Frankfurt am Main - seltsamerweise weitgehend unbehelligt." Als mögliche Erklärung dafür, warum sie "unbehelligt" lebe, bringt der Autor des Artikels wiederum die Agentengeschichte ins Spiel, dieses Mal die von Monika Haas' angeblicher Tätigkeit für den westdeutschen Bundesnachrichtendienst, der - so suggeriert der Artikel - von der "untätigen" Bundesanwaltschaft gedeckt würde.

Der Aufbau dieses Gerüchts basiert auf dem semantischen Verfahren des negierenden Verdachts: "Den Verdacht, sie habe womöglich insgeheim deutsche Sicherheitsdienste über RAF-Aktionen informiert, weist Monika Haas von sich."

Wie das Doppelbild von Top-Terroristin & Super-Agentin konstituiert dieses Verfahren immer einen double-bind: die Beschuldigte kann erklären was sie will, ihre Antwort erhärtet in jedem Fall den Verdacht.

Frauenangstbild der neunziger Jahre: die als Ehefrau und Mutter getarnte Regentin

In einem dritten Spiegel-Artikel (20/1992) werden die Anschuldigungen gegen Monika Haas wiederholt. Im Februar 1992 wird diese das erste Mal wegen der "Landshut"-Entführung verhaftet.

Nach sieben Wochen Haft ist sie wieder auf freiem Fuß. Die Richter argumentierten, daß eine Stasi-Akte nicht zur Tatsachenfeststellung herangezogen werden dürfe. Andere strafrechtsrelevante "Beweise" gegen Monika Haas gab es nicht.

Statt nun seine diffamierenden Behauptungen gegen Monika Haas einzustellen, schraubte der Spiegel die Tonlage in seinem folgenden vierten Artikel (48/1992) noch um eine ganze Oktave höher: der deutsche Kanzler und mit ihm deutsche Staatsgeschichte wurde eingeführt.

Der Artikel zeigt in Zeitraffer-Darstellung die "Dramatik des deutschen Herbstes" 1977, so der Untertitel des Artikels. Diese wird jedoch völlig auf die "Landshut"-Entführung bzw. auf die Befreiung der entführten Flugzeuginsassen und auf die Verwicklung und Beteiligung von Monika Haas daran reduziert. Der Versuch, ein Stück deutscher Geschichte aus der Perspektive einer immerhin fast zwanzigjährigen Distanz zu beleuchten, wird gar nicht erst unternommen.

Der Moment der Befreiung der Geiseln wird sprachlich und durch die Fotos der getöteten bzw. verwundeten Entführer und Entführerinnen ins Zentrum gestellt. (5)

Die einzige Überlebende des Kommandos wird mit den Worten zitiert: ",Kill me.` Als die Verwundete auf einer Trage an Fotografen und Kameraleuten vorbeitransportiert wurde, rief sie immer wieder auf Englisch: ‚Wir werden siegen`. Die Bilder der Fanatikerin gingen um den Erdball." Es sind Bilder der besiegten, der verwundeten, waffentragenden Frau. Indem die Szene in sprachlich erzeugter Unmittelbarkeit fünfzehn Jahre später ohne jegliche historische Distanz reproduziert wird, wird auch die Emotionalität, die mit diesem Frauenbild verknüpft war, reproduziert.

In den siebziger Jahren war der Mythos von der schönen und schrecklichen Amazone im Bild der überzeugten Terroristin wieder auferstanden, die unter dem Einsatz ihres Lebens für eine Befreiungsbewegung ein Flugzeug entführt. Vorbild dafür war Leila Khaled (6). Dieses Frauenbild ist in den neunziger Jahren historisch überholt.

Wie die Gräzistin Beate Wagner-Hasel am Amazonenmythos in der altgriechischen Literatur herausgearbeitet hat, drückte das Bild von den kämpfenden Amazonen die spezifischen sozialen Spannungen aus, die zur Zeit der sprachlichen Formulierung des Mythos herrschten (Wagner 1986, Wagner-Hasel 1992).

Ebenso ist die Ausmalung des Bildes von der Amazone als "bewaffnete Terroristin" nicht von den sozialen Spannungen und politischen Konflikten der siebziger Jahre zu trennen. Wird es in enthistorisierender Unmittelbarkeit fast 20 Jahre später reproduziert, ist dies als eine semantische Strategie zu begreifen, die auf politische Regression und auf Reaktivierung der mit dem Bild von der "Terroristin" verbundenen Emotionen zielt.

Diese Strategie kann aber nicht ohne Re-Aktualisierung der Konstrukte des Imaginären funktionieren, sonst wäre das sprachlich erzeugte Bild schlicht "veraltet". Im vierten Artikel (48/1992)wird daher das konstruierte Frauenbild von Monika Haas für die neunziger Jahre flott gemacht.

Dafür wird es zum einen um den Fakt der Mutterschaft Monika Haas' erweitert: "Sie soll in der Nacht zum 8. Oktober 1977 unter dem Namen Cornelia Christine Vermaesen, geborene Trubendorffer, im Hotel Java abgestiegen sein. In ihrer Begleitung waren angeblich ein Baby und ein Mann, der sich als Sarvati Kamal ausgab, in ihrem Gepäck, so die Fahnder, ein Kilogramm Sprengstoff, sechs Handgranaten und zwei Pistolen." Zum anderen erfährt das Bild der Monika Haas hier eine ganz entscheidende Image-Erweiterung: "Fortan firmiert die Deutsche in der Szene und in Geheimdienstberichten als die ‚Schöne Frau` oder als ‚Queen of Aden`."

Von der "Queen of Aden" (so die Überschrift des ganzen Artikels) war bisher keine Rede gewesen. Zur Königin und geheimen Regentin wird Monika Haas erst in diesem Artikel gemacht. Als "Regentin" wird sie in der sprachlich-dramatischen Komposition des Artikels zur Gegenspielerin des (vor Erleichterung nach der Befreiung der Geiseln weinenden) "Regenten" Helmut Schmidt. Im Gegensatz zu diesem zeigt sie jedoch keinerlei Regung, sondern eiserne Nerven beim Waffentransportieren (die sie zwar nicht "unter dem Rock" transportiert, wie Theweleits "Flintenweiber", dafür aber im Kinderwagen, einem nicht weniger symbolischen Ort).

Der Spiegel-Artikel entwirft ein Bild von der "Queen", die zwar nicht ihre linke Brust für den Kampf opfert, dafür aber das Leben ihrer neugeborenen Tochter riskiert. Dies kann als eine neue Version des Frauenbildes von der Amazonenkönigin gelesen werden.

Der vorläufig letzte Akt: das Zeugen der Zeugin

Genau am Jahrestag der "Landshut"-Entführung wurde in Oslo/Norwegen die Überlebende des palästinensischen Entführer-Kommandos, Souhaila Andrawes Sayeh (7) "entdeckt".

Der fünfte Spiegel-Artikel (46/1994) berichtet kurz, daß die "Exterroristin" drei Tage lang den deutschen Vernehmern Rede und Antwort gestanden habe. Dabei habe sie die Frankfurterin Monika Haas belastet, bei der Entführung der "Landshut" mitgemacht zu haben.

Der sechste und vorläufig letzte Spiegel-Artikel (3/1995) ist dann dem Leben und der Aussage der Landshut-Entführerin Souhaila Andrawes Sayeh gewidmet. So scheint es jedenfalls auf den ersten Blick. Im

Gegensatz zu Monika Haas wird diese als Frau mit einer Biographie und inneren Entwicklung geschildert. Auch die von ihr abgebildeten Fotos zeigen - im Gegensatz zu denen von Monika Haas - eine menschliche Frau sowie eine für ihre Tat hart bestrafte Frau (mit Krücken), die lächelt. Sie wird einfühlsam interviewt, auch nach ihren Empfindungen gefragt, beispielsweise: wie es ihr erging, als die norwegische Polizei vor der Tür stand, nach ihren Beweggründen für die Flugzeugentführung, danach, wie sie zur PFLP gekommen ist.

Sie wird auch kritisch gefragt, wie wichtig es der deutschen Polizei war, von einer "bestimmten Person" zu hören (Antwort: "Außerordentlich"). (8)

Trotz eines eindeutigen Urteils, das die Verbreitung der Gerüchte über eine angebliche Geheimdienstmitarbeit Monika Haas' dem Spiegel untersagt hat, tischt der sechste Artikel unter der in anatomischer Hinsicht verwirrenden Zwischenüberschrift: "Auf wie vielen Schultern trug Monika Haas" wieder die aus dem ersten Artikel bekannte Geheimdienstphantasie auf. Der Autor argumentiert: "Das Geständnis von Souhaila Sayeh deckt sich in vielen Punkten mit Erkenntnissen, die Abwehrspezialisten der ehemaligen DDR-Staatssicherheit über die Hintergründe der Landshut'-Entführung gesammelt hatten." Er berichtet weiter, daß die Stasi eine Ermittlungsakte über Monika Haas angelegt hatte.

Dies ist eine nicht unwichtige Feststellung, weil sie erklärt, daß die Stasi gegen Monika Haas "ermittelte", was im Klartext bedeuten würde, daß Monika Haas in Aden der Stasi ein Dorn im Auge gewesen war. Diese Erklärung würde auch mit der von Monika Haas selbst übereinstimmen, die in einem Interview sagte: "Der Geheimdienst der DDR hat keine Möglichkeit ausgelassen, mich im Nahen Osten bei palästinensischen Gruppen und auch bei Regierungen als Agentin des BND, des BKA und sogar der CIA zu diffamieren. Das einfache Kalkül war, meinen damaligen Mann zu diskreditieren" (die Tageszeitung vom 24.1.1992). Unter der Hand wird im Spiegel-Artikel dann aber die Ermittlungsakte in eine Mitarbeiterinnen-Akte uminterpretiert.

Das ist ein Grundproblem in der Bewertung der aus dem Archiv geholten Stasi-Akten: Sind sie als Mitarbeiter-Akten zu werten oder als Akten über Personen, gegen welche die Stasi vorging? Der Spiegel-Autor macht seine Entscheidung in der Akten-Bewertung des Vorgangs "Wolf" nicht kenntlich, sondern weicht, wie im ersten Artikel, ins bereits bekannte Sprachfeld der Spekulation aus, das er hier jedoch noch rein geographisch gesehen immens erweitert: "Wo der DDR-Geheimdienst schnüffelte, waren auch die Agenten des westdeutschen Bundesnachrichtendienstes (BND) nicht weit. Und wo der BND lauschte, hörten die Amerikaner mit, hängten sich Franzosen und Russen dran. Der Geheimdienst der Israelis, der Mossad, war ohnehin stets mittendrin - ein weites Feld für Spekulationen".

"Eins- zwei- drei" parodierte Bill Wilder in seinem wunderbaren Film diese Art von Geheimdienst-Spekulationen. Indem der Spiegel-Autor sich in dieses vertraute Feld deutsch-deutscher Machtphantasien des sogenannten Kleinen Mannes aus der Zeit des sogenannten Kalten Krieges zurückbegibt, hält er sich die Option für ein Switchen zwischen beiden Frauenbildern, zwischen Top-Terroristin und Super-Agentin, offen. Für den Autoren selbst jedoch erhält dadurch die (deutsche) Geschichte eine geschlossene innere Kontur: Die Stasi ist letztlich der orientierungsgebende Fels, der ihm in der beängstigenden Unübersichtlichkeit der zusammengebrochenen Machtkonstellationen der neunziger Jahre emotionalen Halt und politische Ausrichtung gibt.

So ist denn auch die weitere Spekulation: "Wenn es stimmen sollte, daß Monika Haas entgegen ihren Beteuerungen für den israelischen Geheimdienst gearbeitet hat..." als eine erschreckende politische Regression eines Journalisten anzusehen, der noch nicht mitbekommen hat, daß wir inzwischen nicht mehr in den siebziger Jahren leben, zu denen die literarischen Geheimdienstphantasien eines John le Carré (9) genauso wie die glorifizierenden Phantasien vom "Bewaffneten Kampf" gehörten, die vielen Menschen, nicht zuletzt den "Kämpferinnen und Kämpfern" selbst, unendlich viel Leid gebracht haben.

Die Renovierung des Mythos von der Amazonenkönigin, die sich als Ehefrau und Mutter tarnt, ist hingegen als eine semantische Strategie der neunziger Jahre zu begreifen, welche frauenfeindlich-reaktionär und regreßsiv in den Prozeß der Neustrukturierung einer politischen Öffentlichkeit nach der "Wende" in Deutschland eingreift. Sie zielt auf Eliminierung der Frauen aus der politischen Öffentlichkeit (siehe die Diffamierungen von Hillary Clinton).

In das Muster der "Ehefrau" preßt der Spiegel-Artikel letztlich auch die Kronzeugin Souhaila Andrawes, freilich in gut-böser Verdoppelung des inszenierten Frauenbildes. Souhaila Andrawes ist der lebende Beweis für die

Existenz einer ausschließlich wirklichen (nicht getarnten) Ehefrau. Im Gegensatz zu Monika Haas war und ist Souhaila Andrawes nach ihrer Jugendsünde ("Ich war noch ein Kind", stellt die Überschrift des Spiegel die Quintessenz des Interviews heraus) nichts anderes als Ehefrau. Aus den Vernehmungsprotokollen aus Norwegen, welche der Spiegel vom ermittelnden Bundesanwalt noch vor Monika Haas oder deren Verteidiger erhielt (10), zitiert der Autor denn auch das pikante Histörchen vom Super-Terroristen Carlos, der die damalige Soraya Ansari hat heiraten wollen. Diese Geschichte führt den Autor zur Feststellung: "Geheiratet hat sie später einen anderen, den Palästinenser Abu Matar. Über ihren Ehemann sagt Sayeh, der sei ‚Schriftsteller` und ‚Professor für arabische Literatur`. Matar pflegte mehr als gute Beziehungen zur PFLP, scheint über Details des arabischen Terrorismus bestens informiert zu sein". Damit wird einerseits gezeigt, daß Souhaila Andrawes eine gute Ehefrau ist, die zu ihrem Mann steht, andererseits aber entgeht auch sie nicht dem spekulativ erzeugten Konstrukt vom mächtigen, gefährlichen Ehemann.

Im Gegensatz zu Monika Haas, die bisher über ihren Ex-Ehemann einzig verlautbarte, daß dieser 1984 bei einem Attentat in Madrid lebensgefährlich verletzt wurde, lange gelähmt war und seither schwerkrank ist und sich daher alle Spekulationen über ihn von selbst erledigen (taz vom 24.1.1992), brachte Souhaila Andrawes selbst ihren Ehemann ins Spiel. Nach Aussage des Spiegel erzählte sie, ihr Ehemann könnte Auskunft über die wahren Hintermänner des Attentats auf das Flugzeug nennen, das 1988 mit allen Passagieren an Bord in Lockerbie explodierte. So ist auch in dieser Berichterstattung über Souhaila Andrawes letztlich der Ehemann der eigentliche Akteur. Ein eigener Bericht über "Lockerbie" und Abu Matar zeigt: hier stimmen die Verhältnisse, hier ist der Ehemann der wirkliche Regent.

Ausblick: In Erwartung des kommenden Medienspektakels

Nach einem im Juni 1995 getroffenen Urteil des obersten Gerichtes in Norwegen kann Souhaila Andrawes nach Deutschland ausgeliefert und wegen der "Landshut"-Entführung vor Gericht gestellt werden (eine letzte Entscheidung darüber wird die norwegische Justizministerin treffen).

Während Arafat in Norwegen für seine neue politische Haltung den Friedensnobelpreis erhielt, soll die "kleine Soldatin" Andrawes 18 Jahre später für ihre damalige Aktion abgestraft werden. Außer der Hoffnung auf Strafminderung durch Anwendung des deutschen "Gesetzes zur Einführung der Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten", das bei Mord eine Strafminderung des Schuldmaßes "lebenslänglich" auf drei Jahre gewähren kann, bleibt ihr wenig Hoffnung für eine eigene friedliche Zukunft.

Die belastende Aussage von Souhaila Andrawes, die vielleicht in dieser Form gerade wegen der deutschen Kronzeugenregelung zustandekam (diese Möglichkeit gibt die Autorin des Artikels der Frankfurter Rundschau vom 21.1.1995 zu bedenken), hat wiederum Monika Haas ins Gefängnis gebracht. Sie hat deren Wahrheitsgehalt entschieden bestritten. In einem offenen Brief an die Presse weist Monika Haas darauf hin, daß ihr jetzt nichts anderes übrigbleibe, als die Kronzeugin mit ihren eigenen Widersprüchlichkeiten zu konfrontieren. Vorprogrammiert ist ein Prozeß amerikanischer Spielart, in dem es immer darum geht, die Zeugen "unglaubwürdig zu machen".

Als Begleitmusik des Prozesses ist ein Medienspektakel "Kronzeugin versus Queen" zu befürchten, das für ein männliches Publikum als Freistilringen der Damen im Schlamm inszeniert wird. Wie aber kann dies verhindert werden? Auch die Autorin des Artikels der Frankfurter Rundschau, der über die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft gegen die beiden Frauen berichtete, fragt: "Welche Chance hat Haas Oberhaupt, wenn sie denn tatsächlich unschuldig ist -, dies zu beweisen?" (FR vom 21.1.1995)

Monika Haas hat wirklich wenig Chancen. Durch den Mißbrauch der Macht der Medien ist sie in eine aussichtslose double-bind-Situation gebracht worden: Sie muß sich einerseits vor Gericht gegen das Bild der Super-Terroristin, die sogar das Leben ihrer neugeborenen Tochter für den Kampf aufs Spiel setzte, wehren. Andererseits aber muß sie sich auch gegen das Bild von der "umgedrehten" Super-Agentin wehren. Ist den Spiegel-Autorinnen und Autoren eigentlich nicht bewußt, daß es bereits Zeugnisse dafür gibt, daß Sprache töten kann?

Anmerkungen:

1) Katharina Blum ist eine Kunstfigur aus einem Roman von Heinrich Böll, die aus Entsetzen und Wut über die Berichterstattung ihres "Falls" in der BILD-Zeitung den dafür verantwortlichen Journalisten erschießt.

2) Nach Aussage ihres Verteidigers lehnte Monika Haas nach Veröffentlichung der ersten Presseberichte auf sein Anraten hin ein Interview mit dem Spiegel TV-Journalisten Stefan Aust ab.

3) Wie der Spiegel selbst berichtet, wiesen Inge Viett wie Monika Haas die Behauptung zurück, daß sie sich gekannt hatten.

4) Im 4. Spiegel-Artikel (48/1992), indem die Geschichte über die "umgedrehte Terroristin" wiederholt wird, läßt der Autor sogar Andreas Baader höchstpersönlich kommentieren: "Man kann eben bei keinem ausschließen, daß er umkippt, wenn die Schweine ihn kriegen" (Spiegel 48/1992). Wer den immerhin im Hochsicherheitstrakt in Stammheim einsetzenden Baader so direkt mitbekommen konnte, daß er diesen Ausspruch zitieren kann, bleibt das Geheimnis des Autors.

5) Daß die Befreiung der Geiseln ein ergreifender Augenblick in der deutschen (Staats-)Geschichte war, wird daran verdeutlicht, daß der deutsche Kanzler vor Erleichterung weinte, als er die erlösende Nachricht von der Befreiung der Geiseln in Bonn erhielt.

6) Leila Khaled war Mitglied der PFLP und wurde berühmt durch mehrere Flugzeugentführungen Anfang der 70er Jahre. "Ihr Bild, wie sie mit züchtig bedecktem Kopf ihr Gewehr streichelt, zierte die Titelseite von Zeitungen und Magazinen in der ganzen Welt. (...) Man berichtete in der Presse, sie habe die Waffen und Pläne für die Entführung in ihrer Unterwäsche versteckt. Hier war eine Frau, die zwar schön, aber unmißverständlich todbringend und daher höchst erregend war" (Mc Donald 1992:109).

7) Die Palästinenserin wird vom Spiegel mit vollem Namen als Souhaila Andrawes Sayeh bezeichnet, bei der Landshut-Aktion habe sie sich Soraya Ansari genannt.

8) Die Frankfurter Rundschau berichtete denselben Sachverhalt ausführlicher. Obwohl die Zeugin bereitwillig auf alle Fragen antwortete und auch Personen und Namen bekanntgab, konnte sie auf die gezielte Befragung nach Monika Haas nicht eingehen. Auch nach Vorhalt der Stasi-Akte bestätigte Souhaila Andrawes (Soraya Ansari) die Stasi-Angaben nicht. "Aber, so steht es im Protokoll, ehrlich, ich kann mich nicht erinnern, Monika Haas auf Mallorca getroffen zu haben'. Zur ‚Gedächtnisstütze' teilen die Beamten der ‚Beschuldigten' Ansari nun mit, daß Haas zur Tatzeit ein Baby gehabt habe. Nach einer Mittagspause meint Ansari schließlich, auf Mallorca mit einem Baby gespielt zu haben, es sei ein blondes Baby gewesen, nur fehle ihr das Gesicht der Mutter dazu. Die in Frage kommende Tochter von Monika Haas hat pechschwarzes Haar." (FR vom 15.11.94)

9) John Le Carré beschrieb in seinem Agentenroman "Die Libelle", wie eine junge Engländerin vom israelischen Geheimdienst Mossad sowie von palästinensischen Widerstandskämpfern für jeweils deren Sache "umgedreht" wurde. Die Geschichte von der "umgedrehten 'Monika Haas hat verblüffend ähnliche Züge mit John Le Carrés literarischen Phantasien, die im Kern eine ins Agentenmilieu verschobene Inszenierung des Pygmalion-Motivs ist.

10) Der Anwalt von Monika Haas stellte deswegen Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den ermitttelnden Bundesanwalt.

Literatur:

Barthes, Roland. Mythen des Alltages, Frankfurt 1988

Der Spiegel 4/1992: Trojanisches Pferd

Der Spiegel 10/1992: Wolf in der Wüste

Der Spiegel 20/1992: Mittleres Beben

Der Spiegel 48/1992: Die Queen of Aden

Der Spiegel 46/1994: Pakete für Mahmud

Der Spiegel 31/1995. Ein ehrenvoller Auftrag; "Ich war noch ein Kind"; Lockerbie: War es Abu Nidal?

taz vom 21.1.1992: "Solche Konstruktionen sind einfach infam"

Dierkes, Meinolf/ Hoffmann, Ute/ Maerz Lutz: Die Funktion von Leitbildern. in: Dies.: Leitbild und Technik, Berlin 1992, S. 41 ff.

Freitag vom 16.4.1993: Die Legende einer modernen Emma Peel

Frankfurter Rundschau vom 21.1.1995: Eine offene Rechnung aus dem deutschen Herbst 1977

Knapp, Gudrun-Axeli. Arbeitsteilung und Sozialisation: Konstellationen von Arbeitsvermögen und Arbeitskraft im Lebenszusammenhang von Frauen. in: Ursula Beer (Hrsg.,): Klasse - Gesellschaft- Geschlecht. Ferninistische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik, Bielefeld 19-87

Mc Donald, Eileen: "Erschießt zuerst die Frauen", Stuttgart 1992

Schultz, Irmgard: Madonna - das ewige und das wirkliche Idol. Reflexionen über weibliche Schönheit anhand der Rolle von Idolen für das Selbstverständnis der Frau. in: Farideh Akashe-Böhme, Reflexionen vor dem Spiegel, Frankfurt/Main 1952, S. 91 ff

Schultz, Irmgard: Der erregende Mythos vom Geld, Frankfurt/New York 1994

Theweleit, Klaus: Männerphantasien, Hamburg 1980

Wagner, Beate: Männerfeindliche Jungfrauen.. Ein kritischer Blick auf Amazonen in Mythos und Geschichte. In: Feministische Studien, 5. Jg.,1/1986 .86 ff

Wagner-Hasel, Beate: Matriarchatstheorien in der Altertumswissenschaft, Darmstadt 1992

Wygotzki, Lew Semonowitsch (Vygotski, Lev Semenovic): Denken und Sprechen, Frankfurt/M. 1969

# 49. Quelldatei berlin.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak384/berlin.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:berlin

Vergleich der Wahlergebnisse in Berlin 1990 bis 1995, +, +, +, +, +, +, +, +, +, +

Wahl, AGH 1995, in %, AGH 1990, in %, Bundestag 94, in %, Bundestag 90, in %, AGH 1995 West, AGH 1995 Ost

Wahlberechtigte, 2.479.610, , 2.524.553, , 2.505.700, , 2.537.310, , 1.511.981, 967.692

WählerInnen, 1.696.114, 68,4, 2.040.709, 80,8, 1.971.095, 78,7, 2.043.894, 80,6, 71,1%, 63,9%

Gültige Stimmen, 1.669.597, , 2.019.198, , 1.949.025, , 2.012.677, , 1.058.259, 611.338

CDU, 625.114, 37,4, 815.382, 40,4, 612.092, 31,4, 792.514, 39,4, 45,4%, 23,6%

SPD, 393.518, 23,6, 614.075, 30,4, 662.986, 34,0, 616.320, 30,6, 25,5%, 20,2%

FDP, 42.431, 2,5, 143.080, 7,1, 100.611, 5,2, 183.780, 9,1, 3,4%, 1,1%

GRUENE, 219.998, 13,2, 188.730, 9,3, 199.208, 10,2, 79.192, 3,9, 15,0%, 10,0%

PDS, 244.294, 14,6, 184.820, 9,2, 289.517, 14,8, 195.613, 9,7, 2,1%, 36,3%

REP, 45.431, 2,7, 62.041, 3,1, 36.609, 1,9, 49.408, 2,5, 2,6%, 2,9%

# 50. "Problem-Papier zu einigen Fragen der zivilen Konfliktbewältigung und Militäreinsätzen" - ausgearbeitet vom außenpolitischen Arbeitskreis der Bundestagsgruppe der PDS

CD-Datei: daten/aksuche/ak384/pds.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:384:pds

Dokumentation

"Problem-Papier zu einigen Fragen der zivilen Konfliktbewältigung und Militäreinsätzen" - ausgearbeitet vom außenpolitischen Arbeitskreis der Bundestagsgruppe der PDS

Friedliche Streitbeilegung/ zivile Mittel der Konfliktbewältigung

Situation: Häufung vielfältiger Risikopotentiale und Ausbruch neuartiger Konflikte (ethnischer, sozialer, nationaler) bis hin zum Bürgerkrieg und militärischen Auseinandersetzungen. Neue Anforderungen an UNO und andere internationale Organisationen zur Anwendung und Entwicklung friedlicher, ziviler Mittel der Konfliktbewältigung ergeben sich. Statt ihnen zu entsprechen, werden zunehmend Verantwortungen von der UNO auf die Nato verlagert, militärische Mittel zu Konfliktbewältigung angewandt und die internationalen Beziehungen von USA und Nato militarisiert. Friedliche Streitbeilegung sowie nichtmilitärische Mittel und Methoden zur Bewältigung von Konflikten werden in den Hintergrund gedrängt. Bei maßgeblichen Teilen der SPD sowie in der Führung der Grünen verstärkt sich die Tendenz in dieser Richtung ebenfalls.

Unsere Position: * Wir sehen die wichtigste Aufgabe in der Bekämpfung von Hunger, Armut, Unterentwicklung und Ausbeutung der "Dritten Welt", sozialer und nationaler Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Ungleichgewichten der weltwirtschaftlichen Entwicklung als den Hauptursachen von Konflikten, weil ohne die Lösung dieser Probleme Konflikte immer wieder neu reproduziert werden.

* Wir wollen die nichtmilitärische, zivile Bewältigung von Konflikten, beginnend bei der Konfliktvorbeugung bis hin zur Konfliktlösung, und lehnen die Politik der militärischen Interventionen ab.

* Wir setzen uns konsequent und konkret für die Anwendung vorhandener Mittel friedlicher Konfliktlösung (präventive Diplomatie, Vermittlung, Schiedssprüche, Sanktionen bis zur Herbeiführung der Kriegsunfähigkeit des Verletzers, humanitäre Hilfe u.a.) ein.

* Wir fordern die Weiterentwicklung und die Schaffung neuer Instrumente (so Mechanismen zur Früherkennung und Frühwarnung bei UN und OSZE, multilaterale zivile Friedensdienste, Fonds für wirtschaftliche, soziale und humanitäre Anreize zur friedlichen Streitbeilegung; Bereitstellung finanzieller Mittel zu Lasten des Rüstungshaushaltes), ihre verbindliche Anwendung sowie ihre Institutionalisierung und Aufnahme in die UN-Charta und einen OSZE-Rahmen. Eine konkrete Initiative könnte die Forderung nach Ausbau des bestehenden Konfliktverhütungszentrums der OSZE zu einer wirklichen Einrichtung der aktiven Vorbeugung gegen Krisen sein (Recht zur Beschaffung und Bearbeitung aller Informationen; ständige präzise Diagnosen; Vorschläge für internationale öffentliche und private Aktionen; Dringlichkeitsmaßnahmen zum Einsatz präventiver Mittel u.a.).

2. Rüstungsbegrenzung

und Abrüstung

Situation: Festhalten an Atomwaffen durch Atommächte und Nato; Suchen nach einer neuen "Legitimation" ("Europäisierung"/regionale Proliferation). Statt Abrüstungsdividende Umrüstung, Waffenmodernisierung und Schaffung neuer, noch gefährlicherer Waffen, höhere Rüstungsausgaben, Schaffung schneller Eingreiftruppen. Abrüstung tritt in Politik und öffentlicher Meinung immer stärker in den Hintergrund.

Unsere Position: Wir fordern Fortsetzung des Abrüstungsprozesses, insbesondere in Europa und bei den Massenvernichtungswaffen. Schwerpunkte: * Nukleare Abrüstung (genereller Teststopp, Weiterführung der Reduzierung der Potentiale der USA und Rußlands, Beginn der Reduzierung und des Abbaus der Potentiale

der anderen Atommächte, Verhinderung regionaler Proliferation z.B. durch "Europäisierung"; atomwaffenfreies Europa)

* Weiterführung konventioneller Abrüstung in Europa (Senkung der nationalen Rüstungen und Streitkräfte aller Staaten, Einbeziehung bisher nicht erfaßter Waffenkategorien, Maßnahmen zur Einschränkung der Rüstungsforschung und neuer qualitativer Waffenentwicklung); neuer europäischer Abrüstungsvertrag (KSE II), der eindeutig zu Lasten der Nato geht und Asymmetrien abbaut.

* Einseitige Abrüstung und weitere schrittweise und sozial verträgliche Reduzierung der Bundeswehr bis auf Null; keine sogenannten Krisenreaktionskräfte, weder der Bundeswehr noch der Nato. Rüstungsexportverbot.

3. Peace keeping - Blauhelme

(peace-keeping meint den Einsatz von Militär - sog. Blauhelmen - ohne jeden Erzwingungs-, Durchsetzungs- oder Verteidigungsauftrag, lediglich zur unparteiischen Überwachung bestehender Vereinbarungen - also Friedenserhaltung - zwischen den Konfliktparteien, mit deren Zustimmung, unter dem Kommando der UNO)

Situation: Widersprüchliche Entwicklung und Ergebnisse: einerseits erfolgreiche Entschärfung und Befriedung von Konflikten (Zypern, Libanon, Kambodscha) - andererseits Fehlschläge und Versagen (Somalia, z.T. Bosnien) und Übergang zu bzw. Vermischung mit peace-enforcement (Kampfeinsätzen). Ursache: Mißbrauch der UNO durch Großmächte, ausbleibende UNO-Reform und fehlende Demokratisierung, unklare Rechtsgrundlagen und Regeln.

Unsere Position: * Klassische peace-keeping (friedenserhaltende) Einsätze werden nicht generell abgelehnt; sie können in bestimmten Fällen hilfreich sein. Jeder Einzelfall muß geprüft werden. Wir verlangen die vollständige Ausschöpfung ziviler Mittel zur Problemlösung und hinterfragen kritisch, ob dieselben Ergebnisse nicht auch ohne Militär erreichbar sind.

* Für solche Einsätze (friedenserhaltend) müssen Regeln gelten, die sich z.T. in der Praxis herausgebildet haben und die völkerrechtlich bindend (z.B. in der UN-Charta) festgeschrieben werden müssen, wie:

- Zustimmung der Konfliktparteien

- Waffenstillstandsabkommen und Aussicht auf politische Regelung

- klarer politischer Auftrag

- nur leichte Bewaffnung zur Selbstverteidigung

- unparteiisches Herangehen

- Kräfte aus Staaten, die keine eigenen Interessen im Konfliktgebiet haben, d.h. in der Regel keine von Großmächten gestellten Kräfte.

* Eine Vermischung von peace-keeping und peace-enforcement, z.B. als "robustes Eingreifen", lehnen wir ebenso ab wie internationale Militärinterventionen (à la Golf-Krieg und Bosnien-Krieg), sei es ohne Auftrag oder unter Aufsicht bzw. Mandat der UNO.

Zu diskutieren: * Unterstützen wir die Forderung nach einem ständigen peace-keeping-Kontingent der UN, das sich aus für diesen Zweck ausgebildeten Kräften zusammensetzt und einzelstaatlicher Hoheit und Verfügung entzogen ist und für das in der Regel keine Kräfte aus Großmächten gestellt werden?

* Sind für uns ähnliche Regelungen auch bei der OSZE denkbar, wenn wir ihren Ausbau und die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in einer neuen europäischen Friedensordnung fordern?

* Können wir uns eine "vorsorgliche Stationierung" (preventive deployment) von Blauhelmen vorstellen, um den Ausbruch eines Konflikts zu verhindern?

4. Friedenserzwingung (peace enforcement) - Kampfeinsätze

(peace-enforcement meint den parteiischen Einsatz von militärischen Verbänden aus Einzelstaaten oder Bündnissen - nicht Blauhelme - zur militärischen, ggf. kriegerischen Durchsetzung, Erzwingung oder Verteidigung politischer Ziele; sie stehen nicht notwendig unter dem Kommando der UNO, handeln aber mit

ihrem Mandat. Butros-Ghali schlug vor, solche Verbände ständig bei der UNO zu installieren, sog. stand-by-forces)

Situation: Die UN-Charta geht vom Gewaltverbot aus und läßt davon nur zwei Ausnahmen zu: * das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung (befristet bis zum Eingreifen des Sicherheitsrates) und * das Recht der UN - ausgeübt durch den Sicherheitsrat -, militärische Maßnahmen zur Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit bei zwischenstaatlichen Konflikten bzw. Angriffshandlungen/Aggressionen zu ergreifen (sog. Gewaltmonopol nach Kap. VII der Charta). Diese Bestimmungen sind aber infolge divergierender Interessen der Großmächte im Sicherheitsrat nicht durchgesetzt bzw. verletzt und mißbraucht worden. Heute erfolgt das in noch stärkerem Maße (Golf-Krieg, Bosnien-Intervention).

Unsere Position: * Wir sind entschieden gegen die bisherige Praxis und weitere Versuche, die UNO-Bestimmungen zu umgehen, zu unterlaufen, zu mißbrauchen, um militärische Gewalt nach dem Willen der USA und anderer Großmächte und zu ihren Bedingungen anzuwenden.

* Wir treten für das Gewaltverbot der UN-Charta und die Wahrung des Gewaltmonopols einer demokratisch reformierten UNO ein (Stärkung der Generalversammlung, Demokratisierung des Sicherheitsrates, "eine die Weltbevölkerung widerspiegelnde Zusammensetzung", Transparenz, Kontrolle durch die Generalversammlung, Veto-Beseitigung u.a.)

Zu diskutieren: a) Können wir uns unter den Bedingungen einer so reformierten UNO und unter den Voraussetzungen, daß

- alle Mittel friedlicher Streitbeilegung ausgeschöpft sind,

- militärische Maßnahmen strikt nach den UNO-Regeln beschlossen und umgesetzt werden müssen,

- keine Delegierung an oder Beauftragung von Großmächten, Militärallianzen, Staatengruppen erfolgt,

- Verhältnismäßigkeit der Mittel (Schwere der Verletzung zu Folgen der Sanktionen) gewahrt wird und

- eine klare Feststellung des Friedensverletzers, Aggressors erfolgt,

vorstellen, daß das ursprüngliche Anliegen der UN- Charta (kollektive Wiederherstellung des Friedens und Friedenssicherung bei Friedensbruch und Angriffshandlungen/ Aggressionen) auch mit militärischen Mitteln durchgesetzt würde?

b) Können wir uns - auch als ein Schritt zur Überwindung des militärischen Gewaltmonopols der Einzelstaaten - vorstellen, daß unter den (unter a) genannten Bedingungen und Voraussetzungen die Durchsetzung des ursprünglichen Anliegens kollektiver Friedenssicherung durch militärische Kräfte erfolgt, die einzelstaatlicher Hoheit und Verfügung entzogen sind, der UNO ständig zur Verfügung stehen und unter ihrem alleinigen Kommando militärische Aufträge ausführen?

c) Welche Alternativen werden sonst gesehen, um bei Friedensbruch und militärischer Aggression nach Ausschöpfung aller Mittel friedlicher Streitbeilegung den Aggressor in die Schranken zu weisen?

5. "Humanitäre Interventionen"

Situation: Mit der Charta von Paris, mit Entschließungen des EP u.a. ist die "humanitäre Intervention" in die Völkerrechtspraxis eingeführt. Sie wird definiert als Schutz der Menschengrundrechte von Personen, die Staatsangehörige anderer Staaten und/oder dort ansässig sind, durch einen Staat oder eine Gruppe von Staaten, wobei dieser Schutz die Bedrohung mit Gewalt oder die Anwendung von Gewalt einschließt. In der Praxis kann sie ein "Einfallstor" für Interessendurchsetzung mit militärischer Gewalt sein.

Unsere Position: * Wir sind für die Durchsetzung der Prinzipien des demokratischen Völkerrechts, gegen seinen Mißbrauch als Recht des Stärkeren. Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts, der Rechte der nationalen Minderheiten, der Menschenrechte und Menschenwürde, der eigenen Staatsangehörigen wie der Ausländer, der sozialen und kulturellen Rechte, des Rechts auf Entwicklung und Bewahrung der Natur sind keine inneren Angelegenheiten, sondern internationale Fragen. Souveränität und Nichteinmischung dürfen

keine Mauern zur Bewahrung völkerrechts- und menschenrechtswidriger Zustände im Innern eines Landes sein.

* "Humanitäres Eingreifen" ist nur ohne Einsatz militärischer Mittel zulässig. Es gibt genügend zivile Organisationen, die alle anstehenden Aufgaben weit besser als Militär lösen können.

* "Humanitäres Eingreifen" muß nach dem Gleichheitsgrundsatz für alle Staaten gelten.

* Das Recht auf "humanitäres Eingreifen" darf nicht einzelnen Staaten oder Gruppen von Staaten (Nato, WEU, EU usw.) eingeräumt oder an sie delegiert werden, sondern muß von der gesamten internationalen Gemeinschaft (demokratisch reformierte UNO, entsprechende Regionalorganisationen) getragen und ausgestaltet werden.

* Für "humanitäres Eingreifen" muß eine umfassende Palette nichtmilitärischer Instrumentarien vorbereitet sein und im notwendigen Fall entschlossen angewandt werden (politischer, diplomatischer, wirtschaftlicher Druck; Öffentlichkeitsinterventionen; Entsendung von Beobachtungs- und Vermittlungsmissionen; Sanktionen und positive Anreize - vgl. Punkt 1). Waffenlieferungen und militärische Unterstützung gegenüber Konfliktparteien müssen ausgeschlossen sein.

* "Humanitäres Eingreifen" muß auf die schnellstmögliche Wiederherstellung von Verhältnissen gerichtet sein, die die Einhaltung der Menschenrechte, Selbstversorgung und demokratische Selbstregierung ermöglichen; es darf das Recht der Völker nicht außer Kraft setzen, ihre Staats-, Rechts- und Gesellschaftsordnung selbst zu bestimmen.

6. Selbstbestimmungsrecht

(Es besagt, daß alle Völker das Recht haben, "völlig frei und ohne Einmischung von außen über ihren politischen Status zu entscheiden und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu gestalten..." (UNO-Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts von 1970). In der Deklaration werden drei Wege der Verwirklichung dieses Rechts aufgezeigt: 1) "die Gründung eines souveränen und unabhängigen Staates", 2) "die freie Vereinigung mit einem oder die freie Integration in einen unabhängigen Staat", 3) "die Erringung eines anderen, von einem Volk frei bestimmten politischen Status".)

Situation: In der Praxis nationaler und internationaler Entwicklung ist die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht eine der widersprüchlichsten Erscheinungen: In seinem Namen werden Wahrnehmung und Verletzung gleichermaßen betrieben.

Unsere Position: * Das Selbstbestimmungsrecht ist ein Prinzip des Völkerrechts und der internationalen Beziehungen, das im Zusammenhang mit den anderen Prinzipien verstanden und verwirklicht werden muß.

* Die Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechts durch ein Volk darf nicht mit Androhung oder Anwendung von Gewalt, schon gar nicht mit militärischen Mitteln, unterdrückt werden. Auch für seine Durchsetzung sind friedliche Mittel geboten.

* Wir fordern - angesichts der grausamen Unterdrückung von Volksgruppen bis hin zum Völkermord - endlich klare Regelungen zur Ausgestaltung und Gewährleistung von Volksgruppen- und Minderheitenrechten (politische Autonomie, kulturelle Entfaltungsrechte, gleiche Menschenrechte, internationale Kontrollinstanzen und Streitregelungsmechanismen usw.) zu schaffen, um das friedliche und vernünftige Zusammenleben in einem Staatenverbund möglich zu machen.

* Das Recht auf Sezession und Bildung eines eigenen Staates bzw. auf die Vereinigung mit einem andern Staat darf nicht verwehrt werden, wenn die betreffenden Völker es wollen, die Rechte von Minderheiten voll gewahrt und die diesbezüglichen Hauptfragen einvernehmlich geklärt werden.